

# nahua script 3

Andreas Gampert

## Die Auseinandersetzung um die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik für Nicaragua

Ein Exempel für die gezielte Boykottierung  
des nicaraguanischen Wiederaufbaus

Herausgegeben vom Informationsbüro Nicaragua e.V., Wuppertal

Auf der Ebene der Boykottierung eines geplanten Aufbaus der Gesellschaft des neuen Nicaragua, hat sich die Bundesrepublik durch die Praxis ihrer Entwicklungshilfepolitik neben ihrem NATO-Verbündeten USA besonders hervorgetan. Liefen schon die realen Hilfeleistungen für Nicaragua spätestens seit 1981 auch unter der sozialliberalen Regierung schleppend und wurde mehr mit Zusagen als Versprechungen Politik gemacht als mit Taten, so geriet Nicaragua durch die seit Herbst 1982 im Bundesministerium für wirtschaftskratische Zusammenarbeit (BMZ) agierende christlichsoziale/christdemokratische Leitung verschärft unter Beschuß.

Beim Besuch des nicaraguanischen Innenministers Tomás Borge im Herbst 1983 wurde in Bonn die offen feindselige Haltung der Bundesregierung gegenüber Nicaragua demonstriert: der bereits seit 1 1/2 Jahren zur Auszahlung anstehende 40-Millionen-DM-Kredit wurde erneut als nicht auszahlbar deklariert, da seitens Nicaragua die entsprechenden Dokumente nicht erfüllt beweisen... Inszwischen ist die Bundesregierung allerdings zu einer offenen politischen Argumentation übergegangen: die gesamten inneren politischen Verhältnisse und die außenpolitischen Kriterien nicht erfüllt raguas sind es, die als Begründung für die faktische Sperre der Entwicklungshilfe ins Feld geführt werden. Es geht darum, daß die Sandinisten nicht auf ihre Revolution verzichten wollen, so Jürgen Warnke, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Die Nachzeichnung dieser Entwicklung bis zum Frühjahr 1984 ist sicherlich nicht vollständig und umfassend; wir gehen jedoch davon aus, daß das vorliegende Material auch und gerade für diejenigen, die sich mit der Entwicklung in Nicaragua intensiv befassen, einige Neuigkeiten für ihre Einschätzung der Entwicklungshilfepolitik der Bundesrepublik geben und ihre Diskussionen mit detaillierten Fakten untermauern kann.

## Edition Nahua

## Vorwort

Diese Dokumentation will dazu beitragen, ein exemplarisches Stück der jüngeren Mittelamerikapolitik der Bundesregierung anhand von (zumeist) Primärdokumenten durchschau-barer zu machen. Exemplarisch ist diese Politik unserer Meinung nach deshalb, weil in ihr verschiedene Elemente zusammenfließen: einerseits der Versuch der politischen Be-hinderung und Isolierung eines Landes, das kleine Schritte in Richtung auf politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit macht und andererseits die nahtlose Einpassung die-  
ser Politik in die Maßnahmen der massiven militärischen Bedrohung von außen bzw. die wirtschaftliche Austrocknung durch Sabotage, Kapitalflucht u.ä. im Inneren.

Auf der Ebene der äußeren Behinderung, Isolierung und Boykottierung eines geplanten Aufbaus der Gesellschaft des neuen Nicaragua, hat sich die Bundesrepublik durch die Praxis ihrer Entwicklungshilfepolitik neben ihrem NATO-Verbündeten USA besonders her-vorgetan. Liefen schon die realen Hilfeleistungen für Nicaragua spätestens seit 1981 unter der sozialliberalen Regierung schleppend und wurde mehr mit Zusagen und Verspre-chungen Politik gemacht als mit Taten, so geriet Nicaragua seit Herbst 1982 durch die im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) agierende christlichsoziale/  
christdemokratische Leitung verschärft unter Beschuß.

Zynisch wurde die Ermordung des westdeutschen Entwicklungshelfers Tonio Pflaum am 30. April 1983 in Nicaragua von den Christen im BMZ zum Anlaß genommen, das Engagement west-deutscher Entwicklungshelfer in Nicaragua empfindlich zu beschneiden, um ihre "Sicherheit zu gewährleisten". Wohlgemerkt: Pflaum wurde von denjenigen Kräften ermordet, die die Bundesregierung politisch unterstützt: die von den USA finanzierten und bewaffneten Verbände der Fuerzas Democráticas Nicaragüenses (FDN), die von Honduras aus täglich die Bevölkerung der Nordregion Nicaraguas terrorisieren, die technische und produktive In-frastruktur zu zerstören versuchen und damit den Aufbau des freien Nicaragua zu verhin-dern wollen. Die Bundesregierung nahm also ein Ergebnis auch ihrer Politik zum Anlaß, um Ausmaß und Qualität der Entwicklungshilfe für Nicaragua zu drosseln. Neue Direktiven für die Entwicklungshilfepolitik gegenüber Nicaragua aus dem BMZ wurden danach fast aus-schließlich in ihren Resultaten dargestellt, unter Vernachlässigung der feinsinnigen Ar-gumentationslinien für die verschiedenen Kursverschärfungen seitens des BMZ.

Beim Besuch des nicaraguanischen Innenministers Tomás Borge im Oktober 1983 wurde in Bonn die offen feindselige Haltung der Bundesregierung gegenüber Nicaragua demonstriert: der zum damaligen Zeitpunkt bereits seit 1 1/2 Jahren zur Auszahlung anstehende 40 Millionen-DM-Kredit wurde erneut als nicht auszahlbar deklariert, da seitens Nicaragua die ent-sprechenden entwicklungspolitischen Kriterien nicht erfüllt seien. Ein Teil der folgenden Dokumente werden das Gegenteil beweisen...Inzwischen ist das BMZ jedoch zu einer offen politischen Argumentation übergegangen: die gesamten innenpolitischen Verhältnisse und die außenpolitische Orientierung Nicaraguas sind es, die als Begründung für die faktische Sperre der Entwicklungshilfe ins Feld geführt werden. Es geht darum, daß die Sandinisten nicht auf ihre Revolution verzichten wollen, so Jürgen Warnke, Bundesminister für wirt-schaftliche Zusammenarbeit.

Einen vorerst letzten - traurigen - Höhepunkt fand diese Anti-Nicaragua-Kampagne, als im Januar 1984 dem Deutschen Entwicklungsdienst (DED) vom BMZ verboten wurde, neue Entwick-lungshelfer für Nicaragua anzuwerben bzw. Nicaragua überhaupt noch in seiner Öffent-lichkeitsarbeit zu erwähnen.

Die Nachzeichnung dieser Entwicklung der Boykottierung Nicaraguas durch die Bundesre-gierung ist sicherlich nicht vollständig und umfassend; wir gehen jedoch davon aus, daß das vorliegende Material auch und gerade für diejenigen Kreise in der BRD, die sich mit der Entwicklung in Nicaragua intensiv befassen, einige Neuigkeiten für ihre Einschätzung der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik geben kann.

Die Kopplung des Abbaus der Entwicklungshilfe für Nicaragua mit der schrittweisen Wieder-aufnahme der Entwicklungshilfe für El Salvador kann in dieser Dokumentation leider nur angedeutet werden, genauso wie auch eine eigenständige politische Einschätzung der Mittel-amerikapolitik der Bundesrepublik an dieser Stelle fehlt: das hier zusammengestellte Ma-terial soll allen Interessierten eher dazu dienen, ihre Diskussionen mit detaillierten Fakten zu untermauern.

## Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

### Entwicklungsprogramm Karibik und Zentralamerika

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Angesichts der krisenhaften Entwicklung in Zentralamerika und der Karibik wird die Bundesregierung aufgefordert, ihre politischen Anstrengungen in diesem Bereich zu verstärken, sie zu einem Gesamtkonzept weiterzuentwickeln, dieses im westlichen Bündnis abzustimmen und es dem Deutschen Bundestag vorzulegen. In diesem Konzept soll die Entwicklungszusammenarbeit einen zentralen Stellenwert einnehmen. Alle Maßnahmen sollen – indem sie den Ländern dieser Region helfen, sich friedlich und frei zu entwickeln – zugleich den wohlverstandenen Sicherheitsinteressen des Westens und dem Weltfrieden dienen.
2. Im einzelnen sollen mit einer solchen Politik folgende Ziele erreicht werden:
  - 2.1 Stärkung der Unabhängigkeit und Sicherung der Souveränität der Länder dieser Region.
  - 2.2 Schaffung der Voraussetzungen für inneren und äußeren Frieden.
  - 2.3 Förderung des Aufbaus freiheitlich-pluralistischer Staats- und Gesellschaftsordnungen.
  - 2.4 Festigung sozialer und wirtschaftlicher Stabilität.
  - 2.5 Unterstützung der politisch-wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Länder dieser Region.
3. Elemente eines solchen Gesamtplans müssen sein:
  - 3.1 Eine besondere entwicklungspolitische Initiative, um die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ursachen der Krisen und Konflikte in diesen Ländern und der Region beheben zu helfen.
  - 3.2 Aufforderung an die Partner der Europäischen Gemeinschaft, ebensolche Initiativen zu ergreifen, sie untereinander und mit den genannten Staaten dieses Bereichs zu koordinieren.
  - 3.3 Abstimmung dieser Politik und ihrer entwicklungspolitischen Maßnahmen mit den in dieser Region interessierten und engagierten Staaten, insbesondere mit USA, Kanada, Mexiko und Venezuela.

#### 4. Mittel

Zur Durchsetzung dieses Konzeptes genügt es nicht, lediglich staatliche Hilfe zu leisten – eventuell durch Umschichtung im Entwicklungshilfeteat –; sie muß auch inhaltlich und methodisch neu konzipiert werden.

Eine entscheidende Bedeutung in dieser Entwicklungszusammenarbeit kommt den Maßnahmen der Kirchen, politischen Stiftungen und privaten Trägern zu.

Angesichts steigender Flüchtlingszahlen und des Rückgangs der landwirtschaftlichen Produktion infolge bürgerkriegsartiger Unruhen muß die humanitäre Hilfe als Sofortmaßnahme entscheidend verstärkt werden.

### Begründung

Die Karibik und Zentralamerika bilden eine Region, die für die Bundesrepublik Deutschland und Europa nicht nur unter generell politischen und wirtschaftlichen Aspekten bedeutsam ist. Vergangenheit und Gegenwart zeigen die unauflösliche Verknüpfung der Probleme der Länder dieses Bereichs. Die geschichtliche Erfahrung hat gezeigt, daß von dieser Region auch ernsthafte Bedrohungen des Weltfriedens ausgehen können. Gleichzeitig drohen innenpolitische Spannungen in diesen Ländern zur physischen Vernichtung ganzer Bevölkerungsgruppen zu führen, wobei besonders die Indios gefährdet sind. Es liegt nicht im Interesse der westlichen Demokratien, daß Diktatur und Unterdrückung in einzelnen Ländern bestehen bleiben, während in anderen lediglich die Vorzeichen zwischen Rechts- und sowjetisch gesteuerter Linksdiktatur ausgetauscht werden. Soziale und politische Spannungen in dieser Region werden von der Sowjetunion und Kuba zur Einflußnahme genutzt.

Die in dieser Region lebenden Völker haben immer wieder ihren Wunsch nach einem stärkeren Engagement Europas und der Bundesrepublik Deutschland geäußert. Die Bundesregierung ist daher aufgefordert, im Rahmen eines politischen Gesamtkonzepts in der ganzen Region vor allem mit entwicklungspolitischen Mitteln die sozialen, ökonomischen und politischen Krisenursachen in diesen Staaten bekämpfen zu helfen, ihre Eigenständigkeit zu fördern und zum Erhalt des internationalen Friedens beizutragen.

## Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit (20. Ausschuß)

### Vierter Entwicklungspolitischer Bericht der Bundesregierung

#### A. Problem

Der Bericht gibt Entwicklungspolitische Analysen, Zielvorstellungen und Maßnahmen der Bundesregierung wieder.

#### B. Lösung

Benennung von Themen, die im Fünften Entwicklungspolitischen Bericht der Bundesregierung vertieft behandelt werden sollten.

Aufstellung einiger Grundsätze für die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland.

#### Einstimmigkeit im Ausschuß

### Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß die Bundesregierung bei der Abfassung des Vierten Entwicklungspolitischen Berichtes vom März 1980 die Beschlußempfehlungen des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit zur inhaltlichen Gestaltung des Berichtes verwirklicht hat. Der Fünfte Entwicklungspolitische Bericht sollte unter Beibehaltung der Grundstruktur des Aufbaus des Vierten Entwicklungspolitischen Berichtes folgende Themen zusätzlich besonders behandeln:

- die Entwicklungspolitischen Konsequenzen aus dem Brandt-Bericht und dem Nord-Süd-Gipfeltreffen in Cancun,
- die Entwicklungspolitischen Folgerungen aus dem Bericht Global 2000,
- den Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung,
- die Schlußfolgerungen aus den Ergebnissen der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit zur deutschen Entwicklungspolitik zu Beginn der 80er Jahre,
- die Darstellung der Projektwirklichkeit einschließlich integrierter Maßnahmen mit Positiv- und Negativbeispielen,
- die Darstellung der Entwicklungspolitik gegenüber den zehn Hauptempfängerländern.

Die Auswertung des Vierten Entwicklungspolitischen Berichts und die Sachverständigenanhörung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit zur „Deutschen Entwicklungspolitik zu Beginn der 80er Jahre“ unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Brandt-Berichts, der Entwicklungspolitischen Grundlinien der Bundesregierung und der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen geben Anlaß zu folgenden Feststellungen: Vorrangiges Ziel der deutschen Entwicklungspolitik ist die Bekämpfung der absoluten Armut. Prioritäre Förderbereiche sind die ländliche Entwicklung, die Erhaltung und Nutzung konventioneller Energiequellen und die Entwicklung angepaßter Technologien zur Nutzung nichterschöpflicher Energiequellen, der Schutz der natürlichen Ressourcen und Programme der Bildung und Ausbildung.

Entscheidend für die Entwicklung in den Ländern der Dritten Welt wird in den 80er Jahren besonders auch sein, inwieweit es gelingen wird, weltweit den Frieden zu schaffen und zu erhalten sowie das Rüstsen zu begrenzen. Die Industrieländer müssen sich dem weltwirtschaftlichen Strukturwandel stellen und die Bereitschaft zeigen, durch Änderung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen entwicklungshemmende Faktoren abzubauen und aktiv am Aufbau einer leistungsfähigen, gerechten und sozialen Weltwirtschaft mitzuwirken.

Die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland sollte vor allem folgendes beachten:

1. Bei der Entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland sollte die Verwirklichung der Menschenrechte ein wesentliches Ziel der Politik der Bundesregierung sein. Die Bundesregierung sollte daher bei Entscheidungen über Entwicklungspolitische Zusammenarbeit auch auf die Verwirklichung der Menschenrechte sowie auf die Verwirklichung des sozialen Fortschrittes und der sozialen Gerechtigkeit insbesondere durch die

Einhaltung sozialer Mindestnormen und Gewährung gewerkschaftlicher Freiheiten in den Entwicklungsländern achten. Bei der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit sollten jene Länder bevorzugt unterstützt werden, die sich um den Aufbau demokratischer Strukturen bemühen. Im Rahmen der Entwicklungspolitik sollte es oberstes Ziel der Bundesregierung sein, den Menschen zu dienen. In Staaten, in denen Willkür, Einschüchterung und physische Bedrohung die Beziehungen zwischen den Regierenden und den Regierten charakterisieren, können deshalb allenfalls Vorhaben gefördert werden, die unmittelbar der notleidenden Bevölkerung zugute kommen.

2. Die Hauptzielgruppe der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sollten die ärmsten Bevölkerungsschichten sein. Insbesondere bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Schwellenländern sollte die Hilfe noch mehr als bisher auf die Unterstützung der ärmsten Bevölkerungsgruppen konzentriert werden.
3. Die Mobilisierung und aktive Beteiligung der betroffenen Bevölkerung am Entwicklungsprozeß sowie die Erfüllung ihrer Grundbedürfnisse sollten bestimmende Kriterien für Programme und Projekte sein. Experten, Partnerorganisationen und gesellschaftliche Gruppen aus den Empfängerländern sind soweit wie möglich in die Projektauswahl und Projekt durchführung einzubeziehen. Selbsthilfegruppen der armen Bevölkerung sind hierbei besonders zu berücksichtigen. In Bereichen, in denen Frauen wichtige Träger der Entwicklung sind, sollte auf ihre Beteiligung besonderer Wert gelegt werden. Die Bundesregierung sollte in den Verhandlungen mit den Regierungen der Partnerländer vermehrt auf eine Beteiligung der Bevölkerung an den Entwicklungsvorhaben drängen. Sie sollte in diesem Zusammenhang sich auch der Möglichkeiten der deutschen Nichtregierungsorganisationen bedienen.
4. Die Bundesregierung sollte bei der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Entwicklungsvorhaben stärker kulturelle Faktoren einbeziehen und die sozialen Auswirkungen auf die Menschen beachten. Bei der Erfolgsbeurteilung von Projekten sollten nicht nur meßbare wirtschaftliche Daten, sondern verstärkt auch immaterielle Gesichtspunkte wie die Stärkung des Selbstvertrauens, Solidarität, Partizipation und kulturelle Identität berücksichtigt werden. Dazu soll ein Kriterienraster vorgelegt und in den Entscheidungsrahmen aufgenommen werden.
5. Die Bemühungen, vom Einzelprojektansatz zu integrierten Projektplanungen überzugehen, sind zu verstärken.
6. Die Maßnahmen der humanitären Hilfe sollten mehr als bisher mit entwicklungspolitischen Maßnahmen abgestimmt werden, um zu dauerhaften Lösungen zu finden. Die politischen Bemühungen sind zu intensivieren, die Ursachen der Flüchtlingsströme beseitigen zu helfen und die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimat zu erleichtern.
7. Die Nahrungsmittelhilfe soll tendenziell noch mehr auf Katastrophen- und Notstandsfälle beschränkt werden. Sie darf die Motivation zu Eigenanstrengungen nicht schwächen. Vielmehr muß die Eigenproduktion der Entwicklungsländer nachhaltig gefördert werden. Die Bundesregierung sollte hierauf in den multilateralen Organisationen hinwirken.
8. Das Verfahren der Entwicklungszusammenarbeit ist weiter zu vereinfachen und beweglicher auszustalten. Dies gilt insbesondere für Klein- und Kleinstprojekte. Die rechtlichen Rahmenbedingungen sollten stärker den jeweiligen Einsatzbedingungen in den Entwicklungsländern angepaßt werden. So ist zu prüfen, ob das Jährlichkeitsprinzip des Baransatzes beweglicher angewandt werden kann und wie Projekte während ihrer Durchführung stärker als bisher veränderten Gegebenheiten angepaßt werden können.
9. Das Instrumentarium zur Förderung der Tätigkeit deutscher Unternehmen in den Entwicklungsländern sollte auf seine entwicklungspolitische Wirksamkeit überprüft werden. Erwogen werden sollten eine stärkere entwicklungspolitische Konditionierung der Niederlassungskredite und eine Einordnung der Kapitalschutz- und Doppelbesteuерungsabkommen in die entwicklungspolitischen Zielsetzungen. Außerdem soll die Bundesregierung weiterhin bei der Erstellung von Verhaltensregeln für transnationale Unternehmen aktiv mitarbeiten.
10. Die entwicklungspolitische Arbeit der Nichtregierungsorganisationen ist weiterhin nachhaltig zu fördern. Kleinprojekte der Nichtregierungsorganisationen sollten mit einem vereinfachten Antrags- und Verwendungsnachweisverfahren gefördert werden, wobei stärker von den Kleinstprojektfonds der deutschen Botschaften Gebrauch gemacht werden soll.
11. Die Bundesregierung sollte sich im multilateralen Bereich nachdrücklich für eine Politik einsetzen, die ihren entwicklungspolitischen Zielvorstellungen entspricht. Im Internationalen Währungsfonds sollte sie dafür eintreten, daß bei der Vergabe von Krediten entwicklungspolitische Notwendigkeiten nicht außer acht gelassen werden.
12. Beim Zusammentreffen entwicklungspolitischer Ziele mit Zielen anderer Politikbereiche (zum Beispiel Agrarpolitik, Handelspolitik) darf das entwicklungspolitische Interesse nicht zurückgedrängt werden. Es gilt vielmehr, mögliche Gegensätze durch eine intensive strukturpolitische Diskussion und durch Mitwirkung beim Aufbau einer leistungsfähigen, gerechten und sozialen Weltwirtschaft abzubauen und durch eine Offenlegung der jeweiligen Interessenlage einen Dialog der beteiligten Gruppen einzuleiten.
13. Die entwicklungspolitische Bildungsarbeit sollte auf allen Ebenen und in al-

len Bereichen intensiviert werden. Die Bundesregierung sollte ihre Bemühungen fortsetzen, die Erfahrungen und Erkenntnisse zurückgekehrter Entwicklungshelfer und Experten in die entwicklungspolitische Bildungsarbeit einzubringen. Die Bemühungen um entwicklungspolitische Information in Schule und Universität sowie der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung sind fortzusetzen und zu intensivieren.

14. Ungeachtet der derzeitigen finanziellen Engpässe soll das 0,7-Prozentziel weiter verfolgt werden. Die Möglichkeiten von Mischfinanzierungen sind auszuschöpfen, um die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen. In diesem Zusammenhang sollte erneut geprüft werden, inwiefern das Instrument der Zinssubventionierung für die Entwicklungszusammenarbeit genutzt werden kann.

Bonn, den 10. Februar 1982

**Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit**

**Dr. Holtz**           **Bindig**           **Dr. Hüsch**  
Vorsitzender           Berichterstatter

Einschub:

Haushaltsberatungen 1982 für das Haushaltsjahr 1983

Die am 9.9.1982 von der damals noch sozialliberalen Bundesregierung vorgelegte Rahmenplanung für die Finanzielle Zusammenarbeit im Haushaltsjahr 1983 umfaßte für Nicaragua 20 Mio DM. Die neue christdemokratisch-liberale Regierung strich nach ihrem Machtantritt im Oktober 1982 diese Neuverpflichtungen auf 5 Mio DM zusammen, mit der Begründung, bei Nicaragua

"sei einmal die Umschuldungsfrage noch nicht geklärt, zum anderen betrage die sogenannte Pipeline wegen der Übernahme des geplanten Baus einer Kartonagefabrik durch Frankreich jetzt noch 25 Mio DM. ...

Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Köhler führt aus,...Bei Nicaragua sei die Sachlage besonders sorgfältig überlegt worden; die Gründe habe Ministerialdirigent Dr. Arnolds bereits dargelegt (s. erster Teil des Zitats, d. Hrsg.), weitere Kürzungen wären durchaus vertretbar gewesen." (Protokoll der 40. Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 9. Wahlperiode, 24.11.1982, S.25).

Bei anderen Ländern ließ sich die Bundesregierung allerdings nicht durch eine hohe Pipeline davon abhalten, relativ hohe Neuverpflichtungen einzugehen.

(\*) Pipeline: offene Verpflichtungen, in früheren Jahren eingegangen, aber noch nicht ausgezahlt.

# Mitteilung für die Presse



Herausgeber: Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Presseserat  
Karl-Marx-Str. 4-6, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 53 54 51 - 2, Telex 8869452

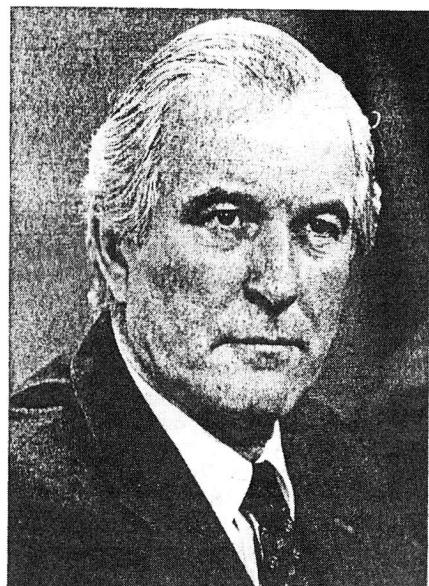
**BMZ**

Nr. 157/82

Bonn, 29. Dezember 1982

## Die Bundesrepublik hat Nicaragua ihre weitere Unterstützung zugesagt

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Volkmar Köhler, erläuterte gestern in einem Gespräch, zu dem er den neu akkreditierten Botschafter der Republik Nicaragua, José Pasos Marcicq, empfangen hat, die von allen Parteien getragene Bereitschaft der Bundesrepublik, Nicaragua weiterhin zu unterstützen. Ziele sind dabei die Verwirklichung des politischen Pluralismus, einer gemischten Wirtschaftsordnung, sowie Blockfreiheit, wie sie Nicaragua nach dem Sturz des Somoza-Regimes selbst definiert habe. Die Bundesrepublik Deutschland beobachte die Situation in ganz Mittelamerika mit Sorge. Sie hoffe, daß es in Nicaragua in absehbarer Zeit freie Wahlen geben werde. Köhler unterrichtete seinen Gesprächspartner über die erst vor wenigen Tagen der nicaraguanischen Regierung in Managua gemachten Zusage von 15 Millionen DM für die finanzielle Zusammenarbeit. Damit erhöht sich der verfügbare Betrag auf 40 Millionen DM. Diese Mittel können jedoch erst in Anspruch genommen werden, wenn die im August d.J. abgeschlossenen Umschuldungsabkommen inkraft treten und Projekte im einzelnen zwischen den beiden Regierungen abgestimmt sind. Es sei nun an Nicaragua, die Voraussetzungen für die konkrete Zusammenarbeit zu schaffen. Insgesamt hat die Bundesrepublik Deutschland seit dem Sturz des Somoza-Regimes, Juli 1979, rund 160 Millionen DM für die Unterstützung Nicaraguas bereitgestellt. Für die technische Zusammenarbeit waren vor kurzem 6,3 Millionen DM als nichtrückzahlbarer Zuschuß gegeben worden. Damit ist die Fortführung eines Pflanzenschutzprojektes bis 1987 sichergestellt.



van Well

## Erklärung der Bundesrepublik Deutschland in der Debatte des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen über Nicaragua, abge-

geben durch Botschafter van Well am  
29.3.1983

Herr Präsident,

meine Regierung hat gebeten, an dieser Debatte teilzunehmen, weil wir angesichts unserer traditionellen und engen Zusammenarbeit mit den Staaten und Völkern Mittelamerikas die Entwicklungen in dieser Region mit besonders großem Interesse verfolgen.

Ich darf daran erinnern, daß die Bundesrepublik Deutschland gemeinsam mit allen Ländern, die für Demokratie eintreten, tiefe Befriedigung empfand, als die So-

moza-Diktatur in Nicaragua im Juli 1979 schließlich ein Ende fand. Als Zeichen unseres Engagements für einen Neubeginn in Nicaragua haben wir bereits im Juli 1979 eine Regierungsdelegation nach Nicaragua entsandt mit dem Ziel, bei der Überwindung der dringendsten Probleme Hilfe zu leisten. Gleichzeitig boten wir unsere Unterstützung beim Wiederaufbau Nicaraguas an. Ein Austausch auf allen offiziellen Ebenen und zwischen politi-

Nicaragua erwartet deutsche Wirtschaftshilfe

# 25 Millionen Mark zugesagt

**Managua (taz) - Am 31. Dezember dieses Jahres wird das letzte Hindernis beseitigt sein, daß nach Auffassung deutscher Politiker der Auszahlung einer Wirtschaftshilfe an Nicaragua im Wege stand. An diesem Tag nämlich wird Nicaragua einen 4,8 Millionen-Mark-Kredit zurückzahlen, den die BRD noch zu Zeiten Somozas in den Aufbau des nicaraguanischen Telefonnetzes durch Siemens investierte.**

Die vorherige wie die jetzige Bundesregierung machten die Auszahlung weiterer Hilfe von dieser Rückzahlung abhängig. Nun steht der Freigabe der für 1983 zugesagten 25 Millionen Mark nichts mehr im Wege. Sollte man meinen.

Kurz nach seinem Amtsantritt hatte der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Warnke (CSU), noch gesagt, in der Mittelamerikapolitik müsse der Süd-Ost-Konflikt hinter dem Ost-West-Gegensatz zurücktreten, und überhaupt sei deutsche Wirtschaftshilfe in dieser Region nur im Rahmen der US-amerikanischen Sicherheitsinteressen möglich. Schon bald darauf mäßigte er merklich seinen Ton. Jetzt war plötzlich von der Fortsetzung der Wirtschaftshilfe in Nicaragua die Rede. Anfang Dezember stellte Warnke bei der hiesigen Regierung die 25 Millionen Mark in Aussicht, die aus Zusagen der vorangegangenen Regierung für 1983 an Nicaragua stammen.

Bereits der Vorgänger Warnkes, Offergeld (SPD), hatte immer wieder die "besonders

großzügige Hilfe" der BRD an Nicaragua in Höhe von 135 Millionen Mark hervorgehoben. Die SPD/FDP-Regierung hatte diese Hilfe damit begründet, daß sie die nach dem Triumph 1979 von den Sandinisten selbst genannten zukünftigen drei politischen Prinzipien unterstützen wollte: politischen Pluralismus, ein gemischtes Wirtschaftssystem und echte Blockfreiheit. Angesichts der vorgeblich besonders großzügigen Haltung der BRD fühlt sich die neue CDU/FDP-Regierung umso mehr berechtigt, mit der Einstellung der Hilfe zu drohen, sobald sich Nicaragua ihrer Meinung nach von einem dieser drei Prinzipien entfernt.

Die immer wieder genannten 135 Mio. Mark sind tatsächlich jedoch nur z.T. ausgeschüttet worden. Sie umfassen auch die erst zugesagte Hilfe. Bestandteil dieser Summe sind sowohl die für 1983 zugesagten 25 Mio. Mark, als auch die schon 1979 versprochene Schenkung in Höhe von 10 Mio. Mark für ein neues Krankenhaus in Esteli, wo bisher noch nicht einmal der erste Spatenstich erfolgte. Dazu gehört auch ein 20 Mio. Mark-Kredit für eine Kartonagenfabrik in Leon, der nicht ausgeschüttet werden wird, da Nicaragua den Zuschlag für dieses Projekt an Frankreich gab. Von der Gesamtsumme dürfte daher bislang nur etwas mehr als die Hälfte in Nicaragua eingetroffen sein.

Nachdem weder 1981 noch 82 Regierungsverhandlungen zwischen BRD und Nicaragua stattgefunden haben, auf denen eine Förderung neuer Projekte in Nicaragua hätte verhandelt werden können, wird die nicaraguanische Regierung demnächst

Vorschläge zur Verwendung der 25-Mio.-Hilfe unterbreiten. Der Präsident des internationalen Wiederaufbaufonds in Managua, Edmundo Jarquin, erläuterte in einem Gespräch mit der taz die Projekte, die er am 2. Februar in Bonn der Bundesregierung vorlegen wird: einen 5-Mio. Kredit für Ersatzteile und den Unterhalt der (Siemens-)Turbinen der Nationalen Energiebehörde, eine Hilfe an 100 Milchproduzenten in der Umgebung Managuas in Höhe von 9 Mio. Mark und ein 6 Mio. Mark-Projekt zur Entwicklungsförderung, wovon 60% (3,6 Mio. Mark) kleinen und mittleren städtischen Unternehmen der Privatwirtschaft zugutekommen sollten. Pläne zur Verwendung der Restsumme wird die hierige Regierung am 4. Januar beraten.

Technische Hilfe der BRD an 20 bis 30 Projekte wird nach Aussagen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit fortgesetzt. Die Hilfe ist längst vertraglich festgelegt. Politischen Spielraum hat die neue Regierung daher v.a. bei der Entscheidung über die Finanzierung neuer Projekte. Hier ist darmit zu rechnen, daß, wenn es überhaupt dazu kommt, die Privatwirtschaft stärker als bisher unterstützt werden wird. Vor den Wahlen im März ist allerdings keine grundsätzliche Entscheidung zu erwarten. Nach den Verhandlungen am 2. Februar in Bonn wird man jedoch schon mehr darüber wissen, welchen Weg eine mögliche CDU-Regierung Nicaragua gegenüber einschlagen will. Klaus-Dieter Tangermann, Managua

taz, 28.12.82

schen und privaten Organisationen folgte; er zeigte, wie groß die Bereitschaft in meinem Land war, Nicaragua beim Aufbau demokratischer Institutionen zu helfen, die auf sozialen und wirtschaftlichen Strukturen beruhen, die den Erwartungen aller Menschen im Land gerecht werden. Diese Politik der Freundschaft und Hilfe für Nicaragua war Ausdruck der allgemeinen Politik meiner Regierung, die Demokratie zu stärken, die Not der Bevölkerung zu lindern und bei der Schaffung stabiler regionaler Strukturen zu helfen, die der Wahrung des Friedens dienen.

Herr Präsident, ich möchte jedoch auch betonen, daß der schwierige Weg Nicaraguas zu Freiheit und Demokratie nicht ohne Enttäuschungen für Freunde und nicht ohne Spannungen mit den Nachbarn lief. Es gab viele beunruhigende Nachrichten über Ereignisse im Land, die Nicaraguas Freunden Anlaß zu tiefer Sorge hinsichtlich der Wahrung der Menschenrechte, der politischen Freiheit und pluralistischen Demokratie gaben. Da die auswärtigen Beziehungen der Staaten häufig von innerstaatlichen Problemen beeinflußt werden, ist es nicht überraschend, daß es auf-

grund dieser Wechselwirkung auch hier zu einer kontroversen Situation gekommen ist.

Ich möchte ganz klarstellen, daß meine Regierung stets auf der Seite derjenigen steht, die sich in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen zu den Grundsätzen der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten, der territorialen Integrität, der Unverletzlichkeit der Grenzen und der Unabhängigkeit und Souveränität der Staaten bekennen. Diese Grundsätze müssen streng beachtet werden, insbesondere in einer Zeit des Wandels, in dem sich Mittelamerika derzeit befindet.

In dieser Zeit des Konflikts in der Region ist es unser Wunsch, daß der hohe Anspruch der gegen die Somoza-Diktatur gerichteten Revolution, eine wahrhaft demokratische Gesellschaft in Nicaragua zu errichten, sich schließlich verwirklicht und Nicaragua seinen Beitrag zu harmonischen Beziehungen mit allen Län-

dern der Region leistet. Sobald Nicaragua wieder zu einer glaubwürdigen Politik der guten Nachbarschaft, der Nichteinmischung und der Achtung der Menschenrechte und demokratischen Institutionen findet, werden sich die Spannungen in der Region verringern. Dies gilt nicht nur im Hinblick auf einen Nachbarn, sondern darüber hinaus für die gesamte Region. Wir hoffen daher, daß Nicaragua zu einer Politik des Ausgleichs und der Vertrauensbildung bereit ist und das Angebot aufgreift, die strittigen Fragen auf einer Konferenz aller Staaten der Region zu lösen. Ein entsprechender Vorschlag wurde gemacht. Er könnte ein erster Schritt zum Abbau von Spannungen sein. Wir wünschen und hoffen, daß die Länder Mittelamerikas, die in der Vergangenheit so viele leidvolle Erfahrungen gemacht haben, einen Weg zu einer friedlichen gemeinsamen Zukunft finden mögen.

Ich danke Ihnen, Herr Präsident.

#### DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG

Pressemitteilung Nr. 74/83 - 3. Mai 1983

##### Die Grünen im Bundestag fordern mehr Entwicklungshilfe für Nicaragua

Die Grünen im Bundestag verurteilen jeden Versuch die Ermordung des westdeutschen Arztes, Albrecht Pflaum, in Nicaragua, zum Vorwand dafür zu nehmen, die Entwicklungshilfe an dieses Land einzustellen.

Die Grünen finden es empörend, daß die eilfertige Verurteilung des Mordes durch das Auswärtige Amt mit kaum verhüllten Drohungen gegen die nicaraguanische Regierung garniert wurde.

Sie stellen fest: Die Bundesregierung unterstützt vollständig die US-Kriegspolitik gegen Nicaragua. Dies zeigt sich auch in den lauthals angestellten Überlegungen wieder einen Botschafter nach El Salvador zu entsenden.

Die Grünen empfinden es als unerträgliche Heuchelei wenn dieselbe Bundesregierung, die den Krieg gegen Nicaragua unterstützt, den Tod des Entwicklungshelfers Albrecht Pflaum beklagt, der Opfer dieser Aggression wurde.

Die Grünen solidarisieren sich mit dem Protest der 50 Besetzer der Botschaft in Managua, die mit ihrer zeitweiligen Besetzung ein weltweites Zeichen gegen die bundesdeutsche Unterstützung für die amerikanische Mittelamerikapolitik setzten. Überdies begrüßen wir die mutige Entscheidung der Entwicklungshelfer auf jeden Fall, weiter in Nicaragua zu arbeiten.

Die Grünen im Bundestag fordern von der Bundesregierung eine sofortige Auswietung der Entwicklungshilfe für Nicaragua.

Weiterhin fordern die Grünen im Bundestag eine sofortige Einstellung jeglicher Hilfe für Honduras, von dessen Staatsgebiet aus die rechtsgerichteten Militär-Banden operieren.

---

## **DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG**

Einschub:

Mai 1983

In der 2. Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 10. Wahlperiode, 20.5.1983, wurde das erste Mal, wenn auch vorsichtig, eine Kopplung der Fortführung der Entwicklungshilfe für Nicaragua mit der Wiederaufnahme der seit 1982 eingefrorenen Entwicklungshilfe für El Salvador angesprochen.

Im Protokoll liest sich das folgendermaßen:

Der Abgeordnete Lamers (CDU) geht davon aus,

"daß eine Lösung der Probleme nur möglich sei, wenn zwei Prinzipien beachtet würden: Die Länder der Region müßten die Sicherheitsinteressen der USA berücksichtigen. Das Recht der Länder der Region auf einen eigenen Weg nütze geachtet werden."

Die Problemlösung sei nur in einem Gesamtansatz möglich, der politische, diplomatische und entwicklungspolitische Maßnahmen umfassen müsse, gegenwärtig vor allem politisch-diplomatische Maßnahmen. Ein Gesamtansatz erfordere auch eine Ausgewogenheit der Hilfe, die gegenwärtig gegenüber El Salvador noch nicht gegeben sei. Insoweit seien vermehrte Bemühungen erforderlich.

Mit der Bundesregierung sei er der Auffassung, daß gegenwärtig kein akuter Entscheidungsbedarf für eine Einstellung der Hilfe an Nicaragua bestehe, die Hilfe aber angesichts der Lage fortlaufend geprüft werden müsse." (S. 8)

Und Minister Warnke gab zu bedenken:

"Die Menschenrechtsverletzungen in El Salvador könnten nicht geleugnet werden, sie würden aber nicht von Regierungstruppen, sondern auch von anderen Gruppen begangen. Für die politischen Entscheidungen sei aber beachtlich, daß die Tendenz zu Menschenrechtsverletzungen in El Salvador sinke, in Nicaragua dagegen steige." (S. 14)

# DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG

## — Pressedienst —

Pressemitteilung Nr. 111/83

### GRÜNE ÄUSSERN SICH ZU SONDERSITZUNG ZU MITTELAMERIKA

In der Ausschußsitzung am 20.5.83 hat der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Warnke, erklärt, daß die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Nicaragua zwar nicht abgebrochen, mit ihrer Aufrechterhaltung aber die Wiederaufnahme der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit El Salvador verknüpft werden müsse.

DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG lehnen diese Verknüpfung und die damit verbundenen folgenden Maßnahmen ab:

- die vorgesehene Umschichtung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Nicaragua von der Regierungsebene auf Nichtregierungsorganisationen wie private Stiftungen, Kirchen oder die Privatwirtschaft wendet sich gegen einen planmäßigen Wiederaufbau der nicaraguanischen Gesellschaft;
- die vorgesehene Wiederaufnahme der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit El Salvador mit dem Argument, die Menschenrechtspolitik der dortigen Regierung zeige eine positive Tendenz - im Gegensatz zu Nicaragua - , ist eine zynische Verdrehung der Tatsachen.

Einem sozialen Wiederaufbau der nicaraguanischen Gesellschaft wird durch die USA mit militärischen, politischen und wirtschaftlichen Mitteln die Grundlage entzogen. Die Bundesregierung nimmt gegen diese Interventionspolitik nicht Stellung. Im Gegenteil: sie setzt das Ergebnis dieser Interventionspolitik, nämlich politische und wirtschaftliche Instabilität in Nicaragua, in Relation zur - nach ihrer eigenen Interpretation - positiven Entwicklung in El Salvador.

Eine solche Aufwertung des Militärregimes in El Salvador bereitet die Wiederentsendung eines Botschafters der BRD noch in diesem Jahre vor und ist als Unterstützung der Christdemokraten bei den dort im November stattfindenden Wahlen zu verstehen.

DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG fordern von der Bundesregierung,

- die Entwicklungshilfe für Nicaragua zu erhöhen und keine Umschichtung der Zusammenarbeit von der Regierungsebene auf die privatwirtschaftliche Ebene vorzunehmen;
- auf die USA einzuwirken, ihre Aggressionspolitik gegen Nicaragua aufzugeben, da diese eine positive Umsetzung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Nicaragua unmöglich macht;
- keinen Botschafter nach El Salvador zu entsenden und die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit dem dortigen Militärregime nicht wiederaufzunehmen.

### NACHRICHTEN

Süddeutsche Zeitung, 21.5.83

#### **Warnke: Junktim zwischen Hilfe für Nicaragua und El Salvador**

Bonn (AP)

Entwicklungsminister Jürgen Warnke (CSU) hat mit gewissen Einschränkungen im entwicklungspolitischen Ausschuß des Bundestages zugesagt, daß die Entwicklungshilfe für Nicaragua fortgesetzt werde. Die Zusage für dieses Jahr ist nach seinen Ausführungen sicher, für die kommenden Jahre sei sie noch von einer Reihe von Prüfungen sowie auch davon abhängig, daß auch El Salvador wieder Hilfe erhalte. Die Fraktion der CDU/CSU hat nach diesen Ausführungen die Bundesregierung aufgefordert, jetzt umgehend wieder einen Botschafter nach San Salvador zu entsenden und sich zur Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe bereit zu erklären. Ziel beider Maßnahmen müsse die Stärkung aller Kräfte sein, die eine Reform wünschten. Zugleich unterstützt die Union die Bemühungen Mexikos, Panamas, Venezuelas und Kolumbiens, innerhalb der Region eine politische Lösung zu erreichen. Die Fraktion der Grünen lehnte dagegen jede Verknüpfung der Entwicklungshilfe für Nicaragua und El Salvador ab. Wie die Fraktion mitteilte, ist eine Wiederaufnahme der Hilfe an Salvador als Aufwertung des Militärregimes und Unterstützung der dortigen Christdemokraten abzulehnen, dafür aber die Entwicklungshilfe an Nicaragua zu erhöhen. Ebenso solle die Bundesregierung auf die USA einwirken, ihre Aggressionspolitik gegen Nicaragua aufzugeben. Auch die Entsendung eines deutschen Botschafters nach Salvador lehnen die Grünen ab.

## *BRD-Entwicklungshilfe in Mittelamerika*

# **Umstrukturierung der Nicaragua-Hilfe**

**Bonn (taz).** Am vergangenen Freitag beschäftigte sich eine Sondersitzung des Entwicklungspolitischen Ausschusses in Bonn mit der Lage in Mittelamerika und mit der Fortsetzung der Entwicklungshilfe für Nicaragua. Vorangegangen war am Donnerstag letzter Woche eine Fragesitzung im Bundestag zum gleichen Thema.

Die Bundesregierung will die entwicklungs-politische Zusammenarbeit mit Nicaragua vorerst fortsetzen, allerdings unter der Bedingung, daß auch El Salvador im nächsten Jahr wieder Entwicklungshilfe erhält, so lautet das neue Junktum von Entwicklungshilfeminister Warnke zur Mittelamerikapolitik...

Auch soll die Nicaragua-Hilfe in Zukunft möglichst nicht mehr an die ungeliebten Sandinisten gehen, sondern an Nicht-Regierungsinstitutionen (z.B. Kirchen) und die Privatwirtschaft. Lediglich bereits laufende Großprojekte wie das Krankenhaus in Esteli sollen mit Anstand zu Ende gebracht werden, solange die Sicherheitslage dies erlaube.

Als Grund für die Umschichtung gab Warnke die innenpolitische Situation in Nicaragua an. Bereits vor einigen Wochen hatte der von entwicklungs-politischem Fachwissen weitgehend unbeleckte CSU-Ler in einem Interview geäußert, es sei für ihn absurd, daß ein Land wie Nicaragua, wo es keine freien Wahlen gebe, Hilfe erhielte, nicht dagegen El Salvador mit seiner demokratisch gewählten Regierung.

Im Ausschuß warf Warnke den Sandinisten jetzt vor, daß in Nicaragua die Tendenz zu Menschenrechtsverletzungen und Repression steige und die Abhaltung der Wahlen höchst ungewiß sei. Als Beweise mußte u.a. die Umsiedlung der Miskito-Indianer vom letzten Jahr und die kürzliche Einführung von „Volksgerichten“ herhalten.

In El Salvador hingegen weise die Zahl der Toten, die auf Regierungskonto gehen, fallende Tendenz auf, die an der Regierung beteiligten Christdemokraten steuerten Reformkurs und im November seien Wahlen zu erwarten. Aus diesen Gründen habe die CDU-CSU jetzt auch die Bundesregierung aufgefordert, umgehend wieder einen deutschen Botschafter nach El Salvador zu entsenden, um diese „positive Tendenz“ zu stärken.

Die Verknüpfung der Zusammenarbeit mit Nicaragua mit der Wiederaufnahme der Salvador-Hilfe wird von den Grünen abgelehnt. In einer Presseerklärung heißt es, die vorgesehene Umschichtung der Nicaragua-Gelder auf private Träger richte sich gegen einen planmäßigen Aufbau der nicaraguanischen Gesellschaft. Wer in der salvadorianischen Menschenrechtspolitik positive Tendenzen zu erkennen glaube, der betreibe eine „zynische Verdrehung der Tatsachen“: Das christliche Rechtshilfebüro in El Salvador hat erst kürzlich festgestellt, daß allein in den ersten vier Monaten dieses Jahres 1.961 Zivilpersonen ermordet wurden. In rund zwei Dritteln der Fälle zeichneten Regierungsinstitutionen verantwortlich, die restlichen Morde wurden von rechtsextremistischen Terrorbanden begangen.

### **Nichts Neues im Fall Pflaum**

Nicht viel Neues ergaben auch die Bundestagsfragestunde und die Ausschußdebatte im Hinblick auf die Konsequenzen des Todes des deutschen Arztes Albrecht Pflaum. Sowohl Warnke als auch Möller-Mann bestanden darauf, daß die Täter der Bundesregierung weiterhin unbekannt seien. Wenn aber nicht sicher sei, daß der Mord von der antisandinistischen Guerilla-Organisation FDN verübt worden sei, könne die Bundesregierung auch nicht bei Reagan wegen dessen Unterstützung für die Guerillas vorstellig werden.

Eine Mitverantwortung der Bundesregierung wurde ferner abgelehnt, da eine kurz vorher durchgeführte Sicherheitsüberprüfung keine Gefährdung der Entwicklungshelfer ergeben habe. Daß der Herr Vizebotschafter bei dieser „Überprüfung“ nur bis zur Provinzhauptstadt Jinotega kam und sich dort noch nicht einmal im Stande fühlte, mit örtlichen FSLN- und Milizvertrettern zu sprechen, scheint das Ergebnis in den Augen Warnkes nicht zu beeinträchtigen. Auch für die Aktivitäten der CSU-nahen „Internationalen Arbeitsgemeinschaft für Freiheit und Demokratie“ ist die Bundesregierung nicht zuständig. Wenn Vertreter der FDN auf deren Einladung in Bonn zum gewaltsamen Sturz der Regierung in Managua aufrufen, so sei dies eine Sache der Seidel-Stiftung und Aktivitäten von politischen Stiftungen seien von der Bundesregierung nicht zu bewerten.

*N.B.*

# **Europäischer Rat in Stuttgart**

Tagung der  
Staats- und Regierungschefs  
der EG-Mitgliedstaaten  
vom 17. bis 19. Juni 1983

Bulletin 21. Juni 1983

Nr. 65/S. 603

### **Schlußfolgerungen des Vorsitzes zur Arbeit des Europäischen Rates**

#### **Mittelamerika**

Die Staats- und Regierungschefs bekräftigen ihr großes Interesse an den Entwicklungen in Mittelamerika. Sie sind tief besorgt über die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen in vielen Teilen dieser Region, über die sich daraus ergebenden Spannungen und über das weit verbreitete Elend und Blutvergießen.

Sie sind der Überzeugung, daß die Probleme Mittelamerikas nicht mit militärischen Mitteln gelöst werden können, sondern nur durch eine politische Lösung, die in der Region selbst ihren Ursprung hat und die die Grundsätze der Nichteinmischung und Unverletzlichkeit der Grenzen beachtet. Deshalb unterstützen sie nachdrücklich die derzeitige Initiative der Contadora-Gruppe. Sie betonten die Notwendigkeit, demokratische Bedingungen zu schaffen und die Menschenrechte in der Region strikt zu beachten.

Sie sind auch in Zukunft bereit, ihren Beitrag zur weiteren Entwicklung in dieser Region zu leisten, um Fortschritte auf dem Weg zur Stabilität zu fördern.

## **Große Anfrage**

### **der Fraktion der SPD**

#### **Lage in Mittelamerika**

Mittelamerika ist in den letzten Jahren in zunehmendem Maße zu einem weltpolitischen Krisenherd geworden, der den regionalen und globalen Frieden gefährden kann.

Wir fragen deshalb die Bundesregierung:

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die politische, wirtschaftliche und soziale Lage in Mittelamerika?

#### **Antwort**

### **der Bundesregierung**

#### **Lage in Mittelamerika**

*Der Bundesminister des Auswärtigen – 011 – 300.13 – hat mit Schreiben vom 25. Januar 1984 namens der Bundesregierung die Große Anfrage wie folgt beantwortet:*

In Mittelamerika ist es in den letzten Jahren zu einer Zunahme an Spannungen und Konflikten gekommen, die teilweise gefährliche Ausmaße angenommen haben. Die Völker der Region ringen um eine gerechte politische, wirtschaftliche und soziale Ordnung, um demokratische Institutionen und Unabhängigkeit.

Die Ursachen der gegenwärtigen Auseinandersetzungen liegen weithin in überkommenen, nicht mehr tragfähigen wirtschaftlichen und sozialen Strukturen. Sie können nur in einem langjährigen Prozeß, bei dem die maßgeblichen politischen und gesellschaftlichen Kräfte zusammenwirken, abgebaut werden. Dabei ist Hilfe von außen gegenwärtig im besonderen Maße notwendig; denn die Auswirkungen der weltweiten wirtschaftlichen Rezession – hohe Zinsen, sinkende Exporterlöse, erdrückende Schuldenlasten – erschweren die eigenen Anstrengungen der Länder der Region um Gesundung und Erneuerung.

Ein Land mit besonderen inneren und äußeren Spannungen ist Nicaragua geworden. Die herrschende sandinistische Regierungsjunta hat seit der Ablösung des Somoza-Regimes, die mit breiter Unterstützung der Bevölkerung erfolgte, die selbst formulierten Prinzipien, nämlich Pluralismus, gemischte Wirtschaftsordnung und Blockfreiheit zunehmend verlassen. Demokratische Kräfte, die wesentlich zur Ablösung des Somoza-Regimes beigetragen hatten, wurden entmachtet und teilweise aus dem Land vertrieben. De facto besteht heute ein Einparteiensystem mit der FSLN, die sich selbst als marxistisch-leninistisch bezeichnet, als Staatspartei. Diese verkündete noch bis in die jüngste Zeit lautstark ihren Anspruch, Vorkämpferin einer Bewegung zur Befreiung ganz Mittelamerikas zu sein. Die Sandinisten konnten hierbei mit der tatkräftigen Unterstützung durch Kuba rechnen, welches auch in anderen Teilen der Region bestehende Konflikte für eigene Zwecke nutzte. Erst neuerdings sind Anzeichen eines Einlenkens erkennbar. Es bleibt abzuwarten, ob es sich hier um ein taktisches Manöver mit dem Ziel auf Zeitgewinn handelt oder ob sich unter dem Druck der öffentlichen Meinung von innen und außen eine Abwendung von der Politik der Destabilisierung anbahnt. Die Bundesregierung unterstreicht in diesem Zusammenhang insbesondere die Forderung des Europäischen Rates vom 19. Juni 1983, daß die Probleme Mittelamerikas nicht mit militärischen Mitteln gelöst werden können, daß die Grundsätze der „Nichteinmischung und Unverletzlichkeit der Grenzen“ beachtet werden müssen.

Die Nachbarstaaten Costa Rica, El Salvador und Honduras sind unter dieser Herausforderung näher zusammengerückt. Dies wurde erleichtert, nachdem in El Salvador im März 1982 Wahlen abgehalten worden sind und seit 1982 in Honduras ein aus Wahlen hervorgegangenes Parlament und ein frei gewählter Präsident (Partido Liberal) amtieren.

Costa Rica hat am 17. November 1983 offiziell seine strikte, fort dauernde und unbewaffnete Neutralität erklärt. Die politische Stabilität dieses Landes ist durch anhaltende Spannungen an der Grenze zu Nicaragua und durch wirtschaftliche Probleme gefährdet. Guatemala hat 1982 nach langen Jahren blutiger Diktatur aus

eigener Kraft erste Bemühungen zur Demokratisierung eingeleitet. Die innenpolitischen Verhältnisse sind indessen keineswegs gefestigt. Die Bundesregierung muß mit Bedauern feststellen, daß die Menschenrechtssituation im Land weiterhin Anlaß zu ernster Besorgnis gibt. Sie hat dieser Besorgnis noch im Dezember 1983 zusammen mit allen EG-Partnern im Rahmen der Vereinten Nationen Ausdruck gegeben.

Aus Sorge über die zunehmende Eskalation der Spannungen haben Mexiko, Kolumbien, Venezuela und Panama die als Contadora-Initiative bekannten Friedensbemühungen in der Region eingeleitet. Die fünf zentralamerikanischen Staaten haben sich dieser Initiative angeschlossen. Sie wollen in eigener Verantwortung ohne Einmischung von außen eine Lösung ihrer regionalen Probleme mit friedlichen Mitteln erreichen.

Erste Resultate wurden erzielt. Hier ist insbesondere auf die Verabschiedung der 21 Zielvorstellungen vom September 1983 hinzuweisen, an deren Implementierung derzeit auf verschiedenen Ebenen aktiv gearbeitet wird.

Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß die Krise in Mittelamerika ihre wesentlichen Ursachen in den überkommenen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen hat. Sie hat sich deshalb stets für verstärkte wirtschaftliche Entwicklung, für wirtschaftliche und soziale Reformen eingesetzt (Regierungserklärung vom 4. Mai 1983, Rede des Bundesministers des Auswärtigen vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 29. September 1983).

Für die Bundesregierung sind auch hinsichtlich Mittelamerikas die erklärten Grundsätze ihrer Außenpolitik maßgebend; Selbstbestimmung, nationale Unabhängigkeit, Nichteinmischung, eigenständige Entwicklung, Achtung der Menschenrechte und friedliche Konfliktlösung.

Die Bundesregierung ist deshalb der Auffassung, daß jeder Lösungsversuch in Mittelamerika von den Prinzipien des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder auszugehen hat und daß die zugrundeliegenden Probleme nicht mit militärischen Mitteln gelöst werden können. Wie anderswo lehnt sie auch hier Wirtschaftssanktionen grundsätzlich ab.

In Übereinstimmung mit diesen Grundsätzen unterstützt die Bundesregierung nachdrücklich eine politische Lösung, wie sie die Staaten der Region mit der von ihnen selbst entwickelten Contadora-Initiative anstreben.

Die Anstrengungen der Bundesregierung haben ein dreifaches Ziel: die Unterstützung regionaler Friedensbemühungen, die Förderung demokratischer Entwicklungen, die Überwindung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme.

Große Bedeutung mißt die Bundesregierung dem politischen Dialog bei. Der Bundesminister des Auswärtigen und der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit haben in den letzten Jahren mehrfach Mittelamerika besucht. Im September 1983 wurde eine Botschafterkonferenz für Mittelamerika und den karibischen Raum in Costa Rica abgehalten, die der Bundesminister des Auswärtigen leitete; er verband damit einen offiziellen Besuch bei der Regierung von Costa Rica.

Zahlreiche Besucher aus den Ländern der Region wurden in Bonn empfangen: so 1983 die Außenminister von Costa Rica, Kuba, Honduras, El Salvador und der Innenminister von Nicaragua, mit denen ein vertiefter Dialog über die Probleme der Region geführt wurde.

Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Mittelamerika wird ausgebaut (hierzu Antwort zu den Fragen 7 und 8).

Durch Kulturaustausch leisten wir einen spezifischen Beitrag zur Förderung des sozialen Fortschritts, der wirtschaftlichen Entwick-

2. Teilt die Bundesregierung unsere Auffassung, daß die wesentlichen Ursachen der Krise in Mittelamerika in der Unterentwicklung, der sozialen Ungerechtigkeit, dem hohen Maß an Ausbeutung und häufig undemokratischen politischen Strukturen liegen, und daß es deshalb Aufgabe der Politik sein muß, diese Ursachen so rasch wie möglich zu beseitigen?
3. Teilt die Bundesregierung unsere Auffassung, daß jeder Lösungsversuch von den Prinzipien des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder auszugehen hat, und daß deshalb alle Versuche, die Probleme dieser Länder durch direkte oder indirekte militärische Intervention, wirtschaftliche Sanktionen und politische Destabilisierung bewältigen zu wollen, abgelehnt werden müssen?
4. Welche Anstrengungen hat die Bundesregierung bisher in eigener Verantwortung und im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) unternommen, um zu einer Überwindung der Probleme in Mittelamerika beizutragen, und welche Erfolge hatten diese Bemühungen?
5. Was wird die Bundesregierung unternehmen, um die Schlußfolgerungen des Europäischen Rats von Stuttgart bezüglich Mittelamerika in praktische Politik umzusetzen, insbesondere jene,
  - daß die Probleme Mittelamerikas nur durch eine politische Lösung bewältigt werden können,
  - daß die Friedensinitiative der Contadora-Gruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama und Venezuela) unterstützt werden muß,
  - daß wir unseren Beitrag zur weiteren Entwicklung der Region leisten müssen?

## Hilfe an Nicaragua

# Wende oder nicht?

**Managua/Berlin (apia/ataz)** - Der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Gert Bastian, und der Juso-Vorsitzende Rudolf Hartung sind der Meinung, die Bundesregierung werde Nicaragua die Entwicklungshilfe streichen. Hartung, der sich noch in Nicaragua befindet, und Bastian, der von einer Informationsreise durch das mittelamerikanische Land am Wochenende zurückkehrte, erklärten in Managua gegenüber apia, die zugesagten 40 Millionen DM an Kredithilfe, deren Auszahlung seit Jahresbeginn nichts mehr im Wege stehe, würden ohne Begründung zurückgehalten.

Als „makabres, zynisches Spiel mit dem Schicksal von Menschen“ bezeichnete Bastian die Sperrung des Kredits durch die Kohl-Regierung. Hartung sprach von einer „handfesten Saurelei“. Die strittigen 40 Millionen in Form von weichen Krediten sind Teil eines noch von der sozialdemokratischen Koalition beschlossenen 170 Millionen-Pakets, aus dem u.a. die Projekte des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) und anderer z.T. privater Entwicklungshilfeorganisationen in Nicaragua, ein Krankenhausbau und ein Programm zur Bekämpfung der Kaffeepest gespeist werden.

Nach dem erfolgreichen Abschluß von Umschuldungsverhandlungen im August 1982 und dem Inkrafttreten des neuen Vertrages am 1. Januar 1983 steht der Auszahlung der schon von der Regierung Schmidt wegen Zahlungsverzug eingefrorenen Gelder nichts mehr entgegen. Edmundo Jarquin, Direktor des für die Kanalisierung ausländischer Hilfsgelder zuständigen „Nationalen Wiederaufbaufonds“ (FIR) hatte bei seinem Besuch in Bonn im Februar bewußt nur Projekte vorgelegt, deren entwicklungspolitische Zweckmäßigkeit keinen Zündstoff für innenpolitische Debatten birgt.

Von der Finanzhilfe hängt u.a. die längst fällige Überholung der Generatoren im Kraftwerk in Managua ab. Die Generatoren hätten gemäß dem Wartungsvertrag mit Siemens bereits im Jahre 1977 überholt werden müssen. Daß Managua nicht schon längst im Dunkeln liegt, kann als kleines Wunder betrachtet werden.

Das für die Entwicklungshilfe zuständige Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit teilte auf Anfrage der taz mit, eine Sperrung der Kredite sei nicht beschlossen worden. Der Auszahlung der 40 Mio. DM stünden „keine politischen Probleme entgegen.“ Die Verzögerung der Auszahlung sei „allenfalls technischen Schwierigkeiten geschuldet“.

Es ist durchaus denkbar, daß technische Schwierigkeiten politische Absichten verborgen. Doch auf Nachfrage bei der Botschaft Nicaraguas in Bonn erfuhr die taz, daß von einem Stop bundesdeutscher Entwicklungshilfe an Nicaragua dort nichts bekannt ist. Die nicaraguanische Regierung gehe vielmehr von der Auszahlung der ausgehandelten Kredite aus.

Ralf Leonhard/KD

lung und der kulturellen Eigenständigkeit der Länder der Region. Es ist vorgesehen, diese Anstrengungen in den kommenden Jahren zu erhöhen, soweit die Haushaltsslage dies erlaubt.

Auch auf der Tagesordnung der Europäischen Gemeinschaft und Europäischen Politischen Zusammenarbeit nimmt Mittelamerika einen wichtigen Platz ein. Folgende Initiativen sind hervorzuheben:

Erhöhung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Mittelamerika, wofür sich der Bundesminister des Auswärtigen in der EG besonders eingesetzt hat (siehe auch Antwort auf Frage 8); Maßnahmen im Bereich der humanitären Hilfe.

Der Bundesminister des Auswärtigen hatte am 15. Mai 1983 als Ratspräsident die Contadora-Initiative erneut unterstützt. In der Erklärung heißt es u.a.:

„Die Eröffnung eines Dialogs sollte der erste Schritt zur Sicherung des Friedens und zur Wiederherstellung eines Klimas des Vertrauens sein. Ein solches Klima ist eine Voraussetzung bei dem Bemühen um eine gerechte und dauerhafte Lösung der Probleme in der Region.“

Die Zehn sind der Auffassung, daß diese Bemühungen von den Grundsätzen der Selbstbestimmung, Souveränität, Nichteinmischung, territorialen Unversehrtheit und Unverletzlichkeit der Grenzen, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen festgelegt sind, und der strikten Einhaltung der Menschenrechte, der gegenseitigen Achtung, der Zusammenarbeit und Demokratie geleitet sein sollten.“

Der Europäische Rat nahm am 19. Juni 1983 in Stuttgart unter der deutschen Präsidentschaft wie folgt grundsätzlich zu Mittelamerika Stellung:

„Die Staats- und Regierungschefs begrüßten ihr großes Interesse an den Entwicklungen in Mittelamerika. Sie sind tief besorgt über die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen in vielen Teilen dieser Region, über die sich daraus ergebenden Spannungen und über das weitverbreitete Elend und Blutvergießen.“

Sie sind der Überzeugung, daß die Probleme Mittelamerikas nicht mit militärischen Mitteln gelöst werden können, sondern nur durch eine politische Lösung, die in der Region selbst ihren Ursprung hat und die die Grundsätze der Nichteinmischung und Unverletzlichkeit der Grenzen beachtet. Deshalb unterstützen sie nachdrücklich die derzeitige Initiative der Contadora-Gruppe. Sie betonen die Notwendigkeit, demokratische Bedingungen zu schaffen und die Menschenrechte in der Region strikt zu beachten.

Sie sind auch in Zukunft bereit, ihren Beitrag zur weiteren Entwicklung in dieser Region zu leisten, um Fortschritte auf dem Weg zur Stabilität zu fördern.“

Am Rande der 38. Generalversammlung der Vereinten Nationen traf sich die europäische Ratspräsidentschaft im Rahmen der Troika (d.h. die Außenminister Griechenlands, Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland) mit den Außenministern der Contadora-Staaten.

Die Schlußfolgerungen des Europäischen Rats von Stuttgart sind ein klares Bekenntnis der Zehn, den Friedensprozeß in Mittelamerika zu unterstützen. Sie wurden von den vier Ländern der Contadora-Gruppe ebenso wie von den fünf Ländern Mittelamerikas ausdrücklich begrüßt und als politische Unterstützung zur Lösung der regionalen Probleme anerkannt.

Die Bundesregierung handelt in der Überzeugung, daß die Bundesrepublik Deutschland und ihre Partnerländer in der EG als westliche Demokratien eine besondere Verpflichtung haben, den Demokratisierungsprozeß und die Friedensbemühungen in Mittelamerika zu stützen. Bei dieser wichtigen Aufgabe begrüßt die Bundesregierung jede Zusammenarbeit mit den im Deutschen

Bundestag vertretenen Parteien, mit den gesellschaftlichen Kräften in der Bundesrepublik, mit Entwicklungsinstitutionen und privaten Trägern. Es geht darum, auf der Basis gemeinsamer Grundüberzeugungen praktische Hilfe für die Region zu leisten.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat die Schlußfolgerungen des Europäischen Rats von Stuttgart begrüßt. Auch sie unterstützt nachdrücklich die Friedensbemühungen der Contadora-Staaten. Die Kissinger-Kommission zu Zentralamerika empfiehlt in ihrem am 11. Januar 1984 der US-Administration übergebenen Bericht die Verdoppelung der Wirtschaftshilfe für die Region im Zeitraum 1985 bis 1990. Die Bundesregierung begrüßt dies. Die Bundesregierung steht in einem ständigen politischen Dialog mit den Vereinigten Staaten von Amerika.

Das Gespräch mit den USA wird bilateral und wurde während der deutschen Präsidentschaft auch namens der Zehn geführt. In jüngster Zeit ist der Bundesminister des Auswärtigen im September 1983 in New York und im Oktober in Bonn mit dem US-Sonderbotschafter für Mittelamerika Senator Stone zusammengetroffen. Im Dezember empfing er den Vorsitzenden der überparteilichen US-Sonderkommission für Mittelamerika, Henry Kissinger. Parallel wurden in Washington bilaterale Gespräche über Mittelamerika geführt. Der Bundeskanzler und der Bundespräsident haben bei ihren Besuchen in den Vereinigten Staaten die Lage in Mittelamerika erörtert und den deutschen Standpunkt erläutert.

Die Entschließung des 9. Deutschen Bundestages vom 5. März 1982 ist wesentliche Grundlage der Entwicklungspolitik der Bundesregierung. Sie mißt den Grundsätzen dieser Entschließung einen hohen Stellenwert auch für die Entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit den mittelamerikanischen Staaten bei. Sie fühlt sich durch die wiederholt zum Ausdruck gebrachte Zustimmung zu diesen Prinzipien durch Regierungen in der Region bestätigt.

Die Zusagen bis Ende 1983 erreichten insgesamt folgende Werte:

	FZ/TZ (in Mio. DM)
Nicaragua	194
Costa Rica	142
Honduras	114
Guatemala	61
El Salvador	50

Davon entfielen auf den Zeitraum 1980 bis 1983, also auf die letzten vier Jahre:

Nicaragua	97
Costa Rica	63
Honduras	53
Guatemala	3
El Salvador	0

Erhebliche Bedeutung in der Zusammenarbeit mit den mittelamerikanischen Ländern hat auch der Bereich der gesamten sonstigen Hilfe, z.B. die Hilfe der Kirchen, politischen Stiftungen und privaten Träger. Hierfür wurden bis Ende 1982 aus öffentlichen Mitteln rund 346 Mio. DM zur Verfügung gestellt (Nicaragua 54, Costa Rica 100, Honduras 55, Guatemala 100, El Salvador 37).

Mit diesen Zusagen stehen wir an erster Stelle der EG-Staaten. Zur zukünftigen Zusammenarbeit wird in der Antwort zu Frage 10 Stellung genommen. Im übrigen wird die unterbrochene Entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit El Salvador im Hinblick auf die Förderung des Demokratisierungsprozesses wiederaufgenommen.

Von 1976 bis Ende 1982 hat die Europäische Gemeinschaft für die Staaten Zentralamerikas und der Karibik in erheblichem Umfang

- Wird die Bundesregierung ihre Vorstellungen und die des Europäischen Rats, wie sie in den Stuttgarter Schlußfolgerungen zum Ausdruck gekommen sind, an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika herantragen?

- Geht die Bundesregierung bei ihrer Entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit den mittelamerikanischen Staaten konsequent von den Richtlinien aus, die der Deutsche Bundestag in seiner Entschließung zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung vom 5. März 1982 einstimmig beschlossen hat, und welchen Stellenwert mißt sie ihr als Beitrag zur Überwindung der Probleme in der Region bei?
- Wie hat die Bundesregierung bisher auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik mit den einzelnen Staaten Mittelamerikas zusammengearbeitet, und welche Pläne hat sie für die künftige Zusammenarbeit mit ihnen?

- Wie hat die Europäische Gemeinschaft bisher auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik mit den einzelnen Staaten Mittel-

amerikas zusammengearbeitet, und welche Pläne hat sie für die künftige Zusammenarbeit mit ihnen?

Nichtassoziiertenhilfe geleistet; als Hauptempfängerländer erhielten Haiti 19,5 Mio., Honduras 31,7 Mio., Nicaragua 26,5 Mio., die Dominikanische Republik 16,8 Mio. und Costa Rica 18 Mio. ECU.

Allein 1982 beliefen sich die finanziellen Leistungen der Gemeinschaft für Mittelamerika und die Karibik, ohne Berücksichtigung der Leistungen nach dem Lomé-Abkommen und des EG-Sonderprogramms (vgl. unten) auf 76 Mio. ECU. Von dieser Globalsumme, die neben Nichtassoziiertenhilfe in Höhe von 36,5 Mio. ECU vor allem Nahrungsmittelhilfe (24,12 Mio. ECU) und Soforthilfe für Flüchtlinge (ca. 10 Mio. ECU) enthält, entfielen auf Haiti 10,69 Mio., die Dominikanische Republik 2,61 Mio., El Salvador 5,26 Mio. (Nahrungsmittelhilfe), Guatemala 1,0 Mio. (insbesondere Nahrungsmittelhilfe) und Panama 0,17 Mio. (Handelsförderung) ECU. Die Nichtassoziiertenhilfe, der wichtigste Aspekt der Hilfeleistung, diente vor allem der ländlichen Entwicklung.

Der EG-Rat hat am 22. November 1982 ein EG-Sonderprogramm für Mittelamerika und die Karibik verabschiedet. Diese Unterstützungsaktion geht maßgeblich auf eine Initiative der Bundesregierung zurück. Sie stellt zusätzliche finanzielle Mittel von jeweils 10 Mio. ECU für Honduras, Costa Rica und die Dominikanische Republik vor allem für nationale Reformprogramme im Agrarbereich zur Verfügung. Nicaragua wurde im Rahmen der normalen Nichtassoziiertenhilfe für 1982 ebenfalls eine Unterstützung in Höhe von 9,8 Mio. ECU gewährt.

Wie der Europäische Rat am 19. Juni 1983 in Stuttgart erneut bekräftigt hat, wird die Gemeinschaft auch in der Zukunft „ihren Beitrag zur weiteren Entwicklung in dieser Region ... leisten, um Fortschritte auf dem Weg zur Stabilität zu fördern“. Dazu wird sie auch künftig insbesondere Nichtassoziiertenhilfe in angemessenem Umfang bereitstellen.

Im Rahmen der Lomé-Konventionen leistet die EG durch ihre Kooperation mit einer Reihe karibischer Staaten (Antigua-Barbuda, Bahamas, Barbados, Dominica, Grenada, Guyana, Jamaika, St. Lucia, St. Vincent, Suriname, Trinidad und Tobago) und seit 1982 auch mit Belize einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilisierung der Gesamtregion.

Die Bundesregierung begrüßt den Antrag „Entwicklungsprogramm Karibik und Zentralamerika“ (Drucksache 9/1298), der von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP im Bundestag eingebracht worden ist und dessen Grundsätze inzwischen auch von der Kissinger-Kommission unterstützt werden. Sie stimmt voll mit den Zielen dieses Antrags überein: Stärkung der Unabhängigkeit und Souveränität der mittelamerikanischen Länder, Wahrung des Friedens und der Menschenrechte, freiheitlich/pluralistische Gesellschaft, soziale und wirtschaftliche Stabilität, Unterstützung der regionalen Zusammenarbeit. Ebenfalls mißt die Bundesregierung der Entwicklungszusammenarbeit der Kirchen, politischen Stiftungen und privaten Träger entscheidende Bedeutung zu.

Zur Erreichung dieser Ziele unterstützt die Bundesregierung vornehmlich jene Kräfte, die für eine freiheitlich-demokratische Entwicklung und die notwendigen sozialen und wirtschaftlichen Reformen eintreten. So wird die Bundesregierung über die bisherigen Hilfszusagen hinaus in besonderer Weise dem demokratisch regierten und durch die Entwicklung in Mittelamerika besonders gefährdeten Costa Rica helfen und die Bemühungen um eine Vertiefung des Demokratisierungsprozesses in Honduras und El Salvador ebenso unterstützen wie die bereits in weitem Umfang vor allem in El Salvador eingeleitete Agrarreform.

10. Welche Anstrengungen über das bisher Geleistete hinaus hält die Bundesregierung für sinnvoll und notwendig, etwa in dem Sinn des von der CDU/CSU-Faktion im 9. Deutschen Bundestag eingebrachten Antrags „Entwicklungsprogramm Karibik und Zentralamerika“ (Drucksache 9/1298)?

Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß regionale Zusammenschlüsse die politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Staaten fördern. Dies gilt in besonderem Maße für Mittelamerika, dessen fehlender Zusammenhalt mit einer Ursache dafür ist, daß heute alle Länder der Region wirtschaftliche Hilfe von außen benötigen.

11. Hält die Bundesregierung insbesondere eine finanzielle und institutionelle Stärkung der vorhandenen mittelamerikanischen Integrationsorganisationen, z. B. dem mittelamerikanischen Gemeinsamen Markt, für sinnvoll, und wenn ja, welchen Beitrag wird die Bundesregierung dafür leisten?

Die Bundesregierung würde eine Wiederbelebung des Zentralamerikanischen Gemeinsamen Marktes begrüßen und unterstützen. Hierzu gehört auch eine verstärkte Beteiligung an den beiden Entwicklungsbanken der Region.

Der Bundesminister des Auswärtigen hat wiederholt den Vorschlag gemacht, ein Kooperationsabkommen zwischen EG und den Staaten Mittelamerikas analog dem EG-ASEAN-Modell abzuschließen. Der Vorschlag ist von der Kommission aufgegriffen worden, wo derzeit die praktischen Möglichkeiten geprüft und ein Verhandlungskonzept vorbereitet wird. Mit der Realisierung dieses Vorschlags wird eine neue Perspektive der Zusammenarbeit mit Mittelamerika eröffnet.

Die sandinistische Regierungsjunta hat seit Übernahme der Regierungsgewalt eine außergewöhnlich großzügige wirtschaftliche Hilfe erhalten. Der überwiegende Teil wurde dabei von den westlichen Industriekräfte erhalten. Laut Aussage der Stellvertretenden Außenministerin Nicaraguas im Juni 1983 stammten bis dahin rund 80 v.H. der gesamten Wirtschaftshilfe aus dem Westen. Den absolut größten Anteil hatten bis zur Einstellung ihrer Hilfe die USA mit 126 Mio. Dollar. Auch die Bundesregierung hat in überproportionalem Ausmaß zu diesen Hilfeleistungen beigetragen (s. Antwort zu Frage 8). Die westliche Hilfe wurde in der Absicht gegeben, die Entwicklung Nicaraguas auf seinem Weg zu den selbstgesteckten Prinzipien des politischen Pluralismus, einer gemischten Wirtschaftsordnung und der Blockfreiheit zu unterstützen.

Es mußte enttäuschen, daß die Regierungsjunta in Nicaragua zunehmend selbst die Prinzipien, die nach dem Sturz Somozas entwickelt wurden, verleugnete. Die demokratische Opposition, die die Revolution gegen das Somoza-Regime entscheidend mitgetragen hatte, ist von der Mitwirkung am politischen Entscheidungsprozeß ausgeschaltet; ihre führenden Vertreter werden steigendem massiven Druck ausgesetzt. Gleichzeitig hat mit Hilfe Kubas und des Ostblocks ein massiver militärischer Aufbau eingesetzt. Inwieweit die Hilfe der westlichen Welt das Abdriften Nicaraguas von den nach dem Sturz Somozas erklärten Zielen der Revolution gebremst hat, ist schwer zu beurteilen. Verhindert hat sie diese Entwicklung jedenfalls bisher nicht. Ob eine Chance besteht, daß Nicaragua den Weg zur Verwirklichung seiner selbstgesteckten Prinzipien noch findet, wird von der Entwicklung in den kommenden Monaten abhängen (s. auch Antwort zu Frage 1).

Die Bundesregierung hat trotz Bedenken über den politischen Weg Nicaraguas die entwicklungspolitische Zusammenarbeit nicht abgebrochen. Neuzusagen können grundsätzlich nur erteilt werden, wenn sich herausstellt, daß sich Nicaragua nachhaltig von der Politik der Destabilisierung abwendet (s. hierzu auch Antwort zu Frage 1). Sie beobachtet die Entwicklung in diesem Land mit großer Besorgnis und Aufmerksamkeit. Die Verwirklichung der bei Ablösung des Somoza-Regimes selbstgesetzten Ziele des Pluralismus, gemischter Wirtschaftsordnung und Blockfreiheit bleibt weiterhin Forderung der Bundesregierung und der Zehn. Dies wird die Fortsetzung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit beeinflussen.

Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß die Menschen von El Salvador nichts so sehr wünschen wie Frieden und ein Leben in Sicherheit. Beides kann nur durch politischen Dialog und Verhandlungen sowie freie und ungehinderte Wahlen erreicht werden.

Präsident Magaña von El Salvador hat durch die von ihm eingesetzte Friedenskommission erste Kontakte mit den führenden Persönlichkeiten der FDR/FMLN aufnehmen lassen. Der Erfolg ist gering, da die Guerilla auf ihrer Forderung nach Regierungsbeteiligung vor Wahlen beharrt.

Das Anwachsen rechtsextremer Ausschreitungen im letzten Drittel des Jahres 1983 hat den gefährlichen Prozeß von Gewalt und

12. Teilt die Bundesregierung unsere Auffassung, daß der sandinistischen Regierung in Nicaragua die Aufrechterhaltung der Prinzipien der sandinistischen Revolution (Blockfreiheit, politischer Pluralismus, gemischte Wirtschaftsordnung) dadurch erleichtert wird, wenn bei der dringend benötigten Hilfe für das Land auch auf der Geberseite der internationale Pluralismus deutlich wird, und wird sie daraus den Schluß ziehen, auch in Zukunft mit Nicaragua im bisherigen Umfang entwicklungspolitisch zusammenzuarbeiten?

13. Teilt die Bundesregierung unsere Auffassung, daß in El Salvador die Bereitschaft aller an dem Konflikt beteiligten Kräfte gewachsen ist, durch politischen Dialog und Verhandlungen zu einer Friedenslösung zu kommen, und wie wird sie diese Bereitschaft unterstützen?

14. Wird die Bundesregierung endgültig auf die Ausrüstungshilfe für die honduranische Armee mit Fernmeldegerät verzichten, weil die Gefahr besteht, daß sie für die Zusammenarbeit der honduranischen Armee mit El Salvador gegen Flüchtlinge aus El Salvador und für ihre Zusammenarbeit mit konterrevolutionären Gruppen verwendet wird, die sich gegen die sandinistische Regierung in Nicaragua richten?

Bonn, den 2. August 1983

Gegengewalt wieder vermehrt in Gang gesetzt. Es ist bemerkenswert, daß es im Dezember offizielle Stellungnahmen der militärischen Führung gegeben hat, die zur Verhaftung bekannter Rechtsextremisten führte.

Zwischen den Extremen von Rechts und Links stehen die Mehrheitskräfte El Salvadors, die für eine Rückkehr zur Demokratie eintreten. Die Bundesregierung fühlt sich verpflichtet, diesen demokratischen Kräften des Landes ihre Unterstützung zu gewähren. Die unterbrochene entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit El Salvador wird daher gezielt wiederaufgenommen, über die Entsendung eines Botschafters ist bereits positiv entschieden.

Die Bundesregierung hat Honduras bislang keine Ausrüstungshilfe geleistet. Dies ist auch nicht beabsichtigt.

Deutscher Bundestag – 10. Wahlperiode

**Drucksache 10/411**

## **Antwort**

**der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN  
— Drucksache 10/325 —**

### **Deutsch-israelische Beziehungen**

*Der Bundesminister des Auswärtigen – 011 – 300.14 – hat mit Schreiben vom 16. September 1983 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:*

3. Ist die Bundesregierung angesichts der israelischen Politik bereit, die weitere Gewährung von Wirtschaftshilfe an Israel davon abhängig zu machen, daß die israelische Regierung
- das Internierungslager Ansar auflöst,
  - ihre Siedlungspolitik einstellt,
  - den vollständigen Rückzug ihrer Truppen aus dem Libanon durchführt?

Die Bundesregierung lehnt es grundsätzlich ab, die Gewährung von Wirtschaftshilfe an politische Bedingungen zu knüpfen oder durch Verhängung wirtschaftlicher Sanktionen ein bestimmtes politisches Verhalten herbeizuführen. Erfahrungsgemäß können wirtschaftliche Sanktionen zwar dem betroffenen Staat Schaden zufügen, die erstrebten politischen Ziele werden damit jedoch im Regelfall nicht erreicht. Die Bundesregierung hält es für wichtiger, ihre Einwirkungsmöglichkeiten im Wege des Dialogs zu nutzen.

5300 BONN 1, den 13.10.1983  
Karl-Marx-Straße 4-6  
Postfach 120322  
Fernruf 636 331/332

Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit auf die Schriftliche Anfrage (Nr.38) der Abgeordneten Gaby Gottwald (Die Grünen):

Wie vereinbart die Bundesregierung ihre Aussage, sie lehne es grundsätzlich ab, "die Gewährung von Wirtschaftshilfe an politische Bedingungen zu knüpfen oder durch Verhängung wirtschaftlicher Sanktionen ein bestimmtes politisches Verhalten herbeizuführen" (s. DrS 10/411) mit der Tatsache, daß die Auszahlung von 40 Mio DM Kapitalhilfe aus älteren Bewilligungen an Nicaragua seitens des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und des Auswärtigen Amtes davon abhängig gemacht wird, ob die Regierung Nicaraguas Blockfreiheit, politischen Pluralismus und gemischte Wirtschaftsordnung für die Bundesregierung erkennbar verwirkliche (wie zuletzt auf der Konferenz der BRD-Botschafter in Mittelamerika und der Karibik Anfang Oktober 1983 von Regierungsvertretern ausdrücklich betont wurde) bzw. nur dann zur Auszahlung bereit ist, wenn eine gezielte Verwendung der BRD-Mittel zur Stärkung der von der Bundesregierung als pluralistisch eingeschätzten Kräfte garantiert werde?

Antwort:

Die Bundesregierung lehnt es auch weiterhin grundsätzlich ab, die Gewährung von Wirtschaftshilfe an politische Bedingungen zu knüpfen oder durch Verhängung wirtschaftlicher Sanktionen ein bestimmtes politisches Verhalten herbeizuführen. Dies enthebt sie nicht der Pflicht, zu beurteilen, ob Maßnahmen der Zusammenarbeit entwicklungspolitisch sinnvoll sind. Die Qualität entwicklungspolitischer Zielsetzungen hängt nach Auffassung der Bundesregierung in besonderem Maße davon ab, ob durch sie pluralistische Strukturen gefördert werden. Eine Politik der Destabilisierung benachbarter Länder und des aggressiven Ideologieexports kann einer friedlichen Entwicklung nicht dienlich sein. Solange die Politik Nicaraguas nicht durch eindeutige Handlungen diesen Kriterien gerecht wird, betrachtet es die Bundesregierung als ihre Pflicht, diese Überlegungen im Dialog mit der Regierung Nicaraguas und auch öffentlich geltend zu machen.

- 2 -

Die Bundesregierung handelt hierbei im Einklang mit dem einstimmig gefaßten Beschuß des Deutschen Bundestages vom 5. März 1982, nach dem Verwirklichung der Menschenrechte ein wesentliches Ziel der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit sein sollte und "jene Länder bevorzugt unterstützt werden (sollten), die sich um Aufbau demokratischer Strukturen bemühen." Ferner wurde in diesem Zusammenhang vom Deutschen Bundestag auf die enge Verbindung zwischen Entwicklung in der Dritten Welt, Frieden und Rüstungsbegrenzung hingewiesen.

Die Gewährung von Wirtschaftshilfe wird hierbei von der Bundesregierung im übrigen nur von Zielen abhängig gemacht, die Nicaragua selbst formuliert und inzwischen mehrfach erneut in offiziellen Erklärungen betont hat.



( Dr. Volkmar Köhler )

**GRÜNE: BMZ-HAUSHALT IST QUALITATIV UND QUANTITATIV UNTERENTWICKELT**

Bei den Beratungen im Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit über den Etatplan 1984 des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit sind nach Ansicht der GRÜNEN IM BUNDESTAG erhebliche qualitative und quantitative Mängel deutlich geworden. Die nominale Steigerungsrate des Einzelplan 23 um 3% gegenüber dem Vorjahr kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Mittelvergabe insgesamt noch immer völlig unzureichend bleibt und in keinem politisch und moralisch vertretbaren Verhältnis zu sonstigen Ausgaben (Militärbereich, Autobahnbau) steht. Bezüglich der Qualität der deutschen Entwicklungshilfe ist festzustellen, daß in deutlichem Maße außenpolitische und außenwirtschaftliche Gesichtspunkte entwicklungspolitische Kriterien in den Hintergrund treten lassen. Der unübersehbare Schwerpunkt Naher Osten bei der finanziellen Zusammenarbeit sowie die Ausweitung einer Beschäftigungsklausel auf die gesamte bilaterale finanzielle Zusammenarbeit deuten in diese Richtung. Die GRÜNEN IM BUNDESTAG haben sich weiterhin dafür ausgesprochen, die Mittelvergabe zugunsten des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) zumindest soweit zu erhöhen, daß eine Fortsetzung des Entwicklungshelferprogrammes wenigstens in der bisherigen Höhe möglich bleibt. Sie widersprechen auch erneut dem Vorhaben der Bundesregierung, der Militärdiktatur in El Salvador weitere 20 Mio. DM Kapitalhilfe zukommen zu lassen. Stattdessen sollen die auf 5 Mio. DM reduzierten Mittel für Nicaragua aufgestockt und eine Auszahlung dieser Gelder nicht länger durch bürokratische Verzögerungen behindert werden.

**WARNKE HAT ÜBER DIE DIREKTE UNTERSTÜTZUNG DES TERRORREGIMES IN EL SALVADOR BEREITS ENTSCHEIDEN.**

Vor den abschließenden Haushaltsberatungen hat der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Warnke, in einem Interview am letzten Wochenende angekündigt, die BRD werde ab 1984 die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit El Salvador wieder aufnehmen. Gleichzeitig hoffe er, daß bald auch wieder ein Botschafter der Bundesrepublik Deutschland nach El Salvador entsandt werden könne.

Die GRÜNEN IM BUNDESTAG halten es für eine Unverfrorenheit, diese Planungen inzwischen als quasi vollendete Tatsachen hinzustellen. Diese Vorgehensweise Warnkes ist gezielte Meinungsmache im Vorfeld des Entscheidungsprozesses. Oder sind diese Entscheidungen etwa schon längst gefallen? - Dann fragen wir Warnke allerdings, warum in den Haushaltsberatungen überhaupt noch darüber diskutiert werden soll.

Die GRÜNEN IM BUNDESTAG werden sich bei den Haushaltsberatungen massiv dafür einsetzen, daß die als Verpflichtungsermächtigungen in dem Haushalt 1984 gestellten 20 Mio DM Kapitalhilfe und 3 Mio DM technische Hilfe für El Salvador ersatzlos gestrichen werden. Bei den gegenwärtigen Verhältnissen in El Salvador wären die Auszahlungen solcher Gelder eine direkte finanzielle und politische Unterstützung für das Terrorregime in El Salvador.

Im Zusammenhang mit der gleichzeitigen bereits jetzt praktizierten faktischen Stornierung eines Großteils der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Nicaragua muß die Mittelamerikapolitik des BMZ endgültig als außenpolitisches Instrument betrachtet werden, das den Interessen von NATO und USA in dieser Region untergeordnet ist.

**GRÜNE ZUM HAUSHALT DES BMZ**

Bei den gestrigen Haushaltsberatungen zum Einzelplan 23 im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit haben die GRÜNEN IM BUNDESTAG für eine Schwerpunktverschiebung zugunsten der Bereiche entwicklungspolitische Maßnahmen privater Trägerorganisationen und der personellen Entwicklungshilfe plädiert. Sie kritisierten, daß die Bundesregierung ihrer eigenen Schwerpunktsetzung in diesen Bereichen - wie sie z.B. im 5. Entwicklungspolitischen Bericht vertreten wird - keine finanzielle Entsprechung in den betreffenden Haushaltstiteln gibt. Dies betrifft sowohl die entwicklungswichtigen Vorhaben der Kirchen als auch die der privaten Träger.

Die GRÜNEN kritisierten weiterhin die beabsichtigte Erhöhung der

# DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG

— Pressedienst —

5300 Bonn  
Bundeshaus

Verpflichtungsermächtigungen für die Tätigkeit der politischen Stiftungen und forderten eine Öffnung dieses Titels für unabhängige freie Trägerorganisationen, die gesellschaftspolitische Bildung in Entwicklungsländern fördern. - Diese Anträge wurden von den übrigen Fraktionen abgelehnt.

Demgegenüber begrüßen die GRÜNEN IM BUNDESTAG die einhellige Entschließung aller Fraktionen auf Antrag der GRÜNEN und der SPD für eine weitere Titelerhöhung des Ansatzes für den Deutschen Entwicklungsdienst (DED) um 1,5 Mio DM.

Außerdem forderten die GRÜNEN eine gezielte Erhöhung der auf 120.000 D angesetzten Summe im Rahmen der Förderung der Entwicklungspolitischen Bildung, ein verschwindend kleiner Betrag, der aber im BMZ die einzige Finanzierungsquelle für die Entwicklungspolitischen Aktionsgruppen darstellt. Der Antrag wurde auf massive Intervention der Regierungsparteien, die zwar allseits die Wichtigkeit breiter Entwicklungspolitischer Öffentlichkeitsarbeit betonen, an einer unabhängigen bürgernahen politischen Arbeit in diesem Bereich aber offensichtlich kein Interesse haben, abgelehnt.

PRESSEMITTEILUNG Nr. 496/83

25.11.1983

## BEREITS BEWILLIGTE KAPITALHILFE FÜR NICARAGUA WIRD VON DER BUNDES-REGIERUNG WEITER BLOCKIERT

In der Diskussion über die Rahmenplanung des Entwicklungshilferats für 1984 in der Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit am 24. Oktober 1983 wurden Nicaragua 5 Mio DM Kapitalhilfe als Verpflichtungsermächtigung für 1984 zugestanden. Eine Erhöhung auf 20 Mio DM - parallel zu den von der Regierung geplanten Zahlungen an El Salvador - wurde durch Intervention der CDU/CSU-Fraktion verhindert. Ebenso ist es der CDU/CSU-Fraktion gelungen, eine Empfehlung des Ausschusses an die Bundesregierung auf baldmöglichste Auszahlung von 40 Mio DM Kapitalhilfe aus den vorherigen Jahren für konkrete Projekte zu verhindern. - Als Argumente gaben die Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion neben anderen Zynismen zu bedenken, die Auszahlung dieser 40 Mio DM sei angesichts des drohenden Krieges in Nicaragua wenig sinnvoll.

Die Bundesregierung blockiert ihrerseits seit Anfang des Jahres die Auszahlung dieser 40 Mio DM mit dem vorgeschennten Argument, die vorgelagerten Projektvorschläge aus Nicaragua seien unzureichend und ungeeignet.

Der Delegation des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, die vorige Woche in Nicaragua war und deren Mitglieder aller Fraktionen sich in Nicaragua gegenüber der dortigen Regierung einstimmig positiv zur weiteren Entwicklungspolitischen Zusammenarbeit geäußert hatten, wurden dort jedoch gegenteilige Informationen bekanntgegeben. So haben laut nicaraguanischer Seite eine ausreichende Anzahl von Projekten vorgelegt; viele Kritikpunkte seitens der BRD an den vorliegenden Projekten waren den zuständigen Stellen in Nicaragua nicht bekannt.

Eine Klärung dieser gegenteiligen Aussagen von Nicaragua und dem BMZ konnte am 24.11. im Ausschuß nicht erzielt werden.

Nach Auffassung Gaby GOTTWALDS, Entwicklungspolitische Sprecherin der GRÜNEN IM BUNDESTAG, wird seit fast einem Jahr seitens des BMZ die Auszahlung der 40 Mio DM an Nicaragua bewußt und gezielt blockiert. Als "Argumente" dienen entweder politische Denunziationen von Nicaragua oder angebliche technische Schwierigkeiten bei der Abwicklung der Projekte. Selbst bei Unterstellung dieser "technischen Probleme" dürfte ein Ministerium der BRD in der Lage sein, im Zeitraum von fast einem Jahr einige Klärungsschritte zu unternehmen - vorausgesetzt es existiert überhaupt der politische Wille zu einer tatsächlichen Entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Nicaragua.

Die GRÜNEN IM BUNDESTAG fordern die Bundesregierung auf, endlich alle notwendigen Schritte zur Überführung der 40 Mio DM in konkrete Projekte zu unternehmen und damit die Blockade der Gelder aufzuheben.

Falls sie dazu nicht bereit ist, sollte sie gegenüber der bundesdeutschen Öffentlichkeit, den Mitgliedern des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und auch gegenüber der nicaraguanischen Regierung klarstellen, daß aus politischen Gründen mit der Auszahlung der 40 Mio DM nicht mehr zu rechnen ist.

# **DER BUNDESMINISTER DES AUSWÄRTIGEN**



Bonn, den 03. Oktober 1983

Mitteilung für die Presse Nr. 1070 B/83

**Interview des Bundesministers des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, mit der Deutschen Welle (Detlef von Appen und Hans-Joachim Roeder) am 02. Oktober 1983 in San José/Costa Rica zur Lage in Zentralamerika, zum Besuch des Bundesaußenministers in San José und zu der in San José abgehaltenen Konferenz der deutschen Botschafter in Mittelamerika und der Karibik.**

(Auszug)

**Frage:**

Herr Minister, Sie sind zum 3. Mal in Costa Rica. Wie sehen Sie heute die Entwicklung in Costa Rica und generell im mittelamerikanischen Raum in Relation zu Ihrem Besuch im August 1981?

**Antwort:**

Zweifellos befindet sich die zentralamerikanische Region gegenwärtig in einer kritischen Phase. Die politische Unruhe in diesem Raum wird noch verstärkt durch die ungünstige Weltwirtschaftslage, deren Auswirkungen gerade Zentralamerika besonders hart treffen.

Neben vielen besorgniserregenden Entwicklungen gibt es jedoch auch Zeichen der Hoffnung. Eines davon ist das unabirrbare Festhalten Costa Ricas an seinem freiheitlichen demokratischen Regierungssystem, an den Grundwerten des politischen Pluralismus und der Achtung der Menschenrechte - beispielgebend, so hoffe ich, für die Zukunft auch anderer Länder dieses Raumes.

**Frage:**

Welches waren die wesentlichen Ergebnisse der Botschafterkonferenz in Costa Rica?

**Antwort:**

Die Konferenz der deutschen Botschafter in Mittelamerika und der Karibik, die wir in diesen Tagen in San José abgehalten haben, hat uns Gelegenheit zu einer umfassenden Analyse gegeben. Es zeigt sich, daß man diese Region in all ihrer Pluralität begreifen kann, wenn man die Besonderheiten, die jedes dieser Länder aufweist, einbringt in die Gesamtschau.

Wir werden in der Zukunft den politischen Dialog mit den Staaten Zentralamerikas intensivieren, uns innerhalb der Europäischen Gemeinschaft noch stärker als bisher für die Kooperation mit dieser Region einsetzen und die Mittel, die uns für die Entwicklungszu-

sammenarbeit mit diesen Ländern zur Verfügung stehen, im Lichte der hier gewonnenen Erkenntnisse noch zielgerichteter und intensiver einsetzen.

**Frage:**

In welchen Bereichen will die Bundesregierung und zur Stabilisierung in der zentralamerikanischen Region beitragen, z.B. El Salvador, Nicaragua, Honduras und Costa Rica?

**Antwort:**

Wirtschaftliche und soziale Stabilität sind Voraussetzungen politischer Stabilität. Deshalb halten wir wirtschaftliche Zusammenarbeit mit allen Staaten für wichtig, wir, d.h. die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Gemeinschaft.

**Frage:**

Wie kann die Bundesregierung Ihrer Meinung nach politisch zum Abbau der sozialen Spannungen in Mittelamerika beitragen?

**Antwort:**

Ich glaube, daß ein Kooperationsabkommen, wie die Europäische Gemeinschaft mit den ASEAN-Staaten geschlossen hat, auch mit den Staaten Zentralamerikas eine Perspektive der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit eröffnen kann.

**Frage:**

Wenn die Bundesrepublik Deutschland Nicaragua am politischen Dialog beteiligen will (keine Isolation), und Nicaragua z.B. über BMZ/GTZ-Projekte gefördert wurde und weiterhin wird, kann dieses dann auf Dauer von Pluralismusversprechen (Blockfreiheit und gemischte Wirtschaftsform) der FSLN abhängig werden?

**Antwort:**

Es ist legitim, daß wir das sandinistische Regime an der Verwirklichung der Ziele messen, die es sich selbst in vielen öffentlichen Erklärungen gesetzt hat. Bisher sind wir - ich sage das ganz offen - enttäuscht worden. Die Ablehnung jeder Isolation darf natürlich nicht nur gegenüber Nicaragua gelten, es muß genauso gegenüber El Salvador praktiziert werden, d.h. in Erwartung baldiger Wahlen auch durch die Entsiedlung eines Botschafters.

**Frage:**

Ein leicht aggressiver Charakter der USA-Politik gegenüber Nicaragua läßt sich nicht leugnen. Wie kann sich die Bundesrepublik Deutschland evtl. davon distanzieren, ohne wie z.B. einige deutsche Entwicklungsinstitutionen als "linksfreundlich" deklariert zu werden?

**Antwort:**

Die in Ihrer Frage liegende Behauptung einer aggressiven Politik der USA ist unzutreffend, deshalb erledigt sich die Frage in ihrer Gänze von selbst.

Von Hans-Jürgen Höfer

San José (dpa) - Mit knapperen Mitteln versucht Bonn, in Mittelamerika die wenigen demokratischen Staaten als Zugpferde für größere Zusammenschlüsse zu gewinnen. In jedem Fall soll aber der entwicklungs-politische Nutzen ausschlaggebend sein, zitierte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), Volkmar Köhler (CDU), am Montag aus der Leitungsanweisung seines Hauses.

Dabei soll - und will - Costa Rica eine Sprecherrolle übernehmen. Im Vertrauen auf die offensichtliche Attraktivität hatten Genscher und Köhler am Wochenende ausführlich mit der Regierung in Costa Rica über die Aussichten für ein Kooperationsabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft gesprochen. Allerdings gibt es noch keinen formellen Zusammenschluß in dieser Region, der als Partner auftreten könnte. Zurzeit eignet sich weder die karibische Gemeinschaft CARICOM noch die José-Gruppe der fünf Isthmus-Staaten für diese Rolle. Mit Costa Rica als Sprecher will Bonn darauf hinarbeiten, die sogenannte Contadora-Gruppe als eine Art Kernzelle für ein solches Abkommen aufzubauen. Alle vier (Contadora)-Staaten sind angeblich zur Zusammenarbeit mit der EG bereit. Dafür sprechen nicht nur wirtschaftliche Gründe sondern auch der Wunsch, ein psychologisches Gegengewicht zum "Yankee-Faktor" zu bilden. Muster wäre die bewährte, von Genscher "erfundene" Kooperation zwischen den südostasiatischen ASEAN-Staaten und der EG. Auch dort wurde der vorhandene politische Zusammenschluß durch eine breite internationale Basis wirksamer gemacht. Genscher wie auch Köhler sind sich sicher, daß eine solche Kooperation einen "Lockvogel-Effekt" entwickeln und Anziehungskraft auf die links- und rechtsextremistischen Juntas ausüben werde. Die deutschen Ideen sind bisher in völliger Übereinstimmung mit Washington entwickelt worden, versicherte Köhler. Die USA haben sich auch schon für eine baldige neue entwicklungs-politische Konferenz der EG-Staaten mit Mittelamerika ausgesprochen.

Keine Unterstützung für Extremisten heißt die zweite Leitlinie der deutschen Entwicklungspolitik. Am Beispiel Nicaraguas machte Köhler in San José Schwierigkeiten deutlich bei der Zusammenarbeit mit der sandinistischen Regierung. Rund 40 Millionen Mark Finanzhilfe aus älteren Bewilligungen, die schon von der sozialliberalen Koalition gestoppt wurden, liegen bereit. Bei aller grundsätzlichen Bereitschaft zur Fortsetzung der Hilfe will Bonn weiter darauf bestehen, daß die Junta ihre eigenen sandinistischen Ideale erkennbar verwirklicht. Köhler nannte Blockfreiheit, Pluralismus und ein gemischtes Wirtschaftssystem. Das Mindeste, was Bonn durchsetzen will, ist die gezielte Verwendung der deutschen Mittel zur Stärkung der noch vorhandenen pluralistischen Kräfte in Nicaragua.

Für die notwendige Projektanalyse reichten die Sandinisten in Bonn eine Vorschlagsliste ein, die zwar finanzierte und erwünschte Vorhaben für eine Klein- und Mittelindustrie enthielt, die Verteilung der Mittel aber exklusiv staatlichen Stellen überließ. Also wird bei fortgesetzter Projektprüfung weiter verhandelt werden müssen. Dabei ist die technische Zusammenarbeit bis 1985/86 bereits voll durchfinanziert.

Genau entgegengesetzt liegt das Problem in dem von rechtsextremistischen Generälen beherrschten El Salvador. Hier liegen alte Bewilligungen in Höhe von 27 Millionen Mark vor, die teilweise schon 1979 gestoppt wurden. Die dafür vorgesehenen Projekte sind zum großen Teil inzwischen gegenstandslos geworden und müssen neu ausgehandelt werden in einem Land, in dem der Bürgerkrieg tobts. Das setzt jedoch nach Bonner Ansicht mindestens Ansätze einer friedlichen Regelung voraus mit demokratischen Wahlen, die im Frühjahr 1984 stattfinden sollen. Die Salvadorener werden aber wahrscheinlich nur wählen können, wenn die Initiative der Contadora-Staaten erfolgreich ist, die zwischen den linken Guerillas, die sofortige Regierungsbeteiligung fordern, und der Regierung zu vermitteln versuchen.

Die in San José von Genscher und Köhler erläuterten Leitlinien machen den entwicklungs-politischen Kurs Bonns deutlicher. Extremisten sollen weder in Nicaragua noch in El Salvador unterstützt werden. Jede Mark Entwicklungshilfe muß klar zur Stabilität des Empfängerlandes beitragen.

Dabei wurde auch deutlich, daß die CDU/CSU/FDP-Regierung sich stark genug fühlt, dem Druck linker Lobbies ebenso zu widerstehen wie dem Einfluß rechtskonservativer Kreise. Der für Offenheit bekannte Staatssekretär Köhler fand dafür die Formel von der langfristigen Ehrlichkeit, für die man auch einmal kurzfristige Prügel einstecken müsse.

ratio

In der Krisenregion Mittelamerikas folgen die Bonner Leitz der Politik der USA: Front gegen linke Regierungen, Hilfe für rechte Regimes.

Das Gespräch im Chefzimmer des Bonner Auswärtigen Amtes war fast beendet, da stellte der Gast noch eine Frage. „Wann denn sein Land, wollte Nicaraguaus Innenminister Tomás Borge wissen, mit dem aus Bonn bereits zugesagten 40 Millionen Mark Entwicklungs hilfe rechnen können?“

Da sei Hans-Dietrich Genscher, bei Borge, im Gesicht „puttert“ angegelaufen; „an ganzen Körper“ habe der westdeutsche Außenminister ge- zuckt. „Dies alles“ habe er gebrüllt, „unterliegt strenger Prüfung.“ Die Bundecksregierung lasse sich nicht unter Druck bringen, sie werde den Sandinisten in Nicaragua keine Vorwände liefern, die

Den Druck übt freilich nicht der links-bezirksgemeinderat Kleinstadt Mittelamerika aus, sondern die Regierung in Bonn; und der unübliche Ausbruch des diplomatischen Streits offenbart die Beweisnot, in der die Koalition steckt: Seit Monaten suchten die Bonner mit allen Mitteln nach einer Finte, die Ausszahlung der versprochenen 40 Millionen zu verzögern oder an Bedingungen zu knüpfen. Auszug aus einem internen Vermerk des Bonner Entwicklungsministeriums:

Die Entwicklungszusammenarbeit mit Nicaragua setzt ein Mindestmaß an politischem Pluralismus, an wirtschaftlichem Handlungsspielraum für den einzelnen und an echter Blockfreiheit voraus. Zu diesen Zielen hat sich die Regierung

der Mittelamerika-Politik durchaus „abschließende Meinungen“ für möglich. Der scheidende AA-Staatssekretär Berndt von Staden: „Es kann nicht davon ausgegangen werden, daß die europäischen und amerikanischen Interessen überall auf der Welt übereinstimmen.“

In Mittelamerika schon gar nicht. So warneten Fachleute in einem vertraulichen Papier für den Planungstab des Auswärtigen Amtes:

Der Einfluß der Sowjetunion auf die Region ist bisher vergleichsweise sehr begrenzt geblieben. Dieser politische Vorprung des Westens kann nur aufrüttelnden bleiben, wenn eigenständige politische und wirtschaftliche Entwicklungen in der Region toleriert werden. So müßte

A black and white photograph showing a man from the waist up, leaning forward. He is wearing a light-colored, long-sleeved button-down shirt and dark trousers. The shirt has a small number '6' printed on the left chest area. He is leaning over another person, whose head and shoulders are partially visible in the lower right foreground, appearing to be in a distressed or unconscious state. The background is dark and indistinct.

**Gastgeber Genscher (r.), Gast Borge**  
Geziickt, gebrüllt und quittiert"

jetten in Bonn ab, die den Forderungen der deutschen Gläubiger nach einem gemischten Wirtschaftssystem entgegenkam. So sollten von Bonner Geld 14 Millionen Mark in ein Förderungsprogramm für private Kleinbetriebe und Genossenschaften fließen, acht Millionen waren für staatliche Großbetriebe bestimmt. Überdies sollte Bonn Ersatz- fälle für die Stromversorgung von Manta liefern und das Gesundheitswesen aufbauen helfen – Vorhaben mithin, die nicht nur das Revolutionsregime der Sandinisten im Sattel halten, sondern vielen Bürgern nützen könnten.

Dem rechtsregierten, unterliegen solchen Beschränkungen nicht. Weder das Zaïre des Strauß-Freundes Mobutu Sese Seko noch die Insel-Diktatur des Haiti-Herrschers Jean-Claude Duvalier sind jemals nach „politischem Pluralismus“ gefragt worden, um in den Genuss von Bonner Hilfsgeldern oder günstigen Krediten zu gelangen.

Schon im Februar lieferte das Regime

„... können die amerikanische Politik in Mittelamerika nicht kontern.“

Und die läuft offen gegen die Linken in Nicaragua. Seitdem mit dem Sturz der Somoza-Diktatur die Unruhe im Hinterhof der USA wuchs, seitdem die Vereinigten Staaten vornehmlich mit militärischer Intervention drohen, sind die Bonner erst mal auf Tauchstation gegangen.

Helmut Kohl und sein Außenminister Genscher wollen den westlichen Bündnisführer nicht verängern und engen

Handlungsspielraum  
ein. Dabei halten Ge-  
schers Diplomaten in

man sich z. B. verstkt darum bemühen, auch revolutionäre Regime in Lateinamerika in die Kooperation einzubringen. Nur ein Offenhalten verschiedener westlicher Optionen für die Entwicklung aller Lateinamerikaner wird in Zukunft ein "Abdriften" zum sozialistischen Lager vermeiden. Denn Isolierung revolutionärer Modelle zwinge diese Staaten, sich von der westlichen Staatengemeinschaft immer weiter abzuwenden.

Daraus sollten die Bonner Auenpolitiker den Schluß ziehen:

Eine falsch verstandene Solidarität um jeden Preis mit der Politik der USA gegenuber Lateinamerika könnte ... nicht nur die europäische, sondern die westlichen Interessen insgesamt empindlich schgen. Doch diese Folgerung wollen die Bon-

machen. Sie belassen es allenfalls bei geschönen Worten. So verkündete Generalschäfer auf der Konferenz der deutschen Mittelamerika-Botschafter Anfang Oktober in Costa Rica: „Nichis ist falscher, als sich als Protektor überkommener Strukturen zu verstehen.“ Sein Lateinamerika-Beauftragter Horst Kullak-Ublick, ein gestandener Konservativer, ist ehrlicher: „Wer hier etwas verändern will, muß sich mit den USA anlegen.“ Da sich die Bonner aber um kaum einen Preis mit den USA anlegen, statt nur „die Evolution begleiten“ möchten (CDU-Staatssekretär Volkmar Köhler), können sie in ihrer operativen Politik nicht glaubwürdig bleiben. Den Sandinisten in Nicaragua wird aus politischen Gründen die Entwicklungshilfe vorerthalten; das Rechtsregime in El Salvador erhält, ohne daß es seine Ideale erläutern muß, künftig wieder Bonner Millionen – und einen neuen Botschafter dazu.

„**WIR**, welche die Demokratien Europas“, prechtfertigt ein Genscher-Diplomat die Schaukelpolitik, „die Kräfte in der Re-

flisseste Bedienstete glauben. Ihre Analyse: Die Sowjets seien wohl der wichtigste Waffenlieferant für die Guerrilleros, es gehe ihnen aber nicht darum, in Nicaragua ein neues und kostspieliges Kuba zu etablieren.

„Die möchten“, so ein betroffener westdeutscher Botschafter, „dort einen Unruheherd erhalten, die Kräfte vor allem der Vereinigten Staaten, aber auch des Westens binden.“ Damit scheinen sie – jedenfalls nach der Analyse des Auswärtigen Amtes – schon Erfolg zu haben. Sollte der Konflikt eskalieren – „auch eine militärische Intervention der USA bleibt als Ultimatum nicht ausgeschlossen“ – werde dies die Kräfte der Amerikaner binden und umgekehrt ihr Augenmerk von Europa abwenden. Bei einer derartigen Verzerrung der Ost-West-Beziehungen, fürchtet die AA-Planer, sei Streit im Bündnis zu befürchten.

„Das wird eine schwierige Gratwahille, der „Ultima ratio“, tun sollten, weiß bisher kein Bonner Diplomat zu sagen. Sie hoffen darauf, daß es sowohl nicht kommen möge – wenn die Europäer nur weiterhin mit Wirtschaftshilfen und guten Worten die „wahren Demokraten“ der Region unterstützen.“

Dabei gehen die westdeutschen Musterverbündeten beispielhaft voran. Sie helfen, entgegen öffentlichen Bekundungen, das Linkskomitee in Nicaragua zu

und Costa Rica stellen sie, ohne groß darüber zu reden, neben großzügigen Krediten auch Ausrüstungshilfe mit militärischem Gerät in Aussicht. Zu Waffenlieferungen ist es von da nur noch ein kleiner Schritt.

# Beziehungen auf Eis

Der nicaraguanische Innenminister Tomás Borge in Bonn

Seit Mittwoch befindet sich, einschließlich heute, der nicaraguanische Innenminister Tomás Borge in Bonn. Er will wie schon in anderen europäischen Ländern zuvor auch hier den sechs Punkte umfassenden Friedensplan für Mittelamerika erläutern, den seine Regierung am 19. Juli vorgelegt hatte.

Die Beziehungen der Bundesregierung zu Nicaragua sind jedoch weniger als freundlich. Nach einem ausführlichen Gespräch mit Familienminister Geißler gab die CDU eine Presseerklärung voller pauschaler und unrichtiger Vorwürfe ab, so alshätte das Gespräch gar nicht stattgefunden. Die Botschaft

Nicaraguas in Bonn sah sich daraufhin genötigt, die „offensichtliche Desinformation des Herrn Dr. Geißler“ zu bedauern und teilte die Bereitschaft Borges mit, „den Informationsstand der CDU so zu verbessern, daß sie in Zukunft über zutreffende Fakten zur augenblicklichen Aggression gegen Nicaragua verfügen könne.“

Geißler steht mit seiner Auffassung in der Bundesregierung nicht allein. So liegt der Löwenanteil der Entwicklungshilfe an Nicaragua bereits auf Eis. Seit 1981 aufgelaufene 40 Mio. DM Finanzhilfe werden nicht ausbezahlt.



## Heiner Geißler hört weg

### Erklärung der Botschaft Nicaraguas

Am ersten Tag ihrer Unterredung in der Bundesrepublik führte die nicaraguanische Delegation unter Leitung von Comandante Tomás Borge heute nachmittag ein Gespräch mit dem Generalsekretär der CDU, Herrn Dr. Heiner Geißler.

Während des Gesprächs äußerte Herr Geißler gegenüber Comandante Borge eine Reihe von Befürchtungen seiner Partei hinsichtlich der Entwicklung der nicaraguanischen Revolution.

Die Delegation bedauerte zutiefst den Grad der offensichtlichen Desinformation Herrn Geißlers, der sich zum Sprachrohr unzutreffender Behauptungen mache, deren Uprichtigkeit bei wiederholten Gelegenheiten scitens der Regierung des nationalen Wiederaufbaus der internationalen Öffentlichkeit dargestellt worden ist.

Gleichermassen bedauerte die Delegation, daß einerseits besonders diese nicht mit der Realität des Landes übereinstimmenden Aspekte betont wurden, andererseits die gegenwärtige Zunahme konterrevolutionärer Aktivitäten, adm offener Unterstützung der Reagan-Administration völlig außer Acht gelassen wurde. Diese haben allein in den letzten Tagen zur Zerstörung der Grenzposten von El Espino und Penas Blancas geführt sowie zur Sprengung der Treibstoffvorräte im Hafen von Benjamín Zeledón an der Atlantikküste Nicaraguas, die schwere wirtschaftliche Schäden und Verluste an Menschenleben zur Folge hatten.

Comandante Borge gab mit besonderer Ausführlichkeit und der erklären Absicht, die Zweife Herrn Geißlers auszuräumen, eine detaillierte Darstellung der nicaraguanischen Realität. Er bot an, Anstrengungen zu unternehmen, um den Informationsstand der CDU so zu verbessern, daß sie in Zukunft über zutreffende Fakten zur augenblicklichen Aggression gegen Nicaragua verfügen können.

### Die CDU nach dem Gespräch mit Borge

Der Sprecher der CDU, Bundesminister Dr. Heiner Geißler, empfing heute den Innenminister von Nicaragua, Tomás Borge, zu einem längeren Gespräch. Geißler übergab Borge eine Liste von christdemokratischen Politikern und Gewerkschaftern, die derzeit in Nicaragua aus politischen Gründen in Haft gehalten werden. Der Generalsekretär setzt sich nachdrücklich für die Freilassung dieser Personen ein. Er kritisierte in diesem Zusammenhang die mit schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen einhergehenden Zwangsumsiedlungen der Miskito-Indianer. Geißler bedauerte, daß sich seit seinem Besuch im Februar 1981 in Nicaragua der Zwangskarakter des sandinistischen Regimes noch verstärkt habe. Er wies insbesondere auf die verschärfte Pressezensur, die durch die Einführung eines Blockwortsystems möglich geworden war. Totalüberwachung der Bevölkerung und die fortlaufende Unterdrückung der Aktivitäten oppositioneller Politiker hin. Geißler erinnerte an die ihm seinerzeit gemachte Zusage, 1985 Wahlen in Nicaragua durchzuführen. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß diese Wahlen bald stattfinden und zwar unter gleichen und fairen Bedingungen für alle politischen Kräfte. Geißler kritisierte in diesem Zusammenhang das neue Parteiengesetz, in dem die Machtstellung der sandinistischen Partei festgeschrieben und die Zulassung politischer Parteien von der Zustimmung der Junta abhängig gemacht werde. Der Generalsekretär äußerte seine ernste Sorge über die fortschreitende Militarisierung Nicaraguas, die nicht zuletzt im Wehrpflichtgesetz vom August 1983 zum Ausdruck kommt und den Zielsetzungen der Contadora-Initiative zuwiderlaufe, die eine Reduzierung der militärischen Potentiale in Zentralamerika anstrebe. Der Generalsekretär erklärte gegenüber Borge, eine Rückkehr zu den Zielen der Revolution von 1979 wäre bereits ein wichtiger Beitrag zu einer politischen Lösung des

Konfliktes in Mittelamerika. Nach Auffassung der CDU könnten die Probleme Zentralamerikas jedoch dauerhaft nur gelöst werden, wenn den Völkern dieser Region uneingeschränkt das Recht auf Freiheit und demokratische Entwicklung zugesanden und soziale Reformen durchgeführt würden.

Bonn, den 5. Oktober 1983

### amnesty international zu den Menschenrechten in Nicaragua

Während seines Besuchs in der Bundesrepublik traf der nicaraguanische Innenminister auch mit dem Generalsekretär der deutschen Sektion von amnesty international, Helmut Frenz, zusammen. Dieser erklärte ihm gegenüber, daß den amnesty international vorliegenden Informationen folge die Menschenrechte in Nicaragua gewahrt seien und keine systematische Folter stattfinde. Borge berichtete seinerseits, daß auch in Zukunft Fälle von Mißhandlungen und Folter den Gesetzen des Landes entsprechend geahndet würden. Helmut Frenz fragte Borge nach der Situation bei der gerichtlichen Verfolgung von Vergehen gegen die Gesetze Nicaraguas, da amnesty international Informationen vorlägen, daß Gerichtsverfahren, vor allem in der ersten Instanz, häufig nicht den internationalen Standards entsprechen und oft erst in den Folgeinstanzen richtig geführt würden. Borge erwies, die Regierung Nicaraguas sei sich dieses Problems bewußt. Eine Ursache dafür sei darin zu suchen, daß es, vor allem in ländlichen Gebieten, oft an qualifizierten Richtern mangelt. Man sei bemüht, diesen Zustand durch die Ausbildung qualifizierter Richter abzuheben.

Der nicaraguanische Innenminister Tomás Borge (links) und Verteidigungsminister Humberto Ortega beim Studium der oppositionellen Zeitung „La Prensa“, die aus Protest gegen die Zensur Anfang dieser Woche für zwei Tage nicht erschienen ist. Das Innenministerium hatte ihr die Artikel mit der Begründung gestrichen, diese enthielten Informationen über die militärische Lage.

Foto: Cordelia Dilg

### Gespräch mit Tomás Borge

### „Die wichtigste Bewegung ist die für den Frieden“

„Ich glaube, daß die wichtigste Bewegung, die es heute in der Welt gibt und die wichtigste Bewegung aller Zeiten, die Friedensbewegung ist. Denn es geht nicht darum, einen neuen Weltkrieg zu verhindern, sondern den letzten Weltkrieg zu verhindern, der das Ende der Menschheit bedeuten würde.“ so Tomás Borge, Innenminister und Mitglied der Regierung junta Nicaraguas, der sich von Mittwoch bis Freitag in Bonn aufhält. Er hält die Friedensbewegung hier und die Bestrebungen um einen Frieden in Mittelamerika für ein und denselben Kampf. Borge zitierte einige der jüngsten Angriffe auf Nicaragua als Beispiele dafür, wie die Aggression gegen sein Land zunimmt. Am 4. Oktober sind zwei Brennstofftanks mit einem Fassungsvermögen von 1.5 Mio. Litern in Benjamin Zeledón an der Atlantikküste beschädigt worden. Obwohl der Angriff aus Costa Rica kam, betrachtet die sandinistische Regierung Costa Rica nicht als Komplizen bei dem Überfall. Durch das Attentat sei die Benzinversorgung der Hafenstadt Puerto Cabezas und die der Miskito-Siedlungen zerstört worden. Die gesamte Agro-Industrie der Region und der Straßen- sowie Seetrans-

port liegen ebenso still. Am selben Tag wurde über nicaraguanischem Territorium ein Flugzeug abgeschossen, das in Catacamas, Honduras, gestartet war. Es hatte 80.000 Schuß Munition, 300 Granaten, eine große Menge von AK-Gewehren aus China und Jugoslawien, CKS-Gewehre, 2 Maschinengewehre 30 und ein Maschinengewehr 50 nordamerikanischen Ursprungs, 18 Raketenwerfer RPS 7, Stiel, Schutzmäntel und Medikamente am Bord. Das Flugzeug ist im Mai 1983 zusammen mit einem anderen Flugzeug aus den USA nach Honduras verlegt worden, das ebenfalls an Einfällen auf nicaraguanisches Territorium beteiligt war. Beide Flugzeuge gelangten durch den Verbindungsman der CIA in die Hände der „antisandinistischen“ Organisation FDN. Diese Beispiele für die fortgesetzten Angriffe gegen Nicaragua habe Borge auch dem CDU-Generalsekretär Geißler ausführlich mitgeteilt. Um so mehr bedauert Borge, daß Geißler „kein einziges Wort über die Aggression gesagt“ habe, „unter der Nicaragua leidet“.

Das Gespräch führte Wendy Tyndale

### Bundesdeutsche Finanzhilfe an Nicaragua

## 40 Millionen DM liegen auf Eis

Managua (taz) - Das unter der sozialliberalen Koalition beschlossene Entwicklungshilfeprogramm für Nicaragua wird fortgesetzt, erklärte Außenminister Hans-Dietrich Genscher am vergangenen Wochenende in San José de Costa Rica. Gleichzeitig verließ er dem schärfsten Gegner der Sandinistenregierung und Falken im sozialdemokratischen Kabinett Costa Rica, Außenminister Fernando Volio, das Bundesverdienstkreuz.

Dieser Widerspruch ist für das Dilemma bundesechter Entwicklungspolitik in Mittelamerika bedeutend: Während Genscher mit der kostarikanischen Regierung ein Finanzhilfepaket, das schon z.T. unter der sozialliberalen Regierung beschlossen wurde, im Labyrinth der Bürokratie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ).

Politische Gründe? Offiziellen Auskünften zufolge kann von einer stillschweigenden Einstellung (sollte der Vorwurf der Abgeordneten Gottwald (Grüne) und

Holtz (SPD) keine Rede sein. Es handele sich nur darum, mit den Nicaraguern über die Projekte eingezogen zu werden, in die das Geld fließen soll. So hielt es am vergangenen 1. September in Bonn, Anfang Februar dieses Jahres, von Edmundo Jarquin, dem Chef des staatlichen internationalen Wiederaufbaufonds (FIR) vier Projekte vorgelegt. Seitdem wartet man in Managua vergeblich auf eine Antwort des BMZ.

„Wir haben alle technischen Formalitäten gewissenhaft erfüllt“, heißt es aus gut unterrichteter Quelle in Managua, „wir hätten jetzt gern, daß man uns sagt, wo die wirklichen Hindernisse liegen“. Die einzige Auskunft, die von der deutschen Botschaft offiziell an die nicaraguanische Regierung erging, war die, daß die Sache „laufe“. Daß man ein völkerrechtlich bindendes Kreditabkommen auch „toltaufen“ kann, ist für BMZ-Beamte kein Geheimnis.

Während man vom Auswärtigen Amt nicht unbedingt annehmen kann, daß eine Torpedierung des Projektes angestrebt wird (in Managua haben jedenfalls Bot-

schaftsangehörige an diesem Kreditprojekt mitgearbeitet und setzen sich offenbar nach wie vor für sein Zustandekommen ein), scheint das CSU-besetzte Entwicklungshilfeministerium sich, wie zu erwarten mit dem 40 Mio.-Paket schwer zu tun. Entwicklungshilfeminister Warnecke hatte jedenfalls am 12. August vor der Presse angekündigt, daß die Entwicklungshilfe für Nicaragua in Zukunft „möglichstweise gekürzt, aber nicht voll gestrichen“ werden soll. Man wolle der „Privatwirtschaft durch verstärkte Beratung neue Impulse vermittelnen...“ eine „totalitäre Ausrichtung“ mancher Länder sei nicht förderlich für eine Zusammenarbeit, usw.

Die Strategie scheint darauf abzuzielen, die technische Hilfe (TZ) fortzusetzen und den dicken Brocken der Kapitalhilfe (FZ) zumindest zu verkleinern. In FIR-Kreisen heißt es, der Stau in der bundesdeutschen Finanzhilfe habe schon 1981 begonnen. Nach anfänglich großzügiger Hilfe (1980 unterzeichnete Schenkung über 10 Mio. zum Aufbau eines Krankenhauses in Esteli und weiteren 10 Mio. für den Gesundheitssektor 1981) stoppte die Kapitalhilfe unver-

sehens, als die Bundesregierung ihr Angebot eines 10 Mio.-Kredits für den Kauf landwirtschaftlicher Maschinen (Commodity aids) nicht wahrmachte und die Nicaraguaner mit den bereits gekauften Maschinen auf dem Trockenen sitzen ließ. Ein im selben Jahr vorgestelltes Projekt für eine Kartonagefabrik in León von 15 Mio. DM wurde abgelehnt. Drei weitere Vorschläge wurden von Bonn nicht beantwortet. Als dann 1982 unerwartet eine positive Antwort auf das Kartonageprojekt erfolgte, war dieses bereits von einem anderen Land übernommen worden, und die im Bundeshaushalt bereitgestellte Summe verfiel.

In den 40 Mio. Finanzhilfe, die derzeit zur Debatte stehen und von denen 25 Mio. dem Rechnungsjahr 1983 entsprechen, sind die zehn Mio. DM für bereits gekaufte Agrarmaschinen enthalten. Hinzu kommen 14,5 Mio. für Telefonzentren von Siemens (das gesamte nicaraguanische Telefonnetz ist Siemens-Fabrikation), sowie ein weiteres Siemens-Projekt in Höhe von 1,5 Mio. für die Wartung und Ersatzteillieferung für die Turbinen des

Kraftwerkes in Managua. Weiterhin 14 Mio. DM für ein Industrieförderungsprogramm, wovon nach FIR-Angaben sechs Mio. für Kleinbetriebe und Kooperativen (u.a. Lederwaren, Sattlerei, Metallverarbeitung und Ziegelei) bestimmt sind, und acht Mio. für die wohl überwiegend staatlichen Großbetriebe. Letzgenanntes Projekt soll über den „besondersen Entwicklungsfonds“ (FED) verteilt werden. Von FIR-nahen Gesprächspartnern wird immer wieder auf die Bedeutung hingewiesen, die die Sandinisten der Förderung der privaten Kleinbetriebe, aber auch großer landwirtschaftlicher Komplexe (wie die Zuckerrohrmühle San Antonio, die in privater Hand ist und 50 % des nicaraguanischen Zuckerrohrs verarbeitet) beimessen. Minister Warnecke betonte kürzlich, daß die Exporte in die dritte Welt „Lebensnotwendig“ für die deutsche Industrie und die Stabilisierung der Arbeitsplätze sei. Eine Neuauflage der Entwicklungshilfe-Zusammenarbeit mit El Salvador könnte den Rückzug aus Nicaragua wettmachen, so lauten düstere Prognosen.

Helmut Scheben (apia)

## Einschub:

### Der Streit um das 40-Mio-DM-Paket

In der 7. Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit in der 10. Wahlperiode führte der Parlamentarische Staatssekretär Köhler am 14.9.83 aus:

Die Bundesregierung habe unmittelbar nach der Revolution die Entwicklungszusammenarbeit mit Nicaragua aufgenommen und seit-her 170 Mio DM für dieses Land bereitgestellt. Trotz ihrer gegenwärtigen großen Sorge um die Entwicklung in Nicaragua könne von einer Einstellung ihrer Hilfe keine Rede sein. Die Zahlungen für laufende Projekte würden ungeschmälert fortgesetzt; es seien neue Vorhaben der technischen Zusammenarbeit vereinbart worden. Die Auszahlung der noch nicht gebundenen 40 Mio DM der finanziellen Zusammenarbeit sei allerdings an die Voraussetzung geknüpft worden, daß die nicaraguanische Seite Projekte anbiete, die der Verwirklichung der drei selbstgenannten Ziele der Revolution dienen. Diesen Kriterien entsprächen die bisherigen Anträge Nicaraguas nicht. Dies sei aber keine ungewöhnliche Lage, sondern komme auch bei Verhandlungen mit anderen Partnern vor. Wenn die Bundesregierung vorgehabt hätte, die Zahlungen an Nicaragua einzustellen, hätte sie dies ohne weiteres unter Berufung auf die Nichterfüllung der nicaraguanischen Verpflichtungen aus dem Umschuldungsabkommen tun können.

Im übrigen prüfe die Bundesregierung ständig die Nachrichtenlage und die Entwicklung, wie sie es auch schon zur Zeit der letzten entsprechenden Beratung im Ausschuß am 20.5.1983 getan habe. Gegenüber dem damaligen Stand hätten sich in ihrer Haltung keine Veränderungen ergeben.

Nachdem die Bundesregierung am 29.12.1982 bewußt und völkerrechtlich verbindlich weitere Zusagen an Nicaragua gemacht habe und auch sonst die Projektbindung der offenen 40 Mio DM der finanziellen Vorschläge Nicaraguas hierzu entspreche nicht den Vorstellungen der Bundesregierung. So halte sie die Entscheid, gehe es Augenblick nur noch um die Projektbindung der

(\*) Unter den drei selbstgenannten Zielen der sandinistischen Revolution versteht die BRD-Regierung: Blockfreiheit, politischer Pluralismus im innern und gemischte Wirtschaft.

wicklung des Fernmeldewesens nicht für prioritär und sei auch nicht damit einverstanden, daß die erbetenen Mittel für die Wirtschaft ausschließlich durch eine zentrale staatliche Lenkungsstelle vergeben werden sollten, auf die die Bundesregierung keine ausreichende Einwirkungsmöglichkeit habe. Da die Bundesregierung beabsichtige, diese Mittel als "Paket" zu vergeben, sehe sie auch keine Möglichkeit, einzelne der beantragten Projekte vorweg zu bewilligen. Sie habe deshalb die nicaraguanische Regierung um Vorlage annehmbarer Vorschläge gebeten. //

Der Vorsitzende des Ausschusses, der SPD-Abgeordnete Holtz, argumentierte in der gleichen Sitzung:

Die Sorgen der Sozialdemokraten, daß die Bundesregierung bewußt die Projektbindung der bereits genannten 40 Mio DM zurückhalte, gründeten sich einmal auf ein Interview mit Enrique Schmidt in ppp vom 6.9.1983, in dem dieser gesagt habe, daß die neue Bundesregierung Nicaragua noch keine genaue Definition ihrer Haltung gegeben habe, was sich auch aus der Unterbrechung der finanziellen Zusammenarbeit ergebe, und zum anderen auf ein epd-Interview von Staatssekretär Lengl von Ende Juli 1983, in dem es heißt: "Aber ob und wann wir da neue Verträge abschließen, hängt von der weiteren Entwicklung dort ab."

Er könne im übrigen nicht erkennen, was gegen die nach Zeitungseinzuwendungen sei:

- Programm zur Reaktivierung der Industrie, bei dem Gelder in private und staatliche Firmen fließen sollten,
- Überholung von Generatoren im Kraftwerk von Managua,
- Unterstützung von privaten und staatlichen Kooperativen, die teilweise über private Entwicklungsorganisationen abgewickelt werden sollte. //

Im November 1983 reiste eine Delegation des AWZ nach Honduras, Nicaragua und El Salvador. Der Bericht über diese Reise (Drucksache des AWZ Nr. 10/100a vom 9.1.1984) vermerkt zu einem Gespräch mit dem nicaraguanischen Wiederaufbauminister Dr. Jarquin Calderon:

" ...

Auf Fragen von Abg. Dr. Rumpf und Abg. Frau Gottwald ging Minister Dr. Jarquin auf das Problem der Nichtauszahlung von 40 Mio. DM an grundsätzlich zugesagter deutscher finanzieller Hilfe ein:

Am 2.2.1983 habe eine Besprechung im BMZ stattgefunden, bei der die nicaraguanische Seite für die 40 Mio. DM 16 Projekte präsentiert habe, unter denen sich einige bereits 1981 angesprochene gefunden hätten, aber auch elf neue, von denen fünf auf den privaten Bereich entfallen seien und eins für ein gemischtes Unternehmen. Den Projektanträgen seien umfangreiche Projektunterlagen für die Erstprüfung beigelegt gewesen, nach der Missionen hätten geschickt werden können. Auf diese Projektanträge habe Nicaragua keinerlei Antwort bekommen.

Am 14.9.1983 habe er in Brüssel ein Gespräch mit PSt Dr. Köhler gehabt, das sehr offen und direkt geführt worden sei. PSt Dr. Köhler habe ihm gesagt, ihn über weitere Schritte zu unterrichten. Gehört habe er jedoch nichts.

Seit 1981 seien dem BMZ mindestens 25 Projekte vorgeschlagen worden, von denen einige inzwischen von anderen Gebern übernommen worden seien. Es treffe nicht zu, daß Nicaragua dem BMZ keine ausreichende Auswahlmöglichkeiten unter verschiedenen Projekten gegeben habe.

Zur Frage der Zusage einer Warenhilfe an Nicaragua führte Minister Dr. Jarquin auf Fragen von Abg. Frau Gottwald im wesentlichen folgendes aus:

1981 habe seine Regierung einen dringenden Antrag an die Bundesregierung für einen Warenkredit zum Ankauf von Maschinen für private Bauern in der Bundesrepublik gestellt. Nach der Verbalnote Nr. 179 der nicaraguanischen Botschaft in der Bundesrepublik sei der Kredit in Höhe von 10 Mio. DM zugesagt und erklärt worden, daß Rechnungen vom 1.7.1981 an anerkannt würden. Nicaragua habe daraufhin sofort Maschinen in der Bundesrepublik Deutschland im Wert vom 15 Mio. Dollar (?) gekauft.

Am 12. und 13.3.1982 habe der damalige Bundesminister Offergeld Nicaragua besucht und erklärt, die Zusammenarbeit werde fortgesetzt, wenn die

Umschuldungsverhandlungen abgeschlossen seien; danach solle eine gemischte Kommission für Regierungsverhandlungen eingesetzt werden.

Die Umschuldungsverhandlungen seien am 6.8.1982 abgeschlossen worden. Danach sei eine gemischte Kommission für die Regierungsverhandlungen gegründet worden, und zwar im Hinblick auf den vorgesehenen Besuch von Herrn Daniel Ortega in der Bundesrepublik. Zu diesem Besuch sei es aus den bekannten

Gründen nicht gekommen. Es habe auch keine Sitzung der gemischten Kommission gegeben. Nach dem Regierungswechsel in der Bundesrepublik habe die neue Regierung informell erklären lassen, die Entwicklungszusammenarbeit werde fortgesetzt werden, es werde aber erwartet, daß die in den Umschuldungsverhandlungen zugesagten Leistungen erbracht würden. Dies sei am 31.12.1982 geschehen.

LR I Dr. Kniess von der deutschen Botschaft in Managua bemerkte dazu, daß die Warenhilfe unter der Voraussetzung zugesagt worden sei, daß es aufgrund von Regierungsverhandlungen zu einer Regierungsvereinbarung darüber komme. Das sei nicht geschehen.

Zur Förderung des Kleingewerbes erklärte Minister Dr. Jarquin auf Fragen von Abg. Dr. Pinger, hierfür gebe es zwei staatliche Finanzierungsinstitutionen sowie vier bis fünf private Organisationen. Deren Problem bestehe darin, daß die multilateralen Banken ihnen auf Druck der USA keine weichen Kredite mehr gewährten. Die kleinen Unternehmen Nicaraguas seien nicht in der Lage, die marktüblichen Zinsen zu zahlen. Deshalb habe Nicaragua der Bundesrepublik auch einen Antrag zur Förderung von Kleinunternehmen unterbreitet."



Die Welt, Bonn  
16.12.83

#### ZITAT DES TAGES

„ Wir sind nicht für alle Mängel verantwortlich, die es auf dieser Welt gibt. „

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke, in einem WELT-Gespräch über die Ziele der Entwicklungshilfe (S. 5)

FOTO: WEREK

## Listado completo de proyectos

### Projektliste

a) continuacion Listado completo de proyectos que han sido presentados como alternativas para la C.R. de 70.7 millones de cooperacion solidaria P.I.-S. no incluidos las ds. 17.2 millones de reembolso de cosechadoras.

- 1) La cartonera
- 2) camino La Gateada-nueva quinta
- 3) proyecto rigoberto cabrera (proyecto)
- 4) proteccion costera de corinto.
- 5) ampliacion central de telefonias telefonicas managua y esteli. (telcor).
- 6) mantenimientos unidades 1 y 2, planta managua.

#### programa fed:

- a) reactivacion de cooperativas de pequenas industrias.  
contiene lista de 66 cooperativas en todo el pais de las ramas: alimentos, ropa, vestuario, cuero y calzado, materiales de construcción, soya, maiz, etc; o/o del financiamiento a ser canalizado por unido.
- b) reactivacion de medicina y agricola y productos:
- 7) perfil del estudio "agroindustrial de oleaginosas, s.a. (agsa, s.a.)".
- 8) "expansion del ingenio San Antonio-nicaragua sugar states - ltd., (privada)
- 9) reactivacion de la fabrica de cultivo roler, s.a."
- 10) tabacalera nicaraguense, s.a. (tanic, s.a.) (privada).
- 11) instalacion de una planta procesadora de alimentos infantiles.
- 12) complejo agroindustrial de la yuca.
- 13) rehabilitacion de la empresa rinasuera caribe, s.a. (nescasa).
- 14) rehai
- 15) integracion, racionalizacion, ampliacion de empresa que conforman la rama industrial del papel, perteneciente a coip (compania).
- 16) fusion y racionalizacion de las empresas tucsa, promesa, ci-casa, y plasticos recorc (en lista).

Folgt komplette Liste von Projekten, die als Alternativen für die beantragten DM 30 Millionen für Zusammenarbeit 81-82 vorgelegt worden sind. Die DM 10 Milliarden für die Erstattung für die Mähdescher sind hier nicht berücksichtigt.

1. Kartonfabrik
2. Weg nach La Gateada (Nueva Guinea)
3. Projekt "Rigoberto Cabrera" (MIDINRA = Landwirtschaftsministerium)
4. Küstenschutz von Corinto
5. Vergrößerung von Telefonzentralen in Managua und Esteli (TELCOR = Fernmelde-ministerium)
6. Unterhaltung für Position 1 und 2, Fabrik in Managua.

#### FED-Programm

- a) Wiederbelebung von Kleinindustrie-Kooperativen. Enthalten sind Listen für 66 Kooperativen im ganzen Land für die Bereiche Lebensmittel, Holz, Bekleidung, Leder und Schuhbekleidung, Baumaterial, Schmuck u.a.
- b) Wiederbelebung mittlerer und großer Industrien:
  7. Projektbeschreibung "Agroindustrie für Ölfrüchte GmbH (AGROSA)"
  8. Vergrößerung der "Zuckerfabrik San Antonio - Nicargua Sugar Estate Ltd" (privat)
  9. Wiederinbetriebnahme der Schuhfabrik "Roletr GmbH"
  10. "Nicaraguanische Tabakbetriebsgesellschaft mbH" (TANIC, S.A.)
  11. Einrichtung eines Betriebs "Karibische Fischerei GmbH" (PESCARA)
  12. Agroindustrieller Komplex für Yucca
  13. Wiederinbetriebnahme des Betriebs "REHAU
  14. Einbeziehung, Rationalisierung, Erweiterung von Betrieben, die in den Bereich der papierverarbeitenden Industrie fallen und zu COIP (COMPANICSA) gehören
  15. Zusammenlegung und Rationalisierung der Betriebe TUCSA, PROMESA, CICASA und "Record-Plastik" (ENIPLAST).
  16. Zusammenlegung und Rationalisierung der Betriebe TUCSA, PROMESA, CICASA und Holtz gegeben haben und Ihnen hiermit zurückgeben ...

## Warnkes Ausflüchte

erfuhr eine fünfköpfige Parlamentarier-Delegation unter Leitung des SPD-Abgeordneten Uwe Holtz letzte Woche von Nicaraguaus Wiederaufbau-Minister Edmundo Jarquin, der den Bonner Abgeordneten die Liste präsentierte. Trotzdem hat Warnke inzwischen bereits Fakten geschaffen: In der geheimen Rahmenplanung für 1984 ließ er die Entwicklungshilfe für Nicaragua zusammenstreichen. So soll das sandinistisch regierte mittelamerikanische Land nur noch fünf Millionen Mark Kapitalhilfe und drei Millionen Mark technischer Hilfe erhalten. Dafür will Warnke dem Rechisregime in El Salvador 1984 neuerdings wieder mit 20 Millionen Mark unter die Arme greifen.

DE 47/1984

Botschaft der  
Bundesrepublik Deutschland  
Managua

REC/P/178/81  
Wi 444.85  
Nro. 178/81

Nota Verbal

La Embajada de la República Federal de Alemania saluda muy atentamente al Honorable Ministerio del Exterior y tiene el honor de comunicarle de que el Ministerio de la Cooperación Económica de la República Federal de Alemania está dispuesto a poner a la disposición del Gobierno de la Reconstrucción Fancial de la República de Nicaragua un préstamo hasta 10 millones de Marcos alemanes ("Commodity Aid") para financiar el suministro de máquinas y otros artículos, cosechadoras, tractores y accesorios para estas, y otros medios de producción agrícola (como semillas, fertilizantes, pesticidas). Habrá que concluirse un convenio entre los dos Gobiernos así que un contrato de préstamo con el "Fideicomiso para Wiederaufbau".

Con este préstamo se abotaría la cuota prevista para "commodity aid" en el programa de cooperación para el año 1981. El Ministerio de la Cooperación Económica de la República Federal de Alemania ejercerá una función solicitud del Gobierno de Reconstrucción Nacional conforme al arriba expuesto.

Las sumas facturadas para pedidos efectuados después del 1<sup>o</sup> de julio de 1981 podrán ser reembolsadas.

La Embajada de la República Federal de Alemania aprovecha esta oportunidad para reiterar al Honorable Ministerio del Exterior el testimonio de su más alta y distinguida consideración.

Atentamente,  
Honorable  
Ministerio del Exterior  
Managua

Managua, el 15 de Julio de 1981

L.S.

Ministerium für Äußeres  
Managua

Verbalnote

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland begrüßt hochachtungsvoll das sehr geehrte Ministerium für Äußeres und beeindruckt sich ihm mitzuteilen, daß das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland bereit ist, der Regierung des nationalen Wiederaufbaus der Republik Nicaragua ein Darlehen von DM 10 Millionen ("Commodity Aid") zur Verfügung zu stellen, um die Lieferung von Maschinen und Geräte für Landwirtschaft, Mähdrescher, dazu Ersatz- und Zusatzeile, sowie andere Mittel für die Landwirtschaft (wie Saatgut, Düngemittel, Pestizide) zu finanzieren. Zwischen beiden Regierungen ist ein Abkommen zu treffen, damit mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau ein Darlehnsvertrag geschlossen wird.

Mit diesem Darlehen wird der für das im Jahr 1981 vorgesehene Anteil "Commodity Aid" ausgeschöpft sein. Das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland wäre für eine baldige Antragstellung seitens der Regierung des nationalen Wiederaufbaus entsprechend der oben gemachten Ausführungen dankbar.

Die Rechnungssummen für nach dem 1. Juli 1981 gestellte Anträge werden erstattet. Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland nimmt die Gelegenheit wahr, dem geehrten Ministerium für Äußeres ihre höchste und verehrteste Hochachtung zu bestätigen.

Managua, den 15. Juli 1981

L.S.

Ministerium für Äußeres  
Managua

Managua, el 15 de Julio de 1981



# Auf der ersten Sitzung des AWZ nach der Ausschußreise findet eine rege Diskussion über Nicaragua statt:

PSt Dr. Köhler geht zunächst auf den Bericht über die Ausschußreise nach Nicaragua ein. Er hält die Ergebnisse für erfreulich, nach denen in einigen Punkten auf eine positive Entwicklung der dortigen Situation geschlossen werden könne. Allerdings glaubt er, daß bei der Delegation der falsche Eindruck erweckt worden sei, es gäbe dort viele förderungswürdige Projekte. Ihm lägen nur vier Anträge vor, von denen zwei mit Skepsis zu beurteilen seien. In diesem Zusammenhang spiele auch immer wieder die politische Konditionierung eine Rolle.

Er müsse darauf hinweisen, daß sich die Regierung Nicaragua gegenüber nicht anders verhalten habe, als gegenüber manchem anderen Land, beispielsweise Uganda. Es gebe eben Zeiten, in denen der innere Zustand eines Landes keine vernünftige politische Zusammenarbeit zulasse. Dies sei auch von der sozial-liberalen Regierung so gesehen worden. Es werde aber, zum Teil unter erheblicher Dehnung des Haushaltsrechts, für laufende Projekte in Nicaragua weitergezahlt.

Abg. Frau Gottwald stellt fest, daß die Rahmenplanung gegenüber einigen Ländern sehr kritisch, gegenüber anderen großzügig sei. Sie halte die Art und Weise, wie die Kriterien angewendet werden, für befremdend. Man müsse von maßbaren Tatsachen ausgehen. Nicaragua sei eines der wenigen Länder, das durch den Anbau von Grundnahrungsmitteln primärste Ziele verfolge. Seit 1981 seien 25 Projekte vorgelegt worden. In der Liste von Minister Jarquin hätten sich 19 Projekte befunden. Sie müsse die Bundesregierung fragen, warum man nicht mehr Projekte als für 8 Mio DM ausgewählt habe?

PSt Dr. Köhler verweist auf das Gesprächsprotokoll mit Minister Jarquin. Darin seien keine 19 Projekte enthalten. Mit einer Projektliste von 1981 könne man nicht arbeiten, da in dieser Liste viele Projekte enthalten gewesen seien, die entweder erledigt wurden oder nicht verwirklichungsfähig waren. Ein Projekt sei außerdem von Frankreich übernommen worden. In dem Protokoll sei deshalb nicht von mehr als vier ernsthaften Projekten die Rede, es gebe nur einige vage weitere Vorschläge ohne Unterlage.

Auf die Frage von Abg. Frau Gottwald, ob sie dieses Protokoll einsehen könne, erklärt PSt Dr. Köhler, daß ein Beamter des BMZ dieses Protokoll jedem Interessenten erläutern werde.

Abg. Lamers hält die jetzige Haltung der Regierung für berechtigt. Es müßten zunächst die objektiven Voraussetzungen für die Zusammenarbeit geschaffen werden. Wenn Nicaragua auf die Contadora-Vorschläge eingehe, so sei dies ein objektives Kriterium für die Fortsetzung der deutschen Hilfe. Zunächst aber müsse man sorgfältig verfolgen, ob die objektiven Voraussetzungen gegeben sind.

PSt Dr. Köhler fügt noch hinzu, daß die Regierung dankbar wäre, wenn brauchbare Vorschläge auf dem Tisch liegen würden. Bis jetzt gebe es keine Ansatzmöglichkeiten.

Abg. Dr. Holtz bestätigt, daß der Delegation bei ihrer Reise nach Nicaragua eine Liste mit 20 Projekten übergeben worden sei. Diese werde demnächst von der Botschaft zugeschickt, dann könne man darüber noch einmal in ein Gespräch eintreten. Einige der dort aufgeführten Projekte, das hätten die Nicaraguaner zugegeben, seien schon von anderen Ländern übernommen worden. Was die Warenhilfe anbetrifft, so habe man der Delegation die Auffassung vermittelt und auch bestätigt, daß die Bundesregierung über eine Verbalnote eine Zusage gegeben habe. Nicaragua sei in diesem Zusammenhang seinen Verpflichtungen nachgekommen. Es sei jetzt an der Bundesregierung, ihr Versprechen zu erfüllen. Zur Einschätzung der politischen Situation müsse er sagen, daß positive Signale da seien und weitere angekündigt seien. Deshalb wäre es gut, wenn die Bundesregierung die für Nicaragua vorgesehenen 40 Mio DM jetzt freigeben würde, wie es die SPD-Fraktion beantragte. Natürlich müsse man bei der Zusammenarbeit auch auf die Verwirklichung von Menschenrechten achten. Er habe auch von neuerlichen Festnahmen gehört

und bemühe sich um die Aufklärung. Aber man dürfe Nicaragua nicht die Hilfe verweigern, mit der es einen Weg aus der Sackgasse finde. Das seien einmal die Zusammenarbeit und andererseits die Gespräche mit den USA, um auf deren Haltung einzuhören.

Abg. Dr. Rumpf betont, daß in Nicaragua durchaus ein Pluralismus vorhanden sei. Wenn die Bundesregierung an ihren Konditionen festhalte, würde sie dazu beitragen, Nicaragua in die Arme Kubas oder ähnlicher Länder zu bringen. Die Bundesregierung erkläre dauernd die Bereitschaft zur Zusammenarbeit, führe sie aber praktisch nicht durch. Es wäre zu wünschen, wenn sie eine gleichgerichtete Politik mit anderen europäischen Geberländern führe und sich gleichzeitig zu den USA abgrenze. Deshalb solle man jetzt ein Zeichen setzen. Dieses könne zum Beispiel darin bestehen, daß man die 1,7 oder 2 Mio DM

## Entwicklungs politik der Bundesregierung gegenüber Nicaragua und El Salvador

### Eine Analyse

Herausgegeben von  
Christliche Initiative El Salvador (CIES)  
Etwa 60 Seiten. Format A5. DM 4,00

Diese Broschüre leistet eine vergleichende Analyse der Entwicklungsmodelle in Nicaragua und El Salvador anhand der folgenden Kriterien:

- Einhaltung der Menschenrechte
- Durchführung der Agrarreform
- Befriedigung der Grundbedürfnisse
- Partizipation der Bevölkerung am Entwicklungsprozeß
- Rahmenbedingungen für Entwicklungsprojekte

zur Wartung der Turbinen, die man zugesagt habe, jetzt freigebe. Es bestebe kein Grund, auch diese fest zugesagten geringen Mittel in dem Gesamtpaket von 40 Mio DM zurückzuhalten.

Abg. Frau Gottwald erklärt, daß es in Nicaragua keinen Totalitarismus gebe und das Land auch nicht auf dem Weg dahin sei. Die Opposition habe einen großen Handlungsspielraum. Zur Projektauswahl müsse sie die Bundesregierung fragen, warum diese nicht in der Lage sei, Nicaragua um Projektvorschläge zu bitten. Ihr sei nicht klar, ob überhaupt ein Dialog mit Nicaragua geführt werde. Vorausgesetzt, die Bundesregierung sei überhaupt zur Förderung weiterer Projekte bereit, dann könne sie Nicaragua mitteilen, unter welchen Vorbehalten dieses geschehen könne. Sie habe den Abgeordneten Lamers so verstanden, daß eine Zusammenarbeit nur dann gewollt sei, wenn friedliche Bedingungen erreicht sind. Sie verstehe jedoch nicht, warum dann für El Salvador andere Bedingungen gelten.

PSt Dr. Köhler stellt klar, daß es bis jetzt noch keine Zusage auf eine Warenhilfe in Höhe von 10 Mio DM gebe. Das wisse auch Herr Jarquin. Im Übrigen habe man Nicaragua immer wieder darauf hingewiesen, daß geeignete Projekte vorgeschlagen werden sollen. Der Bundestag habe die Bundesregierung bis jetzt noch bei keinem Land der Welt zur Annahme aller Projekte gezwungen, sonst wären Projektprüfungen völlig überflüssig.

*Im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit läuft einiges falsch*

# Wie die Bundesregierung die Nicaraguahilfe verschleppt

Berlin (taz) - Am Donnerstag hat der Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit die Länderquotierungen für den Haushalt 1984 festgelegt. Drastisch gekürzt werden die Mittel für die am wenigsten entwickelten Länder wie Tansania und Benin, während für El Salvador eine Finanzhilfe von 20 Millionen DM vorgesehen und die Kredite an Nicaragua auf die Hälfte zusammengestrichen wurden, auf ganze 8 Mio. DM. Da die Christdemokraten über die Mehrheit im Ausschuß verfügen, konnten sie Gegenanträge der SPD und der Grünen zurückweisen, darunter auch die Forderung, die für Nicaragua vorgesehene aus früheren Jahren aufgelaufene Hilfe in Höhe von 40 Mio. DM „unverzüglich freizugeben“.

Dabei hat das Thema Nicaragua die Praxis der Kreditvergabe durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) in äußerst trübem Licht erscheinen lassen. Der Streit ging vor allem um die 40 Millionen DM, die teilweise noch als Verpflichtungsermächtigungen aus dem Haushaltsumrahmenplan von 1981 stammen, wie zunächst der Posten der 10 Mio. DM an Warenhilfe, der als Kredit an Nicaragua zum Ankauf deutscher landwirtschaftlicher Maschinen vorgesehen war. Diese sollten privaten Reisbauern zugutekommen. Wie bei jedem Posten der von der Bundesregierung vorgesehenen Finanzhilfe sagt hier das BMZ etwas anderes als die zuständigen nicaraguanischen Stellen, bzw. sogar die deutsche Botschaft in Managua.

## Mündliche Zusagen: Wie bitte?

Der ehemalige BMZ-Minister Offergeld (SPD) hatte am 15.7.81 Nicaragua die Zusage über diesen 10 Mio.-Kredit gemacht. Das sagt der zuständige nicaraguanische Minister Jarquin und auch die deutsche Botschaft in Nicaragua, denn sie hat damals auf Weisung Offergelds über diese mündliche Zusage eine Verbalnote angelegt.

Die Nicaraguaner kauften daraufhin für 15 Mio. DM deutsche Maschinen. Doch der Kredit kam nicht. Am 12. und 13. März 82 wiederholte Offergeld seine Zusage, machte die Auszahlung jedoch vom Abschluß der Umschuldungen abhängig, die Nicaragua bis zum Dezember 1982 erledigte. Damit stand der Auszahlung nichts mehr im Wege. Nach dem Regierungswechsel in Bonn teilte der neue Staatssekretär im BMZ, Köhler (CDU), mit, 10 Mio. DM würden als Verpflichtungsermächtigung bestehen bleiben, also in den neuen Haushalt übernommen und nicht verfallen.

Es geschah aber immer noch nichts. Das Bundesministerium für wirtschaftliche

Zusammenarbeit machte sich stattdessen eine eigentümliche Auffassung von Zusammenarbeit zueignen: Was ihre Vorgänger nicht genauso gemacht haben, wie sie es getan hätten, wären sie schon am Drücker gewesen, gibt es nicht, ist ungültig. So die mündlichen Zusagen Offergelds an die Nicaraguaner. Es gibt sie nicht, aber wenn es sie doch gibt, sind sie falsch, so lautet die neue BMZ-Argumentation. Denn das Bundesministerium sei ja schließlich keine Behörde, die Entwicklungshilfepolitik betreibe, indem sie Rechnungen zum Ausgleich von Zahlungsbilanzen begleiche. Dafür brauche man kein Ministerium, sondern eine Kasse. Nun haben sich die Nicaraguaner aber an die mündliche Zusage Offergelds gehalten, und selbst wenn es im BMZ nicht die Regel ist, Kredite nach dem Warenaufzug zu gewähren, so würde es für die Bundesregierung keine Schwierigkeit bieten, hier eine Ausnahmeregelung zu finden, wie ja in zahlreichen anderen Fällen auch.

Von den verbleibenden 30 Mio. DM waren 1,5 Mio. ebenfalls schon 1981 aufgrund einer Verpflichtungsermächtigung für Ersatzteile der Siemens-Turbine des Kraftwerks in Managua vorgesehen. Der Antrag war Offergeld im März 1982 zum Vertragsabschluß vorgelegt worden, doch von da an verwies der damalige BMZ-Chef bereits immer wieder auf die Umschuldungen. Resultat: Bis heute wurde der Antrag nicht bearbeitet. Ebenso erging es einem Kreditantrag über 14,5 Mio. DM für das Fernmeldebüro (auch Siemens), über den ebenfalls schon 1981 ein entsprechender Haushaltsposten existierte: Keine Bearbeitung bis heute.

Offiziell hatte das BMZ stets verkündet, die Anträge befänden sich „im Stadium der Prüfung“. Nur: Was ist das? In Wirklichkeit wird schon lange nicht mehr geprüft, sondern abgelegt.

## Wundersames im BMZ

Das zeigt sich auch an dem letzten großen Posten, einem Kreditantrag zur Industrieförderung für die gewerbliche Wirtschaft über 14 Mio. DM aus dem vergangenen Jahr. Staatssekretär Köhler hatte noch im Dezember eine mündliche Zusage gemacht. Die Nicaraguaner hatten fünf Projekte eingereicht, die unter Hinweis auf die Umschuldung erst einmal unbearbeitet liegenblieben. So kommt das BMZ zur inzwischen wiederholt gemachten Feststellung, auch 1983 hätten die Nicaraguaner keine zusagefähigen Anträge vorgelegt. Doch das ist falsch. Die Grünen-Abgeordnete Gaby Gottwald erfuhr auf der kürzlichen Ausschußreise nach Grenada und Mittelamerika vom zuständigen nicaraguanischen Minister Jarquin, daß er bei seinem Besuch in Bonn am 2.2.83 dem BMZ 11 neue Projekte vorgelegt hat, fünf staatliche, ein gemischtes und fünf private. Das BMZ wiederum leugnet schlichtweg, daß es diese Projekte gegeben habe. Die ent-

sprechende Liste jedenfalls ist im BMZ spurlos verschwunden und erinnern kann sich auch niemand. Angenommen es geschehen im BMZ tatsächlich derartig unwahrscheinliche Dinge, so wäre ein Ministerium, das gerne verkündet, es wolle seine Zusammenarbeit mit Nicaragua nicht einstellen, doch es fehlten die Projekte, sicher gut beraten, zum Telefondinner zu greifen und sich die neuen Projektanträge ein zweites Mal kommen zu lassen.

Der 14-Mio.-Antrag vom letzten Jahr sieht 6 Mio. für kleine und mittlere Betriebe vor und 8 Mio. für Mittel- und Großbetriebe der Privatwirtschaft. Er soll über einen Verteiler namens Funde ausgezahlt werden, der dem Unternehmerverband Cosep nahesteht. Die Nicaraguaner lassen damit erstmals die direkte Förderung der Privatwirtschaft unterhalb der Regierungsebene zu. Während für BMZ-Chef Warnke (CSU), seinen vollmundigen Reden zufolge, schon längst jede Mark an Nicaragua zuviel ist, bemüht sich sein Staatssekretär wenigstens noch um eine weniger politisch erscheinende Begründung für die Ablehnung der Projekte. Erzählte Warnke kürzlich in der Bild-Zeitung: „Wer mit massiver sowjetischer und kubanischer Hilfe Waffen und Experten einkauft und damit den Frieden stört, kann in Zukunft nicht mit Geld aus der Bundesrepublik rechnen“, so bezweifelt Köhler, daß die Nicaraguaner die Gelder wirklich an die Privatwirtschaft weiterleiten würden. Und um ein Druckmittel zu haben, damit diese Bedingung tatsächlich durchgesetzt werden kann, blockiert das BMZ die gesamten 40 Mio. DM.

Doch hier offenbart sich die Absicht: Auf eine Nachfrage Gaby Gottwalds beim zuständigen Ministerium in Managua, teilte Vizeminister Sergio Lacayo mit, das BMZ könne jede Garantie erhalten, die es wolle, auch könne die deutsche Botschaft oder jemand anderes die Einhaltung überwachen. Doch daran ist das BMZ offenbar nicht interessiert. Die Nicaraguaner ihrerseits haben keine andere Möglichkeit, die Bundesregierung zur Kreditgewährung zu bewegen, als dieses Angebot: Da nämlich alle Zusagen nur mündlich gemacht wurden, haben diese keine völkerrechtliche Verbindlichkeit und sind nicht einklagbar.

Ob es unter dieser Regierung mit der Kapitalhilfe an Nicaragua noch einmal weitergehen wird, steht in den Sternen. In der Ausschußabstimmung sind alle Vorstöße in diese Richtung am Widerstand der CDU gescheitert. Doch ganz so eindeutig scheint es auch in ihren Reihen nicht mehr zuzugehen: In Nicaragua, so konnte man der Presse entnehmen, war die ganze Ausschußdelegation für die Fortsetzung der Wirtschaftshilfe gewesen. Sie hatte aus zwei CDU'lern, einem FDPLer, einem SPDler und einer Grünen bestanden. Der Liberale immerhin enthielt sich im Ausschuß der Stimme.

Klaus-Dieter Tangermann

Am 29.11.1983 schickte die BRD-Botschaft aus Managua ein Fernschreiben an das Auswärtige Amt, das im wesentlichen die Kritik an der Haltung der Bundesregierung bezüglich der 40 Mio DM bestätigt. Originaldokument (Faksimile):

AUSWAERTIGES AMT  
VERTEILER:  
EX. 1-5: 3  
6: STS

BR

AUS: MANAGUA  
NR 245 VOM 29.11.1983, 2030 0Z  
AN: BONN AA

FERN SCHREIBEN (VERSCHLUSSELT) AN 331  
EINGEGANGEN: 30.11.83, 1358 0Z

AZ.: POL 300.25  
BETR.: BESUCH EINER AWZ-DELEGATION VOM 14. BIS 16.11.83  
IN NICARAGUA  
BEZUG: 1) DB 114 VOM 23.06.1983 - WI 444.40 -  
2) SB 521 VOM 21.11.1983 - POL 300.25 -  
3) DE 137 VOM 29.11.1983 - 331-440.00 NIC -  
--AUF WEISUNG--  
1. UEBER BESUCH AWZ-DELEGATION WURDE MIT BEZUGS-SB  
BERICHTET.  
2. NIC HAT (ANLAESSLICH ARBEITSBESUCH IM BMZ) AM  
02.02.1983 EINE PROJEKTLISTE FUER FZ-ZUSAGEN AUS 81/82  
IN HOEHE VON 40 MIO DM VORGELEGT. LISTE WURDE AUCH GEGEN-  
UEBER BOTSCHAFT SCHRIFTLICH FIXIERT (IN SCHREIBEN FIR  
VOM 18.02.83). BOTSCHAFT HAT HIERUEBER MIT SB 73 VOM  
21.02.1983 - WI 444.40 - BERICHTET. ES HANDELT SICH UM  
FOLGENDER PROJEKTE:  
A) WARENHILFEKREDIT 4 MIT 10 MIO DM (SEMI) WAR BE-  
REITS 1981 FUER KAUF LANDWIRTSCHAFTLICHER MASCHINEN IN  
BUREP ZUGESAGT WORDEN. WEGEN DAMALIGER EILSEDURFTIGKEIT  
HATTE BMZ ZUGESAGT, VON NIC SELBST EINGESETZTE MITTEL  
FUER KAUF NACH ABSCHLUSS REGIERUNGSABKOMMENS ZURUECKZU-  
ERSTATTEN. REGIERUNGSABKOMMEN KONNTEN DAMALS WEGEN AUS-  
STEHENDER ALTSCHULDENREGELUNG NICHT ABGESCHLOSSEN WERDEN.  
NIC. REGIERUNG HAT FUER WEIT UEBER 10 MIO DM LANDW. MA-  
SCHINEN AUS BUREP GEKAUFT UND ENTSPRECHENDE NACHWEISE  
VORGELEGT.  
B) AUSBAU DER FERNMELDEEINRICHTUNGEN IN HOEHE VON  
14,5 MIO DM. ES HANDELT SICH GROESSTENTEILS UM AUSBAU VON  
SIEMENS-ANLAGEN, DIE SINNVOLLEWEISE AUCH VON SIEMENS BE-  
SORGT WERDEN SOLLTEN. PROJEKTVORSCHLAG WURDE BEREITS BEI  
OFFERGELD-BESUCH IM MAERZ 1982 GEMACHT.  
C) GENERALUEBERHOLUNG VON KRAFTWERKSTURBINEN DURCH  
SIEMENS-KWU IN HOEHE VON 1,5 MIO DM. AUSFUEHRLICHE PRO-  
JEKTBESCHREIBUNG LIEGT VOR. ANTRAG IM DEZEMBER 1982.  
D) INDUSTRIELLES REAKTIVIERUNGSPROGRAMM IN HOEHE VON  
14 MIO DM. DAVON  
- 8 MIO DM FUER MITTEL- UND GROSSINDUSTRIE. ES WURDE  
EIN CA. 100SEITIGER PROJEKTANTRAG MIT 19 EINZELPROJEKTEN  
(10 STAATLICHE BZW. GEMISCHTE UNTERNEHMEN, 9 PRIVAT-  
UNTERNEHMEN) VON NIC VORGELEGT. EVTL. VON UNS ZU FOERDERNDE  
EINZELPROJEKTE SOLLTEN AUS GESAMTANTRAG AUSGESUCHT WERDEN.  
- 6 MIO DM FUER FOERDERUNG 65 KLEINGEWERBLICHER GE-  
NUSSSENSCHAFTEN. MITTEL ZU 60 PROZENT FUER FUNDF (GENOSSEN-  
SCHAFTSORGANISATION DER PRIVATWIRTSCHAFT) UND ZU 40 PROZENT  
FUER FED (STAATLICHE ENTWICKLUNGSBANK) VORGESEHEN.  
PROJEKTBESCHREIBUNG LIEGT VOR.  
GESAMTES INDUSTRIELLES REAKTIVIERUNGSPROGRAMM IST MIT  
FREMDEWAHRUNGSANTEIL VON 40 MIO US-DOLLAR VERANSCHLAGT.  
EINZELPROJEKTE WURDEN PORENTS VON ANDEREN GEBERN (F, NL,  
SPANIEN, BRASILIEN) FINANZIERT.  
3. INSGESAMT HANDELTS SICH ALSO UM VIER PROJEKT-  
VORSCHLAEGE, DARUNTEN EIN PROJEKTPAKET MIT 19 EINZEL-  
PROJEKTEN. NIC HAT BISHER TROTZ VIELFACHER ANFRAGEN VON  
UNS KEINE REAKTION AUF PROJEKTVORSCHLAEGE ERHALTEN.  
INSRESONDERE BEI WARENHILFEKREDIT IST UNSERE GLAUBWUER-  
DIGKEIT WEGEN FESTER ZUSAGE IN FRAGE GESTELLT. AUS SICHT  
DER BOTSCHAFT WAERE BALDIIGE KLARE ANTWT SEHR ZU BEGRUESSEN.  
40 MIO DM SOLLTEN NICHT ALS PAKET BEHANDELT WERDEN,  
DA NACH BISHERIGER PRAKSIS REGIERUNGSABKOMMEN UEBER JEDES  
EINZELPROJEKT ABGESCHLOSSEN WERDEN.  
HEUBAU-

Kreditversprechen für Nicaragua  
**Verbalnote aufgetaucht**

taz Dienstag, 6.12.83

Berlin (taz)- Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) verschleppt seit Jahren die Auszahlung der eingeplanten Finanzhilfe an Nicaragua. Am Montag erfuhr die taz, daß das BMZ selbst die zuständigen Parlamentarier sowie die Öffentlichkeit hinter Licht geführt hat: Noch am 24.11.83 hatte BMZ-Staatssekretär Köhler (CDU) im zuständigen Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit eine mündliche Zusage der Bundesrepublik über einen 10 Mio. DM-Kredit an Nicaragua abgestritten. Eine auf Anweisung der damaligen Bundesregierung angefertigte Verbalnote über die Zusage von 1981 gebe es nicht. Gestern ist sie jedoch wieder aufgetaucht.

Der 10-Mio.-Kredit zum Kauf deutscher Landwirtschaftsmaschinen war Nicaragua vom damaligen BMZ-Chef Offergeld (SPD) versprochen worden (s. taz v. 26.11.). Das geht aus der am 15.7.1981 von der deutschen Botschaft in Managua an die Bundesregierung übermittelten Verbalnote 178/81 hervor. Nicaragua kaufte daraufhin für 15 Mio. DM entsprechende Maschinen aus der Bundesrepublik, mußte aber in der Folgezeit feststellen, daß weder die damalige SPD/FDP-Regierung noch die jetzige gewillt waren, die Zusage einzuhalten. Da mündlichen Zusagen keine völkerrechtliche Verbindlichkeit zukommt, hätte bereits die damalige Regierung 1981 Vertragsverhandlungen mit Nicaragua aufnehmen müssen, um sicherzustellen, daß der Kredit tatsächlich ausgezahlt werden würde. Minister Offergeld hatte aber damals auf ausstehende Schuldenzahlungen Nicaraguas verwiesen und diese zur Bedingung für eine Kreditauszahlung gemacht. Als Nicaragua seinen Verpflichtungen Ende 1982 nachgekommen war, hätten Vertragsverhandlungen erneut angestanden. Doch die neue Bundesregierung leugnete von nun an einfach die Existenz der gemachten mündlichen Zusage und leitete keine Regierungsverhandlungen ein.

Inzwischen stehen neue Schuldenzahlungen an, und es ist bereitssicher, daß Nicaragua die 1983 fälligen Schulden nicht bezahlen kann. Am 6.9.1983 schlug daher Nicaragua der Bundesregierung vor, die Schulden in Höhe von 5.807.813,23 DM von den 10 Mio. DM Warenhilfe abzuziehen und damit als beglichen anzusehen. Die nicaraguanische Regierung wartet bis heute auf eine Antwort. Staatssekretär Köhler vom BMZ jedenfalls lehnte eine solche Regelung ab, aus Mitteln des BMZ würden keine „Zahlungsbilanzdefizite“ finanziert. Der 10 Mio.-Kredit ist Teil der aus den letzten Jahren eingeplanten, aber nicht ausgezahlten Hilfe an Nicaragua in Höhe von insgesamt 40 Mio. DM. Dazu kommen noch die für 1983 eingeplanten, aber ebenfalls vertraglich nicht fixierten Gelder in Höhe von insgesamt 15 Mio. DM. Die entscheidende Beratung über eine Auszahlung wird in dieser Woche zwischen dem BMZ, dem Wirtschafts- und Außenministerium stattfinden. Dabei wird es darum gehen, ob die Gelder in der Haushaltstrahmenplanung auch in das nächste Jahr weitergeführt werden oder verfallen. Eine neutrale Bekundung des Auszahlungswillens bedeutet aber nicht, daß die Kredite tatsächlich freigegeben werden. Eine derartige Zusage hat es auch in den vergangenen Jahren gegeben, um innenpolitischen Konfliktstoff zu umgehen.

In der 17. Sitzung des AWZ am 8.2.1984 kamen nochmals einige Details zur Sprache.

Auf die Fragen der Abgeordneten Gottwald der Grünen

Abgeordnete Gottwald (Die Grünen):

"Fragen  
Sie müsse im übrigen fragen, unter anderem auch wegen eines Berichtes der "Welt" vom 16.12.1983 (siehe Seite 41)

- was es mit der Sperrre der Mittel für Nicaragua auf sich habe, ab wann sie geite und ob sie auch die technische Zusammenarbeit erfasse,
- wann die Bundesregierung die diplomatischen Beziehungen zu Nicaragua abzubrechen beabsichtige,
- was konkret bezüglich der Zusage einer Warenhilfe in Höhe von 10 Mio. DM an Nicaragua vor sich gegangen sei und welche Entscheidungen jetzt getroffen worden seien,
- ob es irgendwelche Bemühungen seitens der Bundesregierung gegeben habe, die zahlreichen Probleme der Entwicklungszusammenarbeit mit Nicaragua, in der es offensichtlich Unstimmigkeiten gebe, zu klären,
- ob es einen Vorprüfungsauftrag zur Rehabilitierung der Turbinen des Kraftwerkes Managua gebe ..." (S. 17 f.)

antwortete Minister Warnke:

"Die Antwort der Bundesregierung auf diese Entwicklung bestehe nicht in einem völligen Abbruch der Entwicklungszusammenarbeit und dem Rückzug des Botschafters. So seien auch seine in der "Welt" wiedergegeben Aussagen zu verstehen. Vielmehr bleibe der Botschafter dort und sie laufenden Zusagen für Entwicklungsvorhaben würden bis zur Beendigung der Vorhaben durchgeführt. Es werde aber keine Neuzusagen geben, bevor nicht das Land sich nachhaltig vom Destabilisierungskurs abgewendet habe. Falls dies geschehe, stünden Mittel für die weitere Zusammenarbeit bereit und würden zur Verfügung gestellt."

\*\*\*

"Zur entwicklungspolitischen Kommunikation mit Nicaragua: In 1983 sei im Februar der Planungsminister Nicaraguas im BMZ gewesen und habe ein Gespräch auf Abteilungsebene geführt, im September sei es zu einem Gespräch zwischen dem Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Köhler und Nicaraguanern in Brüssel gekommen, im Oktober habe es ein Gespräch mit Teilen der Delegation von Innenminister Borge im BMZ gegeben, im August

seien vier Projektvereinbarungen über technische Zusammenarbeit verlängert worden. Hinzugekommen seien mehrere Besuche von Mitarbeitern der GTZ zur Projektbetreuung in Nicaragua.

Die Frage nach der Vorlage ausreichender Projektvorschläge durch Nicaragua erübrige sich nach der Entscheidung über die weitere Zusammenarbeit mit diesem Lande.

Die Bundesregierung stehe in Verhandlungen mit der Regierung Nicaraguas über eine Umschuldung. Es fehlten aber Leistungen Nicaraguas." (S. 26 f.)

Abgeordnete Gottwald (Die Grünen):

"Fragen wollte sie noch, ob die 10 Mio DM für die Warenhilfe nur freigegeben würden, um sie anschließend mit Schulden des Landes zu verrechnen, und warum keine Folgerungen aus dem Biogasprojekt gezogen würden." (S. 29 f.)

Minister Warnke:

"Zu den 10 Mio DM für Warenhilfe gebe es offenbar eine Verbalnote, und die Bundesregierung sei bereit, das zu honорieren. Aber bei einem Land, das Schulden in der Höhe habe wie Nicaragua, werde sich dabei der Weg der Verrechnung ergeben." (S. 31)

Staatssekretär Köhler:

"Die Differenzen zwischen der nicaraguanischen und der deutschen Regierung über die Zahl der von Nicaragua vorgelegten Projekte könne er sich nur durch Unterschiede in der Zählung erklären. Wenn man die von Nicaragua nach deutscher Auffassung vorgelegten vier Projektanträge in Unterprojekte aufteile, komme man auf eine Zahl von über zwanzig Projekten."

Zum Appell von Abg. Dr. Holtz, nicht auch in anderen Gremien für die Blockierung der Hilfe an Nicaragua zu sorgen, wolle er nur darauf hinweisen, daß das Ernährungssicherungsprogramm der EG für Nicaragua unter deutscher Präsidentschaft beschlossen worden sei.

Das Biogasprojekt sei eins von insgesamt drei gleichartigen Projekten in Zentralamerika. Alle seien gleich behandelt worden."



Das heißt, sie werden von der Gesamtkürzung um ein Drittel nichts spüren. Dafür aber wird vor allem bei den am wenigsten entwickelten Ländern gekürzt, bei den ärmsten Ländern.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das wird durch Wiederholung nicht richtig!)

Da steht nur drin: Da man jetzt die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit diesem Land beginnen, gebe es noch kein Projekt. Ich sage noch einmal: für ein reiches OPEC-Land.

Nun haben Sie zwar in den Ausschlußberatungen versucht, die Gesetze der Mathematik außer Kraft zu setzen und immer wieder bestritten, daß es, auf längere Sicht gesehen, zu Kürzungen für die am wenigsten entwickelten Länder kommt. Wenn ich sagen, daß Sie selbst in einem Antrag gefordert haben, daß sich die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik auf die ärmsten Länder konzentrieren muß.

(Dr. Hüsch [CDU/CSU]: Genau das tun wir auch! — Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Das geschieht ja auch, Herr Kollege Brück!)

Sie leiden da an Gedächtnisschwäche.

Nun zur Qualität. Natürlich wird die Qualität auch durch die veränderte Quantität beeinflußt. Da muß nämlich Mangel verteilt werden. Bei dieser Verteilung des Mangels haben Sie sich nicht im geringsten an das gehalten, was es an Konzepten deutscher Entwicklungspolitik gibt. Noch gelitten ja formal die **entwicklungspolitischen Grundlinien der Bundesregierung**, auch wenn sie in der vorigen Koalition beschlossen worden sind. Ich erinnere noch einmal an das Versprechen des Bundesaußenministers, daß es in der Nord-Süd-Politik Kontinuität geben wird.

(Dr. Hüsch [CDU/CSU]: Deshalb braucht man doch nicht die Schlamperien fortzusetzen!)

Deshalb haben Sie nach außen diese Grundlinien nicht abgeschafft. Herr Kollege Hüsch, es gilt der einstimmige Beschuß des Deutschen Bundestages,

(Dr. Hüsch [CDU/CSU]: Halten Sie sich einmal daran! — Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Davon rücken Sie ab wie von allen anderen Beschlüssen!)

an dem ja Sie, die damalige Opposition, sehr eifrig mitgearbeitet haben, woran ich mich sehr genau erinnere.

Wir müssen also feststellen: Auch in der Entwicklungspolitik gibt es eine Umlaufteilung von unten nach oben.

(Zustimmung bei der SPD)

Da ist z. B. ein Beitrag für ein reiches OPEC-Land vorgesehen und in die Rahmenplanung eingestellt, für ein OPEC-Land, dessen Bruttosozialprodukt höher ist als das manches europäischen Landes.

(Dr. Holtz [SPD]: Höher als das Irlands!) Man muß sich vorstellen: ein Ölland, dessen Bruttosozialprodukt höher ist als das mancher europäischen Länder! Die Bundesregierung hat überhaupt

keine Vorstellungen, wie sie dieses Geld ausgeben will, denn ein Projekt ist in der Rahmenplanung nicht enthalten.

(Dr. Holtz [Hört! Hört!])

Da steht nur drin: Da man jetzt die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit diesem Land beginnen, gebe es noch kein Projekt. Ich sage noch einmal: für ein reiches OPEC-Land.

Nun haben Sie zwar in den Ausschlußberatungen versucht, die Gesetze der Mathematik außer Kraft zu setzen und immer wieder bestritten, daß es, auf längere Sicht gesehen, zu Kürzungen für die am wenigsten entwickelten Länder kommt. Wenn ich sagen, daß Sie selbst in einem Antrag gefordert haben, daß sich die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik auf die ärmsten Länder konzentrieren muß.

(Dr. Hüsch [CDU/CSU]: Genau das tun wir auch! — Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Das geschieht ja auch, Herr Kollege Brück!)

Sie leiden da an Gedächtnisschwäche.

Nun zur Qualität. Natürlich wird die Qualität auch durch die veränderte Quantität beeinflußt. Da muß nämlich Mangel verteilt werden. Bei dieser Verteilung des Mangels haben Sie sich nicht im geringsten an das gehalten, was es an Konzepten deutscher Entwicklungspolitik gibt. Noch gelitten ja formal die **entwicklungspolitischen Grundlinien der Bundesregierung**, auch wenn sie in der vorigen Koalition beschlossen worden sind. Ich erinnere noch einmal an das Versprechen des Bundesaußenministers, daß es in der Nord-Süd-Politik Kontinuität geben wird.

(Dr. Hüsch [CDU/CSU]: Deshalb braucht man doch nicht die Schlamperien fortzusetzen!)

Wer diese Länder nur ein bißchen kennt, der weiß, daß diese Übertragung gefährlich und töricht ist, so wie es töricht ist, den Ost-West-Konflikt in die Länder der Dritten Welt zu tragen. Die Rechtskoalition aber tut das.

Auch ich weiß, daß der Ost-West-Konflikt aus den Ländern der Dritten Welt nicht nur dadurch herausgehalten werden kann, daß wir ihn heraus halten.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sie tun aber so!)

Auch ich weiß, daß die Sowjetunion als imperiale Macht auf den Feuern in der Dritten Welt ihr Stippen zu kochen versucht, und daß sie diese Feuer oft auch entzündet. Ich frage mich aber, ob wir dann noch das Brennmaterial dazu liefern sollen.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Ich muß das wiederholen, was ich in der Aktuellen Stunde zum südlichen Afrika gesagt habe. Wir den wir uns — unter wir verstehen ich uns, den Westen insgesamt — überall in der Welt für unsere

wesentlichen Ideale, für Freiheit, Gleichheit, Bürgerlichkeit — die wir ja für verteidigungswert halten — einsetzen, wären die Chancen der Sowjetunion, in der Dritten Welt Einfluß zu gewinnen, sehr gering. Die Kubaner stünden nicht in Angola, wenn der NATO-Partner Portugal rechtzeitig seine Kolonialpolitik aufgegeben hätte.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

In Lateinamerika würde sich niemand kubanische Berater in sein Land holen — so schön ist das kubanische Modell ja auch nicht —, wenn es nicht zuvor in diesen Ländern blutige Ausbeutung und Unterdrückung gegeben hätte und dies von uns oft mehr Geduld wurde als das, was es an revolutionären und reformatorischen Bewegungen in den Ländern der Dritten Welt gibt.

Ich bestreite nicht, daß auch in der Entwicklungs politik deutsche Interessen wahrtunehmen sind. Die Mitglieder der Bundesregierung haben darauf einen Eid geleistet. Wir alle sind darauf verpflichtet. Die Frage ist nur, wie deutsche Interessen langfristig sichern. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir unsere Interessen langfristig nur dadurch sichern können, daß wir einakalkulieren, daß auch andere Interessen haben und wir nicht auf deren Interessen herumtrampeln.

Wir brauchen einen **Interessenausgleich mit den Ländern des Südens**. Wer den Frieden sichern will, der muß diesen Ausgleich anstreben. Von Willy Brandt stammt das Wort, daß er zweimal in seinem Leben erlebt habe, daß aus Kriegen Hunger wurde, und er nicht möchte, daß demnächst aus Hunger Krieg wird. Ich glaube, daß wir alle dem zustimmen können. Was mich an der Diskussion um die Sicherung des Friedens bei uns in den letzten Monaten gegen den Ost-West-Konflikt, ist unser Eurozentrismus. Wir denken an uns in Europa, an unsere Sicherheit, an unseren Frieden. Wir sollten auch um die Konflikte wissen, die dadurch entstehen, daß die Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen Süd und Nord so groß ist.

Ziel der deutschen Entwicklungspolitik muß es sein, diese Kluft abzubauen. Um die Grundlinien der Bundesregierung zu zitieren: Ziel der deutschen Entwicklungspolitik ist die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den Ländern der Dritten Welt.

Der uns vorliegende Einzelplan 23 des Bundeshaushalts wird diesen Zielen nicht gerecht. Wir lehnen ihn deshalb ab.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Auch ich weiß, daß die Sowjetunion als imperiale Macht auf den Feuern in der Dritten Welt ihr Stippen zu kochen versucht, und daß sie diese Feuer oft auch entzündet. Ich frage mich aber, ob wir dann noch das Brennmaterial dazu liefern sollen.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, die Entwicklungszusammenarbeit mit der Dritten Welt ist für diese Regierung und diese Koalition eines der wichtigsten Instrumente unserer Friedenspolitik überhaupt. Wir haben trotz erheblicher eigener Wirtschaftskrisen — überall in der Welt für unsere

schafts- und Haushaltsprobleme die Verpflichtungen der Vorgängerregierungen so weit wie möglich eingeholt. Ich verhleile nicht mit einer gewissen Genugtuung, gerade im Angesicht der Debatten, die wir in den zurückliegenden Haushaltssjahren gehabt haben, daß im Angesicht dessen, was wir an finanziell- und haushaltspolitischer Erbmasse vorgefundene haben, es schon eine erwähnenswerte und beachtenswerte Leistung ist, daß die Steigerungsrate des Entwicklungshaushalts, des Einzelplans 23, weit über der Durchschnittssteigerungsrate des Gesamthaushalts liegt, meine Damen und Herren. (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

und dies nicht nur für den Haushalt 1984, über den wir hier und heute sprechen, sondern für den gesamten Zeitraum der vorgelegten mittelfristigen Finanzplanung.

Meine Damen und Herren, wir erfüllen damit nicht nur eine selbstverständliche humanitäre Pflicht. Als überwiegend exportabhängiges Land leisten wir — ich glaube, das sollten wir durchaus freimütig zum Ausdruck bringen — auch eine Investition für die künftige wirtschaftliche Zusammenarbeit mit stabilen und kauftüchtigen Partnern. (Schwenninger [GRÜNE]: Jetzt wird es schon offener!)

Herr Kollege Brück, hier muß ich mich noch einmal ganz besonders an Sie wenden. Diese Regierung hat einen Berg von Körnerrechtlichen Zusagen an die Länder der Dritten Welt in einer Größenordnung von etwa 27 Milliarden DM vorgefunden und übernommen. Dieses Volumen an Verpflichtungsermächtigungen — das wissen Sie besser als jeder andere, Herr Kolleg Brück —, ging von völlig unrealistischen Zuwachsraten aus, die schon Ende der 70er Jahre von uns als problematisch kritisiert wurden.

(Gerster [Mainz] [CDU/CSU]: Das waren ja Bankrottore!

Meine Damen und Herren, es geht aber nicht nur, die finanziellen Grundlagen für den Entwicklungshaushalt und damit für die Entwicklungspolitik wieder herzustellen. Auch Inhalt und Qualität der Politik selber müßten konsolidiert werden. Dies bedeutet und bedeutet in erster Linie klare Vergabe kriterien, die sich an den Prinzipien des politischen Pluralismus, der gegenseitigen politischen Toleranz und einem verstärkten Gewicht der Wahrung der Menschenrechte orientieren.

Herr Kollege Brück, wir bekennen uns — ich möchte das zum wiederholten Male zum Ausdruck bringen — zur Blockfreiheit und wollen eben gerade nicht das Nord-Süd-Verhältnis den West-Ost-Konflikt unterordnen oder auch nur einordnen.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Dann lassen Sie es doch auch!)

Allerdings sind wir daran interessiert — auch das möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen —, daß die Entwicklungspolitik von ideologischem Ballast freigesetzt wird. Wenn ich an einige der Anträge denke, die im Fachausschluß zum Haushalt 1984 gestellt worden sind, dann bin ich nicht ganz davon überzeugt, daß Ihnen dieses in der Zwischenzeit gelungen ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Lassen Sie mich ein weiteres, wie mir scheint, wichtiges Element unserer Entwicklungspolitik betonen, nämlich daß wir im Rahmen der deutschen Entwicklungshilfe und der deutschen Entwicklungspolitik sehr wohl legitime Eigeninteressen haben. Ich meine, je deutlicher und offener wir diese Eigeninteressen zum Ausdruck bringen,

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Es reicht!)

um so offener werden wir auch auf das Verständnis unserer Partnerländer drauf zu stoßen.

Ich möchte deshalb insbesondere in diesem Zusammenhang zu der umstrittenen Frage: Protektionismus oder Lieferbindungen sagen: Hier geht es aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland, aus der Sicht der Prinzipien unserer Entwicklungspolitik weder um Protektionismus noch um Lieferbindung, sondern es geht um einen nowotraditionalen, wie ich denke, auch echten Interessenausgleich.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Also doch Lieferbindungen!)

Damit komme ich zu einem weiteren Punkt. Wenn ich von Interessenausgleich spreche, dann meine ich damit auch die Einbeziehung der privatwirtschaftlichen Initiativen. Meine Damen und Herren, so wichtig ein Anstieg der öffentlichen Entwicklungshilfe ist — darüber gibt es überhaupt keine Meinungsverschiedenheiten zwischen Ihnen und uns —, so kann sie doch die Notwendigkeit privater und direkter Investitionen nicht ersetzen.

(Sehr richtig! bei der CDU/CSU)

Privatwirtschaftliche Initiativen in den Entwicklungsländern schaffen, wie mir scheint, wesentliche — nicht alleinige — Grundlagen für diesen Gedankengang zum Schluß kommen, indem ich zusammenfassend feststelle: Der Einzelplan 23 ist, Herr Kollege Brück, sachlicher und solidier geworden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Richtig gesteuert tragen sie zum Aufbau der für viele Entwicklungsländer so wichtigen wirtschaftlichen Mittelschicht bei, die bei uns in den entwickelten Industrieländern Grundlage des wirtschaftlichen Wohlstandes ist, und schaffen letztlich Arbeitsplätze. Aus diesem Grunde begrüßen wir die Akzentsetzungen, die unter diesem Minister im

Vizepräsident Wurbs: Das Wort hat Frau Abgeordnete Gottwald.

Frau Gottwald (GRÜNE): Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident!

(Zurufe von den GRÜNEN: Oh!)

Die meisten Leute neigen dazu, mit Entwicklungspolitik per se etwas Positives zu verbinden, und achten demzufolge lediglich auf die Quantität der gegebenen Kredite. Wir GRÜNEN sind der Ansicht, daß dieser Mythos ausgeräumt werden muß. Gerade auch während der Haushaltssdebatte möchten wir nochmals darauf hinweisen, daß Entwicklungshilfe primär unter inhaltlichen Gesichtspunkten zu betrachten ist. Unsere Kritik richtet sich damit vorwiegend gegen die Funktion und die Strukturen der Entwicklungspolitik des CSU-Ministeriums und seiner Heiler im Finanzministerium und im Auswärtigen Amt.

Bundesdeutsche Entwicklungspolitik degeneriert zunehmend zum ausschließlichen Instrument der bundesdeutschen Exportwirtschaftsförderung und der Außen- und Sicherheitspolitik.

(Beifall bei der CDU/CSU — Widerspruch bei der CDU/CSU)

Entwickelt werden eigene Interessen, realisiert allerdings sehr deutlich sagen: Wir haben dieses Senior-Service-Korps und das damit verbundene Programm von Anfang an als einen Eigenbeitrag der Wirtschaft aufgefaßt. Ich will hier deshalb mit aller Deutlichkeit sagen, daß eine staatliche Subventionierung für uns auf Dauer nicht in Frage kommt.

(Zustimmung bei der SPD)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang eines allerdings sehr deutlich sagen: Wir haben dieses Senior-Service-Korps und das damit verbundene Programm von Anfang an als einen Eigenbeitrag der Wirtschaft aufgefaßt. Ich will hier deshalb mit aller Deutlichkeit sagen, daß eine staatliche Subventionierung für uns auf Dauer nicht in Frage kommt.

(Zustimmung bei der CDU/CSU)

sondern ich fordere die Wirtschaft mit aller Entscheidlichkeit auf, dieses Programm in Eigenregie und in eigene Hände zu nehmen.

(Unruhe)

Mit den Partnern in den Entwicklungsländern muß deshalb intensiver als bisher gesprochen werden. Die Projekte müssen vor Ort kontinuierlicher verfolgt, begleitet und auch evaluiert werden. Das sind in erster Linie, wie ich meine, die eigentlichen Aufgaben dieses Ministeriums, des BMZ.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Das riecht nach Außenpolitik, Herr Schröder [Lüneburg]!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nach diesem Gedankengang zum Schluß kommen, indem ich zusammenfassend feststelle: Der Einzelplan 23 ist, Herr Kollege Brück, sachlicher und solidier geworden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Dr. Holtz [SPD]: Vorsicht mit Ihrem Gewissen!)

den sozialen Fortschritt in diesen Ländern.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Richtig gesteuert tragen sie zum Aufbau der für viele Entwicklungsländer so wichtigen wirtschaftlichen Mittelschicht bei, die bei uns in den entwickelten Industrieländern Grundlage des wirtschaftlichen Wohlstandes ist, und schaffen letztlich Arbeitsplätze. Aus diesem Grunde begrüßen wir die Akzentsetzungen, die unter diesem Minister im

Urn die Bedürfnisse und den Bedarf der Entwicklungsländer geht es jedenfalls nicht. Man gewinnt den Eindruck, als würden die Hungernden in der Dritten Welt von den Überschulsexporten und vom überschüssigen Kapital unserer kaputten Industriegesellschaft satt. Der einzige Effekt, den diese Politik für die Entwicklungsländer hat, ist das stetige Steigen der Verschuldungsspirale. Mich erinnert diese Politik an das Drama eines Fixers:

(Beifall bei den GRÜNEN — Zuruf von der CDU/CSU: Aber doch nicht hier im Bundestag!)

Der erste Schuß ist unlosbar oder zu günstigen Konditionen; danach gibt es kein Entrinnen mehr. Die Wahl ist nicht mehr frei, die Mittel sind knapp. Die Antwort ist: Rechnungen, Bedingungen, Auflagen. Hintergrund dieses entwicklungspolitischen Unsinn ist die Philosophie der Gleichheit von Ungleichchen, die Philosophie der freien Marktwirtschaft und des uneingeschränkten internationalen Handels, der zwar das Elend und die Abhängigkeit in der Dritten Welt hervorruft, aber wenigstens den kapitalkräftigen Faktoren in den Industrielandern die Eüche sättigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ordnungspolitischer Garant dieser Politik sind der Internationale Währungsfonds und seine Subinstitutionen, an dessen politischen Leitlinien sich die bundesdeutsche Entwicklungspolitik orientiert. (Rossmanith [CDU/CSU]: Wissen Sie überhaupt, was das ist?)

— Ja, — Länder, die sich diesen westlichen Werten nicht unterordnen und weiterhin auf das Recht einer eigenen Entwicklungswegstrategie pochen, wird der Geldhahn zugedreht. Tansania ist eines der Opfer dieser Politik.

(Zuruf von der CDU/CSU)

Weil es nicht bereit war, sich gänzlich der IWF-Politik unterzuordnen, ist die Entwicklungshilfe im Etat 1984 gekürzt worden.

(Hört Hört! und Beifall bei den GRÜNEN)

Generell werden die Länder bevorzugt mit Entwicklungshilfe versohnen, die bundesdeutsche Produkte mit diesen Krediten kaufen. „Lieferbindungen“ nennt man es nicht, es sind aber welche. Um die Kapitalhilfe ja nicht verputzen zu lassen, hat die Bundesregierung im neuen Einzelplan 23 den Titel für die finanzielle Zusammenarbeit vorsorglich mit folgendem neuen Zusatzpunkt versehen — ich zitiere —: „Es werden auch solche Vorhaben gefördert, die gleichzeitig struktur- und beschäftigungs- und konjunkturpolitisch wirksam sind.“

(Dr. Hüsch [CDU/CSU]: Und?)

Das Wort „auch“ kann gestrichen werden. Der Vorsatz ist eh erfüllt. Schon die alte Bundesregierung hat 1980 eine Studie beim Deutschen Institut für Wirtschaft in Berlin zur Bemessung der Effizienz der sogenannten Entwicklungshilfe für die riesige Wirtschaft in Auftrag gegeben. Das Ergebnis war: Jede Mark Entwicklungshilfe kommt als Auftrag im Wert von 1,25 DM zurück. Heute dürfte das Geschäft noch lukrativer geworden sein.

Urn die Bedürfnisse und den Bedarf der Entwicklungsländer geht es jedenfalls nicht. Man gewinnt den Eindruck, als würden die Hungernden in der Dritten Welt von den Überschulsexporten und vom überschüssigen Kapital unserer kaputten Industriegesellschaft satt. Der einzige Effekt, den diese Politik für die Entwicklungsländer hat, ist das stetige Steigen der Verschuldungsspirale. Mich erinnert diese Politik an das Drama eines Fixers:

(Beifall bei den GRÜNEN — Zuruf von der CDU/CSU: Aber doch nicht hier im Bundestag!)

Der erste Schuß ist unlosbar oder zu günstigen Konditionen; danach gibt es kein Entrinnen mehr. Die Wahl ist nicht mehr frei, die Mittel sind knapp. Die Antwort ist: Rechnungen, Bedingungen, Auflagen. Hintergrund dieses entwicklungspolitischen Unsinn ist die Philosophie der Gleichheit von Ungleichchen, die Philosophie der freien Marktwirtschaft und des uneingeschränkten internationalen Handels, der zwar das Elend und die Abhängigkeit in der Dritten Welt hervorruft, aber wenigstens den kapitalkräftigen Faktoren in den Industrielandern die Eüche sättigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ordnungspolitischer Garant dieser Politik sind der Internationale Währungsfonds und seine Subinstitutionen, an dessen politischen Leitlinien sich die bundesdeutsche Entwicklungspolitik orientiert. (Rossmanith [CDU/CSU]: Wissen Sie überhaupt, was das ist?)

— Ja, — Länder, die sich diesen westlichen Werten nicht unterordnen und weiterhin auf das Recht einer eigenen Entwicklungswegstrategie pochen, wird der Geldhahn zugedreht. Tansania ist eines der Opfer dieser Politik.

(Zuruf von der CDU/CSU)

Weil es nicht bereit war, sich gänzlich der IWF-Politik unterzuordnen, ist die Entwicklungshilfe im Etat 1984 gekürzt worden.

(Hört Hört! und Beifall bei den GRÜNEN)

Generell werden die Länder bevorzugt mit Entwicklungshilfe versohnen, die bundesdeutsche Produkte mit diesen Krediten kaufen. „Lieferbindungen“ nennt man es nicht, es sind aber welche. Um die Kapitalhilfe ja nicht verputzen zu lassen, hat die Bundesregierung im neuen Einzelplan 23 den Titel für die finanzielle Zusammenarbeit vorsorglich mit folgendem neuen Zusatzpunkt versehen — ich zitiere —: „Es werden auch solche Vorhaben gefördert, die gleichzeitig struktur- und beschäftigungs- und konjunkturpolitisch wirksam sind.“

(Dr. Hüsch [CDU/CSU]: Und?)

Das Wort „auch“ kann gestrichen werden. Der Vorsatz ist eh erfüllt. Schon die alte Bundesregierung hat 1980 eine Studie beim Deutschen Institut für Wirtschaft in Berlin zur Bemessung der Effizienz der sogenannten Entwicklungshilfe für die riesige Wirtschaft in Auftrag gegeben. Das Ergebnis war: Jede Mark Entwicklungshilfe kommt als Auftrag im Wert von 1,25 DM zurück. Heute dürfte das Geschäft noch lukrativer geworden sein.

**Frau Gottwald**

Im Einzelplan 23 liegt das Schwergewicht auf den Tiefen, von denen sich die Bundesregierung eine Entlastung der hiesigen Wirtschaft verspricht. Das Interesse ist so groß, daß selbst Titel wie das Niedriglassungsprogramm oder das Technologieprogramm favorisiert werden, die laut Evaluierungsberichten wenig effizient sind. Ganz Anders geht man jedoch mit Titeln um, die zwar laut eigener Programmatik Schwerpunkte darstellen sollen, aber da sie materiell nichts bringen zunehmend Alibi-funktion erhalten und auch so behandelt werden. Zu nennen sind hier die Förderung privater Träger, die nicht dem wirtschaftlichen Bereich angehören, und die personelle Zusammenarbeit, die nicht zum wirtschaftlichen Bereich zu zählen ist, also keine betriebliche Beratung usw.

Dem DED als dem wichtigsten Instrument der personellen Zusammenarbeit wird das Leben politisch und finanziell schwierig gemacht. Wir haben diesbezüglich einen Änderungsantrag eingereicht und hoffen, daß der Erhöhung der Mittel für den DED zugestimmt wird. Ich verweise dabei nochmal auf die Empfehlung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit auf Erhöhung des Titels. Gemeint war nicht die Umschichtung der Finanzen zwischen den beiden Titeln, wie sie vom Haushaltshausschluß vorgenommen worden ist.

Erhöht wurde hingegen der Titel für die hausiegene Propagandaarbeit des BMZ, die Public-Relations-Arbeit für den Minister und seine tiefshürrenden Hochlanzprosituren. Im Ausschuß abgelehnt wurde allerdings die von uns beantragte Erhöhung der Mittel für entwicklungspolitische Ak-tionsgruppen von lediglich 120 000 DM auf 170 000 DM. Obwohl von Regierungsseite und CDU/CSU stets die Wichtigkeit von Öffentlichkeitsarbeit betont wird, wurde dem nicht zugestimmt. Dieser Vorschlag bezieht sich wohl nur auf die Regierungspropaganda und die eigene Parteipolitik.

Noch ein Wort zur Außenpolitik des BMZ. Allein ein Viertel der gesamten Kapitalhilfe fällt dem Kriegstreiber Israel, der NATO-Diktatur Türkei und den Integrationsländern zu. Es dürfte der Bundesregierung schwierfallen, diese Schwerpunkte entwicklungspolitisch zu legitimieren. Aber sie versucht es ja auch schon lange nicht mehr. Überhaupt waren die Konturen dieser Prioritätensetzung auch schon unter sozialliberaler Führung sichtbar. Ich erinnere nur an die massive Türkeihilfe.

Nicht unerwähnt bleiben soll die Zentralamerikanpolitik der Bundesregierung. Die Absicht der Bundesregierung ist klar.

(Zuruf von der CDU/CSU-Spezialthema)

— Gedulden Sie sich, es kommt sofort. — Mit dem Argument, in dieser Region entwicklungspolitisch verschärft aktiv werden zu wollen, liefert sie sich eine Legitimation für die geplante Wiederaufnahme der Zusammenarbeit mit dem Terrorregime in El Salvador. Das Auswärtige Amt spielt die Begleitma-sik mit der Wiederentsendung eines Botschafters dazu.

Ganz abgesehen davon, daß es auf lange Sicht überhaupt keine Chancen auf zwischenstaatliche Zusammenarbeit im Sinne einer bevölkerungsna-hen Politik in El Salvador gibt, scheint sich die Zusammenarbeit nicht mit allen Ländern der Region zu verstärken. Die Mittel für Nicaragua — ein Land, in dem es sich auf Grund der günstigen Rahmenbedingungen lohnt, entwicklungspolitisch aktiv zu werden — werden gekürzt bzw. bereits seit 1981 vorberehnte Mittel werden blockiert; das mit Argumenten, die nur noch als bewußte politische Denunziation bezeichnet werden können, oder mit vorgeschobenen technischen oder projektabge-zogenen Schwierigkeiten, wobei diese Aussagen einer Überprüfung nur schwerlich standhalten werden.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Abgesehen von der unverantwortlichen Unkennt-nis der Entscheidungsträger im BMZ über die Si-tuation in Nicaragua, allen voran der Minister — ich unterselle einmal, daß es Unkenntnis ist —, hat die geplante Zentralamerikapolitik des BMZ mit Entwicklungshilfe im eigentlichen Sinne des Wor tes überhaupt nichts zu tun. Es handelt sich um einen außenpolitischen Vorstoß des BMZ, wobei die Konzeption aufs engste mit dem Bündnispartner, der in dieser Region für die Kriege verantwortlich ist, abgestimmt zu sein scheint.

(Rechts (GRÜNE): Und mit München!)

Wenn man den demokratischen Wiederaufbau Ni-caraguas will, ist es unverantwortlich, in diesem Moment die Mittel zu kürzen oder nicht auszuzechlen. Wir werden deshalb den Antrag auf Erhöhung der Kredite für Nicaragua und auf Streichung der 20 Millionen DM für El Salvador stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund lehnen wir den Einzel-plan 23 selbstverständlich ab.

**Vizepräsident Wurbs:** Das Wort hat Frau Abgeord-nete Seiler-Albring.

**Frau Seller-Albring** (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die wirtschaftliche Situation der Länder der Dritten Welt hat sich im vergangenen Jahr drastisch verschlechtert. Hohe Zinsen am Kapitalmarkt, der weiter steigende Dollar-Kurse, rückläufige Nachfrage nach ihren Produkten haben die Überschuldung der Länder der Dritten Welt in bedrückende Höhen getrieben. Der Umfang der mittel- und langfristigen Auslandsverbindlichkeiten dieser Länder aus öffentlichen und privaten Quellen erreichte 1982 mehr als 600 Milliarden US-Dollar. Dieses ist mehr als be-sorgniserregend, da immer neue Schulden zum Be-gleichen der alten aufgenommen werden müssen. Es kann nicht mehr Zinsen fällig werden, bevor die ein geleiteten strukturellen Anpassungsmaßnahmen die Chance hätten, sich positiv auszuwirken.

Ein Zehntel der Weltbevölkerung lebt auch heute noch in absoluter Armut und Not. Diese Zahl wird eher zunehmen, als daß man in absehbarer Zeit nachhaltige Verbesserungen erwarten könnte.

Auch in Zeiten angespannter Haushaltsslage ist es im Interesse unserer Glaubwürdigkeit im Nord-Süd-Dialog unsere Pflicht, unsere Entwicklungspoli-tischen Leistungen einzuhalten, und den Rahmen nach Möglichkeit auszuweiten, wobei bei der Pla-nung des Mittelmeinsatzes verstärkt die jeweiligen sozialen, kulturellen und geographischen Bedingun-

Der Entwicklungshilfeteat steigt auch 1984 wie-der überproportional, und zwar auf 6,4 Milliarden DM. Aber, meine Damen und Herren, wir stehen heute vor der Notwendigkeit, uns Rechenschaft darzugeben — und falls nicht, aus welchen Gründen — unsere Entwicklungspolitik ihr Ziel, die wirtschaftliche und soziale Lage der Menschen in der Dritten Welt zu verbessern, erreicht hat oder überhaupt erreichen kann.

Lange Zeit hatte es zumindest in den westlichen Industrieländern als selbstverständliche gegolten, daß die Entwicklung der Länder der Dritten Welt durch die Herausbildung wirtschaftlicher und poli-tischer Strukturen forcier werden könnte, die de-ren in den westlichen Industrieländern ähneln. In-zwischen stellen diese Länder zunehmend die Fra-ge, ob wir Industrieländer tatsächlich ein erste-benswertes Vorbild darstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der SPD)

Die Entwicklungsländer bemühen sich immer stär-ker, Wege und Ziele ihres Entwicklungsprozesses besser in Einklang mit den gewachsenen heimi-schen sozialen und kulturellen Traditionen zu bri-nnen.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Die Bundesre-gierung behindert es immer mehr!)

Entwicklungslander haben um so geringere Fort-schritte erzielen können, je älter sie waren. Die in traditioneller Manier auf die Finanzierung von In-vestitionsprojekten zielende Entwicklungshilfe wird natürlich von den Ländern leichter umgesetzt, die bereits über eine gute Wirtschafts- und Verwal-tungsinfrastruktur verfügen und in denen eigene Konzepte die örtliche Entwicklung beginnstigen. Ge-rade aber die Länder, die ihre Entwicklung sehr rasch haben vorantreiben können, überfordern durch die damit verbundenen tiefgreifenden Um-wälzungen zunehmend die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Anpassungsfähigkeit und -bereit-schafft weiter Teile ihrer Bevölkerung.

Ein besonders gravierendes Problem bildet in diesem Zusammenhang das anhaltend rasche Wachstum der Bevölkerung in den Ländern der Dritten Welt. Die Lebenserwartung ist dort seit Jahrzehnten stark gestiegen, die Geburtenraten be-ginnen sich dieser Entwicklung erst allmählich an-zupassen.

Wenn man also davon ausgeht, daß Unter-entwicklung durch eine Mehrzahl von Faktoren verursacht ist, müssen die komplexen Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichen, technologischen, sozia-lem, kulturellen, politischen und ökologischen Fak-toren ermittelt werden und in die Konzeption unse-rer entwicklungspolitischen Zielvorstellungen Ein-gang finden.

(Beifall bei der FDP)

Die Einführung z. B. neuer Technologien nützt nichts, wenn nicht auch institutionelle Reformen wie etwa eine Agrarreform durchgeführt werden.

Wir müssen die Grundidee der Entwicklungshilfe, der Hilfe zur Selbsthilfe, neu überdenken.

(Sehr richtig! bei der CDU/CSU)

Es mehrheitlich sich Anzeichen, daß die **Gewohnung** an Entwicklungshilfe in manchen Empfängerländern auf längere Sicht gegenläufig wirken kann. Die Aktivität der einheimischen Bevölkerung ist auf Grund der umfangreichen Hilfsleistung in extremen Fällen rückläufig. Hier ist es auch sonst bei Subventionen: Wer auf Dauer alimentiert wird, gerät in die Versuchung, von eigenen notwendigen Anstrengungen abzulassen.

(Zustimmung bei der FDP und der CDU/ CSU)

Lassen Sie mich abschließend einige Kriterien nennen, an denen sich die **Entwicklungs politik** der Zukunft nach Meinung meiner Fraktion ausrichten muß. Dabei werden Sie feststellen, meine Damen und Herren, daß wir uns hier durchaus in der Kon-tinuität unserer Politik bewegen.

Die **Mittelvergabe** hat sich vielmehr primär an der Befriedigung von Grundbedürfnissen der Menschen in der betreffenden Region auszurichten. Nichts, meine Damen und Herren, darf uns daran hindern, auf Menschenrechtsverletzungen empfindlich zu reagieren.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Regelverletzungen einer Regierung dürfen aber nicht zu einer zusätzlichen Bestrafung der be-toffenen Länder und Völker werden, indem man einem solchen Land und seiner Bevölkerung selbst eine grundbedürfnisorientierte Entwicklungshilfe ver-weigern würde.

(Bindig [SPD]: Sehr gut!)

Entwicklungsseine und Außenpolitik dürfen nicht gegenseitig sein, sondern sollen sich in enger Ab-stimmung zwischen den Koalitionspartnern sinn-voll und kooperativ ergänzen. Ich möchte in diesem Zusammenhang dem Minister ausdrücklich dafür danken, daß er hier heute mit seiner Zusage für Nicaragua ein Zeichen in diesem Sinne gesetzt hat.

(Beifall bei der FDP)

Unsere Politik, meine Damen und Herren, muß die **Selbstständigkeit der Staaten der Dritten Welt** fördern. Weder sollten wir die Systeme der politischen Unterdrückung, gleich, welcher Provenienz — das bitte ich einmal eindeutig hier zu beachten —, stabilisieren noch versuchen, unser an westlichen Normen orientiertes Wertesystem anderen Ländern auf alle Fälle und um jeden Preis aufzupropfen.

Auch in Zeiten angespannter Haushaltsslage ist es im Interesse unserer Glaubwürdigkeit im Nord-Süd-Dialog unsere Pflicht, unsere Entwicklungspoli-tischen Leistungen einzuhalten, und den Rahmen nach Möglichkeit auszuweiten, wobei bei der Pla-nung des Mittelmeinsatzes verstärkt die jeweiligen sozialen, kulturellen und geographischen Bedingun-

gen und Gegebenheiten der jeweiligen Entwicklungsländer stärker zu berücksichtigen sind.

Im Zielkonflikt, Frau Gottwald, zwischen dem Verzicht auf Lieferbindungen einerseits, für die es ja gute Gründe gibt — die langfristigen Interessen auch der deutschen Wirtschaft auf den Weltmärkten, die Absage an protektionistische Tendenzen —, und dem Kriterium Beschäftigungswirksamkeit angesichts der hohen Arbeitslosigkeit bei uns zu Lande andererseits — was auch unter dem Gesichtspunkt der Akzeptanz unserer Entwicklungshilfepolitik in der Bevölkerung von Wichtigkeit ist — sollte man versuchen, einen Mittelweg zu beschreiten, der bei der Entscheidung über ein Projekt die Priorität des entwicklungspolitischen Nutzens für das Empfängerland betont, und erst dann eine Auswahl der Projekte mit Beschäftigungswirksamkeit auch für die Bundesrepublik treffen.

(Zustimmung bei der FDP und der CDU/CSU)

Dies dürfte angesichts des 1982 erreichten deut-schen Auftragsanteils an entwicklungspolitischen Maßnahmen von 82 % im Grundsatz auch kein Problem sein.

Meine Damen und Herren, Entwicklungspolitik soll nach unserem Selbstverständnis die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen der Länder der Dritten Welt verbessern und das Nord-Süd-Gefälle mildern. Entwicklungspolitik ist aber nicht zuletzt auch Politik zur Stabilisierung und Sicherung des Friedens.

(Schwenninger [GRÜNE]: Des NATO-Friedens!)

Deshalb muß es uns sehr nachdenklich stimmen, ob wir hören, daß die Aufwendungen der Staaten der Dritten Welt für ihre militärischen Zwecke — oft zu Lasten ihrer Entwicklungsaufgaben — ständig ansteigen und daß der Anteil der Entwicklungsländer an den weltweiten Rüstungsausgaben, der 1985 noch bei 6 % lag, heute mehr als 15 % betrifft.

(Zuruf der Abg. Frau Gottwald [GRÜNE])

— Frau Gottwald, wir haben Ihnen auch zugehört. Seien Sie doch so nett, auch zuzuhören; ich bin gleich fertig.

Meine Damen und Herren, wenn wir im Grundsatz übereinstimmen, daß Entwicklungspolitik der Sicherung des Friedens dient, muß es uns bedenkenlich stimmen, daß die **Länder des Ostblocks** Entwicklungspolitik offensichtlich nur im Zusammenhang mit Militärrhilfe sehen.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Jetzt kommt das schon wieder!)

Das steht im krassen Widerspruch zu den sonst bei jeder Gelegenheit auftauchenden Beteuerungen, daß die Staaten des Warschauer Paktes besonders friedensliebend seien.

(Dr. Hüsch [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Auch die Argumentation, die Staatsanwälte länderseien für die Misere in den Entwicklungsländern nicht verantwortlich, überzeugt nicht. Es geht doch

nicht um die Haftbarmachung von etwaigen Schuldigen, sondern um unmittelbare humanitäre und dann erst wirtschaftliche oder technologische Hilfe. Leider müssen wir feststellen, meine Damen und Herren, daß in manchen Regionen der Dritten Welt, in denen sich die Schwachstukows in weit höherem Maße vorhantnen sind als Schraubenschlüssel.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Schwenninger [GRÜNE]: Und zur amerikanischen Militärrhilfe sagen Sie nichts?)

Nein, meine Damen und Herren, Entwicklungspolitik, wie wir sie sehen, wie wir sie definieren, dienen dem Ziel, das Verständnis für die Probleme der Dritten Welt bei uns zu fördern, die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen in den Entwicklungsländern zu verbessern, Konflikte abzubauen und den Frieden in dieser Region sichern zu helfen.

Wir Freien Demokraten werden dem Einzelplan 23 unsere Zustimmung geben.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Wurbs: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Hauchler.

Dr. Hauchler (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat im Mai dieses Jahres stolz verkündet, die Bundesregierung, wolle ihre Entwicklungshilfe überbridschnittlich steigern, obwohl sie im Gesamthaushalt zu schmerzhaften Sparmaßnahmen gezwungen sei. Und siehe da — Herr Brück hat darauf hingewiesen: — Die Bariansätze des Einzelplans 23 steigen tatsächlich überproportional. Hat er also Wort gehalten, der Minister?

(Dr. Hüsch [CDU/CSU]: Hat er!)

Nein, meine Damen und Herren.

(Dr. Hüsch [CDU/CSU]: Doch, hat er!)

Er führt uns ein Täuschungsmanöver vor.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Denn der Maßstab zur Beurteilung des entwicklungspolitischen Engagements — das wissen Sie ganz genau — ist ja nicht das, was 1984 von den Mitteln, die sozialliberale Regierung zugesehen hat, abfiel. Maßstab ist vielmehr das, was diese neue Regierung 1984 an neuen Zusagen an Entwicklungsländer gibt. Und da wird, wie in kaum einem anderen Ressort, gekürzt, was die Sohle hält.

(Dr. Bötsch [CDU/CSU]: Das nehmen Sie sofort zurück! — Dr. Hüsch [CDU/CSU]: Das ist doch eine Politik der Wechselreiterei!)

— Das kann ich nicht zurücknehmen, weil es die Wahrheit ist.

Die Bundesregierung will mit der Steigerung des Baransatzes die Tatsache verstecken, daß sie die

Entwicklungshilfe mit dem Haushalt 1984 tatsächlich massiv eingeschränkt. Was scheinbar als Wohltätigkeitsdienst wahrgenommen wird, entpuppt sich bei näherem Zusehen als Propagandatrick. Was als Kontinuität verkauft wird, bedeutet in Wahrheit den Bruch mit der bisherigen Entwicklungspolitik. Herr Schröder, es ist einfach nicht wahr, wenn Sie sagen, daß die Entwicklungspolitik der Bundesregierung auf der gemeinsamen Entschließung aller Parteien dieses Hauses beruht; das ist nicht zu halten.

(Zurufe von der CDU/CSU: Sie haben es widersprüchlich hingenommen! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, wir werden beweisen und in der Öffentlichkeit klarmachen, daß die Entwicklungspolitik der neuen Regierung eine Abkehr von globaler Verantwortung und eine Hinwendung zu einer realpolitisch verbrämter, skrupelloser Politik des Eigeninteresses ist.

(Beifall bei der SPD — Lebhafte Widerspruch bei der CDU/CSU)

Wir werden zeigen, daß das Bundesministerium für wirtschaftsamtliche Zusammenarbeit unter diesem Bundeskanzler zur Marketing-Agentur deutscher Wirtschaftsinteressen degeneriert.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN — Repnik [CDU/CSU]: Das glauben Sie ja selbst nicht! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Die Koalitionsfraktionen steigen mit diesem Haushalt aus dem Konsens aus, der zwischen allen Parteien dieses Hauses in der Entwicklungspolitik bestanden hat.

(Dr. Bötsch [CDU/CSU]: Mäßigen Sie sich! — Zuruf von der CDU/CSU: Das ist eine Jungfernrede!)

Als Sie am 5. März mit uns gemeinsame entwicklungspolitische Grundsätze geschlossen, waren Sie noch mit uns einig, daß die ärmsten Länder, die Deckung der Grundbedürfnisse und die Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit Vorrang genießen. Damals haben Sie noch die Bedeutung multilateraler Hilfe der UNO und erhöhen den Anteil der bilateralen Hilfe. Geschieht das allein aus Effizienzgründen?

(Dr. Hüsch [CDU/CSU]: Dafür Benin, Guayana, Mosambik!

Schwenninger [GRÜNE]: Vor falschen Freunden kann man nur warnken!)

Herr Bundesminister. Sie sagten kürzlich: "Wir werden Freunde wie Freunde behandeln." Sind Marcos und die türkischen Generäle Ihre Freunde? Marcs?

(Dr. Hüsch [CDU/CSU]: Das ist es! — Schwenninger [GRÜNE]: Wes Brot ich eh, des politisch Lied ich sing!)

Fünftens. Sie kürzen dort, wo Entwicklungsländer einen eigenen Entwicklungsweg gehen müssen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Richtig!)

Damals noch wollten Sie sich im Internationalen Währungsfonds dafür einsetzen, daß bei der Kreditvergabe entwicklungspolitische Ziele nicht außer Acht gelassen werden.

(Dr. Hüsch [CDU/CSU]: Richtig, auch heute noch!)

In Tansania betreiben Sie den ganz großen Kahlschlag; Sie streichen 70 % der bisherigen Zusagen. (Schwenninger [GRÜNE]: Sauersei!)

Das war vor einemhalb Jahren.

Und was tun Sie jetzt? Ich will Ihnen sagen, was Sie jetzt tun:

Erstens. Sie fahren die Entwicklungshilfe insgesamt drastisch herunter.

Zweitens. Sie kürzen am meisten bei den ärmsten Ländern.

(Dr. Hüsch [CDU/CSU]: Stimmt auch nicht!)

Deren Anteil an den Mitteln für finanzielle Zusammenarbeit sinkt von 31,1 % im letzten Jahr auf, sage und schreibe, 18,5 % bei den Verpflichtungsermächtigungen.

(Kuhlein [SPD]: Hört! Hört! Den Ärmsten wegnehmen, das ist die Politik der CDU/CSU)

Dafür steigt der Anteil der bessergestellten Entwicklungsländer: Ägypten, Indien, Indonesien, Israel. Dies schlägt jeder Menschlichkeit ins Gesicht.

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

Drittens. Sie scheinen sich nicht mehr darum, wo die Menschenrechte mit Füßen getreten werden.

(Dr. Hüsch [CDU/CSU]: Unglaublich!)

Oder wie können Sie es recht fertigen, daß der Staat der Todeschwadronen, El Salvador, 1984 ganz neu in den Kreis der Empfängerländer aufgenommen wird, daß bei Diktatur und Folterregimen wie den Philippinen und der Türkei nicht gekürzt wird? Wie erklären Sie sich das?

(Dr. Hüsch [CDU/CSU]: Dafür Benin, Guayana, Mosambik)

Herr Bundesminister. Sie sagten kürzlich: "Wir werden Freunde wie Freunde behandeln." Sind Marcos und die türkischen Generäle Ihre Freunde? Marcs?

(Dr. Hüsch [CDU/CSU]: Das ist es! — Schwenninger [GRÜNE]: Wes Brot ich eh, des politisch Lied ich sing!)

In Tansania betreiben Sie den ganz großen Kahlschlag; Sie streichen 70 % der bisherigen Zusagen. (Schwenninger [GRÜNE]: Sauersei!)

**Dr. Hauchler**

Ist Ihnen eigentlich alles verdächtig, was nicht am Wesen der westlichen Kapitalkultur genesen will?

(Beifall bei der SPD) — Frau Gottwald

[GRÜNE]: Natürlich, claro!

Hat das nicht mit Ideologie zu tun? Hat das nicht damit zu tun, daß Sie den gemeinsamen Weg verlassen und ideologischen Ballast aufbauen?

(Jäger [Wangen]) [CDU/CSU]: Gewiß nicht!

Und dafür gibt's reichlich dort, wo multinationale Konzerne ein geeignetes Feld für Profit und Rohstoffausbeutung finden, etwa in Zaire.

(Dr. Bötsch [Lüneburg]) [CDU/CSU]: Ein Gruselkabinett ist das!

Sind Sie, Herr Kollege Wanke, bei Zaire so spendabel, weil Ihr bayerischer Sponsor den Herrn Mobutu so sehr sympathisch findet, den afrikanischen Staatspräsidenten, der die dicksten Schweizer Konten unterhält?

(Schröder [Lüneburg]) [CDU/CSU]: Woher wissen Sie denn das?

Sechstens. Sie haben entgegen Ihrer früheren Erklärung keine Hemmungen, sich in das Boot des Internationalen Währungsfonds zu setzen. Sie machen also die Politik mit, bei der sich eine von den internationalen Großbanken gesteuerte Behörde zur Supermacht der Dritten Welt aufwirft.

(Beifall bei der SPD)

Und ohne Rücksicht auf soziale Belange oder politische Destabilisierungen über Wohl und Wehe der Entwicklungsländer entscheidet. Wenn Sie die bilateralen deutsche Hilfe zuerst verstecken und dann kürzlich offen durch eine Weisung im Ministerium von der Gefügigkeit gegenüber dem IWF abhängig machen, geht dies nach dem Motto „Wer nicht paßt, den Bankrott riskiert“

(Dr. Bötsch [CDU/CSU]): Singen Sie doch gleich die Internationale! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Siebteins. Sie billigen, daß der IWF für das reiche Land Afrikas, die sogenannte Republik Südafrika binnen kurzer Zeit 3 Milliarden Kredit lokalisirt, während für Tansania eine halbe Milliarde nach vierjährigen Verhandlungen noch zu viel ist.

(Zuruf von der SPD: Ein monetärer Skandal!)

Steht das rassistische Südafrika der Bundesregierung so viel näher als Tansania.

(Schwenninger [GRÜNE]: Natürlich!) das in ganz Afrika am meisten für die Gesundheit, Ernährung und Bildung der Masse seiner Bevölkerung getan hat?

Achtens. Sie können nicht genug tun, um die aus Steuergeidern finanzierte staatliche Entwicklungs hilfe zum Zugsperrd für ausländische Privatinvestitionen zu machen und so den Akzent zu verlagern von langfristiger struktureller Wirtschaftsförde

rung in den Entwicklungsländern hin zu kurzfristigem Interesse der Kapitalländer an hohen Privat renditen und schnellen Rücktransfer von Kapital. Warum ziehen Sie eigentlich nicht die Konsequenzen daraus, daß ein Entwicklungsweg, der einseitig auf das Spiel der Marktkräfte setzt, in vielen Ländern gescheitert ist: in Brasilien, in Mexiko, in Venezuela, in Argentinien in Chile? Warum ziehen Sie die Konsequenzen nicht?

Schließlich: Sie binden die staatliche Entwicklungshilfe zunehmend daran, daß deutsche Unternehmen daran verdienen. Wenn wir als SPD auch grundsätzlich begrüßen, daß deutsche Firmen bei Lieferungen berücksichtigt werden — —

(Aha! bei der CDU/CSU)

— Das begrüßen wir selbstverständlich. Das haben wir immer getan. Aber das darf nicht zur Folge haben, daß führende Konzerne sich den Markt der Entwicklungsländer aufteilen und dann hohe Renten und Preise einstreichen. Das darf nicht dazu führen, daß wir Technologien exportieren, die in den Entwicklungsländern nicht gehandhabt werden können und zu zusätzlicher Arbeitslosigkeit führen?

(Zuruf von der FDP: Wollen Sie, daß die Verluste machen? Oder was wollen Sie?)

Und wie stark wirkt seit der Regierungübernahme der Rechtskonservativen die deutsche Industrie eigentlich selbst ein auf die Auswahl der Entwicklungssprojekte? Wie stark ist dieser Einfluß?

(Zurufe von der SPD und der CDU/CSU)

Und wie souverän ist eigentlich Herr Minister Wanke in dieser Frage noch? Kollege Warnke, sind Sie noch unabhängiger Entwicklungsminister? Oder sind Sie in erster Linie Handlungsbereiter im Auftrag der deutschen Industrie?

(Zurufe von den GRÜNEN — Anhaltende Zurufe von der CDU/CSU)

Ich will nicht verkennen, daß auch Mitglieder der Regierungskoalition nach wie vor an dem alten Konsens in der Entwicklungspolitik festhalten, daß auch viele von ihnen Bauchschmerzen haben, wenn sich das Entwicklungsministerium zur Außenhandelsstelle des Lamsdorf-Ministeriums mausert.

(Zuruf von der SPD: Da kann man nur warnken!)

Ich will auch zugeben, daß manches, was die sozialliberale Koalition an Vernünftigem auf den Weg gebracht hat, weiterhin in Ihren Reden propagiert wird: Grundbedürfnis zuerst, Akzent auf ländliche Entwicklung, Förderung von regenerierbaren Energien usw. Aber die Fakten, die von der neuen Regierung gesetzt werden, beweisen leider, daß alle diese Gesichtspunkte von zwei neuen beherrschenden Akzenten überlagert werden.

Erstens, die Entwicklungspolitik wird in den Händen der neuen Regierung zum Instrument einer neuen Handels- und Investitionsoffensive der westlichen Industriestaaten. Entwicklungshilfe wird zum Transport-, Lock- und Drohmittel für „Freiheit und Ordnung“, wie Sie sie, aber nicht wir

Strategen aus München als Spielweise überlassen werden dürfen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN) Steht das rassistische Südafrika der Bundesregierung jenem Geostrategen, der sich selbst ernannt hat und der Pinochet — passen Sie gut auf — Marcos, Botha und Mobuto seine engen Freunde nennt.

(Zuruf von der FDP: Fragen Sie mal die Betroffenen!)

Glauben Sie ja nicht, daß sich die SPD hier zu Ihrem Komplizen macht.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren von der CDU/CSU und FDP, wer souveränen Staaten seine ordnungspolitischen Vorstellungen aufdrängen und sie über Hilfe von sich abhängig machen will: handelt der nicht nach wie vor kolonialistisch?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wollen Sie wirklich, daß am Ende die ganze Welt unseren Tanz ums goldene Kalb mittanzt?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sagen Sie also nicht Freiheit, wenn Sie Profitchancen meinen. Sagen Sie nicht Dialog, wenn erreichbar wird. Und sprechen Sie nicht von Hilfe, wenn Abhängigkeit erreicht werden soll.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie treiben sonst Schindluder mit der Wahrheit.

(Schröder [Lüneburg]) [CDU/CSU]: Das ist ja schlimmer als die Gottwald! — Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Zweitens: Die Entwicklungshilfe wird in den Händen der neuen Regierung doch tatsächlich, Frau Seiler-Albring, auch zum Instrument verändert und verschärfter Ost-West-Beziehungen und Konfrontation. Der Nord-Süd-Dialog verdampft hier in antikommunistischer Besessenheit.

(Lachen bei der CDU/CSU und der FDP)

Was jüngst der Rüstungsfrage offenbar geworden ist, gilt nun auch in der Entwicklungspolitik: Vasallenkreis und die selbstbewußte Nutzung eigner internationaler Spielräume.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wie nahe diese Vermutung liegt, beweist die Tat sache, daß die neue Bundesregierung auch in der Entwicklungspolitik folgt: die Sicherung der Menschenrechte, die ihrer Stärke in ihren Vor- und Hinterhöfen entsetzt, die ihre Militärlösungen zu Lasten echter Entwicklungshilfe erhöht und die unverfrorene Ost-West-Konflikt globalisiert.

Warum spricht der Bundeskanzler nicht endlich ein klärendes Wort, daß die Reise der deutschen Entwicklungshilfe nicht in diese Richtung geht?

(Schwenninger [GRÜNE]: Weil er nicht durchblickt in dem Bereich! — Werner [CDU/CSU]: In welche Richtung wollen Sie denn fahren?)

Die Probleme der Entwicklungsländer, Herr Hüsch, sind zu bedeutsam, als daß sie dem geopolitischen

(Zuruf von den GRÜNEN: Versuche!) sozialen Reformen durchzusetzen. Man hat ihn hä

Präsident. An die Adresse des Außenministers sollte gesagt werden: Beweisen Sie, daß Sie noch Außenminister dieser Republik sind. Stehen Sie zu dem Kurs der Entwicklungspolitik, den Sie in der sozialistischen Koalition selbst mitgetragen haben, und verspielen Sie nicht aus Parteidogmatismus die eigensündige Rolle der Bundesrepublik in der Dritten Welt.

(Dr. Bötsch [CDU/CSU]: Ich komme zum Schluß, Herr Schule! — Frau Hinland [CDU/CSU]: Schluß jetzt!)

Vizepräsident Burwbs: Herr Abgeordneter, ich bitte, zum Schluß zu kommen.

Glauben Sie ja nicht, daß sich die SPD hier zu Ihrem Komplizen macht.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren von der CDU/CSU und FDP, wer souveränen Staaten seine ordnungspolitischen Vorstellungen aufdrängen und sie über Hilfe von sich abhängig machen will: handelt der nicht nach wie vor kolonialistisch?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wollen Sie wirklich, daß am Ende die ganze Welt unseren Tanz ums goldene Kalb mittanzt?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sagen Sie also nicht Freiheit, wenn Sie Profitchancen meinen. Sagen Sie nicht Dialog, wenn erreichbar wird. Und sprechen Sie nicht von Hilfe, wenn Abhängigkeit erreicht werden soll.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie treiben sonst Schindluder mit der Wahrheit.

(Schröder [Lüneburg]) [CDU/CSU]: Das ist ja schlimmer als die Gottwald! — Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Es geht eben nicht nur, wie Hans-Jochen Vogel in diesem Hause am 4. Mai dieses Jahres gesagt hat, „um die Überwindung dieser oder jener Ungerechtigkeit, um Almosenpolitik, es geht — sagt Jochen Vogel — „vor allem auch um die Reform solcher Strukturen, die immerfort neue Ungerechtigkeiten hervorrufen“.

Helfen Sie alle bitte mit, dann arbeiten wir mit Ihnen auch in der Entwicklungspolitik kooperativ zusammen wie bisher.

(Ich danke Ihnen. (Beifall bei der SPD und den GRÜNEN))

Vizepräsident Burwbs: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Pinger.

(Dr. Pinger [CDU/CSU]: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Meine Damen und Herren, Entwicklungspolitische Wirkungslosigkeit, nicht Ideologie ist der Maßstab der neuen Bundesregierung. Damit wendet sich die Regierung von der Ideologie in der Entwicklungspolitik ab, wie sie vorher betrieben worden ist.

(Zuruf von der SPD: Wann denn?)

wofür Nicaragua und El Salvador Beispiele sind. Die Hilfe für El Salvador wurde bekanntlich eingestellt, nachdem das Rechtsregime gestürzt worden war und nachdem ein christdemokratischer Präsident versucht,

(Zuruf von den GRÜNEN: Versuche!) sozialen Reformen durchzusetzen. Man hat ihn hä

genlassen, statt ihn zu unterstützen. Das nenne ich Ideologie in der Entwicklungspolitik!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir unterstützen die Bemühungen der Bundesregierung um eine rationale und damit wirkungsvolle Hilfevergabe. Es ist richtig, das Instrumentarium entsprechend anzupassen. Die neue Politik muß basieren: erstens auf eingehenden Länderanalysen;

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

zweitens auf nachprüfbaren länderspezifischen Vergabekriterien; sie muß drittens in einem Politikdialog mit den Regierungen und den Menschen in den Entwicklungsländern umgesetzt werden,

(Zuruf von den GRÜNEN: Wenn sie deren Interessen vertritt!)

und sie muß viertens durch eine bessere Koordinierung mit der Politik anderer Geberländer unterstützt werden.

(Dr. Diederich [Berlin] [SPD]: Können Sie Ihre Allgemeinplätze nicht woanders erzählen?)

Diese Instrumente sind geeignet, die breite Kluft zwischen entwicklungspolitischen Anspruch und Wirklichkeit, wie sie unter den SPD-Regierungen entstanden ist, zu überbrücken.

(Dr. Holtz [SPD]: Reine Polemik!)

Damit wird es dann gelingen, die wichtigsten politischen Ziele nicht nur zu proklamieren, sondern auch zu erreichen, nämlich: erstens mit den Projekten direkt die Hauptzielgruppe der Entwicklungspolitik, die Masse der armen Bevölkerung in der Dritten Welt, zu unterstützen und damit den krassen Gegensatz zwischen Arm und Reich, zwischen Stadt und Land abzubauen;

(Bindig [SPD]: Darum nehmen Sie den ärmsten Ländern das Geld!)

zweitens die Erfüllung der Grundbedürfnisse nicht durch Almosen und internationale Sozialhilfe, sondern durch produktive Maßnahmen zu erreichen, d.h. über Millionen bürgerlicher und gewerblicher Kleinbetriebe; drittens die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für diese Privatinitiative herzeführen sowie viertens die Selbstverantwortung und Partizipation dieser Zielgruppen zu erhöhen und durch Gewährleistung der Menschenrechte abzusichern;

Wir wissen, daß die Verfolgung dieser entwicklungspolitischen Ziele in der Praxis oft an den ganz anderen Interessen der Machteliten in den Entwicklungsländern scheitert. Das uneingeschränkte Antragsprinzip, nach dem ohne einen Antrag eben dieser Elite ein staatliches Projekt nicht initiiert werden kann, ermöglichte diesen Gruppen die einseitige Verfolgung ihrer Interessen, und unserer damaligen Regierung verschaffte es zugleich das Alibi dafür, daß sie ihre Entwicklungspolitischen Ziele nicht erreichte. Das uneingeschränkte Antragsprinzip ist eine Hinterlassenschaft sozialdemokratischer Entwicklungsmünister. Es muß durch das Antragsprinzip ersetzt oder jedenfalls ergänzt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —

Zurufe von den GRÜNEN)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —

Zurufe von den GRÜNEN)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —

Zurufe von den GRÜNEN)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —

Zurufe von den GRÜNEN)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —

Zurufe von den GRÜNEN)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —

Zurufe von den GRÜNEN)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —

Zurufe von den GRÜNEN)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —

(Dr. Holtz [SPD]: Sehr interessant! — Weiterer Zuruf der SPD: Angebote der großen Konzerne!)

Eine weitere Hinterlassenschaft war die feste Länderkarte. Die Milliardenbeträge für ein einzelnes Land wurden und dann auf Projekte verteilt, die die Elite gerade für richtig hielt. Wir haben jetzt mit dem Angebotsprinzip und Länderquoten, die nach entwicklungspolitischen Vergabekriterien ermittelt werden, den völlig neuen Einstieg in die Verwirklichung der entwicklungspolitischen Ziele. Mit mehr Geld wird es eine bessere Politik geben. Entscheidend ist: Die Richtung stimmt. Wir werden die Anträge der SPD und der GRÜNEN ablehnen

(Schilf [GRÜNE]: Eine Überraschung! — Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

und mit der Bundesregierung zielstrebig und mit neuen Instrumenten an die großen entwicklungspolitischen Aufgaben herangehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(Dr. Diederich [Berlin] [SPD]: Können Sie Ihre Allgemeinplätze nicht woanders erzählen?)

Vizepräsident Frau Renger: Das Wort hat der Herr Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Dr. Wanka, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und meine Herren! Mit einer Steigerungsrate des Entwicklungshaushaltes von 2,5 % gegenüber diesem Jahr beträgt der Deutsche Bundestag auch in schwierigen Zeiten als selbst in Not waren, wurde uns 1947 durch den Marshall-Plan geholfen. Das haben wir nicht vergessen. Heute, da wir uns in der Spitzengruppe des Weltwohlstandes befinden,

(Frau Gottwald [GRÜNE]: ... lehnen wir die Hilfe für die Dritte Welt ab!)

erfüllen wir mit der Hilfe für die Dritte Welt eine humanitäre Pflicht ebenso wie das Gebot politischer und wirtschaftlicher Weitsicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dafür danke ich dem Parlament und seinen Ausschüssen.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Nur der einen Hälfte!)

Im Zeichen einer akuten Verschuldungskrise und einer weltweiten wirtschaftlichen Rezession hatte die Bundesregierung zunächst dafür zu sorgen, daß die Rahmenbedingungen für die Aufnahmefähigkeit deutscher Entwicklungshilfe verbessert wurden. Ich nenne die Aufstockung unserer Quote beim Internationalen Währungsfonds um 67 %. Das sind etwa 6,2 Milliarden DM, die wir eingezahlt haben, meine Damen und Herren von der SPD und von den GRÜNEN.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Fehlinvestition nennt man das!)

Ich bin dem Finanzminister dankbar, daß er bei einem solchen Instrument mitgezogen hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —

Zurufe von den GRÜNEN)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —

Zurufe von den GRÜNEN)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —

Zurufe von den GRÜNEN)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —

Zurufe von den GRÜNEN)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —

Zurufe von den GRÜNEN)

(Dr. Holtz [SPD]: Angebote der großen Konzerne!)

Eine weitere Hinterlassenschaft war die feste Länderkarte. Die Milliardenbeträge für ein einzelnes Land wurden und dann auf Projekte verteilt, die die Elite gerade für richtig hielt. Wir haben jetzt mit dem Angebotsprinzip und Länderquoten, die nach entwicklungs-polischen Vergabekriterien ermittelt werden, den völlig neuen Einstieg in die Verwirklichung der entwicklungs-polischen Ziele. Mit mehr Geld wird es eine bessere Politik geben. Entscheidend ist: Die Richtung stimmt. Wir werden die Anträge der SPD und der GRÜNEN ablehnen

(Schilf [GRÜNE]: Eine Überraschung! — Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

und mit der Bundesregierung zielstrebig und mit neuen Instrumenten an die großen entwicklungs-polischen Aufgaben herangehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(Dr. Diederich [Berlin] [SPD]: Können Sie Ihre Allgemeinplätze nicht woanders erzählen?)

Vizepräsident Frau Renger: Das Wort hat der Herr Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Dr. Wanka, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und meine Herren! Mit einer Steigerungsrate des Entwicklungshaushaltes von 2,5 % gegenüber diesem Jahr beträgt der Deutsche Bundestag auch in schwierigen Zeiten als selbst in Not waren, wurde uns 1947 durch den Marshall-Plan geholfen. Das haben wir nicht vergessen. Heute, da wir uns in der Spitzengruppe des Weltwohlstandes befinden,

(Frau Gottwald [GRÜNE]: ... lehnen wir die Hilfe für die Dritte Welt ab!)

erfüllen wir mit der Hilfe für die Dritte Welt eine humanitäre Pflicht ebenso wie das Gebot politischer und wirtschaftlicher Weitsicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dafür danke ich dem Parlament und seinen Ausschüssen.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Nur der einen Hälfte!)

Im Zeichen einer akuten Verschuldungskrise und einer weltweiten wirtschaftlichen Rezession hatte die Bundesregierung zunächst dafür zu sorgen, daß die Rahmenbedingungen für die Aufnahmefähigkeit deutscher Entwicklungshilfe verbessert wurden. Ich nenne die Aufstockung unserer Quote beim Internationalen Währungsfonds um 67 %. Das sind etwa 6,2 Milliarden DM, die wir eingezahlt haben, meine Damen und Herren von der SPD und von den GRÜNEN.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Fehlinvestition nennt man das!)

Ich bin dem Finanzminister dankbar, daß er bei einem solchen Instrument mitgezogen hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —

Zurufe von den GRÜNEN)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —

Zurufe von den GRÜNEN)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —

Zurufe von den GRÜNEN)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —

Zurufe von den GRÜNEN)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —

Zurufe von den GRÜNEN)

(Dr. Holtz [SPD]: Angebote der großen Konzerne!)

Eine weitere Hinterlassenschaft war die feste Länderkarte. Die Milliardenbeträge für ein einzelnes Land wurden und dann auf Projekte verteilt, die die Elite gerade für richtig hielt. Wir haben jetzt mit dem Angebotsprinzip und Länderquoten, die nach entwicklungs-polischen Vergabekriterien ermittelt werden, den völlig neuen Einstieg in die Verwirklichung der entwicklungs-polischen Ziele. Mit mehr Geld wird es eine bessere Politik geben. Entscheidend ist: Die Richtung stimmt. Wir werden die Anträge der SPD und der GRÜNEN ablehnen

(Schilf [GRÜNE]: Eine Überraschung! — Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

und mit der Bundesregierung zielstrebig und mit neuen Instrumenten an die großen entwicklungs-polischen Aufgaben herangehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(Dr. Diederich [Berlin] [SPD]: Können Sie Ihre Allgemeinplätze nicht woanders erzählen?)

Vizepräsident Frau Renger: Das Wort hat der Herr Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Dr. Wanka, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und meine Herren! Mit einer Steigerungsrate des Entwicklungshaushaltes von 2,5 % gegenüber diesem Jahr beträgt der Deutsche Bundestag auch in schwierigen Zeiten als selbst in Not waren, wurde uns 1947 durch den Marshall-Plan geholfen. Das haben wir nicht vergessen. Heute, da wir uns in der Spitzengruppe des Weltwohlstandes befinden,

(Frau Gottwald [GRÜNE]: ... lehnen wir die Hilfe für die Dritte Welt ab!)

erfüllen wir mit der Hilfe für die Dritte Welt eine humanitäre Pflicht ebenso wie das Gebot politischer und wirtschaftlicher Weitsicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dafür danke ich dem Parlament und seinen Ausschüssen.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Nur der einen Hälfte!)

Im Zeichen einer akuten Verschuldungskrise und einer weltweiten wirtschaftlichen Rezession hatte die Bundesregierung zunächst dafür zu sorgen, daß die Rahmenbedingungen für die Aufnahmefähigkeit deutscher Entwicklungshilfe verbessert wurden. Ich nenne die Aufstockung unserer Quote beim Internationalen Währungsfonds um 67 %. Das sind etwa 6,2 Milliarden DM, die wir eingezahlt haben, meine Damen und Herren von der SPD und von den GRÜNEN.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Fehlinvestition nennt man das!)

Ich bin dem Finanzminister dankbar, daß er bei einem solchen Instrument mitgezogen hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —

Zurufe von den GRÜNEN)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —

Zurufe von den GRÜNEN)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —

Zurufe von den GRÜNEN)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —

Zurufe von den GRÜNEN)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —

Zurufe von den GRÜNEN)

(Dr. Holtz [SPD]: Angebote der großen Konzerne!)

Eine weitere Hinterlassenschaft war die feste Länderkarte. Die Milliardenbeträge für ein einzelnes Land wurden und dann auf Projekte verteilt, die die Elite gerade für richtig hielt. Wir haben jetzt mit dem Angebotsprinzip und Länderquoten, die nach entwicklungs-polischen Vergabekriterien ermittelt werden, den völlig neuen Einstieg in die Verwirklichung der entwicklungs-polischen Ziele. Mit mehr Geld wird es eine bessere Politik geben. Entscheidend ist: Die Richtung stimmt. Wir werden die Anträge der SPD und der GRÜNEN ablehnen

(Schilf [GRÜNE]: Eine Überraschung! — Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

und mit der Bundesregierung zielstrebig und mit neuen Instrumenten an die großen entwicklungs-polischen Aufgaben herangehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(Dr. Diederich [Berlin] [SPD]: Können Sie Ihre Allgemeinplätze nicht woanders erzählen?)

Vizepräsident Frau Renger: Das Wort hat der Herr Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Dr. Wanka, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und meine Herren! Mit einer Steigerungsrate des Entwicklungshaushaltes von 2,5 % gegenüber diesem Jahr beträgt der Deutsche Bundestag auch in schwierigen Zeiten als selbst in Not waren, wurde uns 1947 durch den Marshall-Plan geholfen. Das haben wir nicht vergessen. Heute, da wir uns in der Spitzengruppe des Weltwohlstandes befinden,

(Frau Gottwald [GRÜNE]: ... lehnen wir die Hilfe für die Dritte Welt ab!)

erfüllen wir mit der Hilfe für die Dritte Welt eine humanitäre Pflicht ebenso wie das Gebot politischer und wirtschaftlicher Weitsicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dafür danke ich dem Parlament und seinen Ausschüssen.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Nur der einen Hälfte!)

Im Zeichen einer akuten Verschuldungskrise und einer weltweiten wirtschaftlichen Rezession hatte die Bundesregierung zunächst dafür zu sorgen, daß die Rahmenbedingungen für die Aufnahmefähigkeit deutscher Entwicklungshilfe verbessert wurden. Ich nenne die Aufstockung unserer Quote beim Internationalen Währungsfonds um 67 %. Das sind etwa 6,2 Milliarden DM, die wir eingezahlt haben, meine Damen und Herren von der SPD und von den GRÜNEN.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Fehlinvestition nennt man das!)

Ich bin dem Finanzminister dankbar, daß er bei einem solchen Instrument mitgezogen hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —

Zurufe von den GRÜNEN)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —

Zurufe von den GRÜNEN)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —

Zurufe von den GRÜNEN)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —

Zurufe von den GRÜNEN)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —

Zurufe von den GRÜNEN)

(Dr. Holtz [SPD]: Angebote der großen Konzerne!)

Eine weitere Hinterlassenschaft war die feste Länderkarte. Die Milliardenbeträge für ein einzelnes Land wurden und dann auf Projekte verteilt, die die Elite gerade für richtig hielt. Wir haben jetzt mit dem Angebotsprinzip und Länderquoten, die nach entwicklungs-polischen Vergabekriterien ermittelt werden, den völlig neuen Einstieg in die Verwirklichung der entwicklungs-polischen Ziele. Mit mehr Geld wird es eine bessere Politik geben. Entscheidend ist: Die Richtung stimmt. Wir werden die Anträge der SPD und der GRÜNEN ablehnen

(Schilf [GRÜNE]: Eine Überraschung! — Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

und mit der Bundesregierung zielstrebig und mit neuen Instrumenten an die großen entwicklungs-polischen Aufgaben herangehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(Dr. Diederich [Berlin] [SPD]: Können Sie Ihre Allgemeinplätze nicht woanders erzählen?)

Vizepräsident Frau Renger: Das Wort hat der Herr Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Dr. Wanka, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und meine Herren! Mit einer Steigerungsrate des Entwicklungshaushaltes von 2,5 % gegenüber diesem Jahr beträgt der Deutsche Bundestag auch in schwierigen Zeiten als selbst in Not waren, wurde uns 1947 durch den Marshall-Plan geholfen. Das haben wir nicht vergessen. Heute, da wir uns in der Spitzengruppe des Weltwohlstandes befinden,

(Frau Gottwald [GRÜNE]: ... lehnen wir die Hilfe für die Dritte Welt ab!)

erfüllen wir mit der Hilfe für die Dritte Welt eine humanitäre Pflicht ebenso wie das Gebot politischer und wirtschaftlicher Weitsicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dafür danke ich dem Parlament und seinen Ausschüssen.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Nur der einen Hälfte!)

Im Zeichen einer akuten Verschuldungskrise und einer weltweiten wirtschaftlichen Rezession hatte die Bundesregierung zunächst dafür zu sorgen, daß die Rahmenbedingungen für die Aufnahmefähigkeit deutscher Entwicklungshilfe verbessert wurden. Ich nenne die Aufstockung unserer Quote beim Internationalen Währungsfonds um 67 %. Das sind etwa 6,2 Milliarden DM, die wir eingezahlt haben, meine Damen und Herren von der SPD und von den GRÜNEN.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Fehlinvestition nennt man das!)

Ich bin dem Finanzminister dankbar, daß er bei einem solchen Instrument mitgezogen hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —

Zurufe von den GRÜNEN)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —

Zurufe von den GRÜNEN)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —

Zurufe von den GRÜNEN)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —

Zurufe von den GRÜNEN)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP —

Zurufe von den GRÜNEN)

(Dr. Holtz [SPD]: Angebote der großen Konzerne!)

Eine weitere Hinterlassenschaft war die feste Länderkarte. Die Milliardenbeträge für ein einzelnes Land wurden und dann auf Projekte verteilt, die die Elite gerade für richtig hielt. Wir haben jetzt mit dem Angebotsprinzip und Länderquoten, die nach entwicklungs-polischen Vergabekriterien ermittelt werden, den völlig neuen Einstieg in die Verwirklichung der entwicklungs-polischen Ziele. Mit mehr Geld wird es eine bessere Politik geben. Entscheidend ist: Die Richtung stimmt. Wir werden die Anträge der SPD und der GRÜNEN ablehnen

(Schilf [GRÜNE]: Eine Überraschung! — Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

und mit der Bundesregierung zielstrebig und mit neuen Instrumenten an die großen entwicklungs-polischen Aufgaben herangehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(Dr. Diederich [Berlin] [SPD]: Können Sie Ihre Allgemeinplätze nicht woanders erzählen?)

Vizepräsident Frau Renger: Das Wort hat der Herr Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Dr. Wanka, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und meine Herren! Mit einer Steigerungsrate des Entwicklungshaushaltes von 2,5 % gegenüber diesem Jahr beträgt der Deutsche Bundestag auch in schwierigen Zeiten als selbst in Not waren, wurde uns 1947 durch den Marshall-Plan geholfen. Das haben wir nicht vergessen. Heute, da wir uns in der Spitzengruppe des Weltwohlstandes befinden,

(Frau Gottwald [GRÜNE]: ... lehnen wir die Hilfe für die Dritte Welt ab!)

erfüllen wir mit der Hilfe für die Dritte Welt eine humanitäre Pflicht ebenso wie das Gebot politischer und wirtschaftlicher Weitsicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dafür danke ich dem Parlament und seinen Ausschüssen.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Nur der einen Hälfte!)

Im Zeichen einer akuten Verschuldungskrise und einer weltweiten wirtschaftlichen Rezession hatte die Bundesregierung zunächst dafür zu sorgen, daß die Rahmenbedingungen für die Aufnahm

(Brück [SPD]: Auch der war schon miserabel!)

Wir steigern 1984, und für den gesamten Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung werden die Entwicklungshilfesaüste erhöht.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Inklusive Rüstungsgeschäfte, ja!)

Aber, meine Damen und Herren von der SPD, mit einer Hinterlassenschaft müssen auch wir fertig werden — —

(Zuruf von der SPD: Jetzt kommt das Märchen von der Erbhast)

— Jetzt hören Sie mal, gut zu, insbesondere Sie, Herr Kollege Hauchler; denn das wird für Sie, wie ich meine, neu sein: Sie haben den Entwicklungsländern in den 70er Jahren auf der Grundlage einer jährlichen Steigerungsrate des Entwicklungshilfshaushalts von 12,5 % Zusagen gemacht und dann eine Finanzpolitik betrieben, die ins Finanzchaos geführt und die Einhaltung dieser Zusagen unmöglich gemacht hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Dr. Hornhues [CDU/CSU]: Das ist die Wahrheit!)

Die Regierung Kohl wird auch — —

(Fortgesetzte Zurufe von der SPD)

— Daß Sie das nicht gerne hören, ist mir schon klar. Die Wahrheit tut immer weh, wenn so daneben gewirtschaftet hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden die private Initiative voll mit in die Pflicht nehmen, da sie derjenige Bereich war, aus dem die Entwicklungsländer in den vergangenen 20 Jahren den größeren Anteil des von ihnen dringend benötigten Kapitals erhalten haben. Wir werden deshalb die deutsche Wirtschaft ermutigen, dieses heute noch dringender benötigte Kapital auch in den 80er Jahren der Dritten Welt zur Verfügung zu stellen. Die Länder der Dritten Welt brauchen dieses Kapital, und sie bitten uns darum.

(Zuruf des Abg. Schwenninger [GRÜNE])

Wir verbessern schließlich die Wirksamkeit unserer Entwicklungshilfe — hier möchte ich dem Kollegen Pinger danken —, weil wir dafür sorgen, daß die Lehren aus der Vergangenheit gezogen werden, indem wir in der Tat bei einem Politikdialog mit den Entwicklungsländern gemeinsam die Fehler durchgehen, die in reichem Maße gemacht worden sind; und zwar auf der Seite der Industrieländer wie auch auf der Seite der Länder der Dritten Welt. Wir treten in diesen Austausch ein als echte Partner, ohne Überheblichkeit, ohne Selbstgefälligkeit, aber ganz bestimmt auch ohne schlechtes Gewissen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Nur einige Worte zur Lage in Zentralamerika. Wir wissen, El Salvador ist auch der Ort schrecklicher Menschenrechtsverletzungen.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Ahal)

Wir werden unsere Einflussmöglichkeiten im Rahmen der Zusammenarbeit und nach der Entscheidung des Botschafters dazu nutzen, mit denjenigen

(Zuruf von der SPD: Erpressung!)

Entwicklungshilfe kann ein Anreiz für friedensoriented Verhalten sein.

(Schwenninger [GRÜNE]: Welche meinen Sie?)

die sich heute mit großem Mut für ihr Land einsetzen. Ich denke an jene christlich-demokratischen Bürgermeister, von denen über 50 ihr Leben bei Anschlägen der Terroristen — und die kamen von links und von rechts — lassen mußten, aber deren Kollegen nicht aufgegeben haben, die heute den Kampf weiterführen. Sie erwarten von uns mehr, als noch durch Beschimpfungen herabgesetzt zu werden. Sie erwarten unsere Unterstützung, und sie werden sie bekommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Schwenninger [GRÜNE]: Reden Sie auch von den katholischen Priestern?)

Wir sind nicht auf dem linken Auge blind, Frau Gottwald. Wir sehen, daß Menschenrechtsverletzungen

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Dr. Hornhues [CDU/CSU]: Das ist die Wahrheit!)

— hören Sie doch einmal zu — auch in Nicaragua stattfinden. Ich denke an die Misquitos, und ich denke an jene Volksgerichtshöfe außerhalb der normalen Justiz, wo Antisanidinsten zu Gefängnisstrafen zwischen drei und dreißig Jahren verurteilt werden können. Ob Nicaragua eine linke oder eine rechte Regierung hat, ist seine eigene Sache. Aber es gibt eine Trennungslinie, die deutsche Entwicklungspolitik unter der Regierung Kohl einhalten wird. Wer andere Länder destabilisiert

(Dr. Holtz [SPD]: Wie die USA in Lateinamerika)

und wer damit nicht nur den internationalen Frieden, sondern auch die Entwicklungsmöglichkeiten einer ganzen Region gefährdet, kann nicht unser bevorzugter Entwicklungspartner sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Bindig [SPD]: Was Sie hier machen, ist ja Antiamerikanismus! — Dr. Hauchler [SPD]: Gilt das auch für Südafrika?)

— Südafrika, lieber Herr Kollege Hauchler, erhält keine Entwicklungshilfe von uns. Aber ich gebe Ihnen gernere auch diese Nachhilfelektion.

(Schwenninger [GRÜNE]: 1,2 Millionen DM aus IWF-Geldern)

Dennoch ist unsere Entwicklungshilfe für Nicaragua nicht gestrichen worden.

(Schwenninger [GRÜNE]: Natürlich!)

Sie verfällt nicht. Vor ihrer Herausgabe werden aber die Voraussetzungen geprüft. Nicaragua hat es selbst in der Hand, diese Voraussetzungen zu verbessern.

(Dr. Holtz [SPD]: Nehmen Sie positive Veränderungen zur Kenntnis? — Weitereer Zufruf der Abg. Frau Gottwald [GRÜNE])

Deutsche Entwicklungspolitik hat ein gutes Klima im eigenen Lande. Deutsche Entwicklungspolitik hat — da sollten Sie die Reisen, die Sie für den Deutschen Bundestag unternehmen, allerdings mit offenen Augen durchführen —

(Zuruf von den GRÜNEN: Das sollten Sie erst einmal tun!)

einen guten Namen in der ganzen Welt.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Nein, das ist nicht wahr!)

Beides ist keine Selbstverständlichkeit. Jenes gute Klima für die Entwicklungshilfe in der Bundesrepublik Deutschland, um das uns andere Länder beneiden, sollten wir pflegen.

Frau Kollegin Seiler-Albring, dazu gehört in der Tat, daß der Bevölkerung klar gesagt werden kann: Wo immer möglich, wird deutsche Entwicklungspolitik einen Beitrag leisten. — In der Tat, daß der Bevölkerung klar gesagt werden kann: Wo immer möglich, wird deutsche Entwicklungspolitik um das uns andere Länder beneiden, sollten wir pflegen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Bindig [SPD]: Je später der Abend, je platter die Rede! — Weitereer Zuruf des Abg. Reents [GRÜNE])

Daß es dabei in der Tat angebracht ist, daß die deutschen Unternehmen auch das investieren, was sie brauchen, um durch Zukunftsinvestitionen die Entwicklungshilfe von morgen zu gewährleisten, wird jeder bejahen, der nicht in verbündetem Dirigismus und Linksradikalismus an diese Sachen herangeht.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Benennen Sie doch Ihr Ministerium um!)

Meine Damen und Herren, daß unsere Hilfe und in der Tat auch der Name unseres Landes in der Welt einen guten Klang haben, verdanken wir auch denjenigen Frauen und Männern, die draußen vor Ort, sei es im staatlichen oder sei es im kirchlichen Entwicklungsbereich, als Experten in deutschen Durchführungsorganisationen oder in ausländischen Regierungsstellen oft unter entbehrungsreichen Bedingungen praktische Entwicklungsarbeiten leisten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Bindig [SPD]: Was Sie hier machen, ist ja Antiamerikanismus! — Dr. Hauchler [SPD]: Gilt das auch für Südafrika?)

— Südafrika, lieber Herr Kollege Hauchler, erhält keine Entwicklungshilfe von uns. Aber ich gebe Ihnen gernere auch diese Nachhilfelektion.

(Schwenninger [GRÜNE]: 1,2 Millionen DM aus IWF-Geldern)

Dennoch ist unsere Entwicklungshilfe für Nicaragua nicht gestrichen worden.

(Schwenninger [GRÜNE]: Natürlich!)

Sie verfällt nicht. Vor ihrer Herausgabe werden aber die Voraussetzungen geprüft. Nicaragua hat es selbst in der Hand, diese Voraussetzungen zu verbessern.

(Zurufe von der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Frau Renger: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 23.

Ich rufe zuerst den Änderungsantrag der Abgeordneten Frau Gottwald und der Fraktion DIE GRÜNEN auf Drucksache 10/742 auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen willnscht, den bitte ich um ein Handzeichen. —

(Zurufe von der CDU/CSU)

Gegenprobe! — Enthaltung? — Der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe jetzt den Änderungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 10/748 auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen willnscht, den bitte ich um ein Handzeichen. —

(Erneute Zurufe von der CDU/CSU)

Gegenprobe! — Enthaltung? — Der Antrag ist abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 23 in der Ausschußfassung zustimmen willnscht, den bitte ich um ein Handzeichen. — Gegenprobe! — Enthaltung? — In der zweiten Lesung ist der Einzelplan 23 angenommen.



**f.d.p.** f.d.p.-Fraktion im Deutschen Bundestag  
true demokratische Konservativen  
Verantwortlich: Stefan Seith · 530 Bonn 1 · Bundeshaus · Ruf: (0228) 16-2178/2188 · Fax: 0815808  
Bonn 9. Dezember 1983  
Nr. 910

**folk**  
Vizepräsident Frau Renger: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 10/742 auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen willnscht, den bitte ich um ein Handzeichen. —

(Zurufe von der F.D.P.)

Gegenprobe! — Enthaltung? — Der Antrag ist abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 23 in der Ausschußfassung zustimmen willnscht, den bitte ich um ein Handzeichen. — Gegenprobe! — Enthaltung? — In der zweiten Lesung ist der Einzelplan 23 angenommen.

(Zurufe von der F.D.P.)

Gegenprobe! — Enthaltung? — Der Antrag ist abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 23 in der Ausschußfassung zustimmen willnscht, den bitte ich um ein Handzeichen. — Gegenprobe! — Enthaltung? — In der zweiten Lesung ist der Einzelplan 23 angenommen.

(Zurufe von der F.D.P.)

Gegenprobe! — Enthaltung? — Der Antrag ist abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 23 in der Ausschußfassung zustimmen willnscht, den bitte ich um ein Handzeichen. — Gegenprobe! — Enthaltung? — In der zweiten Lesung ist der Einzelplan 23 angenommen.

(Zurufe von der F.D.P.)

Gegenprobe! — Enthaltung? — Der Antrag ist abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 23 in der Ausschußfassung zustimmen willnscht, den bitte ich um ein Handzeichen. — Gegenprobe! — Enthaltung? — In der zweiten Lesung ist der Einzelplan 23 angenommen.

(Zurufe von der F.D.P.)

Gegenprobe! — Enthaltung? — Der Antrag ist abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 23 in der Ausschußfassung zustimmen willnscht, den bitte ich um ein Handzeichen. — Gegenprobe! — Enthaltung? — In der zweiten Lesung ist der Einzelplan 23 angenommen.

# Kehrtwende in der Bonner Entwicklungspolitik

Neuer Bericht befürwortet Verzicht  
auf Kritik an USA und Schweigen  
zum Süden Afrikas

Von unserem Korrespondenten Rolf-Dietrich Schwartz

BONN, 28. November. In der bundesdeutschen Entwicklungspolitik zeichnet sich eine Kehrtwende in der bisher von allen im Bundestag vertretenen Parteien gemeinsam getragenen Politik gegenüber den Staaten der Dritten Welt ab. Der von den neuen Experten um CSU-Entwicklungsminister Jürgen Warnke überarbeitete Entwurf des noch von der SPD/FDP-Regierung begonnenen 5. Entwicklungspolitischen Berichtes der Bundesregierung weicht in allen wesentlichen Bereichen gegenüber der bisher von Bonn vertretenen Linie ab.

Einem ministeriumsinternen Begleitschreiben an Minister Warnke zufolge unterscheidet sich der neue Entwurf von dem bisherigen insbesondere durch:

- „eine Relativierung der Bedeutung des im Nord-Süd-Gefälle als solchem liegenden Konfliktpotentials und einer stärkeren Betonung der Ost-West-Dimension von Konflikten in der Dritten Welt,
- einen Verzicht auf kritische Anmerkungen zur Dritte-Welt-Politik der USA,
- eine weitgehende Vermeidung von Aussagen zu den Problemen im südlichen Afrika (Konflikträndern und Befreiungsbewegungen),
- eine modifizierte Bewertung des Berichts der Unabhängigen (Brandt-)Kommission für internationale Entwicklungspolitik,
- eine zurückhaltendere Bewertung der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit und des Nord-Süd-Dialogs sowie
- eine Streichung des Hinweises auf die geringe Entwicklungspolitische Signifikanz des Entwicklungsländersteuergesetzes“.

Die Kehrtwendung in der Entwicklungspolitischen Strategie der neuen konservativ-liberalen Bundesregierung war bereits Anfang November in einer Rede Warnkes vor der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung zu erkennen. Im Entwicklungministerium befürchtet man, daß bei den gestörten Beziehungen zwischen CSU und FDP der CDU-Vorsitzende Franz Josef Strauß dieses von einem CSU-Politiker geführte Haus nutzen will, um seine eigenen außenpolitischen Vorstellungen zu verwirklichen.

## Ende der Kreidezeit

Nun soll sich Bonn wieder an die Rucksäcke von „Uncle Sam“ hängen und zu allem „amen“ sagen, was dem „Weißen Haus“ an Strafübungen gegen die „Kommunisten“ in den ärmsten Ländern einfällt. Jeder, der nicht Bonns Freund sein will, soll zum Gegner werden. Für Blockfreiheit und Unabhängigkeit bliebe dann nicht viel übrig. Auch nicht für die bisher im Bundestag gemeinsam vertretene Entwicklungspolitik.

Rds (Bonn)

# Neue Akzente bei der Entwicklungshilfe

Warnke zur WELT: Ideologische Scheuklappen ablegen

MANFRED SCHELL, Bonn

Die „Ent-Ideologisierung“ der Entwicklungshilfepolitik hat der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke (CSU), als einen wichtigen Akzent seiner politischen Konzeption bezeichnet. Hierin liege auch ein deutlicher Unterschied zur Politik der früheren Bundesregierung, sagte Warnke in einem WELT-Gespräch. Am auffälligsten werde das Bemühen, ohne „ideologische Scheuklappen“ vorzugehen, am Verhalten gegenüber Ländern wie El Salvador und Nicaragua oder Zimbabwe.

In früheren Jahren, so sagte Warnke, sei in der Bonner Entwicklungshilfepolitik außerdem „viel Krampf“ gemacht worden. So habe es als „unfein“ gegolten, „wirtschaftliche Gesichtspunkte einzufließen zu lassen“. Er vertrete die Auffassung, daß die Entwicklungshilfe in erster Linie der Entwicklung des Partnerlandes dienen sollte, aber auch bei uns „beschäftigungswirksam“ sein müsse. Diese Bundesregierung habe in ihrer Entwicklungshilfe auch „keine Beirührungsängste“ mit der Privatwirtschaft. Im Gegenteil. Er ermutige zu privatem Engagement, das unter anderem durch zinsgünstige Darlehen im Rahmen eines Förderungsprogramms für Niederlassungen unterstützt werde, sagte Warnke. Es mache auch keinen Sinn, die Entwicklungshilfe aus „schlechtem Gewissen“ heraus zu betreiben, wie dies in früheren Jahren der Fall gewesen sei. Bonn könne seine Leistungen auf diesem Sektor vorzeigen, und es sei sich durchaus der Verantwortung bewußt. „Aber wir sind nicht für alle Mängel verantwortlich, die es auf dieser Welt gibt“, betonte der Minister.

## „Keine Besitzstände“

Aus den Zusagen früherer Bundesregierungen müßten in den kommenden Jahren insgesamt 27 Milliarden Mark zur Durchführung von Vorhaben der Entwicklungshilfe eingesetzt werden. An eigentlicher „Manövriermasse“ verblieben immerhin noch 6,4 Milliarden Mark. Angesichts der knappen Haushaltsführung könne es aus der Sicht der Empfängerländer „keine Besitzstände“ oder bedeutende Wachstumsraten geben. Ein Schwerpunkt der Entwicklungshilfe

aber werde im kommenden Jahr Zentralamerika sein.

Das Tableau der Entwicklungshilfe betreffe im kommenden Jahr 124 Länder. El Salvador erhalte Entwicklungshilfe in Höhe von 25 Millionen Mark. Ein Zeichen sei bereits durch den Beschuß der Bundesregierung gesetzt worden, wiederum einen Botschafter in dieses Land zu entsenden. Davon unberührt bleibe die Forderung auf dem Tisch, daß in El Salvador die Menschenrechtsverletzungen aufhören müßten, gleich von welchen Gruppierungen sie ausgehen, sagte Warnke. Das Bemühen, zu einer „Ent-Ideologisierung“ zu kommen, werde auch am Beispiel Nicaragua deutlich. Hier habe sich Bonn entschlossen, den Botschafter nicht abzu ziehen, obwohl es auch dort „schlimme Vorgänge“ gebe. Laufende Entwicklungshilfeprojekte in Nicaragua würden fortgesetzt, aber vorerst keine neuen begonnen, was praktisch einer „Sperre“ gleichkomme, sagte Warnke. Er habe sich für dieses Vorgehen entschieden, weil er auf die Bemühungen der Contadora-Gruppe setze, die um ein „Mindestmaß an Pluralismus“ in Nicaragua bemüht sei.

## Die Rolle der „DDR“

Warnke vertrat die Auffassung, Bonn solle in der Entwicklungshilfepolitik „nicht strafend“ oder mit der Meinung auftreten, „am deutschen Wesen soll die Welt genesen“. Ein solches Verhalten hätte keinen Erfolg. Nicaragua aber habe am Beispiel von Grenada gesehen, daß „man nicht ungestraft seine Souveränität mißbrauchen kann“. In diesem Zusammenhang rechtfertigte Warnke die amerikanische Intervention auf Grenada. Sie sei notwendig gewesen, um ein Vordringen des Kommunismus in dieser Region, vor der Haustür der USA, zu verhindern. Auf Differenzen in der Koalition angesprochen, die es in der Bewertung der Grenada-Frage gegeben habe, antwortete Warnke: „Ich habe den Eindruck, daß jetzt bei den drei Koalitionsparteien eine Homogenität in der Bewertung besteht.“ Nach dem Engagement der „DDR“ in der Entwicklungshilfe befragt, antwortete Minister Warnke: „Wir treffen sie als Waffenlieferant als Geheimdienstexperten und als Exporteur von Ideologie.“

Links: Frankfurter Rundschau, 29.11.1983

Rechts: Die Welt, 16.12.1983

## **Entschließungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN**

**zur Großen Anfrage der Abgeordneten Wischnewski, Hertwich, Bindig, Dr. Holtz, Voigt (Frankfurt) und der Fraktion der SPD**  
— Drucksachen 10/279, 10/922 —

Lage in Mittelamerika

Die Ursachen der Krise in Zentralamerika und der Karibik und die konflikte Austragung der Probleme seitens der Betroffenen liegen in der ökonomischen und sozialen Notlage der Bevölkerung in der Region. Die sozialen Folgekosten der wirtschaftlichen Unterentwicklung werden in den meisten Staaten der Region den sozial Schwachen aufgebürdet. Staatliche Repression, Beschneidung politischer Rechte, Mißachtung der Menschenrechte sind die Mittel zahlreicher Regierungen in der Region zur Aufrechterhaltung der ungerechten Gesellschafts- und Herrschaftsstruktur.

Eine Lösung der Probleme kann nur über die strukturelle Veränderung der internen Produktionsverhältnisse und der primär auf Export von Agrarprodukten basierenden gesamtgesellschaftlichen Reproduktion erfolgen sowie über sukzessive Umwandlung der spezifischen Integration der Staaten in den internationalen Handel. Krisenlösungsstrategien müssen sich an den spezifischen Voraussetzungen der Länder orientieren, nicht an den Erwartungen westlicher Industriestaaten. Die Übertragung westlicher Wirtschafts- und Politikmodelle sowie eine Forcierung der Integrationsprozesse der nationalen Ökonomen in die internationale Arbeitsteilung werden als gänzlich ungeeignet angesehen, da sie zur Verschärfung des Nord-Süd-Gefälles beitragen.

Der Wille zur Aufrechterhaltung des Status quo in der Region ist Ursache des starken außen- und angeblich sicherheitspolitischen Engagements der Vereinigten Staaten. Das imperiale Streben der USA auf uneingeschränkte Hegemonie und die angebliche Gefahr einer kommunistischen „Eroberung“ des Zentralamerika, nischen Isthmus und der Karibik lassen Mittelamerika und die Karibik zum Austragungsort des Ost-West-Gegensatzes seitens

der USA werden. Die sozialen Ursachen der politischen Krise in der Region treten in der internationalen Öffentlichkeit dadurch zunehmend in den Hintergrund. Die ökonomische, politische und militärische Unterstützung von repressiven Regimen in der Region seitens der Vereinigten Staaten blockiert die soziale Entwicklung, verhindert die Herausbildung demokratischer Strukturen und forciert die Militarisierung von Konfliktlösungen bis hin zur Gefahr eines offenen Krieges.

Die Herausbildung von sozial gerechten Wirtschaftsstrukturen, politisch demokratischen Herrschaftsformen kann nur durch die eigenen sozialen und politischen Anstrengungen der betroffenen Bevölkerungsgruppen erfolgen. Das Selbstbestimmungsrecht aller Völker verbietet die äußere politische oder militärische Intervention in der Region, schließt jedoch die materielle und politische Hilfeleistung an die für menschliche Verhältnisse kämpfenden Revölkerungsgruppen ein.

Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung:  
Der Bundestag wolle beschließen:

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Anerkennung der nationalen Souveränität, die Förderung der Blockfreiheit der Staaten in der Region und das Interesse an der Herstellung des internationalen Friedens verlangen von der Bundesregierung das Drängen auf sofortige Einstellung aller außenpolitischen und militärischen Interventionen der USA in der Karibik und in Zentralamerika. Vorrangiges Ziel bundesdeutscher Entwicklung- und Außenpolitik in der Region sollte nicht eine Koordinierung ihrer Politik mit den Vereinigten Staaten sein, sondern das Einwirken auf eine Umstrukturierung der US-amerikanischen Politik in der Region. Nur über diesen Weg kann die Bundesregierung einer bundesdeutschen Friedenspolitik, die auch ihren Namen verdient, gerecht werden und Bedingungen für eine sinnvolle Entwicklungschancen schaffen.

Im einzelnen sind folgende Schritte notwendig:

1. Verurteilung jeglicher militärischer Interventionen der USA in der Region, besonders: Überfall auf Grenada, Militärhilfe an Guatemala, Honduras und El Salvador; CIA-Aktivitäten gegen Nicaragua, Bau von Militärbasen in Honduras;
  2. Absage an eine Karibik- und Zentralamerika-Politik, die ihr Engagement aus dem Motiv angeblicher wohlverstandener Sicherheitsinteressen des Westens speist und damit die Region zum Interessengebiet der NATO erklärt;
  3. Aufreten gegen die USA, die Honduras zur militärischen Dreh-scheibe für Interventionen gegen Nicaragua und die Befreiungsbewegung in El Salvador ausbauen;
  4. Absage an die Empfehlungen der Kissinger-Kommission (11. Januar 1984), deren Grundlage die massive Aufstockung

der Militärhilfe an El Salvador, Guatemala und Honduras darstellt und die Integration von Wirtschaftshilfe in die Militärstrategie der USA und damit die Ausgrenzung Nicaraguas impliziert;

5. eindeutige Unterstützung regionaler Friedensbemühungen wie der Contadora-Initiative und Auftreten gegen die USA, die diese Initiative als politisch-diplomatisches Schutzschild für ihre Militärpolitik missbrauchen;
6. keine Ausrüstungshilfe an Honduras.

Bundesdeutsche Entwicklungspolitik muß sich an den Bedürfnissen und Interessen der armen Bevölkerungsgruppen orientieren. Zu diesem Zweck muß auf das Prinzip der Durchsetzung eigener wirtschafts- und außenpolitischer Interessen verzichtet werden, da diese dem erklärten Ziel oft diametral gegenüberstehen. Gleichzeitig sollte die entwicklungspolitische Zusammenarbeit eine menschenrechtsorientierte Politik der jeweiligen Staaten fördern. Beide Grundsätze verbieten die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Regimen in der Region, deren Politik sich durch systematische Menschenrechtsverletzung auszeichnet und die Negation von der Besserung der sozialen Situation und politischer Freiheiten ist. Sie verlangen demgegenüber eine stärkere Zusammenarbeit mit Regierungen, die positive Rahmenbedingungen für eine Entwicklungspolitik bieten, die sich an den politischen Interessen und sozialen Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert.

Im einzelnen sind folgende Schritte notwendig:

1. Keine Koordination und Anbindung der bundesdeutschen Wirtschafts- und Entwicklungshilfe an die Caribbean Base Initiative (CBI) der Vereinten Staaten, da diese primär Instrument der Außen- und Wirtschaftspolitik der USA ist;
2. keine Koordination und Anbindung der bundesdeutschen Wirtschafts- und Entwicklungshilfe an eine zentralamerikanische Entwicklungsorganisation unter Vorsitz der USA, wie sie die Kissinger-Kommision in ihren Empfehlungen vorschlägt;
3. keine Forcierung der europäischen Zusammenarbeit mit Zentralamerika und der Karibik (Genscher auf der Botschafterkonferenz in San Jose, Costa Rica, Oktober 1983) mit dem Ziel (wie im Fall der des EG-Abkommens mit den ASEAN-Staaten), einen regionalen Wirtschaftsverband aus Staaten mit einer explizit antikommunistischen Ausrichtung zu etablieren und diesen wirtschaftlich enger an die europäischen Staaten anzubinden;
4. Einsetzen der Bundesregierung in internationalen Finanzorganisationen für die Aufhebung von Kreditsperren gegen Nicaragua;

5. Erhöhung der Entwicklungshilfe an Nicaragua zur Unterstützung der Bemühungen um den wirtschaftlichen und demokratischen Wiederaufbau des Landes;

6. keine Aufstellung politischer Bedingungen bei der Vergabe von Entwicklungshilfe an Nicaragua, die das Ziel verdeckter Unterstützung der politischen Opposition haben;
7. Vorbereitung und Aufnahme von Regierungsverhandlungen über die seit 1981 im Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit vorgesehenen Mittel im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit für Nicaragua;
8. keine Auszahlung der für 1984 in den Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit gestellten 20 Mio. DM finanzieller Hilfe für El Salvador;
9. keine Freigabe der 1980 eingefrorenen Mittel der finanziellen Zusammenarbeit für El Salvador;
10. Überprüfung der Projekte im Rahmen der technischen Zusammenarbeit mit Guatemala im Hinblick auf ihren Nutzen für die ansässige indianische Bevölkerung;
11. Überprüfung der Entwicklungshilfe an Honduras und Costa Rica im Hinblick auf ihren Nutzen für die armen Bevölkerungsgruppen, deren soziale und politische Emanzipation;
12. verstärkte Forderung der sozialen und politischen Basisarbeit von Nicht-Regierungsorganisationen in Ländern wie El Salvador und Guatemala, wo die Praktiken der Regierungen die Umsetzung von Entwicklungshilfe im Sinne der Bedürfnisse der armen Bevölkerung völlig aussichtslos machen.

Bonn, den 26. Januar 1984

**Beck-Oberdorf, Schily, Kelly und Fraktion**

<p>(A) Vizepräsident Frau Renger Dr. Holtz, Voigt (Frankfurt) und der Fraktion der SPD</p>	<p>regierung auf die Tagesordnung des Hauses hätten setzen lassen, wäre sie mit Sicherheit bis heute nicht beantwortet.</p> <p>(Dr. Vogel [SPD]: Sehr wahr!)</p> <p>b) Beratung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und FDP <b>Entwicklungsprogramm Karibik und Zentralamerika</b></p> <p>— Drucksache 10/279, 10/922 —</p> <p>Überweisungsvorschlag des Ältestenrates:</p> <p>Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit (federführender Auswärtiger Ausschuß)</p> <p>Zum Punkt 15a der Tagesordnung liegt Ihnen ein Entschließungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Drucksache 10/927 vor.</p> <p>Nach einer Vereinbarung im Ältestenrat sind die gemeinsame Beratung der Tagesordnungspunkte 15a und Entschließungsantrag und eine Zeit von vier Stunden vorgesehen. — Das Haus ist damit einverstanden. Es ist so beschlossen.</p> <p>Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete Wischniewski.</p>	<p><b>Wischnewski</b> Lassen Sie mich zu den einzelnen Antworten einzeln besser gewesen. Sie hätten diesen Bezug nicht erwähnt.</p> <p>(C) (A) Lassen Sie mich zu den einzelnen Antworten einzeln besser gewesen. Meine Kollegen und meine Freunde haben mir gesprochen, werden das durch weitere Punkte ergänzen.</p> <p>Zu 1: Hier gibt es eine völlig einseitige Darstellung der Situation in Nicaragua. Der Tageszeitung entnehme ich, daß insbesondere am Mittwoch mit der Tischvorlage in der Kabinettssitzung noch entscheidende Veränderungen, Verschlechterungen in dieser Hinsicht erfolgt sind. Da wird nur Negatives aufgeführt. Da wird keine einzige Wort darüber gesagt, daß das Land von Somozisten — leider auch mit Unterstützung der Vereinigten Staaten — aus dem Norden, aus Honduras angegriffen wird. Kein einziges Wort über den begonnenen Prozeß der demokratischen Öffnung in diesem Land!</p> <p>(Dr. Kunz [Weiden] [CDU/CSU]: Wovon sprechen Sie eigentlich?)</p> <p>Diese einseitige Darstellung entspricht nicht den Tatsachen.</p> <p>Was wir unter Ziffer 3 lesen, ist blanke Hohn. Dort heißt es wörtlich: "Wie anderswo lehnt sie", nämlich die Bundesregierung, "auch hier Wirtschaftsanaktionen grundsätzlich ab". Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich einen Staat eine Zusage gegeben habe, mit der er fest rechnen kann, und diese Zusage dann aus politischen Gründen, um Pressionen auszuüben, nicht einhalte, was ist denn das anderes als eine Sanktion? Das heißt, Ihre Antwort in dieser Frage entspricht überhaupt nicht den Tatsachen.</p> <p>(Hört! Hört! bei der SPD)</p> <p>Nach diesen sechs Monaten hat es dann offensichtlich harte Auseinandersetzungen um eine Vielzahl von Formulierungen gegeben.</p> <p>Es bleibt dann noch das Problem des Nahen Ostens. Die Fragen in bezug auf den Nahen Osten werden wir an den Herrn Bundeskanzler dann stellen, wenn er aus Israel zurück ist, um festzustellen, welche Differenzen es in diesem Bereich gibt.</p> <p>(B) Die Bundesaußenminister, ich muß Sie folgendes fragen: Welches andere europäische Land verhält sich in dieser Frage genauso wie die Bundesrepublik Deutschland? Ich kann Ihnen nach genauer Überprüfung jetzt die Antwort geben: Kein einziges anderes Land innerhalb der Europäischen Gemeinschaft nimmt in dieser Frage die gleiche Haltung wie die Bundesrepublik ein. Andere, bei denen Sie auf Zusammensetzung besonderen Wert legen, haben eine andere Haltung. Zum Beispiel hat sich Frankreich erst vor ganz kurzer Zeit darum bemüht,</p> <p>(Dr. Kunz [Weiden] [CDU/CSU]: Waffen zu verkaufen!)</p> <p>Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, zu Zentralamerika. Am 16. Juni des vergangenen Jahres hat der Auswärtige Ausschuß des Deutschen Bundestages eine ausführliche Aussprache zu Zentralamerika gehabt. Es hat da erfreulicherweise viel Übereinstimmung geben können — nicht in allen Punkten, aber wie gesagt, viel Übereinstimmung. Aber danach hat die Bundesregierung ihre Politik gegenüber Zentralamerika entscheidend geändert; die Antworten auf die Große Anfrage zeigen das ganz klar und eindeutig. Die Nicaragua gemacht Zusagen betreffend unserer Entwicklungshilfe werden nicht realisiert. El Salvador wurden vorher wegen des Krieges und auch wegen der ständigen Morde durch die Todesschwadronen keine Zusagen gegeben; dies ist geändert worden. Trotz des Krieges und trotz der täglichen Morde hat die Bundesregierung hier nun Zusagen gemacht. Diese Politik, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat mit Kontinuität nicht das geringste zu tun. Das, was wir erleben, ist die Umkehr der bisherigen Politik. Deshalb ist es notwendig, daß über diese Fragen im Deutschen Bundestag geredet wird.</p>	<p>sen. Es wäre besser gewesen, Sie hätten diesen Bezug nicht erwähnt.</p> <p>(Klein [München] [CDU/CSU]: Die Wahrheit schmerzt! — Dr. Kunz [Weiden] [CDU/CSU]: Ist das der Drogenhändler?)</p> <p>— Ich komme auf die Frage noch zurück, keine Sorge, meine sehr verehrten Kollegen.</p> <p>In Zentralamerika hat es in der letzten Zeit eine Reihe von entscheidenden Bewegungen gegeben. Ich denke insbesondere an das, was die <b>Contadora-Gruppe</b> erreicht hat. Die Contadora-Gruppe hat unter schwierigen Umständen nach vielen Verhandlungen ein Ergebnis erzielt, und dieses Ergebnis wird nicht nur von den vier Contadora-Staaten getragen, also nicht nur von Mexiko, von Kolumbien, von Venezuela und von Panama, sondern auch von den fünf betroffenen Staaten in Zentralamerika selbst, von Guatemala, Honduras, El Salvador, Costa Rica und Salvadora-Staaten. Alle fünf Außenminister, wenn Sie so wollen, Nicaragua haben ihre Unterschrift daruntergesetzt. Dieses ist ein ganz großer Schritt nach vorn.</p> <p>Lassen Sie mich bitte wegen der Bedeutung die wichtigsten Prinzipien hier im Hause nennen. Man hat vereinbart: die nationale Wiederversöhnung auf der Grundlage von Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie, eine Reduzierung der ausländischen Einrichtungen, eine Wahrung der Menschenrechte, Militärberater, und zwar auf allen Seiten, eine Beendigung der Unterstützung von irregulären Kräften, die gegen andere Staaten arbeiten. Man hat vereinbart: die nationale Wiederversöhnung auf der Grundlage von Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie, die Wahrung der Menschenrechte, die Vorbereitung von Wahlen mit Parteien, wie es wöltig heißt, die alle Kreise berücksichtigen, ein Hilfsprogramm für die Flüchtlinge in Zentralamerika, gemeinsame Investitionsprogramme über die Grenzen hinaus und die Schaffung gerechterer soziökonomischer Strukturen.</p> <p>Am Montag der nächsten Woche werden die Arbeitsgruppen der fünf Staaten zusammenkommen, um mit der schwierigen praktischen Realisierung der Prinzipien von Contadora zu beginnen. Wir halten das für einen ganz entscheidenden Schritt nach vorn.</p> <p>(Beifall bei Abgeordneten der SPD)</p> <p>Ich glaube, wir alle können diese Ziele unterstützen. Jetzt kommt es darauf an, festzustellen, welchen Beitrag die Bundesregierung leisten wird, um mitzuheften, Contadora umsetzen zu können. Denn unbestreitbar ist selbstverständlich: Ohne Hilfe von außen wird das nicht funktionieren.</p> <p>(Bindig [SPD]: Sehr gut!)</p> <p>Die Stuttgarter Erklärung des Europäischen Rates hat Contadora unterstützt. Wir haben das damals ausdrücklich begrüßt. Geschehen ist bisher nichts. Wir haben auch nicht den Eindruck, daß in der Europäischen Politischen Zusammenarbeit in diesem Zusammenhang etwas geschehen ist.</p> <p>(Klein [München] [CDU/CSU]: Was hätte geschehen können?)</p> <p>Dieses sei die Bundesrepublik Deutschland gewesen. Das, was der Bundesminister Greifler ihm gesagt habe, sei für ihn aufs tiefste beleidigend gewesen.</p>
--	---	--	---

Wischniewski

(A) Contadora ist das Wort für Frieden in Zentralamerika. In Zentralamerika ist der Frieden aufs tiefste gefährdet. Wir erwarten deshalb, daß die Bundesregierung den sicher noch sehr schwierigen Weg politisch und ökonomisch unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Hier gibt es jetzt die Chance, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht nur über den Frieden in Zentralamerika zu reden, sondern aktiv etwas für den Frieden in Zentralamerika zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Was tut die Bundesregierung in dieser Stunde? (Bindig [SPD]: Nichst! — Wolfgang [Recklinghausen] [SPD]: Turnix-Regierung!)

— Das ginge ja beinahe noch. Aber sie tut genau das Gegenteil. Sie sperrt Nicaragua von der Hilfe aus.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Sauber!)

Deshalb ist die Politik der Bundesregierung gegenüber Zentralamerika mit den Prinzipien von Contadora nicht in Einklang zu bringen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Denn selbstverständlich sehen diese Prinzipien vor, daß der gesamte Region gegenüber eine gemeinsame Haltung eingenommen wird und nicht so verfahren wird, wie es jetzt geschieht, daß die Bundesregierung Nicaragua gegenüber eine besonders negative Haltung einnimmt.

(Toetemeyer [SPD]: Sehr schön!)

Die Politik der Bundesregierung in diesem Punkt ist eher eine Behinderung bei der Durchsetzung der Prinzipien von Contadora.

Lassen Sie mich, da Sie auch in dieser Frage Ihre Politik geändert haben, ein Wort zu El Salvador sagen. In El Salvador ist immer noch Krieg. Der von uns gewünschte Dialog ist von beiden Seiten — von beiden Seiten — nicht mit dem notwendigen Willen zu einem Ergebnis geführt worden.

(Toetemeyer [SPD]: Sehr gut!)

Die Regierung in El Salvador hatte von Anfang an schwache Leute ausgesucht, die den Dialog der Regierungssseite führen sollten. Mehrere Regierungsmitglieder haben daraus auch nicht den geringsten Hehl gemacht.

(Niegel [CDU/CSU]: Wollen Sie den Bischof von Santa Ana als schwachen Mann bezeichnen?)

— Ich habe mit ihm geredet. Ich gebe Ihnen zu: Unter den dreien ist er noch der stärkste; die beiden anderen sind ohne jeden politischen Einfluß im Lande.

(Bindig [SPD]: Unter den Blinden sind die Einäugigen Könige!)

Diejenigen, die in der Lage gewesen wären, einen wirklichen Dialog zustande zu bringen, waren daran nicht beteiligt. Im übrigen hätte ich es, wenn das für den Frieden von so entscheidender Bedeutung ist, für gut gehalten, wenn dann auch der Erz-

Wischniewski

(C) (A) Volkes garantiert wird. Es müssen unabhängige Wahlgemeinden geschaffen werden, die zuverlässige Wahllisten aufstellen und die Unparteilichkeit und Demokratie des Wahlprozesses garantieren. Die Bestimmungen, die die Existenz und die Beteiligung politischer Parteien garantieren, die die Meinungen der verschiedenen Kreise repräsentieren, müssen verfügt oder, sofern durchführbar, auf den neuesten Stand gebracht werden. Ein Terminkalender für Wahlen muß erstellt, und es müssen Maßnahmen getroffen werden, die die Beteiligung der politischen Parteien auf gleichberechtigter Grundlage gewährleisten.

Aber ich mache überhaupt gar keinen Hehl daraus, daß auch die andere Seite den Dialog überfordert hat. Ich muß leider sagen: Beide Seiten — wenn auch mit unterschiedlichem Gewicht — haben dazu beigetragen, daß es nicht zu einem Ergebnis gekommen ist.

(Bindig bei der SPD)

Am 25. März sollen nun in El Salvador Wahlen stattfinden. Ein Präsident und ein Vizepräsident sollen gewählt werden. Zum Prozeß der Kontrollierung gehören in jedem Land der Welt selbstverständlich Wahlen. Wir haben immer gesagt, daß für uns zum Demokratisierungssprozeß Wahlen gehören. Dazu stehen wir auch heute.

(Zuruf von der CDU/CSU: Und Nicaragua?)

— Darauf komme ich gleich noch. Aber es müssen wirklich freie Wahlen sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD — Niegel [CDU/CSU]: Sie waren doch frei am 28. März!)

Jeder Wahlberechtigte muß die Möglichkeit haben, sich wirklich frei zu entscheiden.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Ohne die Gewehre der Guerilla!)

In allen Regionen des Landes muß gewählt werden können. Jeder Wählabare muß ohne Angst um sein Leben kandidieren können. In diesem Land sind ja schon viele Kandidaten umgebracht worden, und zwar demokratische Kandidaten, verehrter Herr Kollege Marx.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Ich bezweifle das nicht, aber ich sage: ohne die Gewehre der Guerilla!)

Die gesamte Führung einer Partei ist in dem Lande umgebracht worden. Ich muß das in Erinnerung rufen. Jeder Wählabare muß die Chance haben, zu kandidieren.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Aber es war doch die Guerilla, die die Wahlen nicht wollte und die die Wähler bedroht hat!)

— Lassen Sie mich den Gedanken in Ruhe zu Ende führen.

Die Kissinger-Kommission — in Ihrem Bericht gibt es Dinge, die ich für positiv halte, und andere, die den militärischen Bereich betreffen, zu denen ich eine ganz kritische Haltung einnehme — hat zu den Wahlen in bezug auf El Salvador eine ganz eindeutige Aussage gemacht.

Aber viel entscheidender ist das Contadora-Papier. Deshalb möchte ich zitieren, was dort als Voraussetzung für Wahlen genannt worden ist:

Die Wahlgesetzgebung für die Durchführung von Wahlen muß in Kraft gesetzt oder geprüft werden, damit die wirksame Beteiligung des

Vereinigten Staaten der Regierung in El Salvador (C) in diesem Zusammenhang übergeben hat —,

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Wer steckt dahinter?)

in einer Zeit, in der die Vereinigten Staaten wegen der Tätigkeit dieser Todesschwadronen die Einstellung ihrer Hilfe androhen, ist es für uns unerträglich, daß die Bundesregierung gerade jetzt neue Hilfszusagen an El Salvador macht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir erwarten deshalb von der Bundesregierung heute — ich wiederhole: heute — eine klare Aussage, daß die Gewährung von Entwicklungshilfe an El Salvador solange nicht in Frage kommt, solange diese Todesschwadronen in El Salvador ihr menschenverachtendes Mordspiel treiben. Hierüber brauchen wir heute eine klare Aussage!

(Beifall bei der SPD)

Noch eines: Sie haben beschlossen, wieder einen Botschafter nach El Salvador zu schicken. Der Botschafter ist damals aus Sicherheitsgründen abberufen worden. Sie beurteilen die Sicherheitslage heute also wesentlich günstiger. Ich darf die Bundesregierung zu diesem Mut ausdrücklich beglückwünschen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zu einer Zeit, in der täglich gemordet wird, gehört dazu in der Tat erheblicher Mut. Die Verantwortung dafür liegt bei Ihnen, denn Sie haben entschieden. Aber, Herr Bundesaußenminister, ich habe eine kleine Bitte: Vergessen Sie bitte nicht den Beamen des mittleren Dienstes, der dort unter schwierigsten Umständen viele Jahre lang mutterseelenallein seine Pflicht und Schuldigkeit für unser Land getan hat.

(Beifall bei allen Fraktionen — Dr. Marx [CDU/CSU]: In einem Satz war ein Widerspruch! — Klein [München] [CDU/CSU]: Warum sind Sie um die Sicherheit des höheren Dienstes mehr besorgt als um die des mittleren Dienstes?)

— Wenn Sie wie ich die Chance gehabt hätten, zu erleben, wie dieser Mann unter sehr schwierigen Umständen seine Pflicht und Schuldigkeit getan hat, dann würden Sie es, nachdem jetzt eine wesentliche Veränderung eingetreten soll, für berechtigt halten, hierzu ein freundliches Wort zu sagen.

(Beifall bei der SPD — Dr. Marx [CDU/CSU]: So einäugig sind wir auch nicht! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Nun zu dem zweiten schwierigen Fragenkomplex, auf den Sie alle ja schon warteten, nämlich zu Nicaragua.

In diesem Land wurde eine grausame Diktatur, die Diktatur Somozas,

(Niegel [CDU/CSU]: Durch eine andere ersetzte)

Wischnewski

(A) durch eine Revolution der Sandinisten beendet. Niemand, der mit den Verhältnissen in der Dritten Welt vertraut ist, konnte erwarten, daß nach dieser grausamen Somoza-Diktatur von heute auf morgen eine blühende parlamentarische Demokratie entstehen würde.

(Sehr wahr!) bei der SPD — Zuruf des Abg. Klein [München] [CDU/CSU])  
Natürlich hat es auch Fehler und Fehlentwicklungen gegeben.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Und Verbrechen!) Ich wäre der letzte, der das bestreitet.

Heute erleben wir aber in Nicaragua einen Prozeß der Öffnung.  
(Niegel [CDU/CSU]: Öffnung nach links!) Lassen Sie mich einige praktische Beispiele nennen. Es ist eine Amnesty für die Misquitos erlassen worden. Es gibt die Voraussetzungen für eine Amnesty auch für diejenigen, die mit Waffen von außen innerhalb der Patriotischen Front haben mehr Unabhängigkeit gewollt und erreicht. Herr Bundesaußenminister, Ihre politischen Freunde in der Patriotischen Front haben in einer ganz bestimmten Frage neulich ein sehr deutliches Zeichen gesetzt. Es gibt Gesprächebereitschaft mit der unbewaffneten Opposition außerhalb des Landes. Wir haben uns bemüht, gerade in dieser Frage einen wichtigen Beitrag zu leisten.

(B) Es gibt ernstzunehmende Bemühungen um ein besseres Verhältnis zur Kirche. Es gibt neue Initiativen für eine gerechtere Aufteilung der ganz knappen Devisen, damit auch die privaten Unternehmen, die ja nach wie vor die überwältigende Mehrheit in diesem Lande sind, die Möglichkeit haben, für ihre Betriebe die dringend notwendigen Ersatzteile zu kaufen.

(Niegel [CDU/CSU]: Und „La Prensa“ bekommt kein Druckpapier!) Die Zensurvorschriften sind, insbesondere nach eindeutigen Diskussionen, die wir mit dem Innenminister gehabt haben, geändert worden.

(Zuruf von der CDU/CSU: Ist ja röhrend!) Die Papierzuraussetzungen — wenn Sie das Thema ansprechen — sind längst geregelt. Trotz der knappen Devisen ist dafür Sorge getragen, daß der Papiervorrat bei „La Prensa“ mindestens für drei Monate reicht. Wenn Sie noch ein paar solcher Zwischenrufe machen wollen, die mir die Möglichkeit geben, auf Einzelheiten einzugehen, wäre ich dafür sehr dankbar.

(Heiterkeit bei der SPD und den GRÜ-NEN)  
Das Entscheidende aber ist, daß das Wahlgesetz in diesen Tagen erarbeitet und verabschiedet wird. Der Wahltermin wird am 21. Februar 1984 bekanntgegeben werden. Die Leute, die das tun, wissen, daß das, was Contadora in Bezug auf die Wahlen verabschiedet hat, ein entscheidender Maßstab ist. Wir sind bei jeder sich bietenden Gelegenheit bei den

Wischnewski

politisch Verantwortlichen in Nicaragua für die Erfüllung der drei revolutionären Ziele eingetreten: für politischen Pluralismus, für gemischt Wirtschaft und für Blockfreiheit. Wir glauben, daß man das nur so erreichen kann, nämlich im ständigen, kritischen und eindeutigen Gespräch miteinander.

Jetzt erleben wir — das bestreitet niemand — eine positive Entwicklung in diesem Land. Wir möchten, daß diese positive Entwicklung fortgesetzt werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Ich mache gar kein Hehl daraus: Ich werde — viele andere Politiker der westlichen Welt hoffentlich auch — am 21. Februar in Managua sein, um an der Verkündung des Wahltermins teilnehmen zu können, damit die Möglichkeit gegeben ist, diesen Prozeß weiterzuentwickeln.

Die Bundesregierung aber ist aufgefordert, die zugesagten Mittel für Nicaragua endlich freizugeben.  
(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Ich zitiere mit der Genehmigung der Frau Präsidentin die „Freie Demokratische Korrespondenz“, der verehrten Kolleginnen und Kollegen der FDP vom 18. November:

Rumpf: Mittel für Nicaragua freigeben.

Die Bundesrepublik Deutschland muß die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Nicaragua in vollem Umfang fortsetzen, damit dieses Land einen freien, unabhängigen und demokratischen Weg gehen kann.  
(Beifall bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

Dieses erklärte der FDP-Bundestagsabgeordnete Professor Dr. Wolfgang Rumpf nach einer Reise mit dem Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit, an der Mitglieder aller Fraktionen teilgenommen haben. Rumpf forderte die Bundesregierung und insbesondere den zuständigen Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit auf, sich nicht dem Vorwurf einer Nadelstichpolitik gegen Nicaragua auszusetzen und im Haushaltssplan für die Jahre 1983 und 1984 vorgesehene Mittel endlich in vollem Umfang freizugeben.

(Voigt [Frankfurt] [SPD]: Sehr gut!)

Nach Gesprächen mit allen relevanten politischen Gruppierungen in Honduras, Nicaragua und El Salvador hat Rumpf den Eindruck gewonnen, daß sich der Demokratisierungsprozeß Nicaraguas voll in der Gärung befindet. Deshalb sei es wichtig, daß immer neue Hefte zugefügt werde, damit dieser Prozeß weitergehen kann.  
(Zuruf von der CDU/CSU: Revolutions-

Wischnewski

(C) (A) Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte die Auffassung des Kollegen Rumpf hier in vollem Umfang unterstützen.  
(Beifall bei der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Es wäre gut, wenn sich auch die anderen, die an der Reise beteiligt waren und die sich ja wohl zumindest intern ähnlich geäußert haben, daran beteiligen.  
Der Bundesregierung muß ich folgendes sagen.

Wenn wir in dieser Frage nicht sehr schnell eine klare Antwort erhalten, muß das Haus über diese Frage abstimmen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich habe keinen Zweifel, wo die Mehrheit des Hauses in dieser Frage gegeben ist. Wir müßten es in dieser Frage dann einmal darauf ankommen lassen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Im übrigen gilt folgendes: Wer gemachte Zusagen nicht einhält, bringt die Bundesrepublik Deutschland — insbesondere in der Dritten Welt — in Mißkredit. **Mehr inneren Pluralismus in Nicaragua,** den wir alle haben wollen, wird es nur geben, wenn es auch Pluralismus von außen gibt.

(Sehr gut! bei der SPD)

Dabei muß die Bundesrepublik eine wichtige Rolle spielen. Wer den äußeren Pluralismus verweigert, der lädt große Verantwortung auf sich.  
Wir haben diese Fragen vor sechs Monaten gestellt. In dieser Frage ist die Antwort der Bundesregierung für uns völlig unbefriedigend. Wir suchen keinen Streit, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es gibt genug Themen, über die wir miteinander streiten können. Was wir wollen, ist, daß den Menschen in Nicaragua geholfen wird

(Beifall bei der SPD)

— nach einer grausamen Diktatur und nach einem schwierigen revolutionären Prozeß.

(Dr. Pinger [CDU/CSU]: Wie ist es denn mit den Menschen in El Salvador? Wollen Sie denen nicht helfen?)

— Ich habe ein ganz klares Wort gesagt, daß ich helfen will, aber nicht, solange Todesschadronen — Sie und ich, Herr Professor Pinger, wissen, wer dahintersteht — täglich Menschen umbringen.  
(Frau Gottwald [GRÜNE]: Wer denn, Herr Wischniewski?)

Vizepräsident Frau Rengger: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Abg. Niegel [CDU/CSU]: Gilt das auch für Nicaragua?)  
— Lassen Sie mich bitte zum Ende kommen. Meine Redezeit ist ohnehin schon abgelaufen.

Ich möchte ein paar abschließende Bemerkungen mit Blick auf die Situation insgesamt machen. Was wollen wir gegenüber **Zentralamerika?** Wir wollen, daß alle Konflikte in dieser Region, sowohl die äußeren als auch die inneren, ausschließlich mit friedlichen Mitteln gelöst werden. Wir wollen, daß statt Waffenlieferungen — von welcher Seite auch immer — wirkliche Hilfe gewährt und ein Dialog geführt wird.

Wir verurteilen jede Einmischung von außen, ganz gleich, von welcher Seite sie erfolgt, und unabhängig davon, ob sie durch militärische Drohung,

sche Regierung ähnlich wie die Todesschadronen arbeitet und offiziell morden läßt?

(Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN — Bindig [SPD]: Der gehört in die Schule und nicht in den Bundestag!)

(Wischnewski [SPD]: Verehrter Herr Kollege, ich bestreite nicht, daß Sie schon einmal in der Region unterwegs gewesen sind. Aber offensichtlich sind Ihnen wichtige Erkenntnisse bei Ihrer Reise entgangen.)

(Beifall bei der SPD)

Das erste: Ich habe eine klare und eindeutige Aussage in bezug auf die Tätigkeit von Demokraten dort gemacht. Das werden Sie mir nicht bestreiten können. Zweitens. Ich bestreite auf das entschiedenste, daß dort unter den Umständen freie Wahlstatigkeiten haben. Drittens. Es ist offenkundig, daß die Regierung mit denjenigen nicht fertig wird, die täglich morden.

Daß der Vizepräsident der Vereinigten Staaten Bush der Regierung eine Liste mit den Namen von 28 Offizieren überreicht hat, von denen die Amerikaner den Eindruck haben, sie seien direkt oder indirekt an den Todesschadronen beteiligt, daß die USA verlangt haben, sie abzusetzen, und daß das Ergebnis darin bestand, daß zwei in den auswärtigen Dienst versetzten worden sind und alle anderen ihre Aufgabe weiterhin wahrgenommen haben, ist für mich eine völlig unbefriedigende Situation. Wo mit amtlicher Unterstützung gemordet wird, kann die deutsche Entwicklungshilfe keinen Platz haben.

(Beifall bei der SPD)

In bezug auf Nicaragua  
(Dr. Kunz [Weiden] [CDU/CSU]: Gilt das auch für Nicaragua?)

gibt es Menschenrechtsverletzungen in dieser Form überhaupt nicht. Dazu gibt es von der Menschenrechtskommission eindeutige Aussagen. Ich habe klar und eindeutig erklärt, daß mir die Entwicklung in allen Punkten überhaupt nicht gefallen hat, aber daß es jetzt eine Öffnung gibt und unsere Aufgabe darin besteht nun, diese Entwicklung weiter zu fördern.

(Abg. Niegel [CDU/CSU]: meldet sich zu einer weiteren Zwischenfrage)

— Lassen Sie mich bitte zum Ende kommen. Meine Redezeit ist ohnehin schon abgelaufen.

Ich möchte ein paar abschließende Bemerkungen mit Blick auf die Situation insgesamt machen. Was wollen wir gegenüber **Zentralamerika?** Wir wollen, daß alle Konflikte in dieser Region, sowohl die äußeren als auch die inneren, ausschließlich mit friedlichen Mitteln gelöst werden. Wir wollen, daß statt Waffenlieferungen — von welcher Seite auch immer — wirkliche Hilfe gewährt und ein Dialog geführt wird.

Wir verurteilen jede Einmischung von außen, ganz gleich, von welcher Seite sie erfolgt, und unabhängig davon, ob sie durch militärische Drohung,

**Wischniewski**

(A) durch versuchte Destabilisierung oder durch Wirtschaftssanktionen gescheitert. Wir wollen, daß der Prozeß wirklicher Demokratischer Wahlen gefördert wird. Wir werden unsere Kontakte in dieser Region nutzen, um mitzuheissen, dieses Ziel zu erreichen. Wir werden unsere Kontaktkreise nutzen, um die Zusammenarbeit von Koalitionskräften zu fördern.

Wir wollen, daß die notwendigen Reformen nach dem Willen der Mehrheit der Menschen in dieser Region durchgeführt werden. Wir wollen, daß die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Gemeinschaft einen wesentlichen Beitrag leisten, um die Not in der Region bekämpfen und den Menschen nach schrecklichen Jahren wieder ein wenig mehr Hoffnung geben zu können.

Wir haben Verständnis für die besondren Interessen der USA in dieser Region. Aber wir bitten die Vereinigten Staaten dringend, ihre derzeitige Politik gegenüber Zentralamerika zu überprüfen und sie in allen Punkten den Contadora-Prinzipien anzupassen. In allen Punkten!

(Beifall bei der SPD)

Und wir verlangen von der Sowjetunion und von Kuba, daß beide die Prinzipien von Contadora in allen Punkten einhalten und respektieren. Im Interesse der Menschen in Zentralamerika darf die Region nicht zum Bestandteil des Ost-West-Konfliktes werden.

Von der Bundesregierung erwarten wir, daß sie nicht nur Erklärungen zu Contadora abgibt, sondern die Fehler der letzten Monate beseitigt und damit die Prinzipien von Contadora unterstützt und nicht behindert.

Ich habe schon gesagt: Wir suchen in dieser Frage keinen Streit. Wir wollen, daß unser Land in dieser Region den Menschen hilft und einen gefährlichen Krisenpunkt in der Welt zu besiegen hilft.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

**Vizepräsident Frau Renger:** Meine Damen und Herren, ich habe vor der nächsten Worterteilung eine Bemerkung zu machen. Mir liegt ein Auszug aus dem stenographischen Bericht vor. Danach hat die Abgeordnete Frau Dr. Martiny-Glotz einen unserer Kollegen mit dem Wort „Hampelmann“ bezeichnet.

(Schwenninger [GRÜNE]: Das ist ja unglaublich! — Lachen)

— Was soll denn das nun heißen?

(Schwenninger [GRÜNE]: Wir sind entrüstet!)

— Das ist auch richtig, daß Sie entrüstet sind. Dafür erhält die Frau Kollegin einen Ordnungsruf. Wenn Sie sich in der gleichen Weise äußern wollen, kann ich das natürlich fortsetzen.

(Zurufe von den GRÜNEN: Nein! — Lachen)

**Klein (München)**

Meine Damen und Herren, wir fahren in der Debatte fort. Das Wort hat der Abgeordnete Klein (München).

**Klein (München) (CDU/CSU):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen! Der Kollege Wischniewski

(Zuruf von der SPD: War gut!)

hat mit dem ihm eigenen dramatischen Tremolo

(Dr. Kunz [Weiden] (CDU/CSU): Pathos!) die totale Umkehr in der Politik der Bundesregierung konstatiert. Herr Kollege Wischniewski, wir geben uns Mühe, in diesem Ihnen nicht unbekannten Prozeß der Standpunktannäherung von Koalitionspartnern möglichst leise zu sein. Das gelingt nicht immer; manchmal brüsst sich eine Seite. Das ist so. Sie haben heute ausgerechnet uns einen besonderen Gefallen getan. Dafür bedanke ich mich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Fraktion der SPD hat die Bundesregierung 14 Fragen zur Lage in Mittelamerika gestellt. Zwölf vergleichsweise sachliche Fragen, eine programmatische Frage und eine Frage, die eine Unterstellung enthält. Die Bundesregierung hat diese Fragen klar und korrekt beantwortet.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Schön wär's!)

Wenn wir uns an die Tonlage dieser Fragen und dieser Antworten halten, können wir eine Debatte führen.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: In der nichts gesag't wird)

sagt dem Thema angemessen ist.

(Bindig [SPD]: Klar wie das Delphische Orakel!)

Wir sprechen über Not und Bedrängnis eines großen Teils der mehr als 20 Millionen Menschen in den mittelamerikanischen Staaten El Salvador, Nicaragua, Guatemala, Honduras und Costa Rica.

Aber wir sprechen auch darüber, wie ihnen die Bundesrepublik Deutschland zusammen mit ihren Partnern in der Militärrherrschaft Parlamentswahlen stattgefunden, aus denen eine Zivilregierung hervorgegangen ist. Da wir aber wieder auf dem rechten noch auf dem linken Auge blind sind, stehe ich nicht an zu erklären, daß der Weg zu einer wirklichen Demokratie ohne Militäreinfluß und ohne schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen in Honduras noch weit ist.

Doch auch in Honduras haben nach langen Jahrzehnten der Militärrherrschaft Parlametswahlen stattgefunden, aus denen eine Zivilregierung hervorgegangen ist. Da wir aber wieder auf dem rechten noch auf dem linken Auge blind sind, stehe ich nicht an zu erklären, daß der Weg zu einer wirklichen Demokratie ohne Militäreinfluß und ohne schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen in Honduras noch weit ist.

Die Militarisierung Nicaraguas und der anhaltende Guerillakrieg in El Salvador machten Honduras einerseits zu einem antisandinistischen Base, andererseits zum Zufluchtsland für unzählige Tausende von salvadorianischen Flüchtlingen.

(Schwenninger [GRÜNE]: Aber man kann sie doch zählen!)

Nach vorsichtigen Schätzungen gibt es gegenwärtig in ganz Mittelamerika über 1 Million Flüchtlinge, die größtenteils im Elend leben. Wer dies jemals mit eigenen Augen gesehen hat, kann nur Zorn über Menschen empfinden, die in einschlägigen linken Blättern der Bundesrepublik Deutschland oder Sozialdemokraten — Übereinstimmung in dem Ur-

**Klein (München)**

teil erreichbar, daß mit Ausnahme von Costa Rica die Menschenrechtersituation in den mittelamerikanischen Staaten bedenklich bis verheerend ist.

(Schwenninger [GRÜNE]: Überall in Lateinamerika!)

Ich weiß, daß es in der SPD-Fraktion eine Reihe von Mittelamerika-Spezialisten mit soliden Kenntnissen und differenzierterem Urteilsvermögen gibt.

Um so erstaunlicher mutet es mich an, daß während die Bundesregierung in ihrer Antwort mehrfach auf Costa Rica eingeht, die SPD in ihrer Großen Anfrage nicht das geringste Interesse an diesem sozialdemokratisch regierten, die Menschenrechte strikt beachtenden, auf friedlichen Ausgleich mit seinen Nachbarn bedachten, um sein wirtschaftliches Überleben jedoch schwer ringenden Land bekanntet.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dabei verdient Costa Rica unsere besondere Zuwendung.

(Bindig [SPD]: Wir haben doch gute Kontakte zu Costa Rica!)

Mit seinem inzwischen Jahrzehnte alten, freiheitlich-demokratischen System ist es ein Hort der Stabilität inmitten einer von Unruhen und Umstürzen heimgesuchten Region.

(Zuruf von der SPD: Wer bestreitet denn das? — Zurufe von den GRÜNEN)

Und Honduras, von der Bundesregierung ebenfalls an mehreren Stellen der Antwort aufgeführt, wird von der SPD nur adiktivisch erwähnt. Ich widerstehe der Versuchung, mich eingehender mit der verräderischen Wortwahl der betreffenden Formel zu beschäftigen, der zufolge grenzverletzende Guerrillatruppen Flüchtlinge und antimarxistische Ex-Sandinisten Konterrevolutionäre sind.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Natürlich! Was sonst? Freiheitskämpfer vielleicht?)

Doch auch in Honduras haben nach langen Jahrzehnten der Militärrherrschaft Parlamentswahlen stattgefunden, aus denen eine Zivilregierung hervorgegangen ist. Da wir aber wieder auf dem rechten noch auf dem linken Auge blind sind, stehe ich nicht an zu erklären, daß der Weg zu einer wirklichen Demokratie ohne Militäreinfluß und ohne schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen in Honduras noch weit ist.

Die Militarisierung Nicaraguas und der anhaltende Guerillakrieg in El Salvador machten Honduras einerseits zu einer antisandinistischen Base, andererseits zum Zufluchtsland für unzählige Tausende von salvadorianischen Flüchtlingen.

(Schwenninger [GRÜNE]: Aber man kann sie doch zählen!)

Nach vorsichtigen Schätzungen gibt es gegenwärtig in ganz Mittelamerika über 1 Million Flüchtlinge, die größtenteils im Elend leben. Wer dies jemals mit eigenen Augen gesehen hat, kann nur Zorn über Menschen empfinden, die in einschlägigen linken

Blättern der Bundesrepublik Deutschland oder Sozialdemokraten — Übereinstimmung in dem Ur-

(C) teil erreicherbar, daß mit Ausnahme von Costa Rica die Menschenrechtersituation in den mittelamerikanischen Staaten bedenklich bis verheerend ist.

(Dr. Kunz [Weiden] (CDU/CSU): Das ist ja unglaublich! — Niezel [CDU/CSU]: Das sind die gleichen, die bei uns gegen die Nachfrüster sind! — Zuruf der Abg. Frau Gottwald (GRÜNE))

Die Guerilla ist aber wesentlich für das Klima der Gewalt in El Salvador verantwortlich. Ihre mörderischen Aktionen liefern — Herr Kollege Wischniewski, das wissen Sie genau — der militärischen Rechten, den war lords, den Toledeschwadronen die Begründung für ihr nicht minder grausames Vorgehen. Das salvadorianische Volk will Frieden und in Frieden arbeiten.

(Zuruf des Abg. Schwenninger [GRÜNE])

Gewalttaten gewährt es keinen Rückhalt. Das weiß die Guerilla inzwischen. Unter großen Opfern und gegen schwere Widerstände hat El Salvador den Weg zur Demokratie eingeschlagen. Dieser Prozeß wäre schon jetzt erfolgreicher verlaufen, hätte die Guerillabewegung nicht Ermutigung aus dem Ausland, insbesondere auch von der Sozialistischen Internationale, erhalten.

(Schwenninger [GRÜNE]: Warum wohl?)

(Beifall bei der CDU/CSU — Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

bei ihrer Boykotthaltung gegenüber den, Herr Kollege Wischniewski, wirklich freien Wahlen am 28. März 1982.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der Kollege Wischniewski hat es heute wieder einmal mit seiner in der Tat publikumswirksamen Formel versucht, der Dialog zwischen den politischen Kontrahenten in El Salvador sei aus Ver- schulden beider Seiten gescheitert. Das klingt gut. Klingt offen.

(Voigt [Frankfurt] [SPD]: Ist auch gut! — Zuruf von der CDU/CSU: Aber falsch!)

(Wischnewski [SPD]: Das hat mir der Außenminister von El Salvador gesagt)

Dann sprach er von den angeblich schwachen Figuren, die auf Regierungsseite dafür aussersehen gewesen seien,

aber er verschwieg, daß die linke Guerilla erneut die demokratischen Freiheiten von freien Wahlen ablehnt und vorher, ohne Wahlen, an der Regierung beteiligt werden möchte — als Bedingung.

Ich bedanke mich ausdrücklich für die ausgewogenen und respektvollen Worte, Herr Kollege Wischniewski, die Sie für unsere christdemokratischen Freunde in El Salvador gefunden haben. Ihr Spitzenkandidat, Napoleón Duarte, hat in den bevorstehenden Wahlen zweifellos gute Aussichten. Sie haben auch ihn bei mehrfacher Gelegenheit als einen Demokraten von hohen Graden charakterisiert.

(Abg. Voigt [Frankfurt] [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

<p><b>Klein (München)</b></p> <p>(A) Die CDU/CSU-Fraktion begrüßt es ausdrücklich, hier haben Sie das Prinzip Nummer eins, wenn Sie es gern wissen möchten —, kann ich angesichts der international akzeptierten Selbstbeschreibung Kubas beispielweise, das sich ja auch blockfrei nennt, noch nicht einmal arg kritisieren.</p>	<p>(Frau Gottwald [GRÜNE]: Die sind blockfreier als Sie! Das steht ja wohl fest! — Lachen bei der CDU/CSU)</p> <p>Aber verstehen Sie, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen von der SPD, unter politischem Pluralismus neuerdings eine Ein-Parteien-Diktatur?</p> <p>(Dr. Finger [CDU/CSU]: Sehr richtig!)</p>	<p>Und gilt es Ihnen als gemischtes Wirtschaftssystem, wenn es zu 80% staatlich kontrolliert ist?</p> <p>(Schwenninger [GRÜNE]: Stimmt doch nicht! Falsch!)</p> <p>Die Sandinisten haben ihre eigenen Revolutionsziele verraten. Warum sonst wären prominente nicht-marxistische Führer des Aufstands gegen Somoza ins Exil oder in den Untergrund gegangen, so Alfonso Robelo dessen sozialdemokratisch inspirierte Partei vergeblich um Aufnahme in die Sozialistische Internationale nachsuchte, oder Edén Pastora, der populärste, freilich auch nicht-marxistische Guerilla-Führer gegen Somoza? Was heute zur Debatte steht, ist nicht eine Aufrechterhaltung der ursprünglich verkündeten Prinzipien, sondern eine Rückkehr zu ihnen.</p> <p>(Schwenninger [GRÜNE]: Welche Prinzipien können Sie uns nennen? Das wurde mich interessieren!)</p>	<p>— Herr Kollege, ich habe nichts dagegen, wenn Sie nicht zuhören können. Aber Sie können offenbar auch nicht lesen.</p> <p>(Schwenninger [GRÜNE]: Sie haben noch keinen genannt!)</p> <p>Für den 21. Februar 1985, den 50. Todestag von Augusto Cesar Sandino,</p>	<p>(Zuruf von der SPD: 1984! — Schwenninger [GRÜNE]: Sie bringen nur Schlagworte! — Bindig [SPD]: Sind Sie Sandinist?)</p>	<p>hat die marxistisch-leninistische Regierung Nicaragua Wahlen angekündigt.</p> <p>(Wischnewski [SPD]: 1984!)</p>
<p><b>Klein (München)</b></p> <p>(C) (A) Klein voreilig erklärt hat: „Wählen werden bei uns alle zu einer Lotterie sein, deren Ausgang ungewiß ist“; (Sehr richtig! bei der CDU/CSU)</p>	<p>sollten wir Nicaragua angesichts der ernsthaften Entwicklung in seinen Nachbarstaaten noch nicht abschreiben.</p>	<p>Deshalb stimme ich der Bundesregierung naheins meiner Fraktion zu, es Nicaragua anheimzustellen, zu der Geschäftsgrundlage zurückzukehren, auf der die Bonner Zusagen gemacht wurden, oder auf deutsche Hilfe zu verzichten.</p> <p>(Zuruf des Abg. Wischnewski [SPD])</p>	<p>Ein Weg dahin wäre in unseren Augen die konstruktive Zusammenarbeit mit der Contadora-Gruppe, die Annahme ihrer 21 Ziele.</p>	<p>Herr Kollege Wischnewski, ich würde mich freuen, wenn Ihre futuristischen Hoffnungsdarstellungen auch nur teilweise Wirklichkeit würden. Ein Nicaragua, das sich auf diese Weise in die Gemeinschaft der mittelamerikanischen Nationen zurückbegibt, seine Energien nicht auf deren Destabilisierung und Unsturz, sondern auf inneren Aufbau und Zusammenarbeit mit den Nachbarn konzentriert,</p>	<p>(Schwenninger [GRÜNE]: Wer destabilisiert denn?)</p>
<p><b>Klein (München)</b></p> <p>(C) (B) Klein fordert, muß ehrlicherweise dazusagen, daß er den marxistisch-leninistischen Brückenkopf der Sowjets</p>	<p>(Lachen und Zurufe von den GRÜNEN)</p>	<p>und der Kubaner in Nicaragua zu unterstützen geht.</p>	<p>(Dr. Kunz [Weiden] [CDU/CSU]: Sehr richtig! Das ist der Kernpunkt! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)</p>	<p>Dennoch unterstreiche ich nochmals, daß wir den Standpunkt der Bundesregierung für richtig halten, die alten Zusagen nicht zu widerrufen und sofort einzulösen, wenn ein überzeugender Demokratisierungsprozeß in Gang gesetzt ist. — Leider ist der Kollege Rumpf nicht da; sonst hätte ich nicht nur gesagt: „in Gang gesetzt ist“, sondern: „wenn sich die Gärung zu setzen beginnt“.</p>	<p>(Frau Gottwald [GRÜNE]: Stellen Sie die Bedingungen auch für El Salvador?)</p>
<p><b>Klein (München)</b></p> <p>(C) (D)</p>	<p>Daß weithin überholte, nicht mehr triftige wirtschaftliche und soziale Strukturen zu den Ursachen der gegenwärtigen Unrat in Mittelamerika gehören, kann niemand bestreiten. Die Bundesregierung stellt dies in ihrer Antwort ausdrücklich fest. Das Bild wird aber erst vollständig, wenn auch darauf hingewiesen wird — was die Bundesregierung ebenfalls tut, die Fragesteller aber auffälligerweise, obwohl sie sonst in ihren Fragen mit Instigatoren durchaus operieren, unterlassen —, daß der internationale Kommunismus aus der Not der Menschen politisches Kapital zu schlagen sucht.</p>	<p>Die CDU/CSU-Fraktion ermutigt die Bundesregierung in ihrer Absicht, die begrüßenswerten Anstrengungen der in der Contadora-Gruppe zusammengehörenden mittelamerikanischen Anrainerstaaten Mexiko, Venezuela, Kolumbien und Panamá nach Kräften zu unterstützen. Dies entspricht auch der Auffassung der Kissinger-Kommision, deren Anregungen von der amerikanischen Regierung aufgenommen werden.</p>	<p>(Frau Gottwald [GRÜNE]: Eben, eben, Herr Klein!)</p>	<p>Zu oft schon hat das sandinistische Regime sein Wort gebrochen, ja, es hat sogar Sachverhalte abgestritten, die es dann später selber zugeben mußte, wie die Verfolgung der Mizquito-Indianer oder die Verhaftung von politischen Gegnern oder die Verfolgung von Kirchenleuten oder die Unterdrückung der Presse oder — und auch das haben die Sandinisten nach anfänglichem Leugnen später öffentlich erklärt — die Lieferung riesiger Mengen von Waffen an die linke Guerilla in Nachbarländern.</p>	<p>(Zuruf der Abg. Frau Gottwald [GRÜNE])</p>

Verteidigungsminister Humberto Ortega Saavedra hat die politische Position mit unwiderlegbarer Deutlichkeit beschrieben. Er hat gesagt: „Unser politische Stärke ist der Sandinismus und unsere Doktrin der Marxismus-Leninismus.“

(Zuruf von der CDU/CSU: Na, bitte!)

Da gibt's doch nichts mehr zu fragen.

Wer also jetzt vor einem erkennbaren Wandel des Regimes, das einen Großteil seiner Finanzkraft, die übrigens wiederum zu 80% aus westlicher Hilfe kam, von Anfang an in eine überdimensionale Militarisierung gestieckt hat, deutsche Steuermittel für Borges, den Sie heute schon angeführt haben, einst mal die Prinzipien! Literatur!)

Nicaragua fordert, muß ehrlicherweise dazusagen, daß er den marxistisch-leninistischen Brückenkopf der Sowjets

(Lachen und Zurufe von den GRÜNEN)

und der Kubaner in Nicaragua zu unterstützen geht.

(Dr. Kunz [Weiden] [CDU/CSU]: Sehr richtig! Das ist der Kernpunkt! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Dennoch unterstreiche ich nochmals, daß wir den Standpunkt der Bundesregierung für richtig halten, die alten Zusagen nicht zu widerrufen und sofort einzulösen, wenn ein überzeugender Demokratisierungsprozeß in Gang gesetzt ist. — Leider ist der Kollege Rumpf nicht da; sonst hätte ich nicht nur gesagt: „in Gang gesetzt ist“, sondern: „wenn sich die Gärung zu setzen beginnt“.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Stellen Sie die Bedingungen auch für El Salvador?)

Daß weithin überholte, nicht mehr triftige wirtschaftliche und soziale Strukturen zu den Ursachen der gegenwärtigen Unrat in Mittelamerika gehören, kann niemand bestreiten. Die Bundesregierung stellt dies in ihrer Antwort ausdrücklich fest. Das Bild wird aber erst vollständig, wenn auch darauf hingewiesen wird — was die Bundesregierung ebenfalls tut, die Fragesteller aber auffälligerweise, obwohl sie sonst in ihren Fragen mit Instigatoren durchaus operieren, unterlassen —, daß der internationale Kommunismus aus der Not der Menschen politisches Kapital zu schlagen sucht.

Die CDU/CSU-Fraktion ermutigt die Bundesregierung in ihrer Absicht, die begrüßenswerten Anstrengungen der in der Contadora-Gruppe zusammengehörenden mittelamerikanischen Anrainerstaaten Mexiko, Venezuela, Kolumbien und Panamá nach Kräften zu unterstützen. Dies entspricht auch der Auffassung der Kissinger-Kommision, deren Anregungen von der amerikanischen Regierung aufgenommen werden.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Eben, eben, Herr Klein!)

Zu oft schon hat das sandinistische Regime sein Wort gebrochen, ja, es hat sogar Sachverhalte abgestritten, die es dann später selber zugeben mußte, wie die Verfolgung der Mizquito-Indianer oder die Verhaftung von politischen Gegnern oder die Verfolgung von Kirchenleuten oder die Unterdrückung der Presse oder — und auch das haben die Sandinisten nach anfänglichem Leugnen später öffentlich erklärt — die Lieferung riesiger Mengen von Waffen an die linke Guerilla in Nachbarländern.

(Zuruf der Abg. Frau Gottwald [GRÜNE])

Verteidigungsminister Humberto Ortega Saavedra hat die politische Position mit unwiderlegbarer Deutlichkeit beschrieben. Er hat gesagt: „Unser politische Stärke ist der Sandinismus und unsere Doktrin der Marxismus-Leninismus.“

(Zuruf von der CDU/CSU: Na, bitte!)

Die geplante Geschichte Mittelamerikas ist so verlaufen, daß weder die militärischen noch die politischen, die wirtschaftlichen und die sozialen Aspekte der Krise für sich allein betrachtet werden können. Wenn es nicht gelingt, rasche Fortschritte an der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Front zu machen, dann wird der Frieden an der militärischen Front kaum erreicherbar und zerbrechlich sein. Aber wenn den von außen unterstützten Aufständen nicht Einhalt geboten und die Gewalt eingedämmt wird, dann wird es kaum einen Fortschritt an den anderen Fronten geben, und wenn, wäre er zerbrechlich.

Deshalb schlägt die Kommission eine Verdopplung der amerikanischen Wirtschaftshilfe an die be-

<p><b>Klein (München)</b> (A) troffen Länder auf 8 Milliarden Dollar für die nächsten fünf Jahre vor.</p> <p>(Frau Gottwald [GRÜNE]: Der Militärlhilfe übrigens auch)</p> <p>— Dies, Frau Kollegin, ist ein Bruchteil der Aufwendungen und im Übrigen im Zusammenhang mit dem Zitat, im Zusammenhang mit der gegenseitigen Abhängigkeit der Entwicklungen zu sehen.</p> <p>(Frau Luuk [SPD]): Die Militärlhilfe wird doppelt so hoch sein! — Frau Gottwald [GRÜNE]: Das macht doch offenbar nichts!</p> <p>Dies sollte die Bundesrepublik Deutschland und die EG-Staaten, zu denen seitens der mittelamerikanischen Länder teilweise traditionelle historische Verbindungen bestehen, nachdrücklich ermutigen, ihre eigenen Anstrengungen zu verstärken, um den Prozeß der Demokratisierung und des wirtschaftlichen Aufbaus in Mittelamerika wie in den karibischen Republiken rasch voranzutreiben.</p> <p>Ich danke Ihnen.</p> <p>(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)</p>	<p>ferntes und Europa nur scheinbar nicht betreffendes Problem so sehr engagieren.</p> <p>(Beifall bei Abgeordneten der SPD)</p> <p>wobei zum Teil die leidenschaftliche Kritik am Verhalten der amerikanischen Regierung als Antiamerikanismus missverstanden wird. Die Debatte über diesen Konflikt wird — das müssen wir uns immer wieder klarmachen — in den Vereinigten Staaten genauso erregt und kontrovers geführt,</p> <p>(Beifall bei der SPD)</p> <p>an den Hochschulen des Landes, in seinen Medien, aber auch im amerikanischen Kongreß. Wir sollten das bitte nicht vergessen.</p> <p>(Beifall bei Abgeordneten der FDP)</p> <p>Bei allem Verständnis für manche Kritik, die auch an der Handlungswise der amerikanischen Regierung geübt wird, muß man all denen in Deutschland, die glauben, die USA allein für die schrecklichen Ereignisse und Zustände in dieser Region verantwortlich machen zu können, sagen, daß ohne die USA eine langfristig angelegte Lösung dieser Region nicht möglich sein wird und daß eine Lösung der sozialen Probleme nur durch die materielle Unterstützung der freien Welt, nicht durch die materielle Unterstützung des Ostblocks möglich sein wird.</p> <p>(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)</p>	<p>(C) (A) Richtung auf eine friedliche Lösung dieser Krise fortzusetzen.</p> <p>(Beifall bei Abgeordneten der FDP)</p> <p>Sie trifft ein — ich zitiere aus der Antwort — für „Selbstbestimmung, nationale Unabhängigkeit, Nichtneimischung, eigenständige Entwicklung, Achtung der Menschenrechte und friedliche Konfliktlösung“. Sie sieht im Gegensatz zu einigen amerikanischen Politikern — übrigens nur einer Ministerin in den Vereinigten Staaten —, aber in Übereinstimmung mit dem Kissinger-Bericht die wesentlichen Ursachen der Krise in Mittelamerika „in den überkommenen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen“. Ich glaube, das ist die übereinstimmende Meinung in diesem Hause. Diese Verhaltensweise sind eben nur durch wirtschaftliche und soziale Reformen lösbar.</p> <p>Im Kissinger-Bericht, der ja auch in den Vereinigten Staaten in einigen Teilen sehr kritisiert wird, sollte man aber bitte auch nicht überlesen, daß es dort zutreffend und selbstkritisch heißt: „Vielleicht hätten die Vereinigten Staaten Mittelamerika schon früher größere Beachtung schenken sollen.“</p> <p>Ich weiß, daß das die Meinung aller Staaten in dieser Region ist und daß bedauert wird, daß die Vereinigten Staaten erst zu einem sehr späten Zeitpunkt eingegriffen haben, nämlich, als sie eine sowjetische Expansion befürchteten.</p> <p>(D) (B) Meine Damen und Herren, nur eine verantwortungsvolle Politik gemeinsam mit den USA, aber keine Politik auch gegen die berechtigten Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten kann auf Dauer zu einer Beseitigung der Mißstände führen. Umgekehrt aber wäre es falsch, wenn die Europäer ihre Verantwortung für einen wichtigen Teil der Dritten Welt leugnen und aus, wie ich meine, fahnreicher Rücksichtnahme auf ihren engsten Verbündeten eigene Möglichkeiten zur Mäßigung der extremen Fronten außer Acht ließen.</p> <p>(Beifall bei der FDP und der SPD)</p>	<p>Nach neuen Schätzungen leben in den fünf Ländern der Krisenregion, Panama und Belize ausgeschlossen, 21,7 Millionen Menschen in einem Raum, der etwas größer ist als der der Bundesrepublik Deutschland. Auf je 70 Einwohner kommen jeweils ein Soldat oder ein Guerillero. Die soziale Lage ist schlimm. Die Unterschiede zwischen arm und reich sind immer noch unerträglich. Die Auslandsenschulden liegen inzwischen bei 10 Milliarden Dollar. Mit Ausnahme von Costa Rica — Herr Kollege Klein hat darauf hingewiesen —, einer immer noch friedlichen Oase in diesem Bürgerkriegschaos, sind die Menschenrechtsverletzungen an der Tagessordnung, trotz des Machtkampf zwischen den verschleierten Ideologien und verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, und das Militär spielt, wie das in Lateinamerika leider eine eindrucksvolle Tradition ist, immer noch eine oft verhängnisvolle Rolle, die bedauerlicherweise kurzfristig kaum geändert werden kann.</p> <p>Besonders schlimm aber ist, daß auch der Ost-West-Konflikt zunehmend auf diese Region übergreift und dadurch leider zum Teil sinnvolle Lösungsmöglichkeiten der in Wahrheit sozialen Krise immer mehr erschwert.</p> <p>(Beifall bei Abgeordneten der FDP sowie des Abg. Toetmeyer [SPD] — Schwenninger [GRÜNE]: Den würde ich drinlassen!)</p> <p>Ich möchte das auch an einige Kollegen in diesem Hause richten, wobei ich den Bundesbauminister und auch seinen Nachbarn, den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, ausdrücklich ausschließe.</p> <p>(Vögt [Frankfurt] [SPD]: Den würde ich nicht ausschließen! — Schwenninger [GRÜNE]: Den würde ich drinlassen!)</p> <p>Es ist ein Verdienst des deutschen Parlaments, wenn wir heute auch zur Information der deutschen Öffentlichkeit beitragen, statt angesichts der in Wahrheit geringen uns zur Verfügung stehenden politischen Einflußmöglichkeiten hier ein Schattenboxen zu veranstalten, das vor allem innerpolitische Motive hat. Ich weiß, daß es kaum ein außenpolitisches Thema gibt, das insbesondere unsere politisch engagierte Jugend mehr bewegt, und daß es gerade für idealistisch eingestellte junge Leute, die sich mit den Problemen der Dritten Welt leidenschaftlich auseinandersetzen, noch, Herr Klein sei idealist!</p> <p>(Frau Gottwald [GRÜNE]: Sagen Sie nur noch, Herr Klein sei idealist!)</p> <p>Für viele ist der Fall Mittelamerika auch ein Prüfstein für die Glaubwürdigkeit der Wertvorstellungen des westlichen Bündnisses geworden, und wir haben das sehr ernst zu nehmen. Wir müssen diesen Hintergrund auch gut deutlich denjenigen unserer amerikanischen Freunde verständlich machen, denen vielleicht das Verständnis dafür fehlt, daß sich junge Deutsche z. B. für ein so weit von Europa entfernt denkt und handelt.</p> <p>Insofern müssen wir der Opposition für die Große Anfrage zur Mittelamerikapolitik dankbar sein, weil sie uns Gelegenheit zu dieser Debatte gibt. Die Bundesregierung hat mit ihrer Antwort deutlich gemacht, daß sie den drängenden Fragen nicht ausweicht, sondern entschlossen ist, ihre Politik in</p>
<p><b>Schäfer (Mainz)</b> (C) (A) Richtung auf eine friedliche Lösung dieser Krise fortzusetzen.</p> <p>(Beifall bei Abgeordneten der FDP)</p> <p>Sie trifft ein — ich zitiere aus der Antwort — für „Selbstbestimmung, nationale Unabhängigkeit, Nichtneimischung, eigenständige Entwicklung, Achtung der Menschenrechte und friedliche Konfliktlösung“. Sie sieht im Gegensatz zu einigen amerikanischen Politikern — übrigens nur einer Ministerin in den Vereinigten Staaten —, aber in Übereinstimmung mit dem Kissinger-Bericht die wesentlichen Ursachen der Krise in Mittelamerika „in den überkommenen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen“. Ich glaube, das ist die übereinstimmende Meinung von Bundesregierung und Parlament.</p> <p>Über die Art unseres Engagements gibt es allerdings erhebliche Meinungsunterschiede, meine Damen und Herren. Die Vorwürfe der Opposition — Herr Wischniewski hat sie heute morgen wiederholt — basieren vor allem darauf, daß behauptet wird, die Bundesregierung habe mit Rücksicht auf die Vereinigten Staaten einen Wechsel ihrer bisherigen Außen- und Entwicklungspolitik vollzogen.</p> <p>(Schwenninger [GRÜNE]: Richtig! — Voigt [Frankfurt] [SPD]: Mit Rücksicht auf die CDU/CSU)</p>	<p>das ist die übereinstimmende Meinung von Bundesregierung und Parlament.</p> <p>Über die Art unseres Engagements gibt es allerdings erhebliche Meinungsunterschiede, meine Damen und Herren. Die Vorwürfe der Opposition — Herr Wischniewski hat sie heute morgen wiederholt — basieren vor allem darauf, daß behauptet wird, die Bundesregierung habe mit Rücksicht auf die Vereinigten Staaten einen Wechsel ihrer bisherigen Außen- und Entwicklungspolitik vollzogen.</p> <p>(Schwenninger [GRÜNE]: Richtig! — Voigt [Frankfurt] [SPD]: Mit Rücksicht auf die CDU/CSU)</p>	<p>Sie begründet das mit einem angeblich nachlassenden Engagement für Nicaragua und mit der Berichtsschrift, sich in El Salvador wieder stärker zu engagieren durch die Entsendung eines Botschafters und die angekündigte Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe für dieses Land.</p> <p>Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sollten den Text der Bundesregierung auch hier genau lesen. Es heißt:</p> <p>Die Bundesregierung hat trotz Bedenken über den politischen Weg Nicaragua die entwicklungspolitische Zusammenarbeit nicht abgebrochen. Neuzusagen können grundätzlich nur erreilt werden, wenn sich herausstellt, daß sich Nicaragua nachhaltig von der Politik der Destabilisierung abwendet.</p> <p>(Beifall bei der FDP — Schwenninger [GRÜNE]: Was sind schon acht Millionen?)</p>	<p>Herr Wischniewski, ich beziehe mich jetzt auf die Äußerung, die Sie vorhin gegenüber Herrn Kollegen Rumpf gemacht haben. Die Bundesregierung hat Mittel, etwa zur Reparatur des Turbinenkraftwerks in Managua, freigegeben.</p> <p>(Frau Gottwald [GRÜNE]: Nach zwei Jahren?)</p> <p>Die Zahlungen, auch im Hinblick auf die Warenaufschluss, und zwar auch im Zusammenhang mit den noch anstehenden Schulden, die Nicargua hier hat, verrechnet.</p> <p>(Frau Gottwald [GRÜNE]: Die werden verrechnet)</p> <p>— Sie werden verrechnet. — Das kann ich als Ergebnis unserer internen Bemühungen eindeutig feststellen.</p> <p>(Abg. Voigt [Frankfurt] [SPD]: meldet sich zu einer Zwischenfrage)</p>
<p><b>Vizepräsident Frau Renger:</b> Das Wort hat der Herr Vizepräsident Frau Renger: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?</p>	<p><b>Schäfer (Mainz)</b> (FDP): Nein, ich möchte weiterkommen.</p> <p>Es ist zu recht darauf verwiesen worden, daß wir in unserer Debatte in Nicaragua — Herr Kollege Wischniewski, ich glaube, das tun alle, auch Sie — immer wieder auch denen, die dort glauben, mit dem Kopf durch die Wand rennen zu können, klar-</p>	<p><b>Schäfer (Mainz)</b> (FDP): Nein, ich möchte weiterkommen.</p> <p>Wir wollen und müssen uns als Europäer deshalb um eine Lösung dieser Krise bemühen und dürfen uns gerade auch im Hinblick auf diesen Aspekt nicht aus der Verantwortung schleichen. Ich glaube,</p>	<p><b>Schäfer (Mainz)</b> (FDP): Nein, ich möchte weiterkommen.</p> <p>Wir wollen und müssen uns als Europäer deshalb um eine Lösung dieser Krise bemühen und dürfen uns gerade auch im Hinblick auf diesen Aspekt nicht aus der Verantwortung schleichen. Ich glaube,</p>

Schäfer (Mainz) schlossen hat: Im Grunde müßten sowohl in Nicaragua als auch in El Salvador freie Wahlen international kontrolliert, nicht nur observiert durchgeführt werden.

Schäfer (Mainz) schlossen hat: Im Grunde müßten sowohl in Nicaragua als auch in El Salvador freie Wahlen international kontrolliert, nicht nur observiert durchgeführt werden.

Meine Damen und Herren, die Verdängung der bürgerlichen Kräfte und der Opposition in Nicaragua kann nicht gelehnt werden. Es steht fest, dass schon 1980 begonnen worden ist, Kritiker der Sonnenz-Regierung, aber auch bürgerliche Kräfte auszubooten. Wir wissen, dass Teile der Junta ausgeschlossen sind, zum Teil, das Land verlassen mussten. Wenn Roberto de la Cruz, ein Mann von wirklich großem Format, der noch 1981 in die Junta eingetreten ist und ein Jahr später ausschied, in einem Artikel in „Foreign Affairs“ davon spricht, daß die „Sandinisten“ bei der FDP und der CDU/CSU)

Und weil die amerikanische Regierung Carter und Somoza fallen ließ. Auch das bitte ich zu berücksichtigen.

Dazu kommt, daß beim Wiederaufbau Nicaraguas % der gesamten Hilfe aus westlichen Ländern vorgenommen ist. Auch das muß hier doch einmal positi v dargestellt werden.

(Bisfall bei der FDP und der CDU/CSU) Ich will auch ganz klar sagen — gegen alle die Nicaragua in Bausch und Bogen verdamme wir müssen natürlich auch positive Maßnahmen zu Kenntnis nehmen. Z.B. eine sogenannte Robelo, einem oppositionellen Parteiführer im Ausland lebt, mir gegenüber in einem Nachgespräch in der deutschen Botschaft in Bern eine gute Alphabettisierungskampagne, die immerhin 87 % in privaten Häusern klassen hat, und eine Fülle sozialer Maßnahmen e von dieser Regierung eingeleitet worden sind mit Ungeschick gegenüber den Mizq indianern, wo man traditionelle Werte im Verein mit dieser etwas missionarischen Tätigkeit mißbraucht und dadurch große Probleme hervorgerufen hat.

(Schwenninger [GRÜNE]: Das ist Medizin!  
Das sollten Sie nicht vergessen!)

Meine Damen und Herren, in dieser Junta nach dem Triumph der Revolution waren bürgerliche Politiker wie Robelo und Frau Chamorro Mitglieder. Eine tragische Seite dieser Entwicklung ist doch geblieben, daß auch die Sandinisten der typisch lateinamerikanischen Versuchung erlegen sind, die schönen Uniformen nach dem Triumph der Revolution anzubehalten und den Anspruch auf Macht nicht

**(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)**

Ich glaube, hier liegen die Möglichkeiten. Ich wiedeरhole, was in der Antwort der Bundesregierung zum Ausdruck kommt und was der Bundesaußenminister — auch bei seiner Konferenz mit den deutschen Botschaftern in San José — immer wieder

**Bundesregierung** — ich glaube, das ganze Parlament wird die Bundesregierung dabei unterstützen — ist entschlossen, ihren außenpolitischen und entwicklungspolitischen Kurs für eine friedliche Lösung zu bestreiten.

**Schäfer (Mainz)** sondern muß auch den Sandinisten angelastet werden.

Meine Damen und Herren, so sehr wir zwischen den Vorgängen zu unterscheiden haben, di-

Die **Opposition** in Nicaragua besteht aus einer Dame und Herren, die Verdängung der bürgerlichen Kräfte und der Opposition in Nicaragua kann nicht gelehnt werden. Es steht fest, daß 1980 begonnen worden ist Kritik der Somocista Regierung, aber auch bürgerliche Kräfte ausgeschlossen. Wir wissen, daß Teile der Junta ausgeschieden sind, zum Teil, das Land verlassen mußten. Wenn Robert de la Cruz, ein Mann von wirklichem Format, der noch 1981 in die Junta eingetreten ist und ein Jahr später ausschied, in einem Artikel in "Foreign Affairs" davon spricht, daß die "Sanciones" aller Lebensbereiche auch ihm dazu geopoe ich, hier nicht einfach vom Tisch wischen, nicht bei denen, die für Nicaragua so begeistert sind.

(Beifall bei der FDP und der CDU)  
Von  
Herrn Ortega hat in  
seinen Reden an manche unehrliche Vorbilder  
Spruchbandpathos und militärische De-  
monstrationen haben in Nicaragua jahrelang das  
eines sich immer mehr in Richtung auf be-  
kannte östliche Vorbilder entwickelnden Staates  
hingezogen. Das ist nicht von uns erfunden wor-  
sondern wir haben das mit einem, so glaube  
doch tiefen Mißtrauen beobachtet. Hinzu kam  
die Censur der oppositionellen Zeitung „La Prensa“.  
Zu kam der Waffentransport nach El Salvador,  
der nicht gelegnet worden ist, und es kamen mehr Schikanen gegen Kritiker der Regie-

Ich akzeptiere nicht die Unterstellung der Saar und warr vor einem Pyrrhusse, den die Saaristen errungen haben. Er sagt in einem Satz, der sehr gefallen hat und den ich unfehlreiche — diesen Satz von einem leidenschaftlichen Patrioten dieses Landes gesagt worden —:

... und so weiter. Es ist eine sehr interessante These, die ich Ihnen mitteile. Ich kann Ihnen nicht sagen, ob sie richtig oder falsch ist, aber sie ist sehr interessant. Ich denke, dass es eine sehr interessante Theorie ist, die wir uns ansehen sollten.

„... und wenn die la Cruz den  
Landes und seines Landes 45 Monate nach der Revolu-  
tion beschreift als eine Entzweiung zwischen den  
Damen und Herren, wenn die la Cruz den  
Schenken, als eine in Scherben ge-gangene Wirt-  
schaft, als eine immer mehr zunehmende Kriegsge-  
fechte, die gleiche Intensität besitzt wie vor dem  
Somocismo, dann, meine ich, ist diese Kritik  
zu verwechseln, müssen auch wir prot-  
ezaragua zu verwechseln, müssen auch wir pro-  
tegen.“

(C) schlossen hat: Im Grunde müßten sowohl in Nicaragua als auch in El Salvador freie Wahlen internation-  
al kontrolliert, nicht nur observiert durchgeführt werden.

(Beifall bei der FDP)

Das heißt: Schon in der Vorstufe — hier böte ja beispielsweise die Contadora-Gruppe eine Möglichkeit — muß den Gegnern der jeweiligen Regimes Gelegenheit gegeben werden, ihren Wahlkampf mit größtmöglicher Sicherheit für ihre Person zu führen. Ich glaube, das ist die wichtigste Voraussetzung, nicht aber die Durchführung der Wahlen selbst und die Beobachtung von Leuten, die ihren Zettel in eine Wahlurne werfen. Ich meine, hier ist ein wichtiger politischer Ansatzpunkt.

Meine Damen und Herren, ich bin überhaupt der Meinung, wir sollten und können unseren Einfluß auf die Gemäßigten, uns nahestehenden Parteien durch die drei Internationalen — sowohl durch die Sozialistische als auch durch die Liberale und die Christdemokratische — mehr geziert machen,

Ich darf noch etwas zu der europäischen Bemühung, Hilfe für diesen Bereich zu leisten, sagen. Nehmen wir uns einmal ein Beispiel am Ostblock. Dann werden wir die erschreckende Feststellung machen, wie viele Stipendien einerseits der Ostblock an junge Leute in Nicaragua gibt — auch an Facharbeiter — und wie wenig andererseits der Westen bisher in der Lage war, solche Stipendien zu verleihen. Das wäre ein friedliches Mittel, um jungen Menschen in Nicaragua zu helfen.

(Beratung bei der SFD und den SRD und der  
Sonderberater des Präsidenten, hier ausdrücklich zugestimmt hat: Hier liegt ein wichtiger Ansatzpunkt ganz konkreter europäischer und amerikanischer Politik.

Meine Damen und Herren, ich muß zum Schluß kommen. Sosehr auch das Modell Nicaragua durch die zunehmend totalitären Entwicklungen von seiner anfänglichen Anziehungskraft verloren hat, so sehr gilt sicher der Satz eines Professors aus Princeton, der neulich in „Foreign Affairs“ einen, wie ich meine, hervorragenden Artikel über die Situation in diesen Ländern geschrieben hat. Professor Ullman sagt, es komme in den Nachbarländern, Nicaraguaus mehr darauf an, die Ungerechtigkeiten, die dort bestehen, zu beseitigen, als eine Art Heiligen Krieg gegen Nicaragua führen zu wollen —

**(Beifall bei der SPD und den GRÜnen)**

Ich glaube, hier liegen die Möglichkeiten. Ich wiedergehole, was in der Antwort der Bundesregierung zum Ausdruck kommt und was der Bundesaußenminister — auch bei seiner Konferenz mit den deutschen Botschaftern in San José — immer wieder Gesagte hat: Wir wollen eine faire Lösung. Diese Bundesregierung — ich glaube, das ganze Parlament wird die Bundesregierung dabei unterstützen — ist entschlossen, ihren außenpolitischen und entwicklungspolitischen Kurs für eine friedliche Lö-

<p>(A) sang und gegen den Wahn militärischer Optionen fortzusetzen. — Vielen Dank.</p> <p>(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)</p>	<p>Schäfer (Mainz): Meine Herren, es ist nicht möglich, am grünen Tisch Entwürfe für Demokratieformen in der Dritten Welt zu machen.</p> <p>(Dr. Pinger [CDU/CSU]: Aber mit welchen Mitteln?)</p> <p>Wesentliche Kennzeichen dieser gemischten Wirtschaft sind die Umstrukturierung der landwirtschaftlichen Produktion, die Agrarreform, die gezielte Produktion von Grundversorgungsmitteln — sehr ungewöhnlich für Mittelamerika — und die Integration der Bauern in die politischen Entscheidungsprozesse.</p> <p>Daß die wirtschaftlichen und politischen Umstrukturierungen zu veränderten politischen Machtverhältnissen führten und die ehemaligen Nutznießer der alten Verhältnisse in ihrer Interessensetzung beschnitten wurden, ist unumgänglich und war überdes Sinn und Zweck der Revolution. Das sollte man auch nicht vergessen. Es ist die gleiche Frage, die auch für die anderen Länder Zentralamerikas ansteht. Will man die soziale und politische Situation verändern, dann müssen die Interessengegensätze zugunsten der Mehrheit entschieden werden, die bislang unterdrückt und ausgebettet wurde.</p> <p>(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD — Dr. Pinger [CDU/CSU]: Aber doch nicht durch eine Ein-Parteien-Diktatur!)</p> <p>So einfach ist das. Es ist ganz banal eine Frage von Interessen, wobei sich alle zu fragen haben, auf welcher Seite sie eigentlich stehen.</p> <p>(Klein [München] [CDU/CSU]: Ich komme noch zu Ihnen, Herr Klein.</p> <p>[GRÜNE]: Lieber nicht!)</p> <p>Zentralamerika ist die ärmste Region Lateinamerikas mit den größten sozialen Gegensätzen, der größten Armut und Repression und dadurch mit den härtesten politischen Konflikten. Seit dem Verlust Nicaraguas 1979, aus dieser Situation auszubrechen, findet verstärkt eine konsequente Militarisierung der sozialen und politischen Gegensätze in der Region statt.</p> <p>(Dr. Pinger [CDU/CSU]: Auch durch Nicaragua)</p> <p>— Die USA, Herr Pinger, führen Krieg in Zentralamerika und der Karibik, um mit allen Mitteln ein zweites Nicaragua zu verhindern.</p> <p>Was ist eigentlich am 19. Juli 1978 in Nicaragua passiert? Was hat ein so kleines Land gemacht, daß es den Zorn des mächtigsten Staates der Welt und vieler seiner Bündnispartner auf sich gezogen hat?</p> <p>(Klein [München] [CDU/CSU]: Und die Wirtschaftsschiffe damals zugetragen.)</p> <p>Nach dem Sturz Somozas wurde in Nicaragua der systematische Versuch unternommen, eine Gesellschaft aufzubauen, die aus der einseitigen Abhängigkeit aufzubrechen versucht. Das Spezifische in der sandinistischen Revolution ist der Versuch, die Produktion auf die Bedürfnisse der Bevölkerung bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des priva-</p>	<p>(C) (A) Meine Herren, es ist nicht möglich, am grünen Tisch Entwürfe für Demokratieformen in der Dritten Welt zu machen.</p> <p>(Beifall bei den GRÜNEN — Dr. Bötsch [CDU/CSU]: Aber auch nicht mit einem grünen Pullover!) Es ist auch gar nicht nötig. Die Bevölkerung in der Dritten Welt hat ihre eigenen Entwürfe. Sie fallen vielleicht viel direkter aus, als Sie es sich wünschen, wie sich in Nicaragua zeigt. Sie sollten dann aber auch sagen, daß Ihnen diese Modelle nicht passen.</p> <p>(Klein [München] [CDU/CSU]: Das sagen wir!)</p> <p>und nicht so heuchlerisch vorgeben, Sie sorgten sich um die Armen in der Dritten Welt. Das sind zwei ganz verschiedene Sachen.</p> <p>(Klein [München] [CDU/CSU]: Helfen und Kaffeeflücken sind zweierlei! — Schwenninger [GRÜNE]: Und wenn es nur symbolisch ist!)</p> <p>— Mit Ihrer Polemik kommen Sie vielleicht später noch einmal zu Wort.</p> <p>Ich möchte in diesem Zusammenhang kurz auf den Antrag der CDU/CSU und FDP zur Karibikpolitik der Bundesrepublik eingehen, in dem sehr deutlich geschrieben steht:</p> <p>Es liegt nicht im Interesse der westlichen Demokratien, daß Diktatur und Unterdrückung in einzelnen Ländern bestehenbleiben...</p> <p>(D) (B)</p> <p>Vizepräsident Westphal: Frau Kollegin Gottwald, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Rumpf?</p> <p>Ja.</p> <p>(Heiterkeit)</p> <p>Frau Gottwald (GRÜNE): Von Herrn Rumpf? —</p> <p>Nicaragua hat sich entschieden und seine Gegensteller auch. Es gibt die gemischte Wirtschaft, die zu fast 50% vom Privasektor getragen wird, weswegen es im Lande nach wie vor soziale Interessengegensätze gibt, auf denen externen Kräften ihr Suppen kochen. Niemals zuvor sind in Nicaragua die Interessengegensätze so öffentlich ausgetragen worden und hat die Opposition ein so breites, sogar internationales Agitationsfeld gehabt. Diesem Land vorzuwerfen, es gewährleiste keinen wirtschaftlichen und politischen Pluralismus, ist absurd. Es gehört in Nicaragua zwar keine politische Demokratie nach westlichem Muster,</p> <p>(Dr. Pinger [CDU/CSU]: Aber politische Gefangenene)</p> <p>was jedoch nicht bedeutet, daß es keine Partizipationsfähigkeit an politischen Entscheidungen gibt. In Nicaragua sind große Teile der Bevölkerung viel direkt Träger der sozialen und politischen Prozesse als in der Bundesrepublik.</p> <p>(Klein [München] [CDU/CSU]: Geheimpolizisten!)</p> <p>Die Voraussetzungen für Demokratie und ihre Formen in der Dritten Welt sind ganz anders als bei uns.</p> <p>(Dr. Stercken [CDU/CSU]: Und die Menschenrechte auch?)</p>	<p>(C)</p> <p>Ich finde es schon bemerkenswert, wie wichtig es ist, was alles nicht oder doch im Interesse des Westens liegt. Die CDU/CSU sollte der Vollständigkeit halber dazuschreiben: Es liegt nicht im Interesse westlicher Demokratien, wenn Staaten der Dritten Welt ihren eigenen Weg gehen wollen, wie wir am Beispiel Nicaraguas sehen. — Das ist aber wiederum eine ganz andere Sache.</p> <p>Man kann der sandinistischen Regierung viele Fehler weisen, aber man kann ihr nicht absprechen, daß sie stets versucht hat, ihren Zielen — Blockfreiheit — in der Praxis gerecht zu werden.</p> <p>(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)</p> <p>Man kann aber sehr wohl behaupten, daß die Vereinigten Staaten von Anfang an alles mit allen Mitteln versucht haben, damit dieses Modell nicht funktionieren kann.</p> <p>(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)</p> <p>Man kann auch über Militarisierung in Nicaragua lamentieren, ebenso über die zahlreichen Waffenkäufe aus der UdSSR, über die Militärberater aus Kuba und die Wehrpflicht in Nicaragua. Gegenüber für uns GRÜNE sind das besorgniserregende Faktoren. Es gibt aber keinen Sinn, dies ständig zu konstatieren — wie es z. B. die Bundesregierung tut —, wenn man nicht die Ursachen dafür benennt. Die USA führen Krieg gegen Nicaragua. Die Nicaraguaner müssen ihr Land, ihre Kooperativen, ihre Bauern gegen die von den USA ausgebildeten Banden an der Grenze zu Honduras verteidigen. Sollten sie die Waffen dafür vielleicht in den USA kaufen?</p> <p>Nehmen Sie den Tabestand der äußeren Aggression doch endlich einmal zur Kenntnis, und leugnen Sie ihn nicht ständig. Die Frage ist: Wer destabilisiert Nicaragua? Destabilisiert Nicaragua vielleicht die USA? Es ist eine unglaubliche Frechheit, daß in der Antwort der Begriff Militärpolitik der USA in Zentralamerika vorkommt.</p> <p>(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)</p> <p>Was ist das für eine Friedenspolitik dieser Regierung, die auf dem linken Auge völlig übersichtig geworden ist, dafür aber auf dem rechten Auge völlig blind,</p> <p>(Beifall bei den GRÜNEN)</p> <p>Übrigens ist das aber gar nichts Besonderes, weil die Sandinisten selber ihren Umgang mit den Misquito-Indianern mittlerweile unmöglich finden und deswegen auch versuchen, heute eine andere Politik gegenüber den Misquitos zu machen, als sie das anfang der 80er Jahre getan haben.</p> <p>(Dr. Pinger [CDU/CSU]: Verbrecherisch!)</p> <p>Übrigens ist das aber gar nichts Besonderes, weil die Sandinisten selber ihren Umgang mit den Misquito-Indianern mittlerweile unmöglich finden und deswegen auch versuchen, heute eine andere Politik gegenüber den Misquitos zu machen, als sie das anfang der 80er Jahre getan haben.</p> <p>(Zuruf von der CDU/CSU: Das gelingt Ihnen nun nicht!)</p> <p>Ich zitiere noch einmal aus dem Antrag der CDU/CSU und FDP:</p> <p>Es liegt nicht im Interesse der westlichen Demokratien, daß Diktatur und Unterdrückung in einzelnen Ländern bestehenbleiben...</p> <p>(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)</p> <p>Das zweite große Problem in Zentralamerika ist El Salvador. In El Salvador haben sich weite Teile</p>
--	---	--	---

Frau Gottwald

(A) der Bevölkerung zum erbitterten Kampf gegen ein Regime entschlossen, das zur Aufrechterhaltung der herrschenden Ausbeutungsverhältnisse Verfolgung, Folter und politische Morde zum täglichen Regierungsgeschäft gemacht hat. Die Opposition hat mittlerweile eine solche politische und militärische Stärke entwickelt, daß das Militärregime ohne US-Hilfe längst zusammengeschrumpft wäre. Todesschwadronen und Killerkommandos, deren Chef der jetzige Präsident der verfassunggebenden Versammlung ist, beherrschen das Land. Daß sie sich aus Teilen der Regierungssarmee zusammensetzen und deshalb eine Trennung von Militär und Todesschwadronen nur schwer möglich ist, bestätigte uns selbst der Präsident des Landes, als eine Delegation des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit im November 1983 dort war. Diese Tatsache macht übrigens mittlerweile selbst dem amerikanischen Präsidenten Sorge.

Nur die Bundesrepublik ist nicht in der Lage, der Realität zu folgen. Auf eine Anfrage des SPD-Augeordneten Waltemathe antwortete sie, daß nach ihren Informationen den salvadorianischen Regierungskräften keine rechtswidrigen Handlungen unterstellt werden könnten. Wer im Fall von El Salvador von Demokratisierungsprozessen und von der Verbesserung der Menschenrechte spricht, leugnet die Realität und widerspricht allen Untersuchungen internationaler Menschenrechtsorganisationen —

(B) Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

außer natürlich den Untersuchungen, die die US-Regierung selber angestellt hat.

(Schily [GRÜNE]: Herr Jaeger wird jetzt wahrscheinlich für Abhilfe sorgen!)

Die Wahlen im März dieses Jahres werden, falls sie überhaupt stattfinden, die Situation nicht verändern. Ganz abgesehen davon, daß sich die Opposition an den Wahlen nicht beteiligen darf und kann — was die Freiheit der Wahlen unabhängig von den erwartenden Wahlfälschungen nicht gerade freier macht —, wird der Wahlausgang die faktischen Machtwahlmissereien nicht beruhigen. Selbst unter der christdemokratischen Duarre-Regierung Anfang 1980 hat es Menschenrechtsverletzungen in großem Umfang gegeben. Die März-Wahlen lassen die Greuelütanlagen des Militärs unberührt. Sie bieten allenfalls eine neue Fassade für die Legitimation weiterer ausländischer Hilfe. Darauf spekuliert wohl auch die Bundesregierung bei ihrem Beschluß, wieder Entwicklungshilfe zu zahlen.

In der Antwort auf die SPD-Anfrage ist darüber hinaus das Loblied der Bundesregierung auf die Agrarreform sehr verwunderlich. In El Salvador

(C) Druck der Oligarchie die Agrarreform von der verfassunggebenden Versammlung faktisch gestoppt worden. Sollte das dem Auswärtigen Amt wiederum entgangen sein?

(Zuruf von den GRÜNEN: Natürlich!)

Mittelamerika ist auf Grund seiner sozialen Problematik und der politischen Repression zum Unruheherd geworden, der nach Veränderung und Überwindung dieser Situation schreit. Die USA sorgen dafür, daß das nicht passiert.

Die USA führen in Zentralamerika und der Karibik auf allen Ebenen und mit unterschiedlicher Intensität Krieg; politisch, ökonomisch, militärisch, offen, verdeckt, direkt oder mit regionalen Helferschaften wie z. B. Honduras. Wer es bis dahin noch immer nicht glauben wollte, daß die USA jederzeit mit militärischen Überfällen kalkulieren, wenn Ihnen in der Region eine Regierung nicht in den Kram paßt, wer es immer noch nicht wußte, konnte sich am 25. Oktober 1983 noch einmal ein Lehrstück in Sachen Demokratie anschauen. **Grenada**, das seit 1979 einen Weg der politischen und ökonomischen Unabhängigkeit zu gehen versuchte,

(Dr. Bötsch [CDU/CSU]: Ha, ha, ha!)

wurde von US-Truppen und einigen ostkaribischen Feigenblattstaaten besetzt. — Daß Sie die Invasion begründen, Herr Marx, ist mir klar.

(Dr. Bötsch [CDU/CSU]: Ich heiße nicht Marx! — Heiterkeit — Fischer [Frankfurt]

[GRÜNE]: Bayerische Gebirgsjäger waren auch dabei)

Dies geschah, sehr verehrte Kollegen von der CDU/CSU, im Namen der Freiheit, versteht sich. Wir können aus der Politik der Vereinigten Staaten folgendes Fazit ziehen: Die USA behindern nach besten Kräften eine durchgreifende strukturelle Lösung der sozialen Konflikte in den einzelnen Ländern der Region. Sie wollen weiterhin günstige Investitionsbedingungen für das US-Kapital und billige Arbeitskräfte in den jeweiligen Ländern garantieren wissen. Sie wollen aus geostrategischen Gründen im gesamten karibischen Becken umfassende Kontrollen behalten und benötigen dafür überall Militärlstützpunkte, die sie auch aufbauen. Sie wollen ihre politische Vormachtstellung demonstrieren sowie ihre Bereitschaft, überall in der Welt ihre Interessen durchzusetzen.

Ab Oktober 1983 wurden seitens der USA Schritte zur Wiederbelebung des zentralamerikanischen Verteidigungsrates Condeca gegen Nicaragua unternommen. Die Einberufung des interamerikanischen Verteidigungspakts TIAR gegen Nicaragua wurde ebenfalls erwogen.

Die Gesamtstrategie der USA als Geflecht von politischen, ökonomischen und militärischen Maßnahmen mit dem Schwerpunkt auf militärischen Lösungen zeigt sich besonders gut im Bericht der von der Reagan-Administration eingesetzten Kissinger-Kommission. Diese Kommission wurde von Reagan eingesetzt. Das Ergebnis fiel dementsprechend aus. Kernstück des Berichts ist die Militärführung externer Militärlhilfe; die Kissinger-Kommision ist für massive Aufrüstung der reaktionären

massiv gestört worden. Im Dezember 1983 ist auf fe. Der Bericht geht wie die Reagan-Administration als flankierende Maßnahme gedacht ist.

Die Bundesregierung unterstützt nun zwei Initiativen, die einander grundsätzlich widersprechen.

Contadora ist für Entmilitarisierung und Einschaltung externer Militärlhilfe; die Kissinger-Kommision

Frau Gottwald

(C) (A) von der absurdsten Annahme aus, die Sicherheit der USA in dieser Region werde von der Sowjetunion und Kuba bedroht. Damit wird auch weiterhin der Ost-West-Gegensatz an die Stelle der eigentlichen Ursachen der Konflikte in der Region gesetzt, nämlich der sozialen Auseinandersetzungen im Innern der einzelnen Länder. Dieser Bericht ist letztlich ein Freibrief für Reagan, seine Kriegspolitik in Zentralamerika mit noch höheren finanziellen Mitteln als bisher fortsetzen zu können.

Den Empfehlungen der Kissinger-Kommission mit den fünf zentralamerikanischen Ländern von Anfang 1984 direkt gegenüber. Die Zielrichtung des Kissinger-Berichts und die der Contadora-Initiative widersprechen sich.

Die Bundesregierung hat sich entschlossen, all diese Fakten nicht zur Kenntnis zu nehmen. Auf alle Fälle spricht sie nie darüber, wie man an der Antwort auf die SPD-Anfrage sehen kann. Oder sie streitet diese Fakten ab, wie Minister Genscher auf der Botschafterkonferenz in San José im Oktober 1983. Eine aggressive Politik der USA gegen Nicaragua gebe es nicht, war seine Aussage in einem dpa-Interview.

Warum diese Politik? Es geht offensichtlich um Höheres als um die Konflikte in Mittelamerika. Es geht um das Nordatlantische Bündnis. Um jeden Preis muß eine Kritik am Bündnispartner USA vermieden werden. Um jeden Preis muß die innerenpolitische Diskussion über die Konsequenzen der US-Politik vermieden werden, auch um den Preis der eigenen Glaubwürdigkeit.

Daß bei einer solchen Politik Peinlichkeit und es verheerende Widersprüche auftauchen, lädt sich nicht vermeiden. Nachdem die USA nach monatelangen Sabotageversuchen die Contadora-Initiative verbal unterstützen, da sie ihrer Bedeutung mehr beimesse, gibt die Bundesregierung auch ein Lippenbekenntnis dazu. In ihrer Antwort auf die SPD-Anfrage begrüßt die Bundesregierung auch die Unterstützung der fünf mittelamerikanischen Staaten für Contadora, vergiß dabei aber zu erwähnen, daß just im Oktober 1983 vier dieser Staaten den mittelamerikanischen Verteidigungspakt Contadora unter Anleitung der USA gegen Nicaragua wiederbelebt hatten.

Im Januar 1984 erscheint der Kissinger-Bericht. Diesen Empfehlungen die Bundesregierung aufs heftigste begrüßt. Die Verdoppelung der Wirtschaftshilfe für El Salvador findet sie ausgezeichnet. Daß Nicaragua kein Geld bekommt, stört sie nicht. Sie hat offensichtlich ähnliche Pläne. Die Mittärlhilfe an El Salvador, Honduras und Guatemala wird nicht erwähnt, wie überhaupt unerwähnt bleibt, daß die Konzeption des Kissinger-Berichts primär eine militärische ist und die Wirtschaftshilfe als flankierende Maßnahme gedacht ist.

(Zuruf von der SPD: Das ist es!) Dieses Problem hat das BMZ bei El Salvador nicht. Welche Projekte sind eigentlich für El Salvador vorgesehen? Basisnahe Kleinprojekte, die stets angestrebt werden, werden in der gegenwärtigen Situation kaum durchgeführt werden können. Was

(C) USA in dieser Region gehen die Widersprüche weiter. Ich zitiere:

Der Bundesregierung liegen Informationen über einen aggressiven Ideologieexport und eine Destabilisierungspolitik Nicaraguas vor. So lautet eine Antwort des Auswärtigen Amtes vom 6. Dezember 1983 auf meine Frage, warum die Finanzhilfe an Nicaragua nicht ausgezahlt wird. Übrigens liegen mir andere Informationen vor. Außerdem hatte ich nicht nach Informationen, sondern nach Beweisen gefragt.

Nebenbei bemerkte: Wenn Sie wissen wollen, was Ideologieexport ist, dann lesen Sie einmal die Entschießung des Deutschen Bundestages zur personellen Entwicklungshilfe der Bundesrepublik auf Drucksache 9/2220. Wenn Sie das lesen, dann wissen Sie, was Ideologieexport ist! — Ja, Herr Lamers.

Sie wissen, was darin steht, sonst würden Sie nicht lachen.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Die Angaben über die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit den Staaten Zentralamerikas in der Antwort auf die SPD-Anfrage betrachte ich als bewußte Irreführung. Nicaragua als das angeblich am meisten geförderte Land anzugeben soll wohl von der Tatsache ablenken, daß es seit 1981 keine Finanzhilfe mehr erhalten hat und daß diese Bundesregierung dabei ist, die Zahlungen ganz einzustellen. Es ist überhaupt sehr interessant, welche Begründungen für die Nichtauszahlung der 40 Millionen DM Finanzhilfe vom BMZ gegeben werden. Unter anderem behauptet das Ministerium, Nicaragua habe zu wenige Projekte eingereicht und es gebe keinerlei Mittelzuweisung von seiten der Bundesrepublik.

Als nun die Delegation des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit im November 1983 in Nicaragua war, mußte sie folgendes feststellen: Die Anzahl der vorgeschlagenen Projekte ist mehr als ausreichend gewesen. Es existiert außerdem eine mündliche Zusage in Form einer Verabrede von 1981 über eben diese 40 Millionen DM Warenhilfe für bereits gekaufte Landmaschinen aus der Bundesrepublik, die jetzt offensichtlich mit noch austehenden Schulden seitens Nicaraguas verrechnet werden sollen. Die Aussagen des BMZ, die es uns gegenüber vorher gemacht hatte, waren offensichtlich falsch. Was völlig fehlt, ist — so haben wir in Nicaragua festgestellt — eine Kommunikation des BMZ mit der nicaraguanischen Regierung über die angeblichen Vorbehalte gegenüber den eingerichteten Projektvorschlägen. Was fehlt, ist offensichtlich der politische Willen zur Auszahlung der Gelder.

(Zuruf von der SPD: Das ist es!)

Dieses Problem hat das BMZ bei El Salvador

nicht. Welche Projekte sind eigentlich für El Salvador vorgesehen? Basisnahe Kleinprojekte, die stets angestrebt werden, werden in der gegenwärtigen

**Frau Gottwald**

(A) bleibt, sind **Infrastrukturmaßnahmen**, die auch bei reits als Ersatzprojekte ausgeschrieben sind. Außerdem war schon in El Salvador, wie uns dort im November der Planungsminister mitteilte, für Nicaragua werden die Renovierung und der Ausbau des Fernmeidewesens verwirgert, weil es sich laut BMZ bei Infrastrukturmänaahmen stets um strategische Projekte handele. Trifft das bei El Salvador eigentlich nicht zu?

Fazit: Die Bundesregierung verfolgt eine Mittel-amerikapolitik, die sich streng an die Vorgaben der USA anlehnt.

(Zuruf von den GRÜNEN: So ist es!)

diese begleitet und ergänzt. Sie legitimiert das Vor gehen der USA in der Region, übernimmt deren Feindbilder und teilt deren antikommunistische Doktrin.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeord neten der SPD)

Sie stellt damit die sozialen und politischen Konflikte der Region in den Kontext des Ost-West-Problematik. Sie macht das Gegenteil von dem, was sie stets beteuert. Sie unterstützt nicht die Kräfte, die sich für soziale Verbesserung und Demokratisierung einsetzen. Sie setzt sich nicht für Frieden ein, sondern steht auf Seiten der Kriegstreiberei. Eine Politik, die nicht bereit ist, die Kriegspolitik zu verurteilen, wie wir es in unserem Entschließungsantrag fordern, kann nicht für sich in Anspruch nehmen, die Interessen der armen Bevölkerung in der Region zu vertreten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie kann ebenfalls nicht in Anspruch nehmen, eine internationale Friedenspolitik zu sein. Die Interessen liegen offenlich ganz wo anders. Die Hauptgefahr heute in Zentralamerika und der Karibik ist die Militarisierung der Region durch die USA.

(Zustimmung bei der GRÜNEN — Nie gel[CDU/CSU]: Kubal)

Ohne Einstellung der US-Intervention wird es nie einen Frieden in Mittelamerika geben.

(Beifall bei der GRÜNEN — Zurufe von der CDU/CSU)

In diesem Sinne ist der Antrag der GRÜNEN-Fraktion zu verstehen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Westphal:** Das Wort hat der Bundesminister des Auswärtigen.

**Genscher**, Bundesminister des Auswärtigen: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst ein Wort an den Kolllegen Wischniewski richten, der von dem legitimen Recht der Opposition Gebrauch gemacht hat, den Zeitpunkt der Befantwortung der Großen Anfrage zu beanstanden. Herr Kollege, das gab uns die Mög

**Bundesminister Genscher**

(C) lichkeit, zu erwarten, aber in ihrem Eintreten nicht sichere Entwicklungen mitzuberücksichtigen, insbesondere die Verabschiedung einer Verfassung in El Salvador im Dezember 1983, die Anberauung für den 25. März 1984, die Ankündigung der Vorlage eines Wahlgesetzes in Nicaragua für den 21. Februar 1984 und schließlich die Verabschiedung eines grundsätzlichen Arbeitsdokuments, der vier Contadora und der fünf zentralamerikanischen Staaten am 8. Januar dieses Jahres sowie der Bericht der Kissinger-Kommission der am 11. Januar vorgelegt wurde. Auch diese Tatsachen, Herr Kollege Wischniewski, würden noch nicht erklären können, warum die Bundesregierung erst am letzten Mittwoch über die Antwort auf die Anfrage beschlossen hat. Das hat vielmehr etwas mit mir persönlich zu tun, mit den Folgen meines Unfalls und Nachsicht bitten und Ihnen schon jetzt Besserung umzusagen und mir persönlich Besserung erhoffen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sprechen über eine Region, die seit langem nicht nur im Interesse unseres Landes und der Menschen unseres Landes steht, sondern mit der wir zutiefst mitfühlen.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Mir kommen die Tränen!) Die Politik, die wir betreiben, hat allein das Ziel, diese Region nicht zum Austragungsort der Gesetze zwischen West und Ost werden zu lassen.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Dann verhalten Sie sich auch sol)

Wer das schreckliche Jahr 1962, Frau Kollegin, mit erlebt hat, als es darum ging, ob sowjetische Raketen auf Ruba stationiert wurden oder nicht,

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Jetzt stehen sie bei uns im Land. Herr Genscher! Das beunruhigt Sie wohl nicht?)

als die Welt vor einem Dritten Weltkrieg stand, der wird eines versteht, daß wir alles daran setzen müssen, diese Region nicht zum Auszugsort eines Machtkampfes zwischen den beiden Großmächten werden zu lassen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Frau Gottwald [GRÜNE]: Dort keine Raketen! Lieber hier die Raketen, genau)

Deshalb hätte ich mir gewünscht, daß Sie, bei den von Ihnen so nachdrücklich vorgebrachten, von mir nicht geteilten, aber aus Ihrer Sicht verständlichen kritischen Bemerkungen zur Politik der Vereinigten Staaten auch einmal etwas zu den destabilisierenden Aktivitäten der Sowjetunion gesagt hätten.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Dr. Wulff [CDU/CSU]: Da gibt es keine Zwischenrufe, keine Fragen! — Fischer [Frankfurt] [GRÜNE]: Herr Genscher, wo ist eine destabilisierende Aktivität der So

(C) wjetunion? Sind Todesschwadronen Aktivitäten der Sowjetunion? — wenn es um die restlichen 97% Ihres Parteitags —, wenn es um die Sicherheitspolitik geht.

(Zuruf des Abg. Bindig [SPD])

Aber ist es denn nicht so, daß wir alle nach der Revolution in Nicaragua einen großen Vertrauensvorschuß den Kräften gegeben haben, die dort die Diktatur überwunden hatten,

(Dr. Wulff [CDU/CSU]: Sehr richtig!) (Dr. Wulff [CDU/CSU]: So ist es!) (Dr. Wulff [CDU/CSU]: Sehr wahr!) Und da wußten wir, daß es Kräfte in den regierenden Kreisen gibt, die gar nicht die Auftassungen haben, die wir hier, ganz gleich, wo wir sitzen mögen, für richtig hielten. Aber wir haben gesagt: Es sind Ziele gesetzt worden, und eines dieser Ziele ist der Pluralismus; und das wollen wir fördern, wir wollen, daß dieser Versuch eines demokratischen Anfangs Erfolg hat, und er wird ihn nur haben, wenn er wirtschaftlichen Fortschritt, wenn er sozialen Fortschritt bringt.

Wenn die Bundesregierung heute sagt, daß ihre weitere Haltung zur Hilfe für Nicaragua dadurch beeinflußt werden wird, wie man sich zu den damals selber gesetzten Zielen stellt, dann ist das nichts anderes als das, was wir den Verantwortlichen in Nicaragua immer gesagt haben, wenn sie hierher kamen, wenn wir mit ihnen über diese Frage gesprochen haben. Denn das ist doch nicht eine Entwicklung der letzten drei Monate oder sieben Wochen, sondern es zeigte sich doch, wie immer mehr Kräfte von der Regierungsvorantwortung ausgeschlossen wurden, wie immer stärker einseitig regiert wurde.

Da können sie sich auch nicht auf den mir politisch nahestehenden, unserer Parteifamilie angehörigen Arbeitsminister berufen. Er hat zu dem Wahlgesetz Stellung genommen, Herr Kollege Wischniewski. Er hat gesagt, daß dieses Wahlgesetz ohne die Mitwirkung der anderen Parteien, auch der uns nahestehenden, entstanden sei. Und dann hat er gesagt, es bleibe abzuwarten, ob andere Parteien Gelegenheit zum Wahlkampf erhalten werden. Er stellt sich diese partnerschaftliche Zusammensetzung, daß diese partnerschaftliche Zusammenarbeit von allen mit dem Ziel geführt wird, zu stabilisieren und nicht zu destabilisieren, soziale Gerechtigkeit zu erreichen und soziale Ungerechtigkeit nicht aufrechterzuerhalten.

(Zuruf des Abg. Fischer [Frankfurt] [GRÜNE])

Und nun muß man natürlich etwas sehen. Herr Kollege Wischniewski, wenn Sie die Kontinuität der Politik der Bundesregierung an dieser Stelle kritisches betrachten. Sie haben ja sonst in der Frage der Kontinuität von Außenpolitik eine größere Be

(C) weglichkeit — ich meine nicht Sie selbst, aber die restlichen 97% Ihres Parteitags —, wenn es um die Sicherheitspolitik geht.

(Zuruf des Abg. Bindig [SPD])

Aber ist es denn nicht so, daß wir alle nach der Revolution in Nicaragua einen großen Vertrauensvorschuß den Kräften gegeben haben, die dort die Diktatur überwunden hatten,

(Dr. Wulff [CDU/CSU]: Sehr richtig!) (Dr. Wulff [CDU/CSU]: So ist es!) (Dr. Wulff [CDU/CSU]: Sehr wahr!) Und da wußten wir, daß es Kräfte in den regierenden Kreisen gibt, die gar nicht die Auftassungen haben, die wir hier, ganz gleich, wo wir sitzen mögen, für richtig hielten. Aber wir haben gesagt: Es sind Ziele gesetzt worden, und eines dieser Ziele ist der Pluralismus; und das wollen wir fördern, wir wollen, daß dieser Versuch eines demokratischen Anfangs Erfolg hat, und er wird ihn nur haben, wenn er wirtschaftlichen Fortschritt, wenn er sozialen Fortschritt bringt.

Wenn die Bundesregierung heute sagt, daß ihre weitere Haltung zur Hilfe für Nicaragua dadurch beeinflußt werden wird, wie man sich zu den damals selber gesetzten Zielen stellt, dann ist das nichts anderes als das, was wir den Verantwortlichen in Nicaragua immer gesagt haben, wenn sie hierher kamen, wenn wir mit ihnen über diese Frage gesprochen haben. Denn das ist doch nicht eine Entwicklung der letzten drei Monate oder sieben Wochen, sondern es zeigte sich doch, wie immer mehr Kräfte von der Regierungsvorantwortung ausgeschlossen wurden, wie immer stärker einseitig regiert wurde.

Da können sie sich auch nicht auf den mir politisch nahestehenden, unserer Parteifamilie angehörigen Arbeitsminister berufen. Er hat zu dem Wahlgesetz Stellung genommen, Herr Kollege Wischniewski. Er hat gesagt, daß dieses Wahlgesetz ohne die Mitwirkung der anderen Parteien, auch der uns nahestehenden, entstanden sei. Und dann hat er gesagt, es bleibe abzuwarten, ob andere Parteien Gelegenheit zum Wahlkampf erhalten werden. Er stellt sich diese partnerschaftliche Zusammensetzung, daß diese partnerschaftliche Zusammenarbeit von allen mit dem Ziel geführt wird, zu stabilisieren und nicht zu destabilisieren, soziale Gerechtigkeit zu erreichen und soziale Ungerechtigkeit nicht aufrechterzuerhalten.

(Zuruf des Abg. Fischer [Frankfurt] [GRÜNE])

Und nun muß man natürlich etwas sehen. Herr Kollege Wischniewski, wenn Sie die Kontinuität der Politik der Bundesregierung an dieser Stelle kritisches betrachten. Sie haben ja sonst in der Frage der Kontinuität von Außenpolitik eine größere Be

(C) weglichkeit — ich meine nicht Sie selbst, aber die restlichen 97% Ihres Parteitags —, wenn es um die Sicherheitspolitik geht.

(Zuruf des Abg. Bindig [SPD])

Aber ist es denn nicht so, daß wir alle nach der Revolution in Nicaragua einen großen Vertrauensvorschuß den Kräften gegeben haben, die dort die Diktatur überwunden hatten,

(Dr. Wulff [CDU/CSU]: Sehr richtig!) (Dr. Wulff [CDU/CSU]: So ist es!) (Dr. Wulff [CDU/CSU]: Sehr wahr!) Und da wußten wir, daß es Kräfte in den regierenden Kreisen gibt, die gar nicht die Auftassungen haben, die wir hier, ganz gleich, wo wir sitzen mögen, für richtig hielten. Aber wir haben gesagt: Es sind Ziele gesetzt worden, und eines dieser Ziele ist der Pluralismus; und das wollen wir fördern, wir wollen, daß dieser Versuch eines demokratischen Anfangs Erfolg hat, und er wird ihn nur haben, wenn er wirtschaftlichen Fortschritt, wenn er sozialen Fortschritt bringt.

Wenn die Bundesregierung heute sagt, daß ihre weitere Haltung zur Hilfe für Nicaragua dadurch beeinflußt werden wird, wie man sich zu den damals selber gesetzten Zielen stellt, dann ist das nichts anderes als das, was wir den Verantwortlichen in Nicaragua immer gesagt haben, wenn sie hierher kamen, wenn wir mit ihnen über diese Frage gesprochen haben. Denn das ist doch nicht eine Entwicklung der letzten drei Monate oder sieben Wochen, sondern es zeigte sich doch, wie immer mehr Kräfte von der Regierungsvorantwortung ausgeschlossen wurden, wie immer stärker einseitig regiert wurde.

Da können sie sich auch nicht auf den mir politisch nahestehenden, unserer Parteifamilie angehörigen Arbeitsminister berufen. Er hat zu dem Wahlgesetz Stellung genommen, Herr Kollege Wischniewski. Er hat gesagt, daß dieses Wahlgesetz ohne die Mitwirkung der anderen Parteien, auch der uns nahestehenden, entstanden sei. Und dann hat er gesagt, es bleibe abzuwarten, ob andere Parteien Gelegenheit zum Wahlkampf erhalten werden. Er stellt sich diese partnerschaftliche Zusammensetzung, daß diese partnerschaftliche Zusammenarbeit von allen mit dem Ziel geführt wird, zu stabilisieren und nicht zu destabilisieren, soziale Gerechtigkeit zu erreichen und soziale Ungerechtigkeit nicht aufrechterzuerhalten.

(Zuruf des Abg. Fischer [Frankfurt] [GRÜNE])

Und nun muß man natürlich etwas sehen. Herr Kollege Wischniewski, wenn Sie die Kontinuität der Politik der Bundesregierung an dieser Stelle kritisches betrachten. Sie haben ja sonst in der Frage der Kontinuität von Außenpolitik eine größere Be

(C) weglichkeit — ich meine nicht Sie selbst, aber die restlichen 97% Ihres Parteitags —, wenn es um die Sicherheitspolitik geht.

(Zuruf des Abg. Bindig [SPD])

Aber ist es denn nicht so, daß wir alle nach der Revolution in Nicaragua einen großen Vertrauensvorschuß den Kräften gegeben haben, die dort die Diktatur überwunden hatten,

(Dr. Wulff [CDU/CSU]: Sehr richtig!) (Dr. Wulff [CDU/CSU]: So ist es!) (Dr. Wulff [CDU/CSU]: Sehr wahr!) Und da wußten wir, daß es Kräfte in den regierenden Kreisen gibt, die gar nicht die Auftassungen haben, die wir hier, ganz gleich, wo wir sitzen mögen, für richtig hielten. Aber wir haben gesagt: Es sind Ziele gesetzt worden, und eines dieser Ziele ist der Pluralismus; und das wollen wir fördern, wir wollen, daß dieser Versuch eines demokratischen Anfangs Erfolg hat, und er wird ihn nur haben, wenn er wirtschaftlichen Fortschritt, wenn er sozialen Fortschritt bringt.

Wenn die Bundesregierung heute sagt, daß ihre weitere Haltung zur Hilfe für Nicaragua dadurch beeinflußt werden wird, wie man sich zu den damals selber gesetzten Zielen stellt, dann ist das nichts anderes als das, was wir den Verantwortlichen in Nicaragua immer gesagt haben, wenn sie hierher kamen, wenn wir mit ihnen über diese Frage gesprochen haben. Denn das ist doch nicht eine Entwicklung der letzten drei Monate oder sieben Wochen, sondern es zeigte sich doch, wie immer mehr Kräfte von der Regierungsvorantwortung ausgeschlossen wurden, wie immer stärker einseitig regiert wurde.

Da können sie sich auch nicht auf den mir politisch nahestehenden, unserer Parteifamilie angehörigen Arbeitsminister berufen. Er hat zu dem Wahlgesetz Stellung genommen, Herr Kollege Wischniewski. Er hat gesagt, daß dieses Wahlgesetz ohne die Mitwirkung der anderen Parteien, auch der uns nahestehenden, entstanden sei. Und dann hat er gesagt, es bleibe abzuwarten, ob andere Parteien Gelegenheit zum Wahlkampf erhalten werden. Er stellt sich diese partnerschaftliche Zusammensetzung, daß diese partnerschaftliche Zusammenarbeit von allen mit dem Ziel geführt wird, zu stabilisieren und nicht zu destabilisieren, soziale Gerechtigkeit zu erreichen und soziale Ungerechtigkeit nicht aufrechterzuerhalten.

(Zuruf des Abg. Fischer [Frankfurt] [GRÜNE])

Und nun muß man natürlich etwas sehen. Herr Kollege Wischniewski, wenn Sie die Kontinuität der Politik der Bundesregierung an dieser Stelle kritisches betrachten. Sie haben ja sonst in der Frage der Kontinuität von Außenpolitik eine größere Be

(C) weglichkeit — ich meine nicht Sie selbst, aber die restlichen 97% Ihres Parteitags —, wenn es um die Sicherheitspolitik geht.

(Zuruf des Abg. Bindig [SPD])

Aber ist es denn nicht so, daß wir alle nach der Revolution in Nicaragua einen großen Vertrauensvorschuß den Kräften gegeben haben, die dort die Diktatur überwunden hatten,

(Dr. Wulff [CDU/CSU]: Sehr richtig!) (Dr. Wulff [CDU/CSU]: So ist es!) (Dr. Wulff [CDU/CSU]: Sehr wahr!) Und da wußten wir, daß es Kräfte in den regierenden Kreisen gibt, die gar nicht die Auftassungen haben, die wir hier, ganz gleich, wo wir sitzen mögen, für richtig hielten. Aber wir haben gesagt: Es sind Ziele gesetzt worden, und eines dieser Ziele ist der Pluralismus; und das wollen wir fördern, wir wollen, daß dieser Versuch eines demokratischen Anfangs Erfolg hat, und er wird ihn nur haben, wenn er wirtschaftlichen Fortschritt, wenn er sozialen Fortschritt bringt.

Wenn die Bundesregierung heute sagt, daß ihre weitere Haltung zur Hilfe für Nicaragua dadurch beeinflußt werden wird, wie man sich zu den damals selber gesetzten Zielen stellt, dann ist das nichts anderes als das, was wir den Verantwortlichen in Nicaragua immer gesagt haben, wenn sie hierher kamen, wenn wir mit ihnen über diese Frage gesprochen haben. Denn das ist doch nicht eine Entwicklung der letzten drei Monate oder sieben Wochen, sondern es zeigte sich doch, wie immer mehr Kräfte von der Regierungsvorantwortung ausgeschlossen wurden, wie immer stärker einseitig regiert wurde.

Da können sie sich auch nicht auf den mir politisch nahestehenden, unserer Parteifamilie angehörigen Arbeitsminister berufen. Er hat zu dem Wahlgesetz Stellung genommen, Herr Kollege Wischniewski. Er hat gesagt, daß dieses Wahlgesetz ohne die Mitwirkung der anderen Parteien, auch der uns nahestehenden, entstanden sei. Und dann hat er gesagt, es bleibe abzuwarten, ob andere Parteien Gelegenheit zum Wahlkampf erhalten werden. Er stellt sich diese partnerschaftliche Zusammensetzung, daß diese partnerschaftliche Zusammenarbeit von allen mit dem Ziel geführt wird, zu stabilisieren und nicht zu destabilisieren, soziale Gerechtigkeit zu erreichen und soziale Ungerechtigkeit nicht aufrechterzuerhalten.

(Zuruf des Abg. Fischer [Frankfurt] [GRÜNE])

Und nun muß man natürlich etwas sehen. Herr Kollege Wischniewski, wenn Sie die Kontinuität der Politik der Bundesregierung an dieser Stelle kritisches betrachten. Sie haben ja sonst in der Frage der Kontinuität von Außenpolitik eine größere Be

(C) weglichkeit — ich meine nicht Sie selbst, aber die restlichen 97% Ihres Parteitags —, wenn es um die Sicherheitspolitik geht.

(Zuruf des Abg. Bindig [SPD])

Aber ist es denn nicht so, daß wir alle nach der Revolution in Nicaragua einen großen Vertrauensvorschuß den Kräften gegeben haben, die dort die Diktatur überwunden hatten,

(Dr. Wulff [CDU/CSU]: Sehr richtig!) (Dr. Wulff [CDU/CSU]: So ist es!) (Dr. Wulff [CDU/CSU]: Sehr wahr!) Und da wußten wir, daß es Kräfte in den regierenden Kreisen gibt, die gar nicht die Auftassungen haben, die wir hier, ganz gleich, wo wir sitzen mögen, für richtig hielten. Aber wir haben gesagt: Es sind Ziele gesetzt worden, und eines dieser Ziele ist der Pluralismus; und das wollen wir fördern, wir wollen, daß dieser Versuch eines demokratischen Anfangs Erfolg hat, und er wird ihn nur haben, wenn er wirtschaftlichen Fortschritt, wenn er sozialen Fortschritt bringt.

Wenn die Bundesregierung heute sagt, daß ihre weitere Haltung zur Hilfe für Nicaragua dadurch beeinflußt werden wird, wie man sich zu den damals selber gesetzten Zielen stellt, dann ist das nichts anderes als das, was wir den Verantwortlichen in Nicaragua immer gesagt haben, wenn sie hierher kamen, wenn wir mit ihnen über diese Frage gesprochen haben. Denn das ist doch nicht eine Entwicklung der letzten drei Monate oder sieben Wochen, sondern es zeigte sich doch, wie immer mehr Kräfte von der Regierungsvorantwortung ausgeschlossen wurden, wie immer stärker einseitig regiert wurde.

Da können sie sich auch nicht auf den mir politisch nahestehenden, unserer Parteifamilie angehörigen Arbeitsminister berufen. Er hat zu dem Wahlgesetz Stellung genommen, Herr Kollege Wischniewski. Er hat gesagt, daß dieses Wahlgesetz ohne die Mitwirkung der anderen Parteien, auch der uns nahestehenden, entstanden sei. Und dann hat er gesagt, es bleibe abzuwarten, ob andere Parteien Gelegenheit zum Wahlkampf erhalten werden. Er stellt sich diese partnerschaftliche Zusammensetzung, daß diese partnerschaftliche Zusammenarbeit von allen mit dem Ziel geführt wird, zu stabilisieren und nicht zu destabilisieren, soziale Gerechtigkeit zu erreichen und soziale Ungerechtigkeit nicht aufrechterzuerhalten.

(Zuruf des Abg. Fischer [Frankfurt] [GRÜNE])

Und nun muß man natürlich etwas sehen. Herr Kollege Wischniewski, wenn Sie die Kontinuität der Politik der Bundesregierung an dieser Stelle kritisches betrachten. Sie haben ja sonst in der Frage der Kontinuität von Außenpolitik eine größere Be

(C) weglichkeit — ich meine nicht Sie selbst, aber die restlichen 97% Ihres Parteitags —, wenn es um die Sicherheitspolitik geht.

(Zuruf des Abg. Bindig [SPD])

Aber ist es denn nicht so, daß wir alle nach der Revolution in Nicaragua einen großen Vertrauensvorschuß den Kräften gegeben haben, die dort die Diktatur überwunden hatten,

(Dr. Wulff [CDU/CSU]: Sehr richtig!) (Dr. Wulff [CDU/CSU]: So ist es!) (Dr. Wulff [CDU/CSU]: Sehr wahr!) Und da wußten wir, daß es Kräfte in den regierenden Kreisen gibt, die gar nicht die Auftassungen haben, die wir hier, ganz gleich, wo wir sitzen mögen, für richtig hielten. Aber wir haben gesagt: Es sind Ziele gesetzt worden, und eines dieser Ziele ist der Pluralismus; und das wollen wir fördern, wir wollen, daß dieser Versuch eines demokratischen Anfangs Erfolg hat, und er wird ihn nur haben, wenn er wirtschaftlichen Fortschritt, wenn er sozialen Fortschritt bringt.

Wenn die Bundesregierung heute sagt, daß ihre weitere Haltung zur Hilfe für Nicaragua dadurch beeinflußt werden wird, wie man sich zu den damals selber gesetzten Zielen stellt, dann ist das nichts anderes als das, was wir den Verantwortlichen in Nicaragua immer gesagt haben, wenn sie hierher kamen, wenn wir mit ihnen über diese Frage gesprochen haben. Denn das ist doch nicht eine Entwicklung der letzten drei Monate oder sieben Wochen, sondern es zeigte sich doch, wie immer mehr Kräfte von der Regierungsvorantwortung ausgeschlossen wurden, wie immer stärker einseitig regiert wurde.

Da können sie sich auch nicht auf den mir politisch nahestehenden, unserer Parteifamilie angehörigen Arbeitsminister berufen. Er hat zu dem Wahlgesetz Stellung genommen, Herr Kollege Wischniewski. Er hat gesagt, daß dieses Wahlgesetz ohne die Mitwirkung der anderen Parteien, auch der uns nahestehenden, entstanden sei. Und dann hat er gesagt, es bleibe abzuwarten, ob andere Parteien Gelegenheit zum Wahlkampf erhalten werden. Er stellt sich diese partnerschaftliche Zusammensetzung, daß diese partnerschaftliche Zusammenarbeit von allen mit dem Ziel geführt wird, zu stabilisieren und nicht zu destabilisieren, soziale Gerechtigkeit zu erreichen und soziale Ungerechtigkeit nicht aufrechterzuerhalten.

(Zuruf des Abg. Fischer [Frankfurt] [GRÜNE])

Und nun muß man natürlich etwas sehen. Herr Kollege Wischniewski, wenn Sie die Kontinuität der Politik der Bundesregierung an dieser Stelle kritisches betrachten. Sie haben ja sonst in der Frage der Kontinuität von Außenpolitik eine größere Be

(C) weglichkeit — ich meine nicht Sie selbst, aber die restlichen 97% Ihres Parteitags —, wenn es um die Sicherheitspolitik geht.

(Zuruf des Abg. Bindig [SPD])

Aber ist es denn nicht so, daß wir alle nach der Revolution in Nicaragua einen großen Vertrauensvorschuß den Kräften gegeben haben, die dort die Diktatur überwunden hatten,

(Dr. Wulff [CDU/CSU]: Sehr richtig!) (Dr. Wulff [CDU/CSU]: So ist es!) (Dr. Wulff [CDU/CSU]: Sehr wahr!) Und da wußten wir, daß es Kräfte in den regierenden Kreisen gibt, die gar nicht die Auftassungen haben, die wir hier, ganz gleich, wo wir sitzen mögen, für richtig hielten. Aber wir haben gesagt: Es sind Ziele gesetzt worden, und eines dieser Ziele ist der Pluralismus; und das wollen wir fördern, wir wollen, daß dieser Versuch eines demokratischen Anfangs Erfolg hat, und er wird ihn nur haben, wenn er wirtschaftlichen Fortschritt, wenn er sozialen Fortschritt bringt.

Wenn die Bundesregierung heute sagt, daß ihre weitere Haltung zur Hilfe für Nicaragua dadurch beeinflußt werden wird, wie man sich zu den damals selber gesetzten Zielen stellt, dann ist das nichts anderes als das, was wir den Verantwortlichen in Nicaragua immer gesagt haben, wenn sie hierher kamen, wenn wir mit ihnen über diese Frage gesprochen haben. Denn das ist doch nicht eine Entwicklung der letzten drei Monate oder sieben Wochen, sondern es zeigte sich doch, wie immer mehr Kräfte von der Regierungsvorantwortung ausgeschlossen wurden, wie immer stärker einseitig regiert wurde.

Da können sie sich auch nicht auf den mir politisch nahestehenden, unserer Parteifamilie angehörigen Arbeitsminister berufen. Er hat zu dem Wahlgesetz Stellung genommen, Herr Kollege Wischniewski. Er hat gesagt, daß dieses Wahlgesetz ohne die Mitwirkung der anderen Parteien, auch der uns nahestehenden, entstanden sei. Und dann hat er gesagt, es bleibe abzuwarten, ob andere Parteien Gelegenheit zum Wahlkampf erhalten werden. Er stellt sich diese partnerschaftliche Zusammensetzung, daß diese partnerschaftliche Zusammenarbeit von allen mit dem Ziel geführt wird, zu stabilisieren und nicht zu destabilisieren, soziale Gerechtigkeit zu erreichen und soziale Ungerechtigkeit nicht aufrechterzuerhalten.

(Zuruf des Abg. Fischer [Frankfurt] [GRÜNE])

Und nun muß man natürlich etwas sehen. Herr Kollege Wischniewski, wenn Sie die Kontinuität der Politik der Bundesregierung an dieser Stelle kritisches betrachten. Sie haben ja sonst in der Frage der Kontinuität von Außenpolitik eine größere Be

(C) weglichkeit — ich meine nicht Sie selbst, aber die restlichen 97% Ihres Parteitags —, wenn es um die Sicherheitspolitik geht.

(Zuruf des Abg. Bindig [SPD])

Aber ist es denn nicht so, daß wir alle nach der Revolution in Nicaragua einen großen Vertrauensvorschuß den Kräften gegeben haben, die dort die Diktatur überwunden hatten,

(Dr. Wulff [CDU/CSU]: Sehr richtig!) (Dr. Wulff [CDU/CSU]: So ist es!) (Dr. Wulff [CDU/CSU]: Sehr wahr!) Und da wußten wir, daß es Kräfte in den regierenden Kreisen gibt, die gar nicht die Auftassungen haben, die wir hier, ganz gleich, wo wir sitzen mögen, für richtig hielten. Aber wir haben gesagt: Es sind Ziele gesetzt worden, und eines dieser Ziele ist der Pluralismus; und das wollen wir fördern, wir wollen, daß dieser Versuch eines demokratischen Anfangs Erfolg hat, und er wird ihn nur haben, wenn er wirtschaftlichen Fortschritt, wenn er sozialen Fortschritt bringt.

Wenn die Bundesregierung heute sagt, daß ihre weitere Haltung zur Hilfe für Nicaragua dadurch beeinflußt werden wird, wie man sich zu den damals selber gesetzten Zielen stellt, dann ist das nichts anderes als das, was wir den Verantwortlichen in Nicaragua immer gesagt haben, wenn sie hierher kamen, wenn wir mit ihnen über diese Frage gesprochen haben. Denn das ist doch nicht eine Entwicklung der letzten drei Monate oder sieben Wochen, sondern es zeigte sich doch, wie immer mehr Kräfte von der Regierungsvorantwortung ausgeschlossen wurden, wie immer stärker einseitig regiert wurde.

Da können sie sich auch nicht auf den mir politisch nahestehenden, unserer Parteifamilie angehörigen Arbeitsminister berufen. Er hat zu dem Wahlgesetz Stellung genommen, Herr Kollege Wischniewski. Er hat gesagt, daß dieses Wahlgesetz ohne die Mitwirkung der anderen Parteien, auch der uns nahestehenden, entstanden sei. Und dann hat er gesagt, es bleibe abzuwarten, ob andere Parteien Gelegenheit zum Wahlkampf erhalten werden. Er stellt sich diese partnerschaftliche Zusammensetzung, daß diese partnerschaftliche Zusammenarbeit von allen mit dem Ziel geführt wird, zu stabilisieren und nicht zu destabilisieren, soziale Gerechtigkeit zu erreichen und soziale Ungerechtigkeit nicht aufrechterzuerhalten.

(Zuruf des Abg. Fischer [Frankfurt] [GRÜNE])

Und nun muß man natürlich etwas sehen. Herr Kollege Wischniewski, wenn Sie die Kontinuität der Politik der Bundesregierung an dieser Stelle kritisches betrachten. Sie haben ja sonst in der Frage der Kontinuität von Außenpolitik eine größere Be

(C) weglichkeit — ich meine nicht Sie selbst, aber die restlichen 97% Ihres Parteitags —, wenn es um die Sicherheitspolitik geht.

(Zuruf des Abg. Bindig [SPD])

Aber ist es denn nicht so, daß wir alle nach der Revolution in Nicaragua einen großen Vertrauensvorschuß den Kräften gegeben haben, die dort die Diktatur überwunden hatten,

(Dr. Wulff [CDU/CSU]: Sehr richtig!) (Dr. Wulff [CDU/CSU]: So ist es!) (Dr. Wulff [CDU/CSU]: Sehr wahr!) Und da wußten wir, daß es Kräfte in den regierenden Kreisen gibt, die gar nicht die Auftassungen haben, die wir hier, ganz gleich, wo wir sitzen mögen, für richtig hielten. Aber wir haben gesagt: Es sind Ziele gesetzt worden, und eines dieser Ziele ist der Pluralismus; und das wollen wir fördern, wir wollen, daß dieser Versuch eines demokratischen Anfangs Erfolg hat, und er wird ihn nur haben, wenn er wirtschaftlichen Fortschritt, wenn er sozialen Fortschritt bringt.

Wenn die Bundesregierung heute sagt, daß ihre weitere Haltung zur Hilfe für Nicaragua dadurch beeinflußt werden wird, wie man sich zu den damals selber gesetzten Zielen stellt, dann ist das nichts anderes als das, was wir den Verantwortlichen in Nicaragua immer gesagt haben, wenn sie hierher kamen, wenn wir mit ihnen über diese Frage gesprochen haben. Denn das ist doch nicht eine Entwicklung der letzten drei Monate oder sieben Wochen, sondern es zeigte sich doch, wie immer mehr Kräfte von der Regierungsvorantwortung ausgeschlossen wurden, wie immer stärker einseitig regiert wurde.

Da können sie sich auch nicht auf den mir politisch nahestehenden, unserer Parteifamilie angehörigen Arbeitsminister berufen. Er hat zu dem Wahlgesetz Stellung genommen, Herr Kollege Wischniewski. Er hat gesagt, daß dieses Wahlgesetz ohne die Mitwirkung der anderen Parteien, auch der uns nahestehenden, entstanden sei. Und dann hat er gesagt, es bleibe abzuwarten, ob andere Parteien Gelegenheit zum Wahlkampf erhalten werden. Er stellt sich diese partnerschaftliche Zusammensetzung, daß diese partnerschaftliche Zusammenarbeit von allen mit dem Ziel geführt wird, zu stabilisieren und nicht zu destabilisieren, soziale Gerechtigkeit zu erreichen und soziale Ungerechtigkeit nicht aufrechterzuerhalten.

(Zuruf des Abg. Fischer [Frankfurt] [GRÜNE])

<p

**Bundesminister Genscher**

(A) Was El Salvador angeht, Herr Kollege Wischnewski: Dort ringen demokratische Kräfte darum, daß ein Wahlvorgang trotz der Behinderungen durch Extremisten von rechts und links stattfinden kann. Niemand kann heute voraus sagen, ob er so stattfinden wird, daß man von einem Wahlvorgang sprechen kann.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Mit El Salvador haben Sie doch keine Probleme, oder?)

Denn niemand weiß, wie weit die Eskalation des Terrors geht. Nur, wenn uns diese demokratischen Kräfte bitten, zur Anerkennung ihres Bernihens auch durch den Status unserer diplomatischen Vertretungen beizutragen, und wenn wir den demokratischen Kräften in der Auseinandersetzung mit den Extremisten von rechts und links ein Zeichen der Hoffnung für die Zukunft dieses Landes setzen, dann kritisieren Sie das doch nicht! Das ist doch diese Motivlage, die uns auch — unter anderen Voraussetzungen — bei Nicaragua veranlaßt hat, Hilfe zu leisten.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)  
Hier befinden wir uns voll in der Kontinuität der Politik, die dieses Land seit Jahren betrieben hat.

(Bindig [SPD]: Na, na!)  
Aber wir dürfen nicht über das hinwegsehen, was sich auch an Änderungen an, anderer Stelle ergibt.

(B) Sandinisten mehr und mehr von ihren ursprünglichen Zielen entfernt haben. Aber wir sagen ja nicht: Sie werden nicht mehr dazu zurückkehren. Die Bundesregierung sagt: Wir werden unser Verhalten davon abhängig machen, ob es ein taktisches Manöver oder ob es wirkliche Politik ist, was jetzt eingeleitet worden ist.

(Fischer [Frankfurt] [GRÜNE]: Das ist doch Headachei, Herr Genscher! Sie wissen doch, daß sich das Land unter Invasionssdruck militarisieren muß! — Weitere Zusage von den GRÜNEN)

Nichts würde uns mehr freuen, als wenn sich die Erwartungen und Hoffnungen, die wir alle haben, bestätigen. — Es würde Ihnen leichter fallen, die Bundesregierung zu verstehen, wenn sie sich die Mühe geben würden, unsere Ausführungen hier im Deutschen Bundestag mit derselben Ruhe anzuhören, mit der wir Sie anhören.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Abg. Wischnewski [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Sie haben ja nachher noch Gelegenheit, Ihre gegenwärtige Meinung darzustellen. Nur, Sie werden niemals — das muß ich Ihnen einmal sagen — zu einer objektiven Einschätzung außenpolitischer Lagen und Probleme kommen.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Das wäre ja auch etwas: die und objektiv!)

**Vizepräsident Westphal:** Herr Bundesminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Wischnewski?

**Genscher**, Bundesminister des Auswärtigen: Ich würde gern mit meinen Ausführungen fortfahren.

**Vizepräsident Westphal:** Ich frage Sie dann anschließend noch einmal, ob Sie eine Zwischenfrage zulassen wollen.

**Genscher**, Bundesminister des Auswärtigen: Denn ich habe im Moment die Aufmerksamkeit der GRÜNEN-Faktion in einer Weise, wie man das nicht immer haben kann, und möchte deshalb die wirklich kurze Zeit, die Sie bis zur Durchführung der Rotation hier bei uns sein werden, nutzen, um Ihnen unsere Politik noch zu vermitteln.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Lachen bei den GRÜNEN — Schwenninger [GRÜNE]: Jetzt auch noch diese Masche! — Fischer [Frankfurt] [GRÜNE]: Bald rotiert jemand ganz anders! Im Moment „wörnet“ es! — Weiteres anhaltende Zurufe von den GRÜNEN)

— Also, das Wort „Masche“, Herr Kollege, stammt nicht von mir. Aber wenn Sie damit sagen wollten, daß Ihre Erklärung vor der Wahl, Sie wollten die Mandate nach zwei Jahren wechseln, eine Wahlnahe war, dann wird das für Ihre Wähler eine außerordentlich interessante Information sein, die etwas mit Ihrer politischen Glaubwürdigkeit zu tun hat. —

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsident Westphal:** Herr Bundesminister, ich darf Sie noch einmal fragen: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Wischnewski?

**Genscher**, Bundesminister des Auswärtigen: Ich möchte meine Erfahrungen gern forsetzen. Herr Kollege Wischnewski. —

Mittelamerika ist seit vielen Jahren ein gefährliches Spannungsgebiet; das kann niemand bestreiten. Die Völker dieser Region ringen um eine gerechte politische, wirtschaftliche und soziale Ordnung. Sie wollen demokratische Institutionen. Sie fordern eine eigenständige Entwicklung, die frei von fremdem Einfluß ist. Da kann es gar keinen Zweifel geben, daß die Ursachen der gegenwärtigen Auseinandersetzungen zunächst einmal in überzentralamerika vielleicht ein bißchen überwunden sind, sinkende Exporterlöse, erdrückende Schuldenlasten erschweren die eigenen Anstrengungen der Länder um Gesundung und Erneuerung. Ich habe manchmal den Eindruck, daß in der Diskussion über Zentralamerika vielleicht ein bißchen überstark auch innerpolitische Gegensätze aus diesem Lande auf die Außenpolitik übertragen werden.

Die wirtschaftlichen und finanziellen Probleme haben zu einer Krise der Gesellschaftssysteme vieler mittelamerikanischer Länder geführt. Der

**Bundesminister Genscher**

wenn Ihre erste These ist: wenn irgend etwas nicht stimmt, sind bestimmt die Amerikaner daran schuld. Das hat bei Ihnen Prädilektion.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Frau Gottwald [GRÜNE]: Sie haben überhaupt noch kein Wort in der Hinsicht verloren! — Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Sehen Sie, es wäre ganz falsch, wenn man eben erwachende demokratische Hoffnungen jetzt mit anderer Form und anderer politischer Zielrichtung der Repression beantworten würde. Das ist doch das Problem.

(Fischer [Frankfurt] [GRÜNE]: Dann soll man aber die Interventionstruppen wegnehmen! — Frau Gottwald [GRÜNE]: Das müssen Sie uns doch nicht sagen, Herr Genscher!)

Das kann man nur objektiv tun, wenn man für die Gefahren von links und rechts für die Demokratie und nicht nur von der einen Seite ein schafes Augen hat. Die Gefahren aus beiden Richtungen muß man sehen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Frau Gottwald [GRÜNE]: Fragen Sie doch Herrn Warnke, der lobt das Geschäft, doch immer!)

nämlich die Spitzenposition bei Waffenlieferungen in Krisenländern, wo in Wahrheit Traktoren, Schullen und Krankenhäuser gebraucht werden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Fischer [Frankfurt] [GRÜNE]: Wer klagt sich da? Waffenexporteure!)

Mittelamerika liegt nicht isoliert. Was sich dort entwickelt und was dort geschieht, hat seine Auswirkungen auf die umliegenden Nachbarländer, auf ganz Lateinamerika. Da zeigt sich, daß unsere Auffassung, daß die Lösung von regionalen Problemen am besten in der Hand von politischen Kräften aus der Region liegt, nicht nur von uns für richtig gehalten wird. Deshalb unterstützen wir die Contadora-Initiative.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Aus dem Satz ist die Luft raus!)

Wir haben das von Anfang an getan, wir werden das auch in Zukunft tun. Da werden wir die Vorschläge, die jetzt gemacht werden, sehr genau prüfen, aber wir werden uns auch das Recht vorbehalten zu prüfen, welches der Länder, das diese Verpflichtungen unterzeichnet hat, sie wirklich erfüllt oder verletzt mit der Unterschrift, nur einen guten Konsenzabgang haben wollte.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Weil denn schon etwas gemacht und wer nicht? — Weitere Zurufe von den GRÜNEN — Dr. Marx [CDU/CSU]: Ich möchte gern zuhören, Herr Präsident!)

Deshalb kommt es jetzt darauf an, daß wir alle unsere politischen Möglichkeiten einzusetzen, daß es durch Durchführung der Entscheidungen kommt, die durch die Vermittlung der Contadora-Staaten zu stande gekommen sind, und daß wir durch unsere

**Bundesminister Genscher**

(C) (A) Wenn Ihre erste These ist: wenn irgend etwas nicht ausgebreitet — wir müssen das sehen —, nachdem mit nichts anderem als mit Repression beantwortet worden sind.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Sehen Sie, es wäre ganz falsch, wenn man eben erwachende demokratische Hoffnungen jetzt mit anderer Form und anderer politischer Zielrichtung der Repression beantworten würde. Das ist doch das Problem.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Frau Gottwald [GRÜNE]: Auf Kosten der Dritten Welt! — Fischer [Frankfurt] [GRÜNE]: Erst würgen Sie ihnen was rein, dann würgen Sie es wieder raus!)

Das erklärt auch, warum wir in hervorragende internationale Position haben, während Länder, die ein anderes politisches System haben, nur eine einzige Spitzenposition haben.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Fragen Sie doch Herrn Warnke, der lobt das Geschäft, doch immer!)

nämlich die Spitzenposition bei Waffenlieferungen in Krisenländern, wo in Wahrheit Traktoren, Schullen und Krankenhäuser gebraucht werden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Fischer [Frankfurt] [GRÜNE]: Wer klagt sich da? Waffenexporteure!)

Mittelamerika liegt nicht isoliert. Was sich dort entwickelt und was dort geschieht, hat seine Auswirkungen auf die umliegenden Nachbarländer, auf ganz Lateinamerika. Da zeigt sich, daß unsere Auffassung, daß die Lösung von regionalen Problemen am besten in der Hand von politischen Kräften aus der Region liegt, nicht nur von uns für richtig gehalten wird. Deshalb unterstützen wir die Contadora-Initiative.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Aus dem Satz ist die Luft raus!)

Wir haben das von Anfang an getan, wir werden das auch in Zukunft tun. Da werden wir die Vorschläge, die jetzt gemacht werden, sehr genau prüfen, aber wir werden uns auch das Recht vorbehalten zu prüfen, welches der Länder, das diese Verpflichtungen unterzeichnet hat, sie wirklich erfüllt oder verletzt mit der Unterschrift, nur einen guten Konsenzabgang haben wollte.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Weil denn schon etwas gemacht und wer nicht? — Weitere Zurufe von den GRÜNEN — Dr. Marx [CDU/CSU]: Ich möchte gern zuhören, Herr Präsident!)

Deshalb kommt es jetzt darauf an, daß wir alle unsere politischen Möglichkeiten einzusetzen, daß es durch Durchführung der Entscheidungen kommt, die durch die Vermittlung der Contadora-Staaten zu stande gekommen sind, und daß wir durch unsere

**Bundesminister Genscher**

(A) Politik dazu beitragen, diejenigen zu ermutigen, die das ernsthaft wollen. Es kommt darauf an, daß wir sagen, wir werden nicht achtlos daran vorübergehen, wenn selbst erkärt'che Verpflichtungen nicht eingehalten werden.

Ich glaube, daß wir unsere Verantwortung am besten erfüllen, wenn wir bei der Auseinandersetzung über die Entwicklung in Zentralamerika ein Land nicht als Nebenpunkt behandeln, das eigentlich ein Beispiel setzen sollte, wie Zentralamerika politisch sein könnte. Ich meine das Land Costa Rica.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Das ist ein Land, meine Damen und Herren, mit einer funktionierenden Demokratie, mit schwersten ökonomischen Problemen, über deren Ursache ich nicht reden will — die nicht nur von außen kommen; aber das ist ein innerpolitischs Problem der dort agierenden politischen Kräfte. Wir sollten durch unsere Hilfe für Costa Rica zeigen, daß dies ein Modellfall für ein unabhängiges Land sein kann, für ein Land, das durch demokratische Struktur — das ist mehr als nur Pluralität — und durch eine weitgehend marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung, aber auch durch rechtzeitige soziale Reformen — Costa Ricas soziale Reformen werden oft übersehen — eine relativ stabile Demokratie geschaffen hat.

(Schwenninger [GRÜNE]: Darüber sind wir aber froh!)

Das, was heute Costa Rica bedroht, ist nicht innersoziale oder politische Instabilität. Was Costa Rica heute bedroht, ist die Gefahr, mehr und mehr in die Auseinandersetzung anderer Staaten hineingezogen zu werden.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Weil Pastora da ist! Der operiert von Costa Rica aus!)

Objekt einer Instabilitätspolitik zu werden.

Das Beispiel Costa Rica sollten Sie sich einmal genauer ansehen, weil es das Land Zentralamerikas ist, das fruhzeitig auf eigene Streitkräfte verzichtet hat; das heute gegenüber soischen Aktivitäten praktisch wehrlos ist und das gerade wegen dieser Wehrlosigkeit unserer besonderen politischen und wirtschaftlichen Unterstützung bedarf.

Nun haben Sie, Frau Kollegin Gottwald, eine Bemerkung gemacht, die der Vertiefung bedarf.

(Dr. Wulf [CDU/CSU]: Die hat noch nie zugehört!)

Sie haben gesagt: Man kann ja nicht erwarten, daß sich überall in der Dritten Welt die demokratischen Entwicklungen so vollziehen, wie wir uns das hier in der Bundesrepublik Deutschland vorstellen.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Genau!)

Da haben Sie absolut recht.

(Fischer [Frankfurt] [GRÜNE]: In zwei Weltkriegen!)

Das muß übrigens auch für alle Teile der Welt gelten.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Richtig!)

Unsere Auffassung, daß in der Blockfreienbewe- gung die Grundsätze der Unabhängigkeit sein sollen, deckt sich genau mit dieser Auffassung. Wir können und wir wollen nicht Lehrmeister sein

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Dann lassen Sie es!)

für die inneren Strukturen in diesen Ländern.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Verzichten Sie darauf; damit bin ich zufrieden!)

Was wir anbieten können, ist das Beispiel unserer eigenen Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Bloß nicht!

Nein!)

Costa Rica ist ein solches Land, das dieses Beispiel positiv angenommen hat.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Das kann man der ganzen Dritten Welt nicht antun!)

Diese Länder wissen, daß dieses Beispiel auch für sie gut ist.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Die sind bis über beide Ohren verschuldet, Herr Genscher!)

Denn unsere gute wirtschaftliche Lage ermöglicht es uns — ich muß es Ihnen noch einmal sagen, auch wenn Sie es nicht gern hören —, bei der friedlichen Entwicklungshilfe mit an der Spitze der Welt zu stehen.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: So ist es!)

Sagen wir es einmal deutlich: Wir, die Bundesrepublik Deutschland, leisten mehr als doppelt soviel staatliche Entwicklungshilfe

(Schwenninger [GRÜNE]: Entwicklungsgeschäft!)

als alle Staaten des Warschauer Pakts zusammen genommen.

(Lebhafte Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Frau Gottwald [GRÜNE]: Weil Sie mehr als 100% davon verdienen, Herr Genscher! Weil es ein so gutes Geschäft ist!)

Wo wir nicht konkurrenzfähig sind, das sind die Waffenexperten. Dabei wollen wir das auch gar nicht sein. Ich spreche noch gar nicht von den privaten Investitionen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, es wird uns in der Mittelamerikanik mehr weiterhelfen — und damit auch den Völkern dort weiterhelfen —, wenn der Deutsche Bundestag weniger Vergangenheitsbewältigung betreibt oder gegenwärtige Ost-West-Gegensätze oder Parteifamilien gegensätze in seine Debatte zu tragen, sondern wenn wir gemeinsam prüfen, wie wir dazu beitreten können, die Ziele und politischen Vorschriften der Contadora-Gruppe verwirklichen werden.

Es würde uns mehr helfen, wenn wir in unseren Parteifamilien in der Europäischen Gemeinschaft dafür sprächen, daß die anderen Mitgliedstaaten wie wir, die Bundesregierung, dafür eintreten, daß

dort ist auch unser Frieden. Wenn wir so an diese Aufgabe herangehen, kann sogar diese Diskussion mit Zentralamerika erkennt, und wenn es gelingt, dieses Programm durch eine Gemeinschaft in die Tat umzusetzen, die auch nicht im Verdacht steht, diese Region dominieren zu wollen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Schwenninger [GRÜNE]: Kein Wort zu USA!)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Holtz.

Dr. Holtz (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kein Krisenherd bewegt — obwohl so weit von Europa entfernt — die europäische öffentliche Meinung so sehr wie Mitteleuropa und die Karibik.

Mit der Antwort haben Sie sich viel Zeit gelassen. Was lange währt, muß noch lange nicht in allen Teilen gut sein. Herr Außenminister, Die Antwort ist auch dadurch interessant, daß sie sich an einigen wichtigen klaren Aussagen vorbeidrückt. Wir finden es enttäuschend, daß Sie hier nicht eindeutig erklärt haben: Die Bundesregierung unterstützt das Gewaltverzichtsprinzip. Deshalb werden Sie sich gegen jede Art von militärischer Intervention, auch gegen die US-Intervention in diesem Raum.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir hätten genauso erwartet, daß man sich eindeutig gegen die CIA-Aktivitäten ausspricht, die auch in dieser Region destabilisierend wirken.

(Beifall bei der SPD)

Wir Sozialdemokraten sehen — wie die Bundesregierung und wie auch der Kissinger-Bericht — die wesentlichen Ursachen in den wirtschaftlichen und sozialen Problemen, aber nicht nur in ihnen, sondern auch in den häufig **undemokratischen politischen Strukturen**, die zu einer massiven Unterdrückung der Bevölkerung beitragen, sowie auch im der Unterentwicklung und der Ausbeutung, Nicht daran schuld, daß es in verschiedenen Ländern soziale Emanzipations- und Befreiungsbewegungen gibt; verantwortlich für ihr Entstehen sind zuallererst diese ungerechten unterdrückterischen Strukturen. Das versucht die Sowjetunion auszunutzen. Aber machen Sie es nicht andersherum!

(Beifall bei der SPD)

In dem **Bericht der Kissinger-Kommission** sind in der Tat einige positive Ansätze zu sehen, aber das Fazit für den Präsidenten Reagan wird sein: Im Zweifel sollen die USA eine militärische Lösung erzwingen. Auf die Widersprüche zwischen Contadora und Kissinger-Bericht hat die Kollegin Gottwald zu Recht hingewiesen. Dies beweist auch der Kissinger-Bericht selbst. Dort heißt es:

Die USA können den Contadora-Prozeß nicht als Ersatz für die eigene Politik benutzen. Deshalb, Herr Bundesaußenminister, reichen Lippenbekennisse zu den Contadora-Aktivitäten

**Bundesminister Genscher**

(C) (A) Unsere Auffassung, daß in der Blockfreienbewe- gung die Grundsätze der Unabhängigkeit sein sollen, deckt sich genau mit dieser Auffassung. Wir können und wir wollen nicht Lehrmeister sein

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Dann lassen Sie es!)

für die inneren Strukturen in diesen Ländern.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Verzichten Sie darauf; damit bin ich zufrieden!)

Was wir anbieten können, ist das Beispiel unserer eigenen Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Bloß nicht!

Nein!)

Costa Rica ist ein solches Land, das dieses Beispiel positiv angenommen hat.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Das kann man der ganzen Dritten Welt nicht antun!)

Diese Länder wissen, daß dieses Beispiel auch für sie gut ist.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Wir zeigen es als Beispiel.

Wir zeigen es als Modell. Wir wissen, daß nicht alles, was in Europa richtig ist, auf Asien, Afrika oder Amerika übertragbar ist.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Es ist nicht einmal in Europa richtig!)

Ich stelle aber fest, Frau Kollegin — damit komme ich auf Costa Rica zurück —, im zentralen amerikanischen Raum zeigt dieses Land doch, daß es durchaus möglich ist, die Grundsätze von Demokratie zu bejahen, die wir für richtig halten. Man kann Demokratie nicht durch Begriffe wie „Partizipation“ als ersetzt gelassen, wie Sie das genannt haben. Das sind schöne Verschieuerungen

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Das heißt Beteiligung!)

dafür, daß man sich, wenn man an der Macht ist, nicht der Entscheidung der Wähler über Ablösung oder Bestätigung stellen will. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Deshalb wird es unsere Aufgabe sein, uns in der Zentralamerikanikpolitik zuerst darauf zu konzentrieren, die sozialen und wirtschaftlichen Ursachen der Instabilität zu überwinden, alles zu tun, damit der West-Ost-Gegensatz nicht auf diese Region übertragen wird, und unseren Beitrag dazu leisten, daß diese Staaten ihre Unabhängigkeit stärken kön-

nen.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Sagen Sie etwas zu USA, Herr Genscher!)

Wenn wir das tun, dann dienen wir auch unseren europäischen Interessen.

Ich erinnere an das, was ich Ihnen zur **Kuba-Krise** gesagt habe: Der Frieden in Zentralamerika ist nicht nur der Frieden dieser Völker, er ist nicht nur der Frieden der Vereinten Staaten, an deren Frieden wir allerdings interessiert sind, weil sie auch Garant unseres Friedens sind, der Frieden

ist nicht nur der Frieden dieser Völker, er ist nicht nur der Frieden der Vereinten Staaten, an deren Frieden wir allerdings interessiert sind, weil sie auch Garant unseres Friedens sind, der Frieden

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Richtig!)

A) Dr. Holtz nicht aus. Sie müssen tatkärfig und konstruktiv dabei mitheilen, daß dies umgesetzt wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich stimme dem demokratischen Senator Alan Cranston aus Kalifornien zu, der den Kissinger-Empfehlungen vorwarf, nur Öl auf das Kriegsfauerschlittzen zu wollen, indem sie Illusionen eines militärischen Sieges in El Salvador und eines gewaltsausmaßen Sturzes der nicaraguanischen Regierung näher-

<p>(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)</p> <p>Ich stimme dem demokratischen Senator Alan Cranston aus Kalifornien zu, der den Kissinger-Empfehlungen vorwarf, nur Öl auf das Kriegsfeuer schütteten zu wollen, indem sie Illusionen eines militärischen Sieges in El Salvador und eines gewaltsauslösenden Sturzes der nicaraguansischen Regierung nähten.</p>	<p>(Beifall bei der SPD, der FDP und den GRÜNEN)</p> <p>Wir haben das als Delegation gemacht, aber bislang leider noch keinen Erfolg gehabt.</p>	<p>Der eigentlich starke Mann in Honduras ist eben</p>
<p>rer einsetzen, damit sie freigelassen wird.</p>		

[Klein [München] | CDU/CSU]: Steht das in dem Bericht?

— Ich kann Ihnen auch sagen, daß ich mit der gesamten Fraktion und den 30 demokratischen Abgeordneten des Repräsentantenhauses übereinstimme, die gesagt haben, daß derjenige, der den in der Region tobenden Kampf in Ost-West-Begriffe gießt, wie es da geschieht, die Gewalt dadurch erhöht, indem er nämlich die Linke radikaler und die Rechte noch unversöhnlicher macht. Das wollen wir alle nicht.

(Beifall bei der SPD)

Entwicklung heißt für die Menschen in der Region, aber nicht nur dort, zuvörderst Befriedigung der Grundbedürfnisse. Freiheit von Not und Furcht, Verwirklichung der politischen und sozialen Menschenrechte. Wir Sozialdemokraten begrüßen ausdrücklich die Würdigung der gemeinsamen Bundesentschließung zur Entwicklungspolitik vom 5. März 1982, die sich auch in dieser Antwort findet. Ich möchte nochmals darauf hinweisen, daß diese gemeinsame Bundesentschließung in der letz-

ten Woche als Grundlage für die Entwicklungspolitik hier einstimmig erneuert worden ist.

Einige Anmerkungen zu den Ländern Honduras, El Salvador und Nicaragua, die ich zusammen mit einigen anderen Kolleginnen und Kollegen im November habe besuchen können.

**Honduras** ist eines der ärmsten Länder der Region. Die Wirtschaftslage ist katastrophal. Das liegt nicht nur am Mißmanagement im eigenen Lande, sondern hat auch äußere Ursachen, etwa den Verlust von Rohstoffexporten. Das hängt insoffern auch vom Preis des Kaffees ab.

mit der Weltwirtschaftsordnung zusammen. Die militärische Präsenz der USA ist in keinem mittel-amerikanischen Land so groß wie in Honduras.

(Frau Gottwald [GRUENE]: Das gehört den schon!)

Honduras ist Aufmarschgebiet für die vom CIA unterstützten Konterrevolutionäre, die gegen Nicaragua kämpfen.

Zum politischen System stellt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion fest: „Seit 1982 (amtiertes) Honduras ein aus Wahlen hervorgegangenes Parlament und ein frei gewählter Präsident“. — Diese lapidare Feststellung erweckt einen falschen Eindruck. (Zuruf von den GRÜNEN: So ist es!) In Honduras gibt es keine wirkliche Demokratie, so der einzige christdemokratische Abgeordnete im honduranischen Parlament. Es gibt schwere Men-

phabetisierung; auf der anderen Seite sind Verletzungen der politisch-bürgerlichen Freiheitsrechte zu beklagen.

Reagans Pauschalbehauptung aber, von der Bundesregierung in der Substanz übernommen, die jetzigen Machthaber in Nicaragua seien so totalitär wie jedes beliebige kommunistische Land, trifft nicht zu, wie die Existenz von verschiedenen Parteien — etwa auch der liberalen Partei, die jetzt einen eigenen Präsidentschaftskandidaten für das nächste Jahr aufstellen will —, eines freien Unter-

(C) (A) Dr. neh  
hin ten nen  
gen wie tion wer  
find jetz Pre

D — d  
ster nur ben  
— ic  
tischstell

Abe  
daß  
die  
Nice  
an e  
die  
wir  
(D) (B)  
auf

runq M  
lung stüt  
der der  
dezu Ang  
Wah  
Oste  
man

— i	Ic
blei	ersp
mut	satz
über	Nicat
	stell
	sche
	wäh
	dete

<p>Die Bundesregierung aber stellt immer die Frage „as haben Sie auch gerade getan“ — ob die jüngsten positiven Veränderungen — da gibt es nicht Ankündigungen; es hat Veränderungen gegeben</p> <p>(Dr. Pinger [CDU/CSU]: Welche denn, Herr Kollege?)</p>	<p>Ich habe sie gerade genannt — lediglich ein taktisches Manöver mit dem Ziel des Zeitgewinns darstellen. Wer vermag darauf eine verlässliche Antwort zu geben?</p> <p>Stehst du FDP mit ihrer Aufforderung zur Wiederaufnahme der Entwicklungszusammenarbeit mit Nicaragua in vollem Umfang allein in der Koalition bei der SPD?</p>
--	--

im „Deutschland-Union-Dienst“ vom 1. Dezember 1983.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Gut, Herr Lamers!)

Der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion hat in Nicaragua auf Grund der dort gewonnenen Eindrücke gegenüber dem Juntachef Sergio Ramírez gesagt: Wir werden uns dafür einsetzen, daß Nicaragua Hilfe in größtmöglichem Umfang erhält. — Dabei wäre noch zu definieren, was unter größtmöglichem Umfang zu verstehen ist; innerhalb der CDU/CSU-Fraktion ist die Frage, ob man Nicaragua jetzt unterstützt oder es politisch, wirtschaftlich und mit Hilfe Contras militärisch bekämpft und so eben gerade in eine falsche Richtung hineintritt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

wie in Haiti — allenfalls mit Mahnungen bedenken.  
(Frau Gottwald [GRÜNE]: Rechts blind!)  
Nicaragua hat bei der Beachtung der Bürgerrechte noch eine Wegstrecke zurückzulegen. Dabei sollte es wie Honduras unterstellt werden. Risikokapital ist Entwicklungshilfe allzumal, in Togo, in Zaire, in Mittelamerika. Wenn man argumentiert, Nicaragua sei ein kommunistischer Brückenkopf, so erinnere ich an die Auseinandersetzung mit dem Kollabo-

Stellt die FDP mit ihrer Aufforderung zur Weideraufnahme der Entwicklungszusammenarbeit mit Nicaragua in vollem Umfang allein in der Koalition auf die Autonomie zu Portugal? Es gibt einen Fehler, der heute morgen nicht unter uns ist, der seinerzeit gesagt hat: Portugal entwickelt sich zum kommunistischen Brückenkopf, zum Brückenkopf Moskaus. Damals war man bereit, Risikokapital einzusetzen. Ich bitte Sie: Handeln Sie jetzt ähnlich, und verurteilen Sie nicht schon vorab!

(Beifall bei der SPD)

(Dr. Rumpf [FDP]: Das sieht man doch an der Antwort — Zuruf von der CDU/CSU: Lesen)

Die Ergebnisse Ihrer Bemühungen erkenne ich ausdrücklich an. Wir möchten von der Bundesregierung aber klar wissen, was sie mit den 40 Millionen DM zu tun gedacht. 40 Millionen DM Entwicklungshilfe für Nicaragua sind kein geeignetes Mittel, um Druck auszuüben. So schrieb unser Kollege Lamers (CDU) in einer Debatte:

im „Deutschland-Union-Dienst“ vom 1. Dezember 1983.

(Abg. Dr. Pinger [CDU/CSU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

— Ich lasse keine Zwischenfragen zu.

Warum ist von diesen Erkenntnissen und Forderungen nichts, aber auch gar nichts in die Antwort der Bundesregierung auf unsere Große Anfrage eingeflossen?

(Dr. Rumpf [FDP]: Sie müssen eine Brille aufsetzen!)

Erzählen Sie uns nicht, Sie hätten dazu keine Zeit gehabt. Die Bundesregierung hat es offensichtlich vorgezogen, ihre Nicaraguapolitik nicht an den Sprechern für Entwicklungspolitik der sie tragen den Fraktionen auszurichten, sondern in eigner Anerkennung an Franz Josef Strauß und die Reagan-Administration. Schade! Damit begeht sie sehr

(A) wahrscheinlich einen sehr verhängnisvollen Fehler.

(Beifall bei der SPD — Frau Gottwald [GRÜNE]: Das ist Demokratie!)

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, der ich als stellvertretendes Mitglied angehöre, hat sehr ausgewogen zu Nicaraguas Stellung genommen und sich mit diesem Komplex befaßt. Ich möchte die Bundesregierung mit den Worten der EKD-Synode bitten, in bezug auf Nicaraguas Entwicklungspolitischen Hilfen zugunsten der staatlichen Unabhängigkeit, der Achtung der Menschenrechte, für eine friedliche Entwicklung, für eine gerechte Gesellschaftsordnung zu verstärken. Seit Jahrzehnten lebt El Salvador unter undemokratischen und sozial ungerechten Verhältnissen. Die Bevölkerung leidet unter einem unbeschreiblichen Klima der Gewalt, wie ich es noch in keinem kleinen Gruppe hält die Kommandolöwen in Staat, Politik, Wirtschaft, Militär und Gesellschaft besetzt. Hier finden die massivsten Menschenrechtsverletzungen, die grausamsten politischen Morde statt. Die Regierung des Übergangspräsidenten Magaña macht offenkundig immer nur solche Anstrengungen, die in Washington gerade noch als „ehrliche Bemühungen“ bezeichnet werden können. Dies schreibt die FAZ in einer Analyse am 23. Januar 1984. Weiter heißt es dort: „Die Todeschwadronen vermag die Regierung nicht auszuhalten.“

(Klein [München] [CDU/CSU]: Lesen Sie auch mal, was die FAZ über Nicaragua schreibt!)

Drittens wird zwar der Präsident gewählt, aber nicht das Parlament. Somit gibt es keine Chance auf eine wirkliche parlamentarische Veränderung. Die Rechtspartei in dem jetzt bestehenden Parlament haben es leider abgelehnt, zu Nationalwahlen zu kommen. Die US-Auffassung, jetzt die Präsidentschaftswahlen vorzuziehen und dann, wie die Kissinger-Kommission empfiehlt, in Verhandlungen mit der FDR/FMLN, die namentlich genannt werden, über die Rahmenbedingungen zukünftiger Wahlen einzutreten, hat sich durchgesetzt. Ich frage mich, warum man nicht ernsthaft genug mit der FDR — für die SPD eine wichtige politische Kraft — verhandelt hat. Ein echter ernsthafter Dialog hätte zu einem Prozeß führen können, der den Weg zu einer provisorischen Übergangsregierung mit anschließenden wirklich freien, demokratischen Wahlen freigemacht hätte.

Die Bundesregierung schreibt zu Recht, daß Frieden und ein Leben in Sicherheit von der Bevölkerung gewünscht würden. Das könnte aber nur durch politischen Dialog und Verhandlungen — man beachte die Reihenfolge — sowie durch freie und ungehinderte Wahlen erreicht werden. Genau dieser Auffassung sind wir auch.

Ein Abschlußwort, Herr Präsident, zu den uns vorliegenden Anträgen. Gegen das von den Koalitionsfraktionen gewünschte Entwicklungs-

programm für die zentralamerikanische und karibische Region haben wir Sozialdemokraten grundsätzlich nichts einzuwenden, obwohl dann natürlich mit gleichem Recht Sonderprogramme für andere Regionen gefordert werden könnten. Daß in diesem

Dr. Holtz

wird es keine Sieger geben. Es gibt nur Besiegte. Es gibt Leid in der Zivilbevölkerung.

(Zustimmung bei allen Fraktionen)

Deshalb glaube ich, daß wir alles daran setzen müssen, um den Dialog wirklich voranzutreiben. Es sind nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft worden. Die Zeit drängt schon wieder. Schauen Sie nur in „Le Monde Diplomatique“ dieses Monats! Darin werden Sie nachlesen können, daß auch der amerikanische Unterhändler Stone die Möglichkeit nicht ausreichend genutzt hat, um den Dialog zwischen FDR und den jetzt in El Salvador Regierenden zu führen und dort zu einem guten Ergebnis zu kommen.

Aber wir haben auch deshalb mit den Wahlen keine optimistischen Hoffnungen zu verbinden, weil keineswegs sichergestellt ist, daß alle technischen Voraussetzungen, wie vollständige Wahlregister, für eine faire Wahl erfüllt werden können. Präsident Magaña sagte uns: Schön, wenn im März noch gar nicht die Wahlregister, die notig sind. — Ich möchte mal sehen, was die CDU sagen würde, wenn in Hessen Wahlenregister nur in den Städten zu finden wären, wo absolute SPD-Mehrheiten sind, und nicht woanders. Also: bis heute sind noch nicht einmal die technischen Voraussetzungen gegeben.

(Niegel) [CDU/CSU]: Übertreiben Sie doch nicht so!

Drittens wird zwar der Präsident gewählt, aber nicht das Parlament. Somit gibt es keine Chance auf eine wirkliche parlamentarische Veränderung.

Die Rechtspartei in dem jetzt bestehenden Parlament haben es leider abgelehnt, zu Nationalwahlen zu kommen. Die US-Auffassung, jetzt die Präsidentschaftswahlen vorzuziehen und dann, wie die Kissinger-Kommission empfiehlt, in Verhandlungen mit der FDR/FMLN, die namentlich genannt werden, über die Rahmenbedingungen zukünftiger Wahlen einzutreten, hat sich durchgesetzt. Ich frage mich, warum man nicht ernsthaft genug mit der FDR — für die SPD eine wichtige politische Kraft — verhandelt hat. Ein echter ernsthafter Dialog hätte zu einem Prozeß führen können, der den Weg zu einer provisorischen Übergangsregierung mit anschließenden wirklich freien, demokratischen Wahlen freigemacht hätte.

Die Bundesregierung schreibt zu Recht, daß Frieden und ein Leben in Sicherheit von der Bevölkerung gewünscht würden. Das könnte aber nur durch politischen Dialog und Verhandlungen — man beachte die Reihenfolge — sowie durch freie und ungehinderte Wahlen erreicht werden. Genau dieser Auffassung sind wir auch.

Ein Abschlußwort, Herr Präsident, zu den uns vorliegenden Anträgen. Gegen das von den

(C) Konzept die Entwicklungszusammenarbeit einen zentralen Stellenwert einnehmen soll, findet unsere Unterstützung. Einige allgemeine Zielsetzungen können wir unterstützen, wie z.B. Stärkung der Unabhängigkeit, Schaffung der Voraussetzung für den inneren und äußeren Frieden, Verwirklichung — Verwirklichung! — der elementaren Menschenrechte. Dazu kann auch die Entwicklungspolitik beitragen.

Wir vermüssen allerdings eine klare Absage an die militärische Lösung der Probleme in Mittelamerika. Wir haben Schwierigkeiten damit, daß vom Verfolg der Sicherheitsinteressen des Westens gesprochen wird. Da ist Klärung nötig. Wir vermissen klare Aussagen zur spezifischen Politik gegenüber den einzelnen Ländern. Das wird in dem Antrag der GRÜNEN geleistet, der einige sehr wertvolle, brauchbare Gedanken und Übereinstimmungen mit uns enthielt. In dem Antrag ist aber auch eine Reihe von Widersprüchen aus Sicht der Sozialdemokratie festzustellen. Man ist für eine eigenständige Entwicklung, aber gegen regionale Zusammenschlüsse, die etwa mit der EG zusammenarbeiten, obwohl doch jedermann weiß, daß solche Zusammenschlüsse gerade die Entwicklungsländer stärken können.

Deshalb halten wir es für nötig und richtig, daß beide Anträge den Ausschüssen zur Beratung überwiesen werden. Wir hoffen, daß wir uns schnell an möglich die parlamentarischen Voraussetzungen für eine bessere Mittelamerikapolitik schaffen zu können.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

(D) Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Das Wort hat nun der Abgeordnete Lamers.

Vizepräsident Westphal: Meine Damen und Herren, auf der Diplomatentribune hat eine Delegation auf der am 6. November 1983 gewählten türkischen Nationalversammlung Platz genommen. Ich habe die Ehre, Sie im Deutschen Bundestag zu begrüßen. Ich wünsche Ihnen einen erfolgreichen, interessanten und informativen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Das Wort hat nun der Abgeordnete Lamers.

Lamers (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer sich an die Diskussionen in unserem Lande vor zwei, drei Jahren über das uns auch heute wieder bewegende Thema erinnert, ist als Christdemokrat sehr versucht, durch einige Zeilen die zahllosen Irrtümer, welche die Sozialdemokratie sich hier geleistet hat, genügend aufzuspüren. Ich will darauf verzichten, weil ich den Eindruck habe, daß ein Lernprozeß stattgefunden hat — dafür war die Rede des Kollegen Wischniewski und, wie ich glaube, ansatzweise auch die Rede des Kollegen Holtz ein Beweis — durch die Entwicklung in der Region und wohl auch durch den wohltätigen Einfluß des spanischen Ministerpräsidenten.

Deswegen, meine Damen und Herren, ist es unser erstes Interesse — ich sage das in aller Deutlichkeit — durch unser Engagement in dieser Region dieser Tendenz entgegenzutreten und den inneren Zusammenhalt des Bündnisses zu stärken

Ich möchte deswegen versuchen, wie der Bundesaußenminister das auch angeregt hat, in dieser Debatte zu prüfen, ob und inwieweit eine gemeinsame Lateinamerikapolitik von Liberalen, Christdemokraten und Sozialdemokraten möglich ist. Daß das generell wünschenswert ist — im Falle Lateinamerikas auch aus dem speziellen Grund unserer besonderen parteipolitischen Beziehungen in diesem Raum hinein —, wissen wir alle.

Ich gehöre dabei davon aus, daß in Zentralamerika die Probleme ganz Lateinamerikas gewissermaßen wie in einem Brennglas zusammengedrängt sind und daß man daher auch einige generelle Aspekte einer deutschen Lateinamerikapolitik in dieser Debatte berühren muß. Fragen wir uns also: Stimmen wir überein erstens in der Beurteilung der Interessengruppen, zweitens in der Analyse der Lage und drittens in dem, was wir tun können und sollen?

Ich komme zunächst zur **Interessenlage der Bundesrepublik Deutschland**. Die Heftigkeit der innerpolitischen Diskussion über Zentralamerika steht in umgekehrter proportionalem Verhältnis zu dem nicht nennenswerten Umfang unserer unmittelbaren und aktuellen außenpolitischen Interessen dort. Dieses Mißverhältnis erklärt sich allein aus dem amerikanischen Engagement in dieser Region. Ohnehin können wir feststellen, daß es eine öffentliche Erregung in der Bundesrepublik Deutschland über schlimme Zustände in der Dritten Welt ausschließlich dann gibt, wenn die USA engagiert sind. Im Falle Lateinamerikas ist die Anteilnahme in der Bundesrepublik Deutschland wegen der besonderen Nähe dieses Kontinents zu uns immer besonders groß.

Die **Kritik bestimmter Gruppen in der Bundesrepublik an der Dritten-Welt-Politik und vor allem der Lateinamerikapolitik der USA** ist ein Faktor, der auf Dauer eine Zustimmung zu unserem Bündnis mit den Vereinigten Staaten zu erodieren.

Natürlich ist es erlaubt — ich will das hier an die Stelle ganz deutlich sagen —, in unserer Politik wie in der Politik der Vereinigten Staaten gegenüber der Dritten Welt einen Test auf die Glaubwürdigkeit unserer eigenen Ideale zu sehen. Natürlich ist auch Kritik an den Vereinigten Staaten legitim und manchmal notwendig. Aber — das sage ich mit allem Nachdruck — die Art dieser Kritik, ihre versteckte Wirklichkeitssicht, das völlige Fehlen des Begehrns, auch die Position der Vereinigten Staaten zu verstehen, die Leidenschaftlichkeit dieser Kritik zeigen, daß diese Kritik weniger durch ein Mitleiden mit dem Schicksal der betroffenen Menschen in Zentralamerika motiviert ist, sondern vielmehr als Vehikel zur Forderung eines sich aus ganz anderen Wurzeln speisenden Antiamerikanismus dient. (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Dr. Marx [CDU/CSU]: Leider wahr!)

Zweitens bin ich der Auffassung, daß Gewalt die Probleme dort nicht löst. Ich habe auch Ruben Zamora von der FDR gesagt, wir Sozialdemokraten bringen nicht davon aus, daß der militärische Kampf zu befriedigenden Lösungen führen könne. Dort

**Lamers**

(A) und seine Fähigkeit unter Beweis zu stellen, auch in der Dritten Welt gemeinsame Interessen auch gemeinsam zu vertreten und sich gerade im Falle Lateinamerikas dafür einzusetzen, daß die Ideale, die wirklich werden. Ich weiß, ein wie schwunges Thema ich damit anschneide, aber ich bin fest davon überzeugt, daß es für die Zukunft des Atlantischen Bündnisses von zentraler Bedeutung ist.

Unser zweites Interesse besteht darin, die **Zugehörigkeit Lateinamerikas zum Westen** dauerhaft zu sichern; denn Lateinamerika, meine Freunde, ist nur unter wirtschaftlichen Modernitätsgesichtspunkten ein Teil der Dritten Welt. Historisch, kulturell und noch weitgehend ethnisch ist Lateinamerika aber ein Teil des Westens, und zwar, wie ich finde, ein ganz hervorragender Spröß dieser Völkerfamilie, wie etwa seine reiche und faszinierende Literatur eindrucksvoll belegt.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Es ist, wie ich meine, wirklich ein weit über die Tagessakularität hinausreichendes Interesse des gesamten Westens, dafür Sorge zu tragen, daß die politische Grundorientierung der Länder dieses Subkontinents dieser Grundsatzache auch entsprechend die Antwort, die die Völker Lateinamerikas auf diese Frage geben werden, wird nicht zuletzt vom Ausgang des derzeitigen Konflikts in Zentralamerika und der Art seiner Behandlung durch die USA und durch uns bestimmt sein.

Unser drittes Interesse ist ein aus dem zweiten erwachsendes, ganz spezielles westeuropäisches Interesse. Ein Lateinamerika, das von einem Objekt zu einem Subjekt der Weltpolitik geworden sein wird, von einer Randexistenz zu einer aktiven Rolle gelangt sein wird, das zu sich selbst gefunden und seine gewaltigen menschlichen und materiellen Ressourcen in freier und demokratischer Ordnung entfalten hat, ein soisches Lateinamerika innerhalb der westlichen Gemeinschaft wäre ein gerade idealer Partner für Westeuropa, auch zu dem Zweck, sein durch ein manchmal über großes Maß an Abhängigkeit gezeichnetes Verhältnis zu den USA besser auszubalancieren. In der Ehe wären mehr als zwei Partner eher destabilisierend in der Politik können sie eher das Gleichgewicht fördern.

Es ist evident — und damit komme ich auf die lateinamerikanische Interessenslage —, daß auf alle darin überein, daß die Kernursache für die Konflikte in der Region gesellschaftliche Strukturnägel gravierender Art sind. So unstrittig ist — Kern dieser Konflikte ist, so unverweilbar ist — und ich hoffe, daß wir auch darin übereinstimmen — die Ausnutzung dieser Staaten von Angehörigen einer Einflussosphäre zu gleichberechtigten Partnern zu entwickeln. Diese Rolle kann nur Europa übernehmen. Im Falle Zentralamerikas ist es eine besonders schwierige, ja, wie ich weiß, sogar heikle Rolle; aber sie ist ebenso dringend. Die Erwartungen, die dabei an uns gerichtet werden — erweitert — das nicht, der sich mit lateinamerikanischen Freunden trifft? — mögen zuweilen unsere Möglichkeiten tatsächlich übersteigen. Aber mehr als bislang können und sollen wir nach meiner festen Über-

zeugung tun. Daß die Lateinamerikaner dabei insbesondere auch Hilfe bei ihrer wirtschaftlichen Entwicklung — und übrigens auch ihrer sozialen — erwarten, versteht sich von selbst.

Die **Interessenslage der Vereinigten Staaten** ist in dieser langfristigen und grundlegenden Perspektive — eben der Stellung und Orientierung Lateinamerikas in der Welt — identisch mit der Zielsetzung Europas wie mit den Wünschen Lateinamerikas, nur ist ihr Interesse an der Region aus geopolitischen, wirtschaftlichen und historischen Gründen sehr viel stärker und unmittelbarer als das europäische Interesse.

Auch die USA sind sich selbstverständlich darüber im klaren, welche Bedeutung die zentralamerikanische Krise für ihre gesamten lateinamerikanischen Interessen hat. Gerade hier haben die USA bislang eine überaus dominierende Stellung gehabt und haben sie noch heute. Der Prozeß tiefergreifender gesellschaftlicher Umwälzungen und nationaler Selbstfindung hier wie im übrigen Lateinamerika rückt sich daher in seinen Auswirkungen unvermeidlicherweise auch gegen diese Stellung der Vereinigten Staaten, deren Präsenz nicht nur politisch und wirtschaftlich, sondern auch kulturell, als übermächtig und zuweilen bedrückend empfunden wird. Wer die amerikanische Diskussion aufmerksam verfolgt hat, weiß, daß sich die USA vollkommen darüber im klaren sind, daß sie im Interesse des gemeinsamen langfristigen Ziels des gesamten Westens einschließlich Lateinamerikas ihre bisherige Position gegenüber dem Subkontinent und vor allem gegenüber Zentralamerika neu gestalten müssen. Um das Wesentliche zu erhalten, muß der unvermeidliche Wandel akzeptiert und zweitrangig geprägt werden.

Bei mir müßten aber wir, meine ich, in der Rolle zuweilen des Ratgebers aus der Distanz, des Weisen oder Pseudowise seien, daß es ein fundamentales und legitimes amerikanisches Interesse ist, zu verhindern, daß durch diesen umwälzenden Emanzipationsprozeß ein Vakuum entsteht, in dem sich ihr weitholitisches Gegenstispiel, die Sowjetunion, sogar ohne größere eigene Anstrengungen ausbreiten kann. Das zu verhindern — daran hat der Bundesaußenminister hier eben eindrucksvoll erinnert —, liegt mindestens ebensosehr auch im europäischen Interesse.

Wie ist die Lage? — Wir stimmen offensichtlich alle darin überein, daß die Kernursache für die Konflikte in der Region gesellschaftliche Strukturnägel gravierender Art sind. So unstrittig ist — Kern dieser Konflikte ist, so unverweilbar ist — und ich hoffe, daß wir auch darin übereinstimmen — die Ausnutzung dieser Staaten von Angehörigen einer Einflussosphäre zu gleichberechtigten Partnern zu entwickeln. Diese Rolle kann nur Europa übernehmen. Im Falle Zentralamerikas ist es eine Systeme in der Region aus der Isolierung in der Region herauszukommen.

Ich will nicht viel über die generelle Situation der demokratischen und der oligarchischen und der rechtssextremen Kräfte in der Region sagen, sondern mich auf die beiden Länder konzentrieren, die im Mittelpunkt unserer Debatte stehen, wobei ich das manchmal bedauere, weil beispielsweise die sowjetunion Menschenrechtsverletzungen in Guatamala ganz zu kurz kommen, weil sich kein Mensch wirklich darum kümmert.

(Zuruf der Abg. Frau Gottwald [GRÜNE])

Abre reden wir zunächst von El Salvador. Natürlich ist die Lage alles andere als erfreulich. Die Regierung ist infolge ihrer inneren Gegensätze zu schwach, um gleichzeitig die radikalsten Kräfte und die von ihnen ausgehenden Menschenrechtsverletzungen und

(C)

zungen und Morde zu bekämpfen, das Militär ganz in den Griff zu bekommen und die Guerrilleros ganz in den Griff zu bekommen. Andererseits gibt es in Gestalt der Christdemokraten eine bemerkenswerte starke demokratische Kraft. Auch ich habe, Herr Kollege Wischniewski, gern die Worte gehört, die Sie hier und an anderer Stelle an sie gerichtet haben. Das ist ein gewaltiger Fortschritt — Sie werden mir das zugeben — gegenüber den Beschimpfungen, die diese tapferen Christdemokraten noch vor einigen Jahren über sich haben ergehen lassen müssen. Deswegen hoffe ich zuverlässig, Herr Kollege Wischniewski, daß dem, was andeutungsweise hier und anderswo von Ihnen schon angekündigt ist, als zweiter Schritt eine Disanzierung von den undemokratischen Kräften der FSLN und der FDR folgen. Denn es ist ja gar kein Zweifel, daß die Entwicklung, wenn es dort überhaupt jemals Demokratie gegeben hat — einige blutigen Auseinandersetzungen innerhalb der Guerrilleros haben gezeigt, welches Schicksal die Menschen in El Salvador zu gewäßrigt hätten, würden sie sich durchsetzen.

(Zuruf der Abg. Frau Gottwald [GRÜNE])

Die völlige Ausschaltung der demokratisch-sozialistischen Kräfte innerhalb der sandinistischen Bevölkerung mußte, meine ich, Ihnen zu denken geben.

Für eine friedliche und demokratische Lösung des tragischen Konflikts in El Salvador ist es von großer Bedeutung, daß die undemokratischen radikalen Kräfte rechts wie links nicht mit der Unterstützung durch Demokraten von außen rechnen dürfen — die Rechten nicht, die Linken nicht. Ich weiß, daß die militärische Lage so zu sehen ist, wie Sie sie geschillert haben. Herr Kollege Wischniewski. Keine Seite kann siegen. Das liegt auf Seiten der Guerrilleros entscheidend daran, daß sie keine ausreichende Unterstützung durch das Volk haben, anders als seinerzeit in Nicaragua. Sie haben gottlob davon gesprochen, daß die sich daraus ergebende Forderung nach einem Dialog auch von Seiten der Guerrilleros eine Überforderung gewesen sei. Ich bitte Sie: Betrachten wir das doch wirklich einmal ein wenig näher. Wir alle stimmen darin überein, daß diese Regierung in El Salvador schwach ist und daß sie auch das Militär nicht ausreichend kontrolliert. Nun fordern aber die Guerrilleros, in diese Regierung aufgenommen zu werden. Wer soll das denn eigentlich durchsetzen? So frage ich. Sie. Das ist doch eine derart völlig unrealistische Forderung, daß sie im Grunde beweist, daß man den Dialog nicht will. Denn wenn ich von dem Partner etwas fordere und dabei genau weiß, daß er es nicht leisten kann, dann will ich den Dialog im Grunde nicht.

Es bleibt in der Tat nur der eine, wie ich sehr gut weiß, Herr Kollege Wischniewski, schwierige Weg der Wahlen, damit wir eine andere Regierung bekommen. Bitte, auch hier habe ich mit Genugtuung festgestellt, wie sehr sich Ihre Einstellung zu dem jetzigen Wahlprojekt von Ihrer Einstellung von 1982 unterscheidet.

(A)

(C)

**Lamers** (CDU/CSU): Bitte sehr.

**Schilly** (GRÜNE): Herr Kollege, Sie haben jetzt mehrfach Ihren Wunsch nach einer Übereinstimmung hinsichtlich der Mittelamerikapolitik geäußert. Ich stelle Ihnen daher die Frage, ob eigentlich im Kabinett, in der Bundesregierung, Übereinstimmung hinsichtlich der Mittelamerikapolitik besteht. Müssen wir, wenn ich heute in der "Welt" lese, daß Herr Bundesinnenminister Zimmermann die Kabinettvorlage als "schuldig" bezeichnet und ferner kritisirt habe, daß sich in die Vorlage kommunistischer Sprachgebrauch eingeschlichen habe, davon ausgehen, daß jetzt auch schon die Bundesregierung kommunistisch unterwandert ist?

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Lamers** (CDU/CSU): Herr Kollege Schilly, ich stelle zunächst mit großer Betriedigung fest, daß Sie die "Welt" zitieren

(Frau Gottwald [GRÜNE]): Sind Sie belehren, Herr Lamers?

(D)

(Zuruf der Abg. Frau Gottwald [GRÜNE])

Die völlige Ausschaltung der demokratisch-sozialistischen Kräfte innerhalb der sandinistischen Bevölkerung mußte, meine ich, Ihnen zu denken geben.

Für eine friedliche und demokratische Lösung des tragischen Konflikts in El Salvador ist es von großer Bedeutung, daß die undemokratischen radikalen Kräfte rechts wie links nicht mit der Unterstützung durch Demokraten von außen rechnen dürfen — die Rechten nicht, die Linken nicht. Ich weiß, daß die militärische Lage so zu sehen ist, wie Sie sie geschillert haben. Herr Kollege Wischniewski. Keine Seite kann siegen. Das liegt auf Seiten der Guerrilleros entscheidend daran, daß sie keine ausreichende Unterstützung durch das Volk haben, anders als seinerzeit in Nicaragua. Sie haben gottlob davon gesprochen, daß die sich daraus ergebende Forderung nach einem Dialog auch von Seiten der Guerrilleros eine Überforderung gewesen sei. Ich bitte Sie: Betrachten wir das doch wirklich einmal ein wenig näher. Wir alle stimmen darin überein, daß diese Regierung in vielen Punkten sehr zugute.

Ich will nicht viel über die generelle Situation der demokratischen und der oligarchischen und der rechtssextremen Kräfte in der Region sagen, sondern mich auf die beiden Länder konzentrieren, die im Mittelpunkt unserer Debatte stehen, wobei ich das manchmal bedauere, weil beispielsweise die sowjetunion Menschenrechtsverletzungen in Guatamala ganz zu kurz kommen, weil sich kein Mensch wirklich darum kümmert.

(Zuruf der Abg. Frau Gottwald [GRÜNE])

Abre reden wir zunächst von El Salvador. Natürlich ist die Lage alles andere als erfreulich. Die Regierung ist infolge ihrer inneren Gegensätze zu schwach, um gleichzeitig die radikalsten Kräfte und die von ihnen ausgehenden Menschenrechtsverletzungen und

(B)

**Vizepräsident Westphal**: Herr Abgeordneter Lamers, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schilly?

(A) unterscheidet, die damals voreilig als Fakt bezeichnet worden ist. Ihr Stellvertreter Koschnick hat das ja nach einiger Zeit zu Recht bedauert. Also ich habe festgestellt: Auch hier gibt es Wandel. Bitte lassen Sie uns doch bei aller Unzertrennlichkeit, die ich Ihnen kenne, auch darüber unterscheiden, damit die Chance ein wenig größer wird, nach den Wahlen eine friedliche Lösung in El Salvador zu bekommen. Bitte unterstellen Sie doch nicht, daß wir mit der Ankündigung der Wiederaufnahme von Entwicklungshilfe hier irgendwelche undemokratischen problematischen Kräfte unterstützen wollen. Wir wollen doch nur das eine: damit ein Signal für die demokratischen Kräfte geben und Ihnen sagen: Wenn ihr es schafft, werdet ihr unsere Unterstützung haben, hier wie natürlich auch in Nicaragua.

(Beifall bei der CDU/CSU — Klein [München] | CDU/CSU; Genauso ist es!)

Nun zu Nicaragua: Ich will nicht alles das wiederholen, was dazu hier schon gesagt worden ist. Es ist so: Unser aller Hoffnungen sind enttäuscht worden. Ich breche nicht endgültig den Stab. Es hat in letzter Zeit zwar einige Zeichen gegeben — ich habe das ausdrücklich anerkannt, auch schriftlich —, daß sie die Wirklichkeit wiedergaben: ich befürchte diese Zeichen in der Tat eher trügerisch waren, als nachdem es entschiedenen Druck gegeben hat, wie immer wir, meine Damen und Herren, ich betreibe, daß diese Zeichen gegeben worden sind. Unsreitig begründet, einiges zu erklären, während sie in der Zeit, in der wir alle ihnen aus Überzeugung geholfen haben — die Vereinigten Staaten eine ganze Zeitlang mitgeholfen haben —, diesen abschüssigen Weg hin zum Totalitarismus gegangen sind und gewaltig aufgerüstet haben.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Nun aber Vorsicht, Herr Kollege! — Dr. Pinger [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Deswegen bleibt nur das übrig, was in der Antwort der Bundesregierung steht: Wir werden abwarten. Wenn es eine Entwicklung zum Besseren gibt, dann werde auch ich — verlassen Sie sich darauf — mit Nachdruck fordern, daß wir die Zusammenarbeit in der Entwicklungshilfe wieder aufnehmen; das ist doch ganz unstrittig.

Im übrigen kurz zu dem, was ich in dem verehrten Artikel geschrieben habe. Herr Kollege Holtz. Sie haben nur den einen Teil zitiert. Ich habe gesagt: Natürlich ist es denkbar, daß wir diese 40 Millionen DM als Anreiz verstehen, um eine positive Entwicklung zu initiiieren.

Ein Wort zu der Contadora-Initiative: Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist richtig, daß wir alle unterstützen. Aber wir müssen auch die Schwäche dieser Initiative sehen und feststellen, daß sie keineswegs so einig ist, wie das nach außen erscheint. Wir müssen darüber hinaus auch feststellen, daß ihr heute leider die Mittel fehlen, um sowohl Anreize als auch Druck auszuüben. Das relativiert die an sich außerordentlich begrüßenswerte

Initiative, die wir nach wie vor unterstützen sollten.

**Vizepräsident Westphal:** Herr Abgeordneter Lamers, ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß Ihre Redezeit überschritten ist.

**Lamers** (CDU/CSU): Ich komme zum Ende, meine Damen und Herren, indem ich mich kurz frage: Was können wir eigentlich tun? Wenn ich diese Frage zu beantworten suche, dann muß ich, glaube ich, zunächst sagen, daß wir versuchen sollten, unsere Grenzen, unsere Möglichkeiten nüchtern zu sehen. Denn nur derjenige, der die Grenzen dessen, was er tun kann, wirklich sieht, kann das, was er tun will, auch wirklich mit Aussicht auf Erfolg tun. Des Weiteren: Wenn wir dort wirklich etwas tun wollen, dann müssen wir uns darüber im klaren sein, daß wir nichts gegen oder auch nur ohne die USA tun können. Sie spielen nun einmal — neben den Bevölkerungen — den Hauptpart dort. Wer Lateinamerikanikapitalismus ernsthaft betreiben will, muß sich dieser Grundtatsache erinnern und darf sich nicht aus innerpolitischer Kraftmeierei, die die außenpolitische Impotenz nur verdecken soll, in fortwährenden Antiamerikanismus ergehen. Wer das erste will, nämlich dort ernsthaft etwas betreiben und beweisen, ist uns als Partner willkommen. Wer das zweite will, beweist nur, wie weise die Wähler am 6. März 1983 entschieden haben.

Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Westphal:** Das Wort hat der Bundes-

minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

**Dr. Wanne**, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Schily, durch die Meldung einer großen Tageszeitung in Ihnen hervorgerufene Besorgnis über kommunistische Unterwanderung der Bundesregierung wird, so nehme ich an, nach Anhören meiner Ausführungen wieder zerstreut sein.

(Herr Gottwald [GRÜNE]: Herr Minister, Sie könnten uns ein bißchen die Konflikte berichten! — Weitere Zurufe von den GRÜNEN — Zuruf des Abg. Voigt [Frankfurt] [SPD])

Im übrigen glaube ich mich erinnern zu können, daß ich der heutigen Morgenpresse gleichfalls eine Kritik des Abgeordneten Schily als des Kreativträgers der GRÜNEN entnommen habe, und möchte Sie zu dieser ehrvollen Einstufung herzlich beglückwünschen. Sie sind dem Ruf treu geblieben.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Das ist auch eine Art der Unterwanderung der GRÜNEN — Frau Gottwald [GRÜNE]: Was hat das jetzt mit dem Thema zu tun? — Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

— Nun gedenken Sie sich einmal, Frau Kollegin Gottwald.

(C) Meine Damen und Herren, im mittelamerikanisch-karibischen Raum ist es in den letzten Jahren zu einer gefährlichen Zunahme innerer und äußerer Konflikte gekommen. Die tiefsten Ursachen sind — das ist hier zu Recht herausgestellt worden — in nicht mehr tragfähigen wirtschaftlichen und sozialen Strukturen zu suchen; aber die kurzfristigen Aktualisierungen und Verschärfungen dieser Konflikte innerhalb der einzelnen Staaten in Mitteleuropa und der Karibik sowie die Internationalisierung sind durch die Unterstützung der Gewaltanwendung von außen herbeigeführt worden. Mit Hilfe von Kuba, Libyen und Ländern des Ostblocks hat Nicaragua eine Aufrüstung und Militarisierung durchgeführt, die ohne geschichtliches Vorbild ist.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Oh mein Gott! — Schily [GRÜNE]: Die Supermacht Nicaragua ist das!)

— Frau Kollegin Gottwald, Sie sollten nicht außer Acht lassen. Wer Lateinamerikanikapitalismus ernsthaft betreiben will, muß sich dieser Grundtatsache erinnern und darf sich nicht aus innerpolitischer Kraftmeierei, die die außenpolitische Impotenz nur verdecken soll, in fortwährenden Antiamerikanismus ergehen. Wer das erste will, nämlich dort ernsthaft etwas betreiben und beweisen, ist uns als Partner willkommen. Wer das zweite will, beweist nur, wie weise die Wähler am 6. März 1983 entschieden haben.

— Sehr richtig. Sie sollten sich die Frage nach Ursache und Wirkung einmal sehr deutlich stellen

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Demonstrativer Beifall bei den GRÜNEN — Frau Gottwald [GRÜNE]: Bravo! Jawohl!)

und feststellen, daß dieser Regierung nicht nur mit materieller Hilfe, sondern auch in Goodwill und Autgeschlossenheit Vorschubförderern gegeben wurden, und zwar von allen in diesem Hause vertretenen politischen Kräften, wobei es schon eine gewaltigen politischen Anstrengungen seitens der Sandinisten bedurft hat, dies abzuwirtschaften.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(Schwenninger [GRÜNE]: Eine Einheitspartei gibt es auch in Kenia und Tansania).

und sich auch vor der Unterstützung von Gewalt in Nachbarstaaten — ich nenne als konkretes Beispiel El Salvador — nicht geschaut.

(Klein [München] | CDU/CSU: Und sich dessen öffentlich gerühmt! — Dr. Marx [CDU/CSU]: Immer wieder!)

Sie haben hier die Contadora-Initiative angesprochen. Es ist die Furcht vor der destabilisierenden Politik der sandinistischen Regierung, die alle Staaten der Region einigt und die die tiefste und ent-

scheidende Wurzel der Contadora-Initiative darstellt.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Nicaragua macht da mit, oder was? So ein Unsinn! — Bindig [SPD]: Er ist Auszubildender im zweiten Lehrling! — Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Diese Bundesregierung unterstützt die Contadora-Initiative nachdrücklich und vorbehaltlos, und ebenso genießt die Contadora-Initiative die Unterstützung der Vereinigten Staaten von Amerika. Wir begrüßen diese Unterstützung, und wir sind der Meinung, daß die Länder der Contadora-Gruppe einen Erfolg nur dadurch haben konnte, daß die politischen Rahmenbedingungen den Nicaraguern gezeigt haben: Es tut nicht gut, auf die Dauer gegen die Grundlagen internationaler Gestaltung zu verstossen.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Sie haben sich auch über den Überfall auf Grenada gefreut, Herr Wanne! Das können Sie gleich mit dazu sagen!)

Im Gegensatz zur sozialdemokratischen Regierung gegenüber El Salvador hat die Bundesregierung dennoch die Entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Nicaragua nicht abgebrochen. Die Bundesregierung führt diese Zusammenarbeit fort. Sie will keine Entwicklungsräume in diesem Land; aber sie stellt auch klar heraus: Neuzusagen können nur erlaubt werden, wenn klar gestellt ist, daß sich die Junta nachhaltig von der Politik der Destabilisierung abwendet.

Die Bundesregierung zieht damit die Konsequenz aus der Tatsache, daß sich die sandinistische Regierung trotz außerordentlich großzügiger wirtschaftlicher Hilfe seitens der westlichen Industriationsländer, auf den Kurs der massiven Militarisierung begeben hat und in die Richtung Unterstützung Kubas und des Ostblocks abgedriftet ist.

Die Bundesregierung hält die in der Frage 12 der Großen Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion liegende Unterstellung, die sandinistische Regierung habe in Nicaragua die Prinzipien der Blockfreiheit und des politischen Pluralismus aufrechterhalten, für schlicht und einfach wirklichkeitsfremd.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Bundesregierung verurteilt in gleicher Weise wie die Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua — der Fall der Misquitos ist hier genannt worden — die Menschenrechtsverletzungen im benachbarten El Salvador durch die Extremisten von rechts und links. Sie steht über ebenso eindeutig zu denjenigen politischen Kräften El Salvador, die bereits sind, den Menschenrechten unter Einsatz ihres eigenen Lebens in diesem Land wieder Geltung zu verschaffen. Die Entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit El Salvador wird daher gezielt wiegende Auszahlungsanweisungen für aktuelle Projekte in El Salvador. Wir warten ab, ob die Wahlen

<p>(A) In diesem Land stattfinden, ob sie demokratisch durchgeführt werden, ob das Ergebnis eines ist, das unserer Zielsetzung, Stärkung der Menschenrechte in Salvador, konform ist. Dann werden wir unsere Maßstab, wie wir in Nicaragua die Entscheidung treffen werden, ob sich das Land in Zukunft nachhaltig von der Destabilisierung abwendet oder nicht.</p>	<p><b>Vizepräsident Westphal:</b> Herr Bundesminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Holtz?</p> <p><b>Dr. Warnke</b>, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Ja, bitte.</p> <p><b>Dr. Holtz</b> (SPD): Danke schön, Herr Bundesminister.</p> <p>Trifft Ihre Aussage in bezug auf El Salvador, daß nichts ausgeschaut wird, nur auf die staatliche Entwicklungshilfe zu, d. h. auf die bilaterale Zusammenarbeit von Staat zu Staat, oder auch auf alle anderen Bereiche?</p>	<p>Herr Kollege Wischniewski. Sie haben hier dem Plenum kundgetan, daß sich der Innenminister Borge beleidigt gefühlt habe</p> <p>(Frau Gottwald [GRÜNE]: Beleidigt worden ist!)</p> <p>durch Äußerungen des Kollegen Geißler. Herr Borgenminister Geißler hat in dem Gespräch mit Innenminister Borge Besorgnis geäußert — erstens über die Menschrechtsverletzungen in Nicaragua, — zweitens — über die Arbeitsbedingungen von Parteien, Gewerkschaften und Presse. Er hat — drittens — eine Liste mit den Namen inhaftierter Christdemokraten und Gewerkschafter überreicht. Ich meine, Herr Kollege Wischniewski, Sie sollten sich hier nicht zum Überbringer einer angeblichen Empfindsamkeit eines hartgesotterten Politikers machen,</p> <p>(Zurufe von der SPD: Geißler!)</p> <p>(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Wischniewski [SPD]: Wenn Sie so lange wie er unter Somoza im Gefängnis gesessen hätten, dann wären auch Sie so empfindlich.)</p>	<p>(C) (A) Herr Kollege Wischniewski. Sie haben hier dem Plenum kundgetan, daß sich der Innenminister Borge beleidigt gefühlt habe</p> <p>(Frau Gottwald [GRÜNE]: Beleidigt worden ist!)</p> <p>Die Bundesregierung weist den massiven Antiamerikanismus, den massiven und emotionalen Antiamerikanismus, der in dieser Debatte zum Vorschein gekommen ist, mit Nachdruck zurück.</p> <p>(Frau Gottwald [GRÜNE]: Wir weisen Ihnen Antikommunismus entschieden zurück, Herr Warnke!)</p> <p>Wir können nicht die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere die Sicherheit der Vereinigten Staaten von Amerika der Weg einer Entwicklung zu Wohlstand, zu Frieden und Freiheit gegangen werden kann. Sie begrüßt die einstimmig getaufen Beschlüsse der Kissinger-Kommission als einen Meilenstein auf diesem Weg.</p>	<p>(D) (B) Herr Kollege Wischniewski, ich habe mit Aufmerksamkeit Ihre Würdigung der demokratischen Bemühungen der Christlichen Demokraten in El Salvador gehört. Ich stehe nicht an, Ihnen und dem Haus die Meinung der Bundesregierung zu sagen, daß dort, wo das Zusammenwirken von sozialdemokratischen, christlich-demokratischen und liberalen Kräften in Lateinamerika funktioniert — oft unter anderem Namen, aber das spielt hier keine Rolle —, und ich nenne Ecuador, ich nenne Venezuela, ich nenne Kolumbien, die Demokratie Wurzeln fassen kann. Eben das funktioniert in Nicaragua nicht.</p> <p>(Frau Gottwald [GRÜNE]: Sagen Sie doch warum!)</p> <p>Ich spreche den Liberalen Nicaraguas meine Hochachtung aus, die dazu bereit wären. Wer sich ver sagt, das sind die Sandinisten. Ich kann nur hoffen, daß den Bemühungen der Sozialistischen Internationale, diese Sandinisten, die an den Beratungen der Sozialistischen Internationale teilnehmen,</p> <p>(Dr. Marx [CDU/CSU]: Hört Hört!)</p> <p>Meine Damen und Herren, dies ist also die Bilanz der Regierung Kohl für die beiden kritischen zentralamerikanischen Staaten: Botschafter in beiden Ländern statt nur in dem einen, wie es unter der sozialdemokratischen Regierung war, und Abhängigmachung der Entwicklungszusammenarbeit des Staates von gleichermaßen angewandten Kriterien — diese Bilanz, Herr Kollege Holtz, steht allerdings in einem klaren und gewollten Gegensatz zu einer Politik der einseitigen Bevorzugung der Sandinisten.</p>	<p>(C) richtet wie am Interesse der Sicherheit entscheidender atlantischer Versorgungswege.</p> <p>(Frau Gottwald [GRÜNE]: Das ist ja interessant!)</p> <p>Die Bundesregierung weist den massiven Antiamerikanismus, den massiven und emotionalen Antiamerikanismus, der in dieser Debatte zum Vorschein gekommen ist, mit Nachdruck zurück.</p> <p>(Frau Gottwald [GRÜNE]: Wir weisen Ihnen Antikommunismus entschieden zurück, Herr Warnke!)</p> <p>Wir können nicht die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere die Sicherheit der Vereinigten Staaten von Amerika der Weg einer Entwicklung zu Wohlstand, zu Frieden und Freiheit gegangen werden kann. Sie begrüßt die einstimmig getaufen Beschlüsse der Kissinger-Kommission als einen Meilenstein auf diesem Weg.</p> <p>(Frau Gottwald [GRÜNE]: Das wundert uns nicht! — Schwenninger [GRÜNE]: Ein völlig falscher Weg!)</p> <p>All denjenigen, die heute guten Willens Beiträge in dieser Aussprache geleistet haben, dankt die Bundesregierung ohne Unterschied der Fraktionszugehörigkeit und unterscheidet sachlicher und zum Teil tiefgreifender Meinungsverschiedenheiten. Die Bundesregierung wird ihre Anstrengungen mit denen des Parlaments zu einer Gestaltung eines deutschen Beitrages zur friedlichen Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft in den Ländern Zentralamerikas und der Karibik vereinen.</p> <p>(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)</p> <p><b>Vizepräsident Westphal:</b> Das Worthat nun die Abgeordnete Frau Lunk.</p> <p>(Zustimmung bei der SPD — Frau Gottwald [GRÜNE]: Das ist demokratischer Pluralismus!)</p> <p>Frau Lunk (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich meine, es war gut, daß der Entwicklungslaminister dieses Wort genommen hat, denn so wurde offenkundig, wie groß die Unterschiede im Kabinett sein müssen. Das, was der Außenminister hier ausgeführt hat, unterscheidet sich ja doch von dem, was sich der Minister Warnke hier soeben geleistet hat.</p> <p>Wenn man das vorgeführt bekommt, dann, meine ich, braucht man sich auch nicht darüber zu wundern, daß die Bundesregierung ein halbes Jahr gebraucht hat, um unsere Anfrage zu beantworten. Es ging ja nicht darum, die neuen Fakten, die der Außenminister Genscher hier dargelegt hat, zu bewerten — das ist nämlich überhaupt nicht geschehen —, es ging wohl darum, die Abstimmung im Kabinett zu irgendinem Ende zu bringen. Wenn ich die Antwort der Bundesregierung dazunehme</p>
--	--	--	---	--	--

**Frau Lauk**

(A) und mir vergegenwärtige, was Herr Warnke gesagt hat, dann scheint mir daß der Herr Genscher auf der Strecke geblieben ist.

(Dr. Pinger [CDU/CSU]: Dann begründen Sie das doch einmal!)

Ich will zu unserer Debatte zurückkehren. Die Politik der Mittelmacht-Bundesrepublik im karibischen und im mittelamerikanischen Raum ist in ihrem Einfluß sicherlich nicht gerade bedeutungsreich, sondern sie darf sich aber gerade für Mittelamerika nie und nimmer allein auf diesen Raum befristet machen, um die Führungsansprüche einflußreichend zu gestalten. Ich darf Sie versichern, daß ich zu den häufigen Gästen des Gesandtschaftsberlin gehöre, der mich immer wieder mit amerikanischen Senatoren und Abgeordneten zusammenbringt, obwohl ich aus dieser Meinung niemals einen Hehl mache. Er lädt mich aber immer wieder ein. Die Amerikaner sind also wesentlich weniger empfindlich, als Sie es sind.

(Beifall bei der SPD — Zuruf der Abgeordneten, Frau Gottwald [GRÜNE])

Die Bundesregierung hat es in ihrer Antwort sorgfältig vermieden, zur Mittelamerikapolitik der Vereinigten Staaten Stellung zu nehmen. Das gilt insbesondere in bezug auf das Problem der militärischen und paramilitärischen Intervention, die sich in der massiven Anwesenheit amerikanischer Soldaten, Berater und amerikanischer Schiffe in der Region ausdrückt und die sich ebenso in der großzügigen Unterstützung der nicaraguanschen Konterrevolutionäre wie in der massiven Militärhilfe der USA für Staaten wie El Salvador, Honduras und Guatemala äußert, die — das muß ich befürchten — vielleicht das einzige sein wird, was von den Vorschlägen des Kissinger-Berichts übrigbleibt.

Folgerichtig sagen Sie in Ihrer Antwort auch nichts zu der Tragödie, daß kleine Länder und ihre Völker, die eigentlich genug eigene Sorgen haben, in einem Konflikt hineingezogen werden, der sie nicht interessieren kann und aus dem sie nur schlechter herauskommen können, als sie hineingevraten sind. Deshalb klingt auch das hohe Lied, das Costa Rica gesungen haben, einigermaßen hohl. Costa Rica ist der einzige Nachbar Nicaraguas, der es bislang verstanden hat, sich ziemlich aus dem Konflikt herauzuhalten und dies gegen die Absicht der Amerikaner.

Die Regierung in San José hat — das darf ich hier erwähnen — keine amerikanischen Berater ins Land gelassen. Die Pioniere der amerikanischen Armee, die an der Grenze zu Nicaragua herumwirken, unterstützen der USA, unternahmen mit sehr großzügiger Militärhilfe, ist das Guatemala des Präsidenten Mejia Victores. Victores hat im August vergangenen Jahres Rios Montt abgelöst, der wahrhaftig mit Schwert und Feuer das guatemaltekische Volk sei-

**Frau Lauk**

(C) ner Adventisten-Sektie zuführen wollte und im Verlauf dieser Bemühungen ein unzuverlässiger politischer Faktor in dieser Region geworden zu sein schien.

Mejia Victores hat bei seinem Amtsantritt Demokratisierung und — man höre, — Beachtung der Menschenrechte gefordert. Es ist aber der Mann, der unter Rios Montt verantwortlich für die gerade, unvorstellbare Greuel war, die von ihm geführte Armee der Zivilbevölkerung des Landes, vor allem der Indianen zugefügt hat. Die Perversion ganzer Dörfer wurden unter seiner Ägide als Verteidigungsmästerei, Flüchtlinge gnadenlos verfolgt. Eine Delegation des katholischen Arbeitskreises „Frieden und Entwicklung“ erklärte im Dezember 1982 nach einer Reise durch Guatemala:

Was wir auf unserer Reise gesehen, gehört und erfahren haben, zwingt uns, heute vom schrecklichen Guatemala zu schreiben. Alles andere wäre Zynismus. Wo selbst Kinder und Frauen bestialisch massakriert werden, kann man nicht mehr über die Schönheit der Landschaft reden, in der das alles geschieht. Ein Beispiel, was die guatemaltekische Armee umschenenrechte gehalten hat, möchte ich mir und Ihnen nicht ersparen. Ich zitiere:

Da überfallen cr. 50 Soldaten und rund 150 Mitglieder der Patrouillen zur zivilen Selbstverteidigung ein friedliches Dorf, treiben Männer und Frauen in zwei Gruppen zusammen, übergießen sie mit Öl und zünden sie an.

Über 300 Menschen kamen bei diesem Massaker um.

Die Bundesregierung erklärt dazu in einem Ländbericht:

— zur Klärstellung: Gemeint ist hier Mejia Victoria —

ist ... offensichtlich bestrebt, den Kampf gegen die Auftändischen mit Entschiedenheit fortzusetzen,

(Zuruf von der SPD: Ungleicherlich!) um so die Voraussetzung für eine unbehinderte wirtschaftliche Betätigung der Bevölkerung zu schaffen.

Wenn dies dieselbe Entscheideneheit ist, mit der man dort Menschenrechtsverletzungen, wie die vorhin beschriebenen bekämpfen will, dann ist die Bevölkerung der Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage völlig unannehmbar, daß Guatemala erste Bemühungen zur Demokratisierung eingeleitet habe

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

— jetzt hören Sie einmal gut zu — daß die Menschenrechtssituation in diesem Land weiterhin Anlaß zur Besorgnis gibt.

(Dr. Holtz [SPD]: Verharmlosesende Sprache)

**Frau Lauk**

(C) Derartige Verniedlichungen sind angesichts einer solchen Lage wirklich nicht angebracht, ja zynisch. (Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Regime wie in Guatemala und El Salvador sind für die Flüchtlingsproblematik verantwortlich, die sich in Mittelamerika angehäuft haben und für die Koalitionsfraktionen in ihrem Antrag befinden. Ein Entwicklungsprogramm Karibik und Zentralamerika eine Lösung anbieten möchten. Allein der Hohe Kommissar für Flüchtlingsfragen der Vereinten Nationen zählte in dieser Region 370 000 Flüchtlinge, davon allein 220 000 aus El Salvador und 70 000 aus Guatemala. Die Schätzungen sind vernünftig erheblich zu niedrig begriffen. Es gibt Zahlen, die von über 600 000 Flüchtlingen in dieser Region ausgehen.

Ich möchte aber nicht über Zahlen streiten. Jeder weiß, daß die Flüchtlingsproblematik als Folge der sozialen und wirtschaftlichen Ungerechtigkeit und der daraus entstehenden Konflikte und als Folge der brutalen Menschenrechtsverletzungen in vielen zentralamerikanischen Staaten große Ausmaße angenommen hat. Jeder weiß, daß der Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, die Europäische Gemeinschaft, private Träger wie das Rote Kreuz oder die Kirchen das Problem nicht lösen, sondern nur lindern können. Es kann nur durch die Beseitigung seiner Ursachen gelöst werden. Diese Ursachen liegen eben nicht im äußeren Erscheinungsbild einer Regierung oder in ihrer außenpolitischen Orientierung. Sie liegen vielmehr darin, ob wirtschaftlicher Fortschritt für alle und soziale Gleichberechtigung angestrebt werden sollen oder festigt werden soll.

(D)

Wer dies nicht begreift, wird die Flüchtlinge Zentralamerikas nicht nach Hause bringen, wird den Menschenrechten keine Geltung verschaffen können und wird die Konflikte nicht friedlich lösen können.

Entwicklungs- und internationale Zusammenarbeit müssen untrennbar mit dem Ziel verbunden sein, zu Fortschritten im Bereich der Menschenrechte zu gelangen. Ein Regime darf nicht dafür belohnt werden, daß es die Bevölkerung terrorisiert und den Ausbau demokratischer Strukturen verhindert. Ein Regime darf nicht dafür belohnt werden, daß es dafür sorgt, daß die Kluft zwischen arm und reich weiter wächst, daß die Erträge der Wirtschaft in höchstem Maße ungleich verteilt werden und damit zu einer weiteren Destabilisierung der Gesellschaft beigetragen wird. Es dürfen keine Regime unterstützt werden, die sich weder dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet fühlen noch willens und schon gar nicht in der Lage sind, ihre Ressourcen für die Armen zu nutzen. Es dürfen keine Regierungen unterstützt werden, die ihre Aufgabe darin sehen, die Herrschaftscliquen zu fördern.

Die Bundesregierung sollte inzwischen längst wissen, daß ein Einschwenken auf den rigiden Kurs

**Frau Lauk**

(C) (A) (B) (D)

Mejia Victores hat bei seinem Amtsantritt Demokratisierung und — man höre, — Beachtung der Menschenrechte gefordert. Es ist aber der Mann, der unter Rios Montt verantwortlich für die gerade, unvorstellbare Greuel war, die von ihm geführte Armee der Zivilbevölkerung des Landes, vor allem der Indianen zugefügt hat. Die Perversion ganzer Dörfer wurden unter seiner Ägide als Verteidigungsmästerei, Flüchtlinge gnadenlos verfolgt. Eine Delegation des katholischen Arbeitskreises „Frieden und Entwicklung“ erklärte im Dezember 1982 nach einer Reise durch Guatemala:

Was wir auf unserer Reise gesehen, gehört und erfahren haben, zwingt uns, heute vom schrecklichen Guatemala zu schreiben. Alles andere wäre Zynismus. Wo selbst Kinder und Frauen bestialisch massakriert werden, kann man nicht mehr über die Schönheit der Landschaft reden, in der das alles geschieht. Ein Beispiel, was die guatemaltekische Armee umschenenrechte gehalten hat, möchte ich mir und Ihnen nicht ersparen. Ich zitiere:

Da überfallen cr. 50 Soldaten und rund 150 Mitglieder der Patrouillen zur zivilen Selbstverteidigung ein friedliches Dorf, treiben Männer und Frauen in zwei Gruppen zusammen, übergießen sie mit Öl und zünden sie an.

Über 300 Menschen kamen bei diesem Massaker um.

Die Bundesregierung erklärt dazu in einem Ländbericht:

— zur Klärstellung: Gemeint ist hier Mejia Victoria —

ist ... offensichtlich bestrebt, den Kampf gegen die Auftändischen mit Entscheideneheit fortzusetzen,

(Zuruf von der SPD: Ungleicherlich!) um so die Voraussetzung für eine unbehinderte wirtschaftliche Betätigung der Bevölkerung zu schaffen.

—

Leider aber — wie mein Kollege Holtz schon ausgeführt hat — hat sich die Koalition nicht dazu versteht, um unserer Antrag auf Steigerung der Verpflichtungsermächtigung für Costa Rica zuzustimmen: Sie haben die wohlklingenden Worte beigetragen, aber nichts auf den Tisch gelegt.

—

Die Regierung von Alberto Monge tut aber nicht nur aus diesen Gründen gut daran, zu den amerikanischen Alliierten um Nicaragua herum Distanz zu halten. Denn ein besonders problematischer Ver-

bündeter der USA, unterstützt mit sehr großzügiger

Militärhilfe, ist das Guatemala des Präsidenten Mejia Victores. Victores hat im August vergangenen Jahres Rios Montt abgelöst, der wahrrichtig mit Schwert und Feuer das guatemaltekische Volk sei-

Frau Lauk

(A) Washingtons in diesen Fragen alles andere als automatische Zustimmung gerade bei unserer jüngeren Generation bewirkt; das hat ja auch vorhin schon Herr Schäfer angemerkt.

(Voigt [Frankfurt]) [SPD]: Das macht die doch freiwillig, das geschieht gar nicht so sehr unter Druck!

Kein Krisenhund hat, obwohl er so weit von Europa entfernt liegt, die öffentliche Meinung in unserem Land so bewegt wie die Krise in Mittelamerika. Darin waren sich auch die Kollegen Holtz und La-mers einig. Die Bundesregierung und mit ihr die westeuropäischen Staaten dürfen, um ihrer Einfluß auf der mittelamerikanischen Region zwar nicht überschätzen, sie dürfen aber auch nicht durch ein zögerliches Verhalten diesen Einfluß verspielen.

Entwicklungspolitisch muß es unser Ziel bleiben, eine Art Marshallplan für die Dritte Welt in Gang zu setzen. Wir dürfen dabei nicht erkennen, daß es gerade in dieser Region industrielle Strukturen nicht gibt und dort auch ausgebildete Arbeitskräfte fehlen, ganz im Gegensatz zu Westeuropa, wo das eben als Voraussetzung vorhanden war.

Sicherlich fehlt es in jener Region auch an einem gemeinsamen politischen Selbstverständnis sowie an einer gut ausgebildeten Administration, die einen Plan nach diesem klassischen Muster umsetzen kann. Wir wissen aber, warum jene „Allianz des Fortschritts“ aus den 80er Jahren in Lateinamerika scheitern mußte. Wir wissen auch, daß die früheren Fehler einer forcierten Industrialisierung uns nicht schaden, das überall dort, wo es nicht tut, öffentlich deutlich zu machen: vor jenen, die eine solche Ideologisierung betreiben, und vor jenen, die gewillt sind, ein solches Verfahren zu dulden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dr. Pinger (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Lunk meine, Unterschiede in den Erklärungen des Außenministers und des Entwicklungsmamisters festgestellt zu haben.

(Dr. Vogel [SPD]): Das meint Herr Strauß auch!

Eine Begründung für die Behauptung haben Sie nicht gegeben. Ich jedenfalls habe keine Unterschiede erkennen können.

(Zurufe von der SPD: Na, na! — Schily [GRÜNE]: Wie war das denn mit der Kabinettsvorlage?)

Dann hat mich der Kollege Holtz zitiert, und zwar irreführend. Deshalb muß ich das klarstellen. Ge-

nauso wie bei dem Kollegen Lamers hat er die wichtige zweite Hälfte des Satzes weggelassen.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Das ist so die Methoden!)

Ich habe in dem Gespräch mit dem Junta-Mitglied Ramirez gesagt, daß ich mich für eine möglichst umfassende Zusammenarbeit auch mit Nicaragua einsetze, vorausgesetzt — das war klar, das steht auch in dem Bericht — daß die Sandinisten zu den selbst gesetzten Zielen der Revolution zurückkehren, insbesondere zu Pluralismus und Demokratie. Dabei bleibe ich. Darauf ist ja auch die Bundesregierung eingestellt. 40 Millionen DM stehen noch für Nicaragua zur Verfügung. Die Mittel werden für konkrete Projekte verwendet.

(Dr. Holtz [SPD]: Lesen Sie einmal im Protokoll nach, was ich gesagt habe!)

sobald die Kehrtwende, die Sie prognostizieren, tatsächlich eintreift.

Um soziale Ungerechtigkeit und Armut zu überwinden, bedarf es der Reformen. In El Salvador wurde die Agrarreform begonnen und in einem ersten Schritt auch realisiert, bis sie dann von den Grundbesitzern und von denjenigen Militärs, die mit ihnen verbündet sind, brutal abgewirtschaftet wurde. Die Christdemokraten haben damals die Reform durchführen wollen. Sie sind dort immer noch die einzige Reformkraft, die mit friedlichen, demokratischen Mitteln soziale Verbesserungen herbeiführen will. Aber sie ist auch dem Terror von rechts und von links besonders ausgesetzt.

(Frau Gottwald [GRÜNE]): Das stimmt doch nicht!

Sie hat einen schrecklichen Blutzoll entrichten müssen. Keiner anderen politischen Partei wurden 30 Bürgermeister und 247 kommunale Amtsträger wegemordnet. Die Unterbindung des Terrors der Todesschwadronen soll jetzt unter dem massiven Druck der USA erreicht werden. Wir hoffen, daß das Erfolg hat.

Wir fragen: Wurde auch die Einschnürung der Vertriebswege von „La Prensa“ aufgegeben? Die entscheidende Frage lautet: Wird die Lockerung der Zensur anhalten?

(Klein [München] [CDU/CSU]: Von Propaganda verstehen die was?)

Aber, meine Damen und Herren, gleichzeitig muß auch der Terror von links, muß die Guerillatätigkeit aufhören.

(Schwenninger [GRÜNE]: Sie meinen den Betriebskampf?)

Auch dieser Terror darf nicht weiter unterstützt werden.

Nur wer aus ideologischen Gründen blind ist, kann im übrigen den Einfluß des Ost-West-Konflikts in dieser Region übersehen. Die Sowjetunion hat bisher alles dafür getan, um die Krise dort weiterschwellen zu lassen. Wenn wir nach Entwicklungsmöglichkeiten für Zentralamerika suchen, sollten wir daher vom Ostblock nicht erwarten, daß er Brücken baut. Im Gegenteil, er läßt sie durch seine Freunde zerstören.

Zur Analyse gehört auch die Feststellung, daß in Nicaragua die beachtliche Entwicklungshilfe auch der Bundesrepublik im Ergebnis zum beschleunig-

(C) (A) (B)

nauso wie bei dem Kollegen Lamers hat er die wichtige zweite Hälfte des Satzes weggelassen.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Das ist so die Methoden!)

Ich habe in dem Gespräch mit dem Junta-Mitglied Ramirez gesagt, daß ich mich für eine möglichst umfassende Zusammenarbeit auch mit Nicaragua einsetze, vorausgesetzt — das war klar, das steht auch in dem Bericht — daß die Sandinisten zu den selbst gesetzten Zielen der Revolution zurückkehren, insbesondere zu Pluralismus und Demokratie. Dabei bleibe ich. Darauf ist ja auch die Bundesregierung eingestellt. 40 Millionen DM stehen noch für Nicaragua zur Verfügung. Die Mittel werden für konkrete Projekte verwendet.

(Dr. Holtz [SPD]: Lesen Sie einmal im Protokoll nach, was ich gesagt habe!)

sobald die Kehrtwende, die Sie prognostizieren, tatsächlich eintreift.

Um soziale Ungerechtigkeit und Armut zu überwinden, bedarf es der Reformen. In El Salvador wurde die Agrarreform begonnen und in einem ersten Schritt auch realisiert, bis sie dann von den Grundbesitzern und von denjenigen Militärs, die mit ihnen verbündet sind, brutal abgewirtschaftet wurde. Die Christdemokraten haben damals die Reform durchführen wollen. Sie sind dort immer noch die einzige Reformkraft, die mit friedlichen, demokratischen Mitteln soziale Verbesserungen herbeiführen will. Aber sie ist auch dem Terror von rechts und von links besonders ausgesetzt.

(Frau Gottwald [GRÜNE]): Das stimmt doch nicht!

Sie hat einen schrecklichen Blutzoll entrichten müssen. Keiner anderen politischen Partei wurden 30 Bürgermeister und 247 kommunale Amtsträger wegemordnet. Die Unterbindung des Terrors der Todesschwadronen soll jetzt unter dem massiven Druck der USA erreicht werden. Wir hoffen, daß das Erfolg hat.

Wir fragen: Wurde auch die Einschnürung der Vertriebswege von „La Prensa“ aufgegeben? Die entscheidende Frage lautet: Wird die Lockerung der Zensur anhalten?

(Klein [München] [CDU/CSU]: Von Propaganda verstehen die was?)

Aber, meine Damen und Herren, gleichzeitig muß auch der Terror von links, muß die Guerillatätigkeit aufhören.

(Schwenninger [GRÜNE]: Sie meinen den

Betriebskampf?)

Auch dieser Terror darf nicht weiter unterstützt werden.

Nur wer aus ideologischen Gründen blind ist, kann im übrigen den Einfluß des Ost-West-Konflikts in dieser Region übersehen. Die Sowjetunion hat bisher alles dafür getan, um die Krise dort weiterschwellen zu lassen. Wenn wir nach Entwicklungsmöglichkeiten für Zentralamerika suchen, sollten wir daher vom Ostblock nicht erwarten, daß er Brücken baut. Im Gegenteil, er läßt sie durch seine Freunde zerstören.

Zur Analyse gehört auch die Feststellung, daß in

(C) (A) (B)

nauso wie bei dem Kollegen Lamers hat er die wichtige zweite Hälfte des Satzes weggelassen.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Das ist so die Methoden!)

Ich habe in dem Gespräch mit dem Junta-Mitglied Ramirez gesagt, daß ich mich für eine möglichst umfassende Zusammenarbeit auch mit Nicaragua einsetze, vorausgesetzt — das war klar, das steht auch in dem Bericht — daß die Sandinisten zu den selbst gesetzten Zielen der Revolution zurückkehren, insbesondere zu Pluralismus und Demokratie. Dabei bleibe ich. Darauf ist ja auch die Bundesregierung eingestellt. 40 Millionen DM stehen noch für Nicaragua zur Verfügung. Die Mittel werden für konkrete Projekte verwendet.

(Dr. Holtz [SPD]: Lesen Sie einmal im Protokoll nach, was ich gesagt habe!)

sobald die Kehrtwende, die Sie prognostizieren, tatsächlich eintreift.

Um soziale Ungerechtigkeit und Armut zu überwinden, bedarf es der Reformen. In El Salvador wurde die Agrarreform begonnen und in einem ersten Schritt auch realisiert, bis sie dann von den Grundbesitzern und von denjenigen Militärs, die mit ihnen verbündet sind, brutal abgewirtschaftet wurde. Die Christdemokraten haben damals die Reform durchführen wollen. Sie sind dort immer noch die einzige Reformkraft, die mit friedlichen, demokratischen Mitteln soziale Verbesserungen herbeiführen will. Aber sie ist auch dem Terror von rechts und von links besonders ausgesetzt.

(Frau Gottwald [GRÜNE]): Das stimmt doch nicht!

Sie hat einen schrecklichen Blutzoll entrichten müssen. Keiner anderen politischen Partei wurden 30 Bürgermeister und 247 kommunale Amtsträger wegemordnet. Die Unterbindung des Terrors der Todesschwadronen soll jetzt unter dem massiven Druck der USA erreicht werden. Wir hoffen, daß das Erfolg hat.

Wir fragen: Wurde auch die Einschnürung der Vertriebswege von „La Prensa“ aufgegeben? Die entscheidende Frage lautet: Wird die Lockerung der Zensur anhalten?

(Klein [München] [CDU/CSU]: Von Propaganda verstehen die was?)

Aber, meine Damen und Herren, gleichzeitig muß auch der Terror von links, muß die Guerillatätigkeit aufhören.

(Schwenninger [GRÜNE]: Sie meinen den

Betriebskampf?)

Auch dieser Terror darf nicht weiter unterstützt werden.

Nur wer aus ideologischen Gründen blind ist, kann im übrigen den Einfluß des Ost-West-Konflikts in dieser Region übersehen. Die Sowjetunion hat bisher alles dafür getan, um die Krise dort weiterschwellen zu lassen. Wenn wir nach Entwicklungsmöglichkeiten für Zentralamerika suchen, sollten wir daher vom Ostblock nicht erwarten, daß er Brücken baut. Im Gegenteil, er läßt sie durch seine Freunde zerstören.

Zur Analyse gehört auch die Feststellung, daß in

(C) (A) (B)

nauso wie bei dem Kollegen Lamers hat er die wichtige zweite Hälfte des Satzes weggelassen.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Das ist so die Methoden!)

Ich habe in dem Gespräch mit dem Junta-Mitglied Ramirez gesagt, daß ich mich für eine möglichst umfassende Zusammenarbeit auch mit Nicaragua einsetze, vorausgesetzt — das war klar, das steht auch in dem Bericht — daß die Sandinisten zu den selbst gesetzten Zielen der Revolution zurückkehren, insbesondere zu Pluralismus und Demokratie. Dabei bleibe ich. Darauf ist ja auch die Bundesregierung eingestellt. 40 Millionen DM stehen noch für Nicaragua zur Verfügung. Die Mittel werden für konkrete Projekte verwendet.

(Dr. Holtz [SPD]: Lesen Sie einmal im Protokoll nach, was ich gesagt habe!)

sobald die Kehrtwende, die Sie prognostizieren, tatsächlich eintreift.

Um soziale Ungerechtigkeit und Armut zu überwinden, bedarf es der Reformen. In El Salvador wurde die Agrarreform begonnen und in einem ersten Schritt auch realisiert, bis sie dann von den Grundbesitzern und von denjenigen Militärs, die mit ihnen verbündet sind, brutal abgewirtschaftet wurde. Die Christdemokraten haben damals die Reform durchführen wollen. Sie sind dort immer noch die einzige Reformkraft, die mit friedlichen, demokratischen Mitteln soziale Verbesserungen herbeiführen will. Aber sie ist auch dem Terror von rechts und von links besonders ausgesetzt.

(Frau Gottwald [GRÜNE]): Das stimmt doch nicht!

Sie hat einen schrecklichen Blutzoll entrichten müssen. Keiner anderen politischen Partei wurden 30 Bürgermeister und 247 kommunale Amtsträger wegemordnet. Die Unterbindung des Terrors der Todesschwadronen soll jetzt unter dem massiven Druck der USA erreicht werden. Wir hoffen, daß das Erfolg hat.

Wir fragen: Wurde auch die Einschnürung der Vertriebswege von „La Prensa“ aufgegeben? Die entscheidende Frage lautet: Wird die Lockerung der Zensur anhalten?

(Klein [München] [CDU/CSU]: Von Propaganda verstehen die was?)

Aber, meine Damen und Herren, gleichzeitig muß auch der Terror von links, muß die Guerillatätigkeit aufhören.

(Schwenninger [GRÜNE]: Sie meinen den

Betriebskampf?)

Auch dieser Terror darf nicht weiter unterstützt werden.

Nur wer aus ideologischen Gründen blind ist, kann im übrigen den Einfluß des Ost-West-Konflikts in dieser Region übersehen. Die Sowjetunion hat bisher alles dafür getan, um die Krise dort weiterschwellen zu lassen. Wenn wir nach Entwicklungsmöglichkeiten für Zentralamerika suchen, sollten wir daher vom Ostblock nicht erwarten, daß er Brücken baut. Im Gegenteil, er läßt sie durch seine Freunde zerstören.

Zur Analyse gehört auch die Feststellung, daß in

(C) (A) (B)

nauso wie bei dem Kollegen Lamers hat er die wichtige zweite Hälfte des Satzes weggelassen.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Das ist so die Methoden!)

Ich habe in dem Gespräch mit dem Junta-Mitglied Ramirez gesagt, daß ich mich für eine möglichst umfassende Zusammenarbeit auch mit Nicaragua einsetze, vorausgesetzt — das war klar, das steht auch in dem Bericht — daß die Sandinisten zu den selbst gesetzten Zielen der Revolution zurückkehren, insbesondere zu Pluralismus und Demokratie. Dabei bleibe ich. Darauf ist ja auch die Bundesregierung eingestellt. 40 Millionen DM stehen noch für Nicaragua zur Verfügung. Die Mittel werden für konkrete Projekte verwendet.

(Dr. Holtz [SPD]: Lesen Sie einmal im Protokoll nach, was ich gesagt habe!)

sobald die Kehrtwende, die Sie prognostizieren, tatsächlich eintreift.

Um soziale Ungerechtigkeit und Armut zu überwinden, bedarf es der Reformen. In El Salvador wurde die Agrarreform begonnen und in einem ersten Schritt auch realisiert, bis sie dann von den Grundbesitzern und von denjenigen Militärs, die mit ihnen verbündet sind, brutal abgewirtschaftet wurde. Die Christdemokraten haben damals die Reform durchführen wollen. Sie sind dort immer noch die einzige Reformkraft, die mit friedlichen, demokratischen Mitteln soziale Verbesserungen herbeiführen will. Aber sie ist auch dem Terror von rechts und von links besonders ausgesetzt.

(Frau Gottwald [GRÜNE]): Das stimmt doch nicht!

Sie hat einen schrecklichen Blutzoll entrichten müssen. Keiner anderen politischen Partei wurden 30 Bürgermeister und 247 kommunale Amtsträger wegemordnet. Die Unterbindung des Terrors der Todesschwadronen soll jetzt unter dem massiven Druck der USA erreicht werden. Wir hoffen, daß das Erfolg hat.

Wir fragen: Wurde auch die Einschnürung der Vertriebswege von „La Prensa“ aufgegeben? Die entscheidende Frage lautet: Wird die Lockerung der Zensur anhalten?

(Klein [München] [CDU/CSU]: Von Propaganda verstehen die was?)

Aber, meine Damen und Herren, gleichzeitig muß auch der Terror von links, muß die Guerillatätigkeit aufhören.

(Schwenninger [GRÜNE]: Sie meinen den

Betriebskampf?)

Auch dieser Terror darf nicht weiter unterstützt werden.

Nur wer aus ideologischen Gründen blind ist, kann im übrigen den Einfluß des Ost-West-Konflikts in dieser Region übersehen. Die Sowjetunion hat bisher alles dafür getan, um die Krise dort weiterschwellen zu lassen. Wenn wir nach Entwicklungsmöglichkeiten für Zentralamerika suchen, sollten wir daher vom Ostblock nicht erwarten, daß er Brücken baut. Im Gegenteil, er läßt sie durch seine Freunde zerstören.

Zur Analyse gehört auch die Feststellung, daß in

(C) (A) (B)

nauso wie bei dem Kollegen Lamers hat er die wichtige zweite Hälfte des Satzes weggelassen.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Das ist so die Methoden!)

Ich habe in dem Gespräch mit dem Junta-Mitglied Ramirez gesagt, daß ich mich für eine möglichst umfassende Zusammenarbeit auch mit Nicaragua einsetze, vorausgesetzt — das war klar, das steht auch in dem Bericht — daß die Sandinisten zu den selbst gesetzten Zielen der Revolution zurückkehren, insbesondere zu Pluralismus und Demokratie. Dabei bleibe ich. Darauf ist ja auch die Bundesregierung eingestellt. 40 Millionen DM stehen noch für Nicaragua zur Verfügung. Die Mittel werden für konkrete Projekte verwendet.

(Dr. Holtz [SPD]: Lesen Sie einmal im Protokoll nach, was ich gesagt habe!)

sobald die Kehrtwende, die Sie prognostizieren, tatsächlich eintreift.

Um soziale Ungerechtigkeit und Armut zu überwinden, bedarf es der Reformen. In El Salvador wurde die Agrarreform begonnen und in einem ersten Schritt auch realisiert, bis sie dann von den Grundbesitzern und von denjenigen Militärs, die mit ihnen verbündet sind, brutal abgewirtschaftet wurde. Die Christdemokraten haben damals die Reform durchführen wollen. Sie sind dort immer noch die einzige Reformkraft, die mit friedlichen, demokratischen Mitteln soziale Verbesserungen herbeiführen will. Aber sie ist auch dem Terror von rechts und von links besonders ausgesetzt.

(Frau Gottwald [GRÜNE]): Das stimmt doch nicht!

Sie hat einen schrecklichen Blutzoll entrichten müssen. Keiner anderen politischen Partei wurden 30 Bürgermeister und 247 kommunale Amtsträger wegemordnet. Die Unterbindung des Terrors der Todesschwadronen soll jetzt unter dem massiven Druck der USA erreicht werden. Wir hoffen, daß das Erfolg hat.

Wir fragen: Wurde auch die Einschnürung der Vertriebswege von „La Prensa“ aufgegeben? Die entscheidende Frage lautet: Wird die Lockerung der Zensur anhalten?

(Klein [München] [CDU/CSU]: Von Propaganda verstehen die was?)

Aber, meine Damen und Herren, gleichzeitig muß auch der Terror von links, muß die Guerillatätigkeit aufhören.

(Schwenninger [GRÜNE]: Sie meinen den

Betriebskampf?)

Auch dieser Terror darf nicht weiter unterstützt werden.

Nur wer aus ideologischen Gründen blind ist, kann im übrigen den Einfluß des Ost-West-Konflikts in dieser Region übersehen. Die Sowjetunion hat bisher alles dafür getan, um die Krise dort weiterschwellen zu lassen. Wenn wir nach Entwicklungsmöglichkeiten für Zentralamerika suchen, sollten wir daher vom Ostblock nicht erwarten, daß er Brücken baut. Im Gegenteil, er läßt sie durch seine Freunde zerstören.

Zur Analyse gehört auch die Feststellung, daß in

(C) (A) (B)

nauso wie bei dem Kollegen Lamers hat er die wichtige zweite Hälfte des Satzes weggelassen.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Das ist so die Methoden!)

Ich habe in dem Gespräch mit dem Junta-Mitglied Ramirez gesagt, daß ich mich für eine möglichst umfassende Zusammenarbeit auch mit Nicaragua einsetze, vorausgesetzt — das war klar, das steht auch in dem Bericht — daß die Sandinisten zu den selbst gesetzten Zielen der Revolution zurückkehren, insbesondere zu Pluralismus und Demokratie. Dabei bleibe ich. Darauf ist ja auch die Bundesregierung eingestellt. 40 Millionen DM stehen noch für Nicaragua zur Verfügung. Die Mittel werden für konkrete Projekte verwendet.

(Dr. Holtz [SPD]: Lesen Sie einmal im Protokoll nach, was ich gesagt habe!)

sobald die Kehrtwende, die Sie prognostizieren, tatsächlich eintreift.

Um soziale Ungerechtigkeit und Armut zu überwinden, bedarf es der Reformen. In El Salvador wurde die Agrarreform begonnen und in einem ersten Schritt auch realisiert, bis sie dann von den Grundbesitzern und von denjenigen Militärs, die mit ihnen verbündet sind, brutal abgewirtschaftet wurde. Die Christdemokraten haben damals die Reform durchführen wollen. Sie sind dort immer noch die einzige Reformkraft, die mit friedlichen, demokratischen Mitteln soziale Verbesserungen herbeiführen will. Aber sie ist auch dem Terror von rechts und von links besonders ausgesetzt.

(Frau Gottwald [GRÜNE]): Das stimmt doch nicht!

Sie hat einen schrecklichen Blutzoll entrichten müssen. Keiner anderen politischen Partei wurden 30 Bürgermeister und 247 kommunale Amtsträger wegemordnet. Die Unterbindung des Terrors der Todesschwadronen soll jetzt unter dem massiven Druck der USA erreicht werden. Wir hoffen, daß das Erfolg hat.

Wir fragen: Wurde auch die Einschnürung der Vertriebswege von „La Prensa“ aufgegeben? Die entscheidende Frage lautet: Wird die Lockerung der Zensur anhalten?

(Klein [München] [CDU/CSU]: Von Propaganda verstehen die was?)

Aber, meine Damen und Herren, gleichzeitig muß auch der Terror von links, muß die Guerillatätigkeit aufhören.

(Schwenninger [GRÜNE]: Sie meinen den

Betriebskampf?)

Auch dieser Terror darf nicht weiter unterstützt werden.

Nur wer aus ideologischen Gründen blind ist, kann im übrigen den Einfluß des Ost-West-Konflikts in dieser Region übersehen. Die Sowjetunion hat bisher alles dafür getan, um die Krise dort weiterschwellen zu lassen. Wenn wir nach Entwicklungsmöglichkeiten für Zentralamerika suchen, sollten wir daher vom Ostblock nicht erwarten, daß er Brücken baut. Im Gegenteil, er läßt sie durch seine Freunde zerstören.

Zur Analyse gehört auch die Feststellung, daß in

(C) (A) (B)

nauso wie bei dem Kollegen Lamers hat er die wichtige zweite Hälfte des Satzes weggelassen.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Das ist so die Methoden!)

Ich habe in dem Gespräch mit dem Junta-Mitglied Ramirez gesagt, daß ich mich für eine möglichst umfassende Zusammenarbeit auch mit Nicaragua einsetze, vorausgesetzt — das war klar, das steht auch in dem Bericht — daß die Sandinisten zu den selbst gesetzten Zielen der Revolution zurückkehren, insbesondere zu Pluralismus und Demokratie. Dabei bleibe ich. Darauf ist ja auch die Bundesregierung eingestellt. 40 Millionen DM stehen noch für Nicaragua zur Verfügung. Die Mittel werden für konkrete Projekte verwendet.

(Dr. Holtz [SPD]: Lesen Sie einmal im Protokoll nach, was ich gesagt habe!)

sobald die Kehrtwende, die Sie prognostizieren, tatsächlich eintreift.

Um soziale Ungerechtigkeit und Armut zu überwinden, bedarf es der Reformen. In El Salvador wurde die Agrarreform begonnen und in einem ersten Schritt auch realisiert, bis sie dann von den Grundbesitzern und von denjenigen Militärs, die mit ihnen verbündet sind, brutal abgewirtschaftet wurde. Die Christdemokraten haben damals die Reform durchführen wollen. Sie sind dort immer noch die einzige Reformkraft, die mit friedlichen, demokratischen Mitteln soziale Verbesserungen herbeiführen will. Aber sie ist auch dem Terror von rechts und von links besonders ausgesetzt.

(Frau Gottwald [GRÜNE]): Das stimmt doch nicht!

Sie hat einen schrecklichen Blutzoll entrichten müssen. Keiner anderen politischen Partei wurden 30 Bürgermeister und 247 kommunale Amtsträger wegemordnet. Die Unterbindung des Terrors der Todesschwadronen soll jetzt unter dem massiven Druck der USA erreicht werden. Wir hoffen, daß das Erfolg hat.

Wir fragen: Wurde auch die Einschnürung der Vertriebswege von „La Prensa“ aufgegeben? Die entscheidende Frage lautet: Wird die Lockerung der Zensur anhalten?

(Klein [München] [CDU/CSU]: Von Propaganda verstehen die was?)

Aber, meine Damen und Herren, gleichzeitig muß auch der Terror von links, muß die Guerillatätigkeit aufhören.

(Schwenninger [GRÜNE]: Sie meinen den

Betriebskampf?)

Auch dieser Terror darf nicht weiter unterstützt werden.

Nur wer aus ideologischen Gründen blind ist, kann im übrigen den Einfluß des Ost-West-Konflikts in dieser Region übersehen. Die Sowjetunion hat bisher alles dafür getan, um die Krise dort weiterschwellen zu lassen. Wenn wir nach Entwicklungsmöglichkeiten für Zentralamerika suchen, sollten wir daher vom Ostblock nicht erwarten, daß er Brücken baut. Im Gegenteil, er läßt sie durch seine Freunde zerstören.

Zur Analyse gehört auch die Feststellung, daß in

(

(A) samkeit. Nur dann werden wir zusammen Wirkung erzeugen.

(Zuruf des Abg. Schily [GRÜNE])

Wenn und soweit die staatliche Zusammensetzung der Verhältnisse, wegen Menschenrechtsverletzungen nicht möglich ist, sollte sie jedenfalls noch den Menschen zugute kommen. Wir sollten die Türe nicht völlig zuschlagen. Ich unterstreiche auch dies, was Minister Wanka soeben sagte. Wir sind uns darüber einig, daß über Nichtregierungseinheiten ein möglichst großes Maß von Hilfe direkt an die Bevölkerung gegeben werden sollte.

(Schily [GRÜNE]: Jetzt kommen Sie zu Guatemala)

Wir sind als CDU/CSU-Faktion der Meinung — ich will das aber nicht zum Nachklang noch einmal sagen, sondern weil es für die künftige Politik wichtig ist —, daß die Bundesregierung 1980 versagt hat, als sie in El Salvador die Tür zuschlug. Denn dort suchten damals gerade reformwillige Kräfte unter Napoleon Duarre in der Regierung händlernd nach Hilfe.

(Klein [München] [CDU/CSU]: Da war der Druck der SPD zu groß!)

Die damalige Bundesregierung hat sie im Stich gelassen und dies, nachdem sie früher bei den Diktatoren in El Salvador, in Guatemala und auch in Nicaragua hinsichtlich der Entwicklungshilfe großzüger war. Ich erinnere daran, daß es unter den Sozialdemokraten gerade das Somoza-Regime war, das die meiste Kapitalhilfe in Mittelamerika be- kam.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Da paßt der Zuruf „Hört! Hört!“)

Damit nicht Schwierigkeiten bei dem Ziel einer gemeinsamen Politik, Schwierigkeiten, die nach wie vor bestehen, unter den Teppich gekehrt werden, möchte ich noch einige kritische Positionen ansprechen.

(Schwenninger [GRÜNE]: Jetzt kommt die Manöverkritik! — Zurufe von der SPD)

Ich sage klar, wir mißtrauen den Zielen der salvadorianischen Guerilla, die im Kern marxistisch-leninistisch ist. Die Geschichte marxistisch-leninistischer Machtentfernung bestätigt, daß letztlich derjenige in der Revolution übrigbleibt, der die Waffen hat.

(Schwenninger [GRÜNE]: Das sagen die Amerikaner auch! — Zuruf von der CDU/CSU)

Die politischen Freunde, mit denen Sie zusammenleben, haben die Waffen nicht,

(Zuruf von der SPD: Wie ist es in Chile?)

und deshalb sind wir da sehr skeptisch. Wir lehnen vor allem auch die Methoden der salvadorianischen Guerilla ab. Sie betreibt einen Krieg gegen das Volk. Gesprengte Brücken, ausgebrannte Omnibusse und Lkws, zerstörte Wasser- und Elektrizitätsanlagen treffen die arme Bevölkerung. Arbeitslose, ruinierte Genossenschaften, zerstörte Betrie-

be, das alles sind Folgen der Guerrillaktaktil. Dies aber kann nicht schweigend hingenommen werden.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der SPD geben Sie Ihr Schweigen auf, stellen Sie Ihre Einwirkungsmöglichkeiten auf die Guerilla unter Beweis.

(Zurufe von der SPD)

Wir jedenfalls möchten der Polarisierung in El Salvador entgegenwirken. Die demokratische Mitte würde sonst zwischen den beiden Extremen weiter zerreißen. Wir wissen doch aus der eigenen Geschichtsschule, welche katastrophalen Folgen dies hat. Wenn die Christdemokraten weiter bekämpft werden, dann wird einem Regime unter D'Aubuisson und den Todesschwadronen ungewollt, aber zwangsläufig in die Hände gearbeitet.

Wir erklären erneut: Die Todesschwadronen sind ein Skandal und müssen von der Regierung dort ein Ende gesetzt werden. Aber ebenso nachdrücklich verlangen wir die Einstellung der Kampftätigkeit der Guerilla.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Aber ebenso nachdrücklich verlangen wir die Einstellung der Kampftätigkeit der Guerilla.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Klein [München] [CDU/CSU], zu den GRÜNEN gewandt: Das ist eure Einigung!) (D) (B)

Wir fordern Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, auf: Verurteilen Sie die Übergriffe der Guerilla ebenso deutlich. Nur dann können wir die Leider zu schmalen demokratischen Mitte stützen.

Lassen Sie mich zum Schluß auch das noch deutlich sagen: Nicaragua ist zur Zeit nicht das Musterland, das vorbildliche, repräsentative System, das durch öffentliche Aktionen des Kaffeepflückens oder wie auch immer demonstrativ unterstützt werden sollte.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Das müssen Sie schon uns überlassen!)

Ihre einseitige Unterstützung verstärkt ungewollt die totalitären Kräfte des Regimes.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Wir pfücken Kaffee, wo wir wollen. Herr Pinder!)

Helfen Sie mit — wir alle zusammen sollten das tun — die Restbestände am Pluralismus, die es noch gibt — Herr Holtz, da stimme ich Ihnen zu; das ist noch kein Ostblockland; wir hoffen, daß wir endlich sagen können, daß es nie eines geworden ist —,

(Dr. Holtz [SPD]: Das ist eine wichtige Aussage, die Sie hier treffen!)

Zum Schluß erklärte er, er habe während seines Besuchs keine formale Zusagen im Sinn der Raumplanung gegeben usw. usf.

Also dieser Prozeß — dieser Meinung bin ich nach wie vor, Herr Wischniewski — ist voll in Gängung begriffen. Wir können nun nicht etwas ganz anderes als das machen, was die sozialliberale Regierung damals getan hat.

(Zuruf des Abg. Dr. Holtz [SPD])

(C) (A) amerikaner Anteil nehmen. Das sind die USA, Kanada, die lateinamerikanischen Demokratien,

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Ich breche zusammen! Das ist eine Unversäumtheit, Herr Pinder!)

und das sind unsere Partner in der Europäischen Gemeinschaft. Ich glaube, wenn wir zusammenarbeiten, und zwar in der Weise, daß wir dies in einer gewissen Arbeitsteilung tun, wir Europäer aber zusammen, werden wir einen entscheidenden Beitrag zum Frieden in der Region leisten können, aber auch nur dann. — Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Westphal: Wir kommen zum letzten Redner des heutigen Vormittags, Herr Dr. Rumpf hat das Wort.

Dr. Rumpf (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich, daß Sie bis zum leitigen Moment ausgeharrt haben. Ich werde Sie damit belohnen, daß ich es ganz kurz mache.

(Klein [München] [CDU/CSU]: Wir wußten, wer als letzter kommt!)

Bei der SPD ist heute eigentlich doch durchgekommen, daß sie die Wende dort sucht, wo sie nicht ist, und sie sie immer dort nicht findet, wo sie schon längst geschieden ist, nämlich in der Wirtschaftspolitik. Es ist ganz eigenartig. Es ist so, wie wenn ein Jäger mit einem geladenen Gewehr auf das Wild wartet, das Gewehr weiß, daß das Wild nicht kommt entlädt, in ein neues Revier geht, zielt und abdrückt, das Gewehr aber nicht schießt. So ungefähr war das neu.

Wir befinden uns doch vollkommen in der Kontinuität. Ich darf doch einmal aus dem Protokoll vom 18. März 1982 zitieren, was Minister Offergeld vor dem Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit nach einer sehr ausgedehnten Reise nach Nicaragua gesagt hat. Er sprach von der Grundlage der deutsch-nicaraguanischen Zusammenarbeit. Die Ziele der Revolution seien Pluralismus, Demokratie, gemeinsame Wirtschaftsform, Blockfreiheit. Weiter sagte er, er habe auf die deutschen Sorgen bezüglich der Behinderung der Opposition und der Presse und bezüglich der Verhaftungen, der wachsenden Militarisierung usw. hingewiesen.

(Voigt [Frankfurt] [SPD]: Mit einem gewissen Erfolg!)

Zum Schluß erklärte er, er habe während seines Besuchs keine formale Zusagen im Sinn der Raumplanung gegeben usw. usf.

Also dieser Prozeß — dieser Meinung bin ich nach wie vor, Herr Wischniewski — ist voll in Gang. Und deswegen meine ich im Gegensatz zu Ihnen, Frau Gottwald, daß der Kissinger-Bericht etwas mehr als früher differenziert. Er hat durch Selbstkritik, Differenzierungsbereitschaft, Querdenken und Selbstbeschränkung mit der amerikanischen Politik Remedien gemacht. Er zeigt auf, was falsch gelaufen ist und was besser gemacht werden kann.

Aber es geht immer um diese drei Forderungen: Pluralismus, eine gemischte Wirtschaftsform und Blockfreiheit. Jetzt will ich mal versuchen, den Pluralismus in Nicaragua darzustellen, wie er mir begegnet ist. Er ist buntschillernd.

(C) (A) Was soll das heißen?

(Weiterer Zuruf des Abg. Dr. Holtz [SPD] und Zuruf des Abg. Bindig [SPD])

Herr Holtz, vielleicht liegt es an Ihrem Informationsdefizit. Als wir zusammen in Mittelamerika waren, haben Sie sich ja geweckt, mit bestimmten Gruppen zu sprechen,

(Dr. Holtz [SPD]: Die habe ich hier getroffen.)

Mir kommt es manchmal so vor, als ob sich die

SPD —

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Sagen Sie doch, welche Gruppen es waren! Darauf bestreite ich jetzt!)

Mir kommt es manchmal so vor, als ob sich die

SPD —

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(Heiterkeit bei der FDP und der CDU/CSU — Berger [CDU/CSU]: Nicht so fanatisch, Frau Gottwald!)

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(Schwenninger [GRÜNE]: Richtig!)

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

(D)

Ach Frau Gottwald! Machen Sie eine kleine Zwischenfrage, und dann sage ich alles. Also! Köstlich!

Dr. Rumpf

(A) Es gibt beeindruckende Fortschritte im Gesundheits- und Bildungsbereich. Das ist eindeutig. Im Bildungsbereich ist dummerweise alles voll marxistischer Flöslein. Warum, weiß man nicht. Das ist ja nicht nötig. Dem stehen Behinderungen der Pressefreiheit gegenüber. Sicher ist das inzwischen ein bisschen besser geworden. Dem steht weiter die Verleidung von Menschenrechten gegenüber. Stichwort: Mosquitos. Aber beim Botschafter der Bundesrepublik Deutschland stehen am Abend alle einträchtig beisammen, auch die inländische Opposition mit einem Uniformierten der Junta. Sie sprechen miteinander; und es passiert nichts. Ich möchte sagen: Hier ist zumindest mehr Pluralismus als beispielsweise in irgendinem Land des Ostblocks zu sehen.

(Beifall bei der SPD — Zustimmung des Abg. Schwenninger (GRÜNE))

Aber was sagt die deutsche Kolonie? Die deutsche Verehrer dieser sandinistischen Freiheitsbewegung in Nicaragua.

(Klein [München] [CDU/CSU]: Hier auch!)

Sie treten praktisch dafür ein. Sie kämpfen dafür. (Beifall bei der FDP, CDU/CSU und bei Abgeordneten der SPD)

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, CDU/CSU und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Westphal: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe deshalb die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag auf Drucksache 10/239 und den Entschließungsantrag auf Drucksache 10/927 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und zur Mitberatung an den Auswärtsausschuß zu überweisen. Sind Sie mit den vorgenommenen Überweisungen einverstanden? —

(D) Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluß unserer Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf Mittwoch, den 8. Februar 1984, 13 Uhr ein.

Ich wünsche Ihnen ein gutes Wochenende und schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung: 13.11 Uhr)

Als letztes will ich nur noch sagen: Die ureigenen Interessen Europas in dieser Region liegen doch

(Sehr gut! bei der SPD)

Und ich muß hier sagen: Die Stimmabteilung der Freien Demokratischen Partei im Ausschuß hat die Beratung der Haushaltssätze hat ja doch die Wirkung gezeigt, daß die Tür nicht zugeschlagen wird. Und das gleiche ist in Tansania passiert. Vielleicht haben Sie das verfolgt. Und dabei soll es bleiben.

Managua, den 6.2.84

## PR E S S E M I T T E I L U N G

Am 3.2.1984 erhielten die Entwicklungshelfer des Deutschen Entwicklungsdienstes DED in Nicaragua von der Zentrale in Berlin die Mitteilung, daß das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit BMZ in Verfolgung der Politik der Bundesregierung die Mitarbeit des DED in Nicaragua erheblich einschränken will und ab sofort keine neuen Verpflichtungen mehr eingegangen werden dürfen.

Noch auf der Regionalkonferenz des DED in Lateinamerika im September 1983 in Lima wurde betont, daß die entwicklungs-politischen Grundsätze und Kriterien des DED und die von allen Bundestagsparteien 1982 verabschiedeten Leitlinien der Bundesrepublik zur Entwicklungspolitik in kaum einem anderen Land so gut umsetzbar sind wie in Nicaragua. Der Geschäftsführer des DED, Herbert Sahlmann, erklärte anlässlich seines Besuches in Nicaragua nach der Regionalkonferenz 1983, daß er sich für eine Ausweitung der Mitarbeit des DED in Nicaragua einsetzen werde und unterschrieb zusammen mit Herrn Conring (Verwaltungsratsvorsitzender des DED) beim FIR (Nicaraguansche Nationale Institution für bilaterale Hilfe und Entwicklungspolitische Zusammenarbeit) eine entsprechende Erklärung. Gerade aus diesem Grund sind die nicaraguansischen Projektpartner völlig kontinuierlich.

Alle Bekundungen erweisen sich somit angesichts des jetzt vom BMZ vorgenommenen Schrittes gegen Nicaragua als politische Kalauer. Niemals zuvor in der 20 jährigen Geschichte des DED hat das BMZ dermassen massiv und direkt auf die Arbeit des DED Einfluss genommen. Es bestürzt uns besonders, daß sich die Geschäftsführung des DED nicht entschieden widersetzt. Durch diese Entscheidung ist der DED zum Annex des BMZ geworden.

Die Bundesregierung zeigt deutlich, daß sie nicht gewillt ist gegenüber Zentralamerika eine eigenständige Politik zu betreiben. Sie weicht vielmehr dem Druck der Reagan-Administration und begibt sich vollkommen in das gefährliche Fahrwasser der Zentralamerika-Politik der USA. Wir sind der Auffassung, daß Entwicklungspolitik, die auf die Beseitigung der Armut in der Dritten Welt angelegt ist, langfristig verfolgt werden muß und nicht Spielball tagespolitischer Entscheidungen sein darf.

Die Auffassung des BMZ über die DED Zentrale verurteilen wir auf das Schärfste und fordern alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik auf, gegen diese Politik der Bundesregierung vorzugehen!

Die Entwicklungshelfer des DED  
in NICARAGUA

## Warnke kündigt Zusammenarbeit mit El Salvador an

E SCHBOFN, 13. Februar (dpa). Die Bundesregierung will noch in diesem Jahr die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit El Salvador wieder aufnehmen. Das hat der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Warnke (CSU), nach Mittwoch der Technische Zusammensetzung für Entwicklungshilfe (GTZ) in Eschborn bei Frankfurt am Montag angekündigt. Ziel der neuen

AIB-Sonderheft 4/1984

## NIKARAGUA

# AIB

Sonderheft 4/84

2 DM

## NIKARAGUA

### 5 Jahre Revolution

Am 19. Juli 1979 siegte die sandinistische Revolution über die Somoza-Diktatur.

Was hat diese Revolution bisher dem Volk gebracht, vor welchen Problemen steht sie? Kann sie der Destabilisierung standhalten? Kommt die US-Invasion? Diesen Fragen geht das AIB-Sonderheft 4/1984 (32 S., 2,- DM) nach.

Inhalt: 5 Jahre Revolution - eine Bilanz ● US-Intervention und Konterrevolution ● Interview mit T. Borge ● Wirtschaftsboykott ● Agrarreform ● Die Bonner Nikaragua-Politik ● Geschichte des Befreiungskampfes ● Aktions- und Materialspiegel.



### Weitere Sonderhefte

2/1984 „Air Land Battle“ (ALB): Enthält sämtliche Dokumente zu ALB und analysiert die Rolle der BRD und der 3. Welt in der neuen US-Kriegsführungsstrategie. (60 S., 4 DM)

3/1984 „Guatemala“: Analysiert die aktuelle Lage des Regimes, seine Rolle in der Interventionspolitik Reagans und das Wiederaufleben der Guerilla. (24 S., 2 DM)

Einzelheft 2,50 DM. Sonderheft 2 bzw. 4 DM. Jahresabo 25 DM. 33 % Rabatt ab 10 Exemplaren. Vorauszahlung in Briefmarken bei Bestellungen unter 10 DM. Porto 0,60 DM je Heft.

### Coupon/Bitte einschicken!

Ich bestelle:

Ex. AIB-Sonderheft Nr. \_\_\_\_\_

ein kostenloses Probeheft des AIB

ein Abonnement ab Nr. \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

**AIB**  
DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT  
Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1



## JOCHEM HIPPLER

### INTERVENTION IN MITTELAMERIKA UND DER KARIBIK

### MATERIALIEN UND DOKUMENTE

Fortsetzung der Loseblattsammlung  
"Anti-Interventionsbewegung  
- Materialsammlung"

Mit der ersten Ergänzungslieferung wird dieses grundlegende Loseblattwerk auf den neuesten Stand gebracht.

Es bemüht sich sehr gezielt, drei Lücken in der bisherigen Literatur zu füllen:

- Es verbindet eine ausführliche und gesicherte Dokumentation verschiedener Aspekte von Intervention in Mittelamerika und der Karibik mit der gezielten Analyse. Dabei stehen Materialien, Dokumente und Einschätzungen aus den USA im Vordergrund.
- Es wird aufgrund seiner Loseblattform der oft verlangten Aufgabe eines Arbeitsmittels gerecht. Arbeitskreise, Wochenendseminare unterschiedlicher sozialer Gruppen, Gremien und andere am Thema Interessierte verfügen damit über ein optimal einsetzbares Informationspaket, das sowohl Hintergründe ausleuchtet als auch gewöhnlich unzugängliches Material bereitstellt.
- Es gewährleistet durch seine Loseblattform die ständige Aktualität der gebotenen Informationen, da es bis zu zweimal im Jahr auf den neuesten Stand gebracht wird, eine Möglichkeit, über die Bücher nicht verfügen, die aber für die Zielgruppen von entsprechender Bedeutung ist.
- Mit der ersten Ergänzungslieferung wird ein neuer und haltbarer Ringordner aus Qualitäts-Plastic-Folie mit 2-Ring-Reißmechanik angeboten.

#### Gliederung:

1. Außenpolitik der USA: Interessen und Strategie in der Region
2. Instrumente der US-Intervention in Mittelamerika und der Karibik
3. Objekte der Intervention: Nicaragua, El Salvador, Honduras, Guatemala, Costa Rica etc.
4. Kritik an der US-Politik gegenüber Mittelamerika und der Karibik
5. Politik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Ländern Mittelamerikas und der Karibik
6. Adressen, Literatur, Medien etc.

#### Gesamtwerk

Grundlieferung, 1. Erg. Lfg. und Ordner (eingeordnet), etwa 128 S.  
Etwa DM 19,80

**Edition  
Nahua**

Postfach 10 13 20 -  
D - 5600 Wuppertal 1

# Die weiße Reihe

Bert Strebe

## Fünf Jahre sandinistische Revolution in Nicaragua

Solidarische Zwischenbilanz

1984. Etwa 68 S. Etwa DM 6,00

Fünf Jahre sandinistische Revolution in Nicaragua ist willkommener Anlaß, eine solidarische Zwischenbilanz zu ziehen. Welche Errungenschaften hat der politische Umbruch für die Mehrheit der Bevölkerung gebracht - trotz des unerklärten und grausamen Krieges an den Grenzen des Landes und eines ganzen Bündels konzentrierter Maßnahmen der Feinde der Revolution, die auf die Destabilisierung und letztlich auf den Zusammenbruch des beginnenden Aufbaus einer neuen Gesellschaft in Nicaragua setzen?

An wölf wesentlichen Themenpunkten zeichnet der Autor den bisher zurückgelegten Weg der kurzen Geschichte des gesellschaftlichen Wandels nach und fordert, die internationale Solidarität mit dem modellhaften Entwicklungsprojekt einer neuen und gerechteren Sozialordnung zu verstärken.

### backlist

#### Die Freiheit beginnt

Nicaragua

4. Auflage 1981. 68 Seiten mit Fotos

Mensch sein heißt auch:

lesen und schreiben können.

Alphabetisierung in Nicaragua

4. Auflage 1981. 28 Seiten mit Fotos

#### Die Buchstaben der Revolution

Alphabetisierung in Nicaragua:

Erfahrungen

1. Auflage 1981. 64 Seiten mit Fotos

... ein Buch und ein freier Mensch

Schulbüchereien für Nicaragua

1. Auflage 1981. 12 Seiten mit Fotos

"Gemeinsam werden wir siegen!"

Deutsche Arbeitsbrigaden in Nicaragua

1. Auflage 1984. Etwa 72 Seiten mit Fotos

Gewerkschaften und Kleinbauernverband

in Nicaragua

Beginn einer Einmischung

1. Auflage 1984. Etwa 72 Seiten mit Fotos

Alle Hefte zwischen DM 1,00 und DM 6,50

# Edition Nahua

### Impressum

1. Auflage 1984

Weiterveröffentlichung nach vorheriger schriftlicher Absprache mit dem Verlag mit Quellenangabe und Hergabe von zwei Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht.

Edition Nahua  
Veröffentlichungen zu Mittelamerika  
GmbH

Postfach 10 13 20  
5600 Wuppertal 1

Druck: Druckwelle, Wuppertal  
Vohwinkeler Str. 43a

### Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Veröffentlichung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgedehnt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Veröffentlichung nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

# nahua script

"nahua-scripte" - eine neu ins Verlagsprogramm aufgenommene Reihe, die sich besonders an Gruppen und Komitees in der Solidaritätsbewegung zu Nicaragua und Mittelamerika sowie an Kreise der Schul- und Erwachsenenbildung richtet und ihnen in unregelmäßiger Reihenfolge Dokumente, Dossiers und Arbeitspapiere zur Information, Diskussion und Aktion an die Hand gibt.

Bisher erschienen:

## nahua script 1

### Blockfreiheit in Nicaragua und Lateinamerika

Machtloses Prinzip oder Chance  
gegen die US-Intervention?

Zur Ministerkonferenz des Koordinationsbüros der Bewegung blockfreier Staaten in Managua vom 10.-14.1.1983

## nahua script 2

### Gegen Ronald Wilson Reagan und andere

Die Klageschrift des Zentrums für Verfassungsrechte, New York, im Prozeß wegen der Intervention der USA in Nicaragua gegen Präsident Reagan, CIA-Direktor Casey, Außenminister Shultz u.a.

## nahua script 3

### Die Auseinandersetzung um die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik für Nicaragua

Ein Exempel für die gezielte Boykottierung des nicaraguanischen Wiederaufbaus

In Vorbereitung:

## nahua script 4

### Wahlen in Nicaragua

Fortschritt oder Farce?

## nahua script 5

### Nicaraguas Miskito-Indianer im Ost-West-Konflikt

Zur Instrumentalisierung einer Menschenrechtsfrage

Weitere Hefte in Planung. Alle Hefte zwischen 44 und 72 Seiten. Herstellung im typo-script-Verfahren. Format A 4. Preise: zwischen ca. DM 6,00 und DM 6,50. Bitte ausführlichen Reihenprospekt anfordern.

# Edition Nahua

Postfach 10 13 20  
5600 Wuppertal 1